Anatomie der Staatssicherheit

Geschichte, Struktur und Methoden

— MfS-Handbuch —

Vorbemerkung

Mit dem Sturz der SED-Diktatur forderte die Demokratiebewegung in der ehemaligen DDR 1989/90 auch die Öffnung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes. Das Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG), am 20. Dezember 1991 mit breiter Mehrheit vom Parlament des vereinten Deutschlands verabschiedet, schaffte dafür die Grundlage.
Zu den Aufgaben des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik gehört die »Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes durch Unterrichtung der Öffentlichkeit über Struktur, Methoden und Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes« (§ 37 StUG). Dazu trägt dieses Kompendium »Anatomie der Staatssicherheit« bei. Das vorliegende Handbuch liefert die grundlegenden Informationen zu Geschichte und Struktur des wichtigsten Machtinstruments der SED.
Seit 1993 einer der Schwerpunkte der Tätigkeit der Abteilung Bildung und Forschung, gelangen die abgeschlossenen Partien des MfS-Handbuches ab Herbst 1995 als Teillieferungen zur Veröffentlichung. Damit wird dem aktuellen Bedarf unterschiedlicher Institutionen und Interessenten Rechnung getragen: den Opfern des MfS, die sich – zum Beispiel durch persönliche Akteneinsicht – jetzt noch einmal mit ihrem Lebensweg befassen, oder etwa Gerichten und Politikern, die in das konspirative Dickicht der DDR-Geheimpolizei vordringen wollen, sowie Behörden, Journalisten und interessierten Bürgern. Schließlich soll es den Historikern dienen; sie können wohl am ehesten ermessen, welche Anstrengungen erforderlich sind, binnen kurzer Frist ein Werk wie dieses zu erarbeiten.
Gemessen an vergleichbaren wissenschaftlichen Publikationen mit Handbuchcharakter, erscheinen die Teillieferungen des MfS-Handbuches zu einem sehr frühen Zeitpunkt. Die Autoren konnten nicht auf einen fortgeschrittenen Forschungsstand mit entsprechend gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen zurückgreifen, sie waren vielmehr gezwungen, grundlegende Befunde erst zu erarbeiten. Da die archivische Bearbeitung der Aktenbestände des BStU noch längst nicht erledigt ist, mussten die Forschungen zum vorliegenden Werk auf der Grundlage noch nicht vollständig erschlossener Bestände erfolgen. Kleinere Korrekturen und Ergänzungen dürften daher voraussichtlich bis zur Publikation der definitiven Buchfassung noch anfallen, in der zu gegebener Zeit sämtliche Teillieferungen zusammengefasst werden.
Die nachfolgende Übersicht über das Gesamtwerk ermöglicht die Einordnung der jeweils vorliegenden Teillieferung (Fettdruck). Bereits erschienene Teile sind in diesem Inhaltsverzeichnis des MfS-Handbuches mit einem Punkt gekennzeichnet (•).
Die Herausgeber danken allen, die zur Erarbeitung des Handbuches beitragen: den einzelnen Autoren und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung Bildung und Forschung, wo die »Anatomie der Staatssicherheit« entsteht, jenen der Abteilung Archivbestände, die das Vorhaben mit Engagement unterstützen, sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung Auskunft und der Außenstellen, denen wir manchen wertvollen Hinweis verdanken.

Die Herausgeber Berlin, August 1995

Ü B E R S I C H T Ü B E R D A S G E S A M T W E R K

ANATOMIE DER STAATSSICHERHEIT

– MfS-Handbuch –

Monika Tantzscher

Hauptabteilung VI:

Grenzkontrollen, Reise- und Touristenverkehr

MfS-Handbuch, Teil III/14

Der Bundesbeauftragte
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
Abteilung Bildung und Forschung
10106 Berlin
E-Mail: publikation@bstu.bund.de

Schutzgebühr für diese Lieferung: 5,00 €

Berlin 2005

ISBN 978-3-942130-07-3

urn:nbn:de:0292-97839421300731

Inhalt

1 Überblick

Seit der Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) am 8. Februar 1950 bis zu seiner Auflösung im Frühjahr 1990 war der DDR-Staatssicherheitsdienst in unterschiedlicher Weise in die Grenzüberwachung und die Grenzkontrolle einbezogen. Die Demarkationslinie zur Bundesrepublik Deutschland war keine übliche Landesgrenze, sondern die Scheidelinie zwischen zwei einander feindselig gegenüberstehenden Machtblöcken mit ihren Streitkräftegruppierungen. An den Übergangsstellen waren neben der Abfertigung und Kontrolle der Reisenden immer auch geheimdienstliche Aufgaben der Aufklärung und Abwehr Bestandteil des Grenzdienstes. West-Berlin galt als Drehscheibe der Geheimdienste aus Ost und West.[1] Solange die innerdeutsche Grenze noch offen war, rissen die Flüchtlingsströme in Richtung Bundesrepublik Deutschland nicht ab.

Vor Gründung der Hauptabteilung VI (HA VI) des MfS im Jahre 1970 war zunächst vor allem die Grenzpolizei mit der Überwachung und Kontrolle des Personenverkehrs an den Kontrollpassierpunkten (KPP) befasst. Knapp ein Jahr nach dem Mauerbau, am 1. Juli 1962, wurde die Grenzabfertigung an das MfS übertragen. Seine Mitarbeiter übernahmen in Zusammenarbeit mit den Grenztruppen und dem Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs (AZKW) die operative Fahndung an den Grenzübergangsstellen (GÜST). In die Zuständigkeit des MfS fiel außerdem die Sicherung der Verbindungswege zwischen der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin. Eine spezielle Diensteinheit, die Arbeitsgruppe Passkontrolle und Fahndung (APF), war per Befehl des Ministers im August 1962 gegründet worden.

Um die nach dem Mauerbau vollendete physische Abriegelung West-Berlins vom Westen und die Isolierung vom Umland zu durchbrechen, bemühte sich der Westberliner Senat um den Abschluss von Passierscheinabkommen, auf deren Grundlage es zwischen 1963 und 1966 zu insgesamt 5,4 Millionen Besuchen kam.[2] Die in diesem Zusammenhang durchgeführten Sicherungsmaßnahmen waren die bis dahin größten Aktionen des MfS, die unter anderem zum Ausbau der für die Grenzkontrollen zuständigen Diensteinheiten führten.

Im Januar 1964, zwei Monate vor dem Inkrafttreten der Verordnung zum Schutz der Staatsgrenze der DDR, wurde die APF zur Hauptabteilung aufgewertet. Die Grenzübergangsstellen wurden in das militärische Sicherungssystem einbezogen. Eine neu gebildete Arbeitsgruppe Sicherung des Reiseverkehrs (ASR) hatte den grenzüberschreitenden Verkehr zu erfassen und die Personenbewegungen unter »politisch-operativen Aspekten« zu analysieren. Innerhalb dieser Arbeitsgruppe entstand im Mai 1966 ein Referat Reisen und Touristik (RT), das für die Koordinierung der Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen im Reiseverkehr zwischen Ost und West zuständig war. Ihm oblag außerdem die Absicherung touristischer Einrichtungen wie beispielsweise der Generaldirektion des VEB Reisebüro der DDR. Mit der Einführung der Pass- und Visapflicht für Bürger Westdeutschlands und West-Berlins im Juni 1968 wurden dem MfS neue Aufgaben übertragen, was wiederum eine Personalaufstockung nach sich zog.

---

[1] In den fünfziger Jahren zählte man dort angeblich 26 ausländische Geheimdienste mit ca. 10 000 Mitarbeitern. Vgl. Rothe, Fritz: Die Grenztruppen der DDR – wichtiger Bestandteil der Landesverteidigung. In: Vom Mauerbau zum Mauerfall. Resümee einer Podiumsdiskussion 1997. Teil IV, Potsdam 1997, S. 17 f.

[2] Vgl. Kunze, Gerhard: Grenzerfahrungen. Kontakte und Verhandlungen zwischen dem Land Berlin und der DDR 1949–1989. Berlin 1999, S. 171.

Die wachsenden Reiseströme als Folge der Entspannungspolitik in den siebziger Jahren bedeuteten für den Staatssicherheitsdienst eine große Herausforderung. Er reagierte darauf mit dem Ausbau und der Neugründung ganzer Arbeitsbereiche. Mit Befehl Nr. 4/70 des Ministers wurden im Januar 1970 durch Zusammenführung der Linien Passkontrolle und Fahndung, Sicherung des Reiseverkehrs und Zoll-Abwehr (Absicherung des Personalbestands der Zollverwaltung der DDR) die HA VI und entsprechende Abteilungen/Referate VI in den Bezirksverwaltungen gegründet. In den Kreisdienststellen entstanden analoge Sachgebiete.

Nach Abschluss des Transitabkommens, das am 17. Dezember 1971 in Kraft trat, entstanden neue Grenzübergangsstellen; an den bestehenden wurden die Abfertigungsanlagen erweitert und die heranführenden Verkehrswege ausgebaut. Zu den Folgevereinbarungen gehörten Staatsverträge auf dem Gebiet des Verkehrswesens und darauf basierende Abkommen über die gemeinsame Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs zwischen der DDR und der VR Polen sowie der DDR und der ČSSR. Die Abwicklung des Reise- und Touristenverkehrs zwischen der DDR und der VR Polen sowie weiteren sozialistischen Staaten wurde vereinfacht.

Die HA VI erhielt den Auftrag, ein neues Regime für die Abfertigung und Absicherung des Transitverkehrs zu entwickeln. Trotz Vereinfachung und Beschleunigung des Abfertigungsprozesses sollten eine qualifizierte Personenidentifizierung sowie operative Fahndungen unter Einbeziehung aller an den Grenzübergangsstellen tätigen Organe gesichert und eine möglichst weitreichende Kontrolle der Verkehrsteilnehmer und der Verkehrs- bzw. Transportmittel auf den einzelnen Transitstrecken gewährleistet werden. Dabei wurde der Linie VIII (Observationen, Ermittlungen, Festnahmen) die Verantwortung für die Straßen und der Linie XIX (Absicherung aller Bereiche des Verkehrswesens) für die Eisenbahnstrecken und Wasserstraßen zugewiesen. Die Gesamtverantwortung übertrug Minister Mielke seinem Stellvertreter Bruno Beater.

Über Ostern und Pfingsten 1972 wurde der Transitverkehr von und nach West-Berlin nach den neuen Bestimmungen durchgeführt. Zur Unterstützung kamen zusätzlich mehrere hundert Mitarbeiter aus den Bezirken zum Einsatz. Dass die Zahl der Fluchtversuche von DDR-Bürgern im Jahre 1972 im Vergleich zum Vorjahr um ein Mehrfaches anstieg war jedoch nicht allein auf die veränderten Bedingungen infolge der neuen Transitregelungen zurückzuführen. Begünstigend wirkte auch die Einführung des pass- und visafreien Reiseverkehrs zwischen der DDR und Polen sowie der ČSSR. Zur wirksameren Bekämpfung von Schleuserorganisationen in den anderen Ostblockländern wurde der Bereich Auslandstourismus der HA VI ausgebaut und die Arbeit mit inoffiziellen Mitarbeitern intensiviert.

Als Antwort auf die weltweite Zunahme extremistischer Gewalt Anfang der siebziger Jahre entstand innerhalb der HA VI eine Arbeitsgruppe Sicherheit und Terrorabwehr. Gewalthandlungen waren jedoch in erster Linie im Zusammenhang mit Fluchtversuchen und bei Protestaktionen gegen Grenzanlagen zu erwarten. Daher wurden innerhalb der Passkontrolleinheiten (PKE) ab 1977 Spezialistengruppen für Sicherheit und Terrorabwehr aufgebaut. Eine gemeinsame Ordnung regelte das Zusammenwirken der Grenztruppen, der Angehörigen des MfS und der Zollverwaltung der DDR sowie der Bereitschaftspolizei. Die Alarm- und Nachrichtensysteme an den Grenzübergangsstellen wurden ständig vervollkommnet, gedeckte Ton- und Fernsehtechnik installiert, Seil-, Flächen- und Passagensperren eingebaut.

Mit Wirkung vom 20.12.1974 erhielten die Bundesbürger einschließlich der Westberliner ohne Vorliegen besonderer Voraussetzungen die Genehmigung zur Einreise in die DDR mit Pkw. Damit ergaben sich zwangsläufig mehr Möglichkeiten, Kontakte mit DDR-Bürgern herzustellen und sie unter anderem in die Vorbereitung von Schleusungen einzubeziehen. Der HA VI fiel die Aufgabe zu, solche Pläne recht-

zeitig aufzuklären und entsprechend zu handeln. Innerhalb der Passkontrolleinheiten erfolgte der Einsatz von operativen Kontrollermittlern; ein Referat Operative Sicherung wurde gebildet. Die für die Westarbeit zuständige Abteilung 1, die Operativ-Dienststelle Berlin (OPD) und die Zoll-Abwehr wurden zum so genannten Bereich Abwehr zusammengelegt, der sich der Bekämpfung von Schleuserorganisationen, der Aufklärung westlicher Grenzkontrollstellen, der Aufdeckung begünstigender Bedingungen für unerlaubte Handlungen während der Grenzpassage sowie Ermittlungs- und Beobachtungsaufgaben in der Bundesrepublik und in West-Berlin widmete.

Zu den Aufgaben der Linie VI zählte auch die Überwachung des organisierten Touristenverkehrs sowie der touristischen Einrichtungen im Zusammenwirken mit anderen Diensteinheiten des MfS. Mit Zunahme des Reiseverkehrs aus der Bundesrepublik nahm aus Sicht des MfS der Missbrauch im Sinne des so genannten Polittourismus zu, als dessen Hauptorganisatoren die systemtragenden Parteien der Bundesrepublik, die ihnen nahestehenden Stiftungen, die Landeszentralen für politische Bildung sowie die verschiedensten Einrichtungen der Erwachsenenbildung, Ostforschungsinstitute und Akademien ausgemacht wurden. Mehrere solcher »Feindorganisationen« wurden nun vom Bereich Abwehr bearbeitet.

Aufgrund der immer zahlreicher werdenden Aufgabenstellungen entwickelte sich die Linie VI zum größten operativen Bereich des MfS. Von den 1989 insgesamt 91 015 hauptamtlichen MfS-Mitarbeitern gehörten ihr 7 667 an. Seit 1970 hatte sich die Mitarbeiterzahl nahezu verdoppelt. Allein die HA VI beschäftigte mehr als 2 000 Hauptamtliche, von denen 910 als Passkontrolleure an den zur HA VI gehörenden 12 Berliner Grenzübergangsstellen beschäftigt waren.

Tabelle 1: Hauptamtliche Mitarbeiter der Vorläufer[3] der Hauptabteilung VI ab 1959[4]

Jahr	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
AG Sicherung Reiseverkehr	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	115	162	390	426	480	466
HA Passkontrolle u. Fahndung	41	72	71	373	408	708	718	708	666	761	787
gesamt	41	72	71	373	408	823	880	1 098	1 092	1 241	1 253

Tabelle 2: Hauptamtliche Mitarbeiter der Hauptabteilung VI von 1970 bis 1989

Jahr	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979
HA VI	1 299	1 349	1 720	1 909	1 953	1 982	2 105	2 171	2 232	2 176

Jahr	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
HA VI	2 176	2 113	2 074	2 074	2 070	2 077	2 134	2 155	2 158	2 025

Seit Gründung der HA VI bis zur Auflösung des MfS/AfNS leitete Heinz Fiedler, zuletzt im Range eines Generalmajors, den Dienstzweig an. Seine langjährigen Stellvertreter waren Generalmajor Karl-Heinz Vogel, Oberst Günter Herfurth und Oberst Erhard Wilke.

---

3 Ohne den zur HA VII gehörenden Bereich Zoll-Abwehr, der 1970 zur HA VI kam.

4 Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS-Handbuch, Teil IV/1). Hg. BStU. Berlin 1995, Beilage: Mitarbeiterstatistik der Diensteinheiten des MfS Berlin 1954–1989.

2 Die Hauptabteilung VI Ende der achtziger Jahre

2.1 Aufgaben und Struktur

Die HA VI und die ihr nachgeordneten Abteilungen in den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen unterschieden zwei grundlegende Tätigkeitsfelder: die Aufgaben der unmittelbaren Passkontrolle an den Grenzübergangsstellen und die politisch-operative Arbeit.

Die Passkontrolle war im Passgesetz der DDR[5] und in den dazu erlassenen Grundsatzbefehlen des MfS wie der Passkontrollordnung (PKO)[6] und der Ordnung für Technologie und Arbeitsorganisation (OTA)[7] geregelt. Letztere legte die Reihenfolge und Verknüpfung des Kontrollablaufs unter Beachtung der unterschiedlichen Bedingungen fest, die aus den Verkehrsarten und Reisekategorien resultierten. Die politisch-operative Arbeit umfasste die Informationsgewinnung unter Ausnutzung der Möglichkeiten der Pass- und Zollkontrolle, die Absicherung der an den Grenzen eingesetzten Zollkontrolleure und die Überwachung des Tourismus.

Die Stellvertreterbereiche der HA VI waren entsprechend unterteilt in die Ressorts Passkontrolle einschließlich Fahndung, innere und äußere Abwehr, Reisen und Tourismus aus bzw. nach westlichen Staaten und Reisen und Tourismus in sozialistische Länder bzw. aus sozialistischen Ländern. Hinzu kamen die Abteilungen für organisatorisch-materielle Absicherung.

Zu den Aufgaben der HA VI[8] zählten:

– die Kontrolle und Abfertigung des grenzüberschreitenden Verkehrs im Zusammenwirken mit den Zollorganen einschließlich Beobachtungsaufgaben zur Verhinderung von Republikflucht sowie Erarbeitung und Auswertung von Ersthinweisen zu politisch-operativ interessierenden Personen und Sachverhalten aus der Fahndung, Filtrierung und Vergleichsarbeit;
– die Organisierung des Zusammenwirkens mit den Grenztruppen der DDR und anderen Kräften zur Sicherung der Grenzübergangsstellen;
– die Verhinderung von Demonstrativhandlungen und Anschlägen an den Grenzübergangsstellen und im Vorfeld;
– die Verhinderung von Flugzeugentführungen und Gewaltakten gegen andere Verkehrsmittel, Verkehrswege und Einrichtungen mit dem Ziel der Ausschleusung von Personen in Zusammenarbeit mit den Linien XXII (Terrorabwehr), VIII (Beobachtung von Einzelpersonen, Sicherung der Transitstrecken) und XIX (Sicherung von Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen);
– die Aufklärung und Verhinderung von Fluchtvorhaben unter Ausnutzung des Reise- und Touristenverkehrs in bzw. über andere sozialistische Staaten im Zusammenwirken mit den dortigen Grenzkontroll- und Sicherheitsorganen;
– die Verhinderung von Fluchtvorhaben über den organisierten Tourismus in westliche Staaten;
– die Einleitung und Durchführung von Fahndungs-, Kontroll-, Avisierungs- und Sperrmaßnahmen;
– die Verhinderung von Missbrauchshandlungen auf den Transitwegen;

---

[5] GBl. II, 1971, S. 320.

[6] Ordnung über die Durchführung der Passkontrolle an den Grenzübergangsstellen der Deutschen Demokratischen Republik; Dokumentenstelle der Abt. Bildung und Forschung bei der BStU.

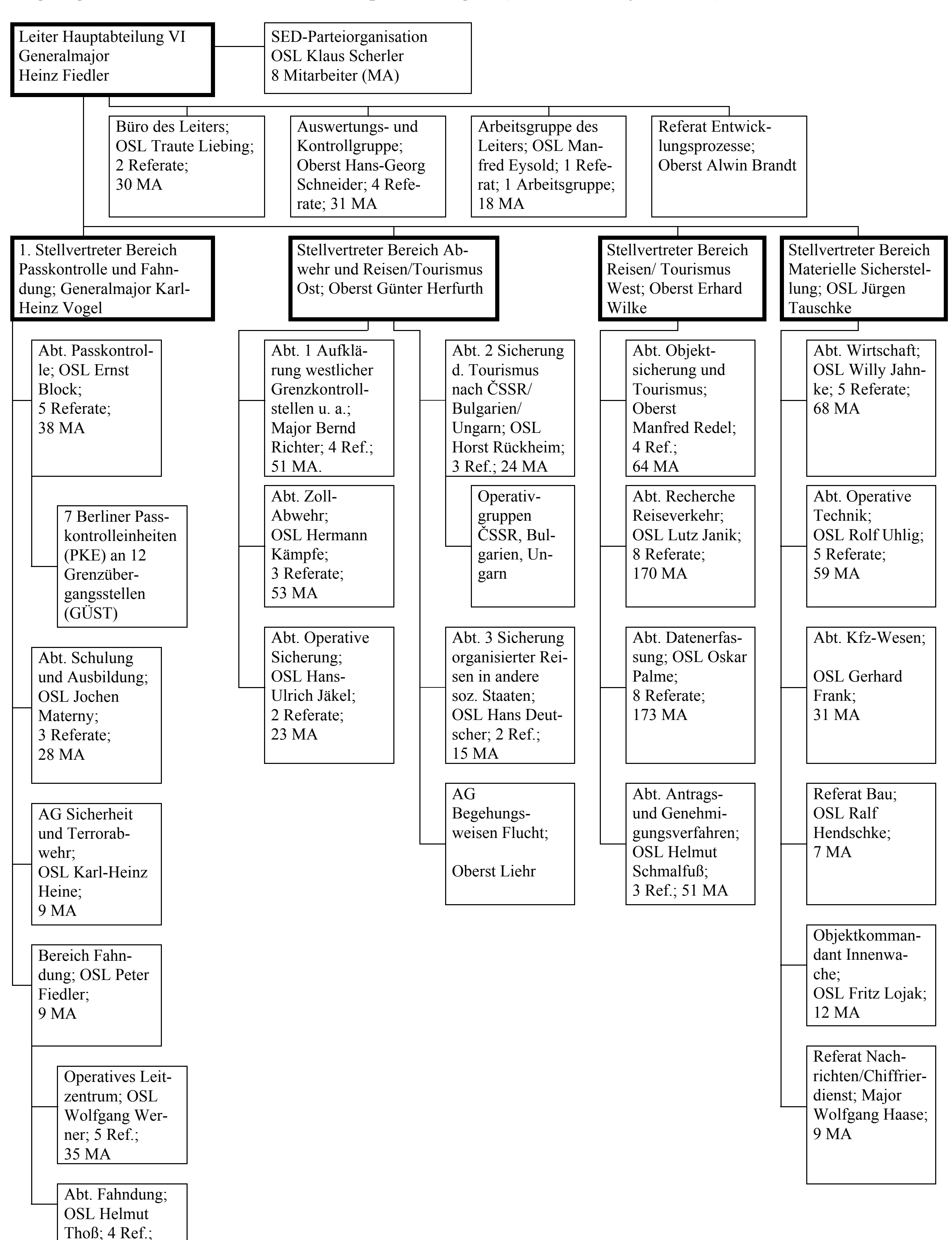
[7] Ordnung Nr. VI/1/81 zur Technologie der Kontrolle und Abfertigung sowie zur Arbeitsorganisation an den Grenzübergangsstellen; BStU, MfS, HA VI 5998.

[8] Vgl. Übersicht HA VI/Linie VI, Arbeitsbereich Neiber; BStU, MfS, HA VI 277, Bl. 6 ff.

- die Organisierung der politisch-operativen Arbeit in und nach der Bundesrepublik Deutschland zur Aufklärung ihrer Grenzkontrollstellen sowie von Organisationen und Institutionen des Reise- und Touristenverkehrs in die DDR und in andere sozialistische Staaten;
- die politisch-operative Sicherung touristischer Einrichtungen wie Reisebüros, Interhotels, Campingplätze u.a.m. der DDR;
- die Sicherung des Reise- und Touristenverkehrs von DDR-Bürgern in andere sozialistische Staaten im Zusammenwirken mit den dort ansässigen Grenz- und Sicherheitsorganen;
- die Absicherung von »operativ-bedeutsamen« Gruppen- und Einzelreisen von Touristen aus westlichen Staaten;
- die Sicherung, Kontrolle und Überwachung von einreisenden Persönlichkeiten des politischen und gesellschaftlichen Lebens westlicher Staaten;
- die politisch-operative Sicherung der Zollverwaltung der DDR;
- die Zuarbeit erfassungspflichtiger Sachverhalte und Personenkategorien für das Datennetz SOUD laut Befehl Nr. 11/79.[9]

[9] SOUD: System der vereinigten Erfassung von Daten über den Gegner. Informationsverbund der Sicherheitsdienste von sechs Warschauer-Pakt-Staaten und drei weiteren verbündeten Ländern.

Organigramm 1: Grundstruktur der Hauptabteilung VI (Stand 1. Halbjahr 1989)



2.1.1 Bereich des Leiters

Der HA VI übergeordnet war der Stellvertreter des Ministers, Generalleutnant Gerhard Neiber, und geleitet wurde sie seit ihrer Gründung bis zur Auflösung des MfS/AfNS von Heinz Fiedler.[10]

Zum Leiterbereich gehörten neben dem Büro des Leiters/Sekretariat und der Parteiorganisation der SED die Arbeitsgruppe des Leiters (AGL), die Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG) und das Referat Entwicklungsprozesse.

Die *SED-Parteiorganisation* wurde seit 1982 von Klaus Scherler[11] angeleitet. Zu den acht Beschäftigten im Apparat der Leitung der Parteiorganisation zählten der Sekretär für Agitation und Propaganda, Oberstleutnant Roland, und – seit August 1988 – der 2. Sekretär, Major Gert Fischer. Hinzu kamen der Sekretär der FDJ-Grundorganisation, der Leiter der SED-Bildungsstätte und der Instrukteur für Mitgliederbewegung und Parteifinanzen.

Das *Büro des Leiters/Sekretariat* war unter anderem für Organisations- und Protokollfragen, die Verschlusssachen-, Dokumenten- und Poststelle, die Kräftenachweisführung und den Kurierdienst zuständig. Es wurde von Oberstleutnant Traute Liebing geleitet.

Der *Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG)* oblag die einheitliche Gestaltung und Qualifizierung der Auswertungs- und Informationstätigkeit, die Planung der politisch-operativen Arbeit und die Überprüfungs- und Kontrolltätigkeit der Diensteinheiten. Außerdem hatte sie dienstliche Bestimmungen und Weisungen zu erarbeiten. Von den vier Arbeitsbereichen befasste sich das Referat 1 mit der Erfassung von Informationen, das Referat 2 mit der Auswertung, das Referat 3 mit Analytik und das Referat 4 mit Statistik.

Als Leiter fungierte Oberst Hans-Georg Schneider.[12] Seine beiden Stellvertreter waren Oberstleutnant Günter Hippe und Oberstleutnant Peter Hausdorf.

Die *Arbeitsgruppe des Leiters (AGL)*[13] war für die Mobilmachungsarbeit verantwortlich, das heißt für die Planung und Vorbereitung der Aufgaben in einer Spannungsperiode oder im Kriegsfall. Richtungsweisend waren die Orientierungen der Arbeitsgruppe des Ministers (AGM). Die AGL sorgte für die militärische Ausbildung der Passkontrollkräfte und sicherte die Funktionsfähigkeit des Systems der Alarmierung, Benachrichtigung und des Transportes der Mitarbeiter zu den Dienstobjekten und Sammelräumen. Außerdem war sie für die Planung, Lagerung und Verfügbarkeit

---

[10] Heinz Fiedler, Jg. 1929, war vom hauptamtlichen FDJ-Funktionär zum Stellvertreter Operativ der MfS-Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt aufgestiegen, hatte im Fernstudium die Juristische Hochschule des MfS (JHS) Potsdam/Eiche absolviert und 1975 promoviert. Am 1.12.1993 wurde er wegen Verdachts der gemeinschaftlichen Anstiftung zum Mord an einem Fluchthelfer verhaftet und beging während der U-Haft Selbstmord. Die biographischen Angaben zu den hauptamtlichen Mitarbeitern sind überwiegend den Kaderkarteikarten des MfS entnommen. Siehe auch Gieseke, Jens: Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit. Kurzbiographien des MfS-Leitungspersonals 1950–1989 (MfS-Handbuch, Teil V/4). Hg. BStU. Berlin 1998.

[11] Klaus Scherler, Jg. 1941, Absolvent der JHS Potsdam/Eiche und der Parteihochschule »Karl Marx«, war seit 1964 im MfS als Passkontrolleur und später als stellvertretender Zugführer beschäftigt. Vor seiner Berufung zum Parteisekretär war er ab 1977 Sekretär für Agitation und Propaganda in der Parteiorganisation der HA VI. Am 1.10.1989 schied er im Range eines Obersten aus dem MfS aus.

[12] Hans-Georg Schneider, Jg. 1928, war bereits 1952 als operativer Mitarbeiter in Erfurt dem Staatssicherheitsdienst beigetreten und wurde 1966 Referatsleiter der Arbeitsgruppe Sicherung des Reiseverkehrs im MfS. Ab 1973 war er zunächst Abteilungsleiter in der Abteilung AuI, bevor er 1982 Leiter der AKG der HA VI wurde.

[13] Siehe Organigramm 11, S. 99.

der für den Verteidigungszustand erforderlichen materiell-technischen Mittel zuständig. Eigens geschulte Mitarbeiter bildeten Führungsstäbe zur Unterstützung der Leiter. Für die Benachrichtigung bei Auslösung höherer Stufen der Einsatzbereitschaft diente ein Alarmsystem im Operativen Leitzentrum (OLZ) der HA VI. Um die Mitarbeiter im Falle des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen zu schützen, wurde noch 1988 mit der Rekonstruktion der Kellerräume des Dienstobjektes in der Schnellerstraße begonnen.

Leiter der AGL war seit 1985 der Diplom-Jurist Oberstleutnant Manfred Eysold. Ihm unterstanden sein Stellvertreter, der Leiter des Referates Bewaffnung und Chemische Dienste, die Offiziere für Vorbereitungsarbeit und der Leiter der Arbeitsgruppe Einsatzplanung beim Leiter der Zollverwaltung der DDR. Bei den Angehörigen der Zollverwaltung handelte es sich um Offiziere im besonderen Einsatz (OibE)[14] und Hauptamtliche Inoffizielle Mitarbeiter im bzw. für einen besonderen Einsatz (HIM/E).[15]

Bis Anfang 1989 befasste sich die *Arbeitsgruppe Rechts- und Grundsatzfragen* mit der rechtlichen Prüfung, Bearbeitung und Abstimmung von Grundsatzdokumenten und Weisungen auf dem Gebiet des grenzüberschreitenden Verkehrs und der laufenden Präzisierung dienstlicher Bestimmungen über die Kontrolle an den GÜST. Außerdem arbeitete sie in der DDR-Delegation der Transit-Kommission mit. Ihr Leiter war Oberst Alwin Brandt.[16] Nachdem die Arbeitsgruppe im Frühjahr 1989 aufgelöst wurde und an ihre Stelle das *Referat für Entwicklungsprozesse* trat, wurde Brandt zum 1.4.1989 als Leiter ernannt, befasst mit spezifischen Transitfragen. Hinzu kamen zwei weitere Offiziere für Sonderaufgaben, zuständig für die Fahndungsentwicklung.[17]

2.1.2 Stellvertreterbereich Passkontrolle und Fahndung

Zu den Aufgaben des Bereichsleiters gehörten die Führung von sieben Passkontrolleinheiten an zwölf Berliner Grenzübergangsstellen, die Anleitung und Kontrolle aller übrigen PKE in den Bezirken sowie die Organisierung der Zusammenarbeit mit der Zollverwaltung und weiteren an den GÜST tätigen Organen und Institutionen. Außerdem war er verantwortlich für das Zusammenwirken mit den Passkontrollorganen anderer sozialistischer Staaten – hier insbesondere im Rahmen des multilateralen Flugsicherungssystems und bei der gemeinsamen Kontrolle an den GÜST zur Volksrepublik Polen und zur ČSSR.

Seit 1974 bis zu seiner Entlassung am 30.6.1989 war Karl-Heinz Vogel[18], zuletzt im Range eines Generalmajors, 1. Stellvertreter des Leiters der HA VI für Passkontrolle.

---

[14] Hauptamtliche MfS-Mitarbeiter, die unter Legendierung ihres Dienstverhältnisses in sicherheitspolitisch relevanten Positionen eingesetzt waren.

[15] Vgl. Hauptamtliche IM, Stand: 31.1.1989; BStU, MfS, HA VI 7, Bl. 65.

[16] Brandt war seit 1962 in diversen Leitungsfunktionen der APF und HPF tätig. 1977 promovierte er an der JHS Potsdam/Eiche und wurde ein Jahr später zum Leiter der Abteilung ernannt.

[17] Vgl. Struktur- und Stellenplan der HA VI v. 15.2.1989; BStU, MfS, HA VI 4326, Bl. 183 ff.

[18] Karl-Heinz Vogel, Jg. 1924, kam 1964 in der HA Passkontrolle und Fahndung (HPF) im Range eines Majors zum Einsatz, bevor er dort 1969 Stabschef wurde. An der JHS Potsdam/Eiche legte er 1968 ein Teilstaatsexamen in Kriminalistik ab. 1987 rückte er zum 1. Stellvertreter des Leiters der HA VI auf. Am 1.7.1989 wurde er von Oberst Rudi Ziegenhorn abgelöst, der 1973 zur HA VI kommandiert worden war, wo er ein Jahr später Stellvertreter des Leiters wurde (siehe Organigramm 10, S. 83).

2.1.2.1 Die *Abteilung Passkontrolle* hatte ein einheitliches Regime der Kontrolle und Abfertigung an den GÜST zu gewährleisten, die Echtheitsuntersuchungen von Personal- und Grenzübertrittsdokumenten sowie eine zweifelsfreie Identitätskontrolle in der Grenzpassage durchzusetzen und für den Einsatz entsprechender Kontrolltechnik zu sorgen. Ferner war sie für den Neu- und Ausbau von GÜST zuständig und nahm Einfluss auf die Einhaltung des Transitabkommens.

Leiter der Abteilung war seit April 1989 Oberstleutnant Ernst Block. Die beiden Stellvertreterbereiche wurden von Oberstleutnant Wegener und Oberstleutnant Lothar Kurz angeleitet.

Innerhalb Berlins und am Außenring existierten Anfang 1989 33 GÜST, davon 20 als Straßen-, acht als Wasserstraßen- und fünf als Eisenbahn-GÜST. Die zur HA VI gehörenden sieben Passkontrolleinheiten waren an folgenden zwölf Berliner Grenzübergangsstellen disloziert: Bahnhof Berlin-Friedrichstraße und Marschallbrücke, Friedrich-/Zimmerstraße, Bornholmer Straße, Invalidenstraße und Chausseestraße, Heinrich-Heine-Straße, Sonnenallee, Oberbaumbrücke, Osthafen und Britzer Zweigkanal, Flughafen Berlin-Schönefeld und Rudower Chaussee.[19]

Die Verantwortung der Leiter der PKE umfasste laut Dienstanweisung Nr. 10/81[20]

– die Sicherung der Zugänge zu den Kontrollterritorien und die Bedienung der Sperr- und Sicherungsanlagen innerhalb der Kontrollterritorien der Straßengrenzübergangsstellen und an ihren Zugängen;
– die Ausübung der Kontrolle über das Betreten und Verlassen der Kontrollterritorien;
– die Organisation des Ablaufes der Kontrollhandlungen an allen GÜST und des Verkehrsflusses in den Kontrollterritorien der Straßen- und Binnenwasserstraßen-GÜST in Abstimmung mit dem Grenzzollamt;
– die Bedienung der Lichtsignalanlagen sowie anderer Verkehrsregulierungs- und -leiteinrichtungen in den Handlungsräumen der PKE;
– die Übernahme der von den Grenztruppen an den GÜST festgenommenen Personen.

Der Leiter einer PKE hatte in der Regel zwei Stellvertreter, von denen einer für operative Fragen zuständig war. Konkret bedeutete dies, dass er die Filtrierungsarbeit[21] zu planen und den vorgegebenen Informationsbedarf verschiedener MfS-Diensteinheiten wie der Auslandsaufklärung und der Spionageabwehr auf die Kontroll-, Abfertigungs- und Sicherungsbereiche aufzuteilen hatte. Er leitete die Filtrierungsoffiziere[22] an und organisierte das Zusammenwirken mit den Grenzzollämtern. Die Funktionsoffiziere waren abgestellt für Arbeitsorganisation und Technologie, Kontroll- und Sicherheits-

---

19 Die übrigen neun innerstädtischen Berliner Grenzübergangsstellen fielen in die Kompetenz der Berliner Bezirksverwaltung (BV) des MfS, während die GÜST am Außenring – mit Ausnahme des Flughafens Berlin-Schönefeld – von der BV Potsdam kontrolliert wurden.

20 Vgl. Pkt. 2.3 der 3. DB zur Dienstanweisung Nr. 10/81 des Ministers v. 4.7.1981 über das politisch-operative Zusammenwirken mit den Kräften der Grenztruppen der DDR bzw. den Grenzsicherungskräften der Volksmarine, der Zollverwaltung der DDR und des MdI bei der Sicherung der Staatsgrenze und der Gewährleistung des grenzüberschreitenden Verkehrs an den Grenzübergangsstellen der DDR; BStU, MfS, BdL/Dok. 005500.

21 Konspirative Überprüfung und Abschöpfung von Personen unter Nutzung der Möglichkeiten in den Abfertigungsbereichen zur Informationsgewinnung für andere Diensteinheiten (Spionageabwehr, Auslandsaufklärung etc.), zur Feststellung von Verstößen gegen die Ein- und Ausreisebestimmungen und zur Gefahrenabwehr.

22 Die Bezeichnung dieser Mitarbeiter wechselte im Laufe der Zeit – sie hießen Sachbearbeiter operativ, Zugfiltrierer, Mitarbeiter der Operativgruppe, Offizier für Filtrierung.

technik, Terrorabwehr, Fahndung, Schulung und Ausbildung, Auswertung und Information, Finanzen und Versorgung.

Zu den PKE gehörten gewöhnlich vier Züge mit je einem Zugführer, einem Stellvertreter, einem Filtrierungsoffizier und zwischen zehn und 20 Unteroffizieren. Die Züge der beiden größten PKE Bahnhof Berlin-Friedrichstraße und Flughafen Berlin-Schönefeld hatten jeweils bis zu 58 Mitarbeiter und waren in vier bis sechs Gruppen unterteilt, angeleitet von Gruppenführern.

Tabelle 3: Personalbestand der PKE der HA VI (Stand Juli 1988)[23]

PKE	Soll-Stärke	Ist-Stärke	Leitung	Funktions-offiziere	Operative Mitarbeiter	Passkon-trollkräfte
Bornholmer Str.	74	72	3	4	5	56
Invaliden-/ Chausseestraße	79	78	3	4	4	63
Bhf. Friedrichstraße/ Marschallbrücke	289	297	5	23	17	246
Friedrich-/ Zimmerstr.	83	80	3	6	4	64
Heinrich-Heine-Str.	63	62	3	5		50
Sonnenallee/ Oberbaumbrücke	67	65	3	7	k. A.	52
Flgh. Bln. Schönefeld/ Rudower Chaussee	232	223	5	11	29	173
gesamt	887	877	25	60	59	704

Die *GÜST Bahnhof Berlin-Friedrichstraße*[24] war die größte und komplizierteste Grenzübergangsstelle in Berlin, die für alle Kategorien des grenzüberschreitenden Verkehrs zugelassen war, das heißt für Ein- und Ausreiseverkehr (Fernreiseverkehr), Transitverkehr, Berufsverkehr (Stadtverkehr), Diplomaten- und Dienstreiseverkehr. Die PKE stand unter der Leitung von Oberst Rudi Wohlgemut und seinen beiden Stellvertretern Oberstleutnant Günther Ruske – ab 1.9.1989 Major Peter Theil – und Oberstleutnant Edwin Görlitz (Stellvertreter Operativ).

Die *GÜST Friedrich-/Zimmerstraße*[25] (gegenüber der Grenzkontrollstelle Checkpoint Charlie) im Berliner Stadtzentrum war für den Wechselverkehr von Personen – außer Bürgern der Bundesrepublik – mit ständigem Wohnsitz in West-Berlin zugelassen, soweit es sich nicht um in der DDR akkreditierte Diplomaten handelte.

Leiter der PKE war Oberstleutnant Horst Scholz. Sein Stellvertreter für Passkontrolle war Oberstleutnant Erwin Jankowsky, der Stellvertreter Operativ Oberstleutnant Manfred Gruß.

Die *GÜST Bornholmer Straße* war für den Wechselverkehr von Bürgern der DDR und der Bundesrepublik, Personen mit ständigem Wohnsitz in West-Berlin und von in der DDR akkreditierten Diplomaten zugelassen. Als Leiter fungierte Oberstleutnant Werner Bachmann. Von den Stellvertretern war Oberstleutnant Harald Jäger für Passkontrolle und Oberstleutnant Edwin Görlitz für die operative Arbeit zuständig.

Die *GÜST Invalidenstraße* einschließlich der *GÜST Chausseestraße* waren für den Wechselverkehr von DDR-Bürgern und Westberlinern zugelassen; die Invalidenstraße zusätzlich noch für Diplomaten, die in der DDR akkreditiert waren, und für Reisegruppen, die vom Reisebüro der DDR organisierte Stadtrundfahrten unternah-

---

23 BStU, MfS, HA VI 8, Bl. 223.

24 Siehe Organigramm 12, S. 100.

25 Siehe Organigramm 13, S. 101.

men. Die PKE stand zuletzt unter der Leitung von Oberstleutnant Rolf Heß und seinen Stellvertretern Oberstleutnant Siegfried Wiede und Oberstleutnant Rolf Riemer.

Die *GÜST Heinrich-Heine-Straße* war für den Wechselverkehr von DDR-, Bundesbürgern und Diplomaten zugelassen und außerdem für den Wechselverkehr von Gütern. Leiter der PKE war Oberstleutnant Karl-Heinz Lischinsky, seine Stellvertreter waren Oberstleutnant Werner Schöppan und Oberstleutnant Roland Leppert.

Sowohl die *GÜST Sonnenallee* als auch die *GÜST Oberbaumbrücke* waren für den Wechselverkehr von DDR-Bürgern und Westberlinern zugelassen, letztere jedoch nur für Fußgänger. Die *PKE Sonnenallee* wurde von Oberstleutnant Wolfgang Karmann und seinen Stellvertretern Oberstleutnant Johannes Riedel und Oberstleutnant Jürgen Gentsch geleitet.

Die *GÜST Flughafen Berlin-Schönefeld*[26] war für den internationalen Flugverkehr und Transitverkehr für Personen und Luftfracht zugelassen. Die *GÜST Rudower Chaussee* diente dem Wechselverkehr von Westberlinern und Benutzern der Inlandfluglinie der Interflug. Die Kontrollstelle befand sich im nichtöffentlichen Teil des Flughafens. Die dort eingesetzten Kräfte der PKE waren zuständig für

– die Kontrolle und Abfertigung der Passagiere;
– die Absicherung des Personalbestandes des Grenzzollamtes, des Betriebsschutzamtes der Deutschen Volkspolizei, der Flugwetterwarte, der Betriebsfeuerwehr und des Betriebsteils Catering des Gastronomiebetriebs Mitropa;
– die Sicherung des Abfertigungsvorfeldes im Zusammenwirken mit den Angehörigen des Grenzzollamtes, des Betriebsschutzamtes und Kräften der Interflug;
– die Verhinderung von Terrorhandlungen und Fluchtversuchen durch Spezialistengruppen.

Die HA XIX (Absicherung aller Verkehrswege) des MfS trug die Verantwortung für die abwehrmäßige Sicherung der Interflug GmbH der Hauptverwaltung Zivile Luftfahrt des Ministeriums für Verkehrswesen, die Staatliche Luftfahrtinspektion, den Flugmedizinischen Dienst, die Mitropa, den VEB Minol/Aeroservice, den VEB Deutrans/Luftfracht und die Vertretungen der ausländischen Fluggesellschaften. An Flughäfen mit grenzüberschreitendem Verkehr hatten die Leiter der PKE die Pflichten des Kommandanten der GÜST zu erfüllen. Bis Mitte 1989 nahm Oberst Ernst Beuth diese Funktion in Berlin-Schönefeld wahr, unterstützt von den drei Stellvertretern Oberstleutnant Manfred Paul (Passkontrolle), Oberstleutnant Hans-Ulrich Jäkel (Stellvertreter Operativ) und dem für Sicherheit verantwortlichen Oberstleutnant Heinig. Zuletzt wurde die PKE von Hauptmann Holger Herz und Major Klaus Mehnert angeleitet.

Exkurs: Aufgabenstellung und Funktionsweise der Passkontrolleinheiten (PKE)

Uniformierte dreier Diensthierarchien unter Anleitung des Kommandanten teilten sich den Grenzdienst an den GÜST: die Diensthabenden Offiziere der Grenztruppen und Soldaten und Unteroffiziere der Sicherungskompanie der Grenzregimenter, die Passkontrolleinheiten des MfS und die Angehörigen der Zollverwaltung. Die Passkontrolleure trugen zur Tarnung Uniformen der Grenztruppen. Die jeweiligen Kompetenzen waren in einer entsprechenden Vereinbarung festgelegt.[27] Die 3. Durchführungsbe-

---

[26] Siehe Organigramm 14, S. 102.

[27] Vereinbarung über die Verantwortlichkeit und das Zusammenwirken der Kräfte der Grenztruppen der DDR, der Grenzsicherungskräfte der Volksmarine, der Kräfte des MfS, der Zollverwaltung der DDR und des MdI bei der Sicherung der Staatsgrenze und der Gewährleistung des grenzüberschreitenden Verkehrs an den Grenzübergangsstellen der DDR v. 1.8.1975, Anhang 2 zur DV 018/0/005 Aufgaben der Grenztruppen der Deutschen Demokratischen Republik an den Grenzübergangsstellen, 1980. Hg. v. MfNV.

stimmung zur Dienstanweisung Nr. 10/81[28] regelte generell die Zusammenarbeit der Linie VI mit Angehörigen dieser Institutionen.

Zur GÜST gehörten auch zivile Einrichtungen, die sich im Umfeld etablierten. Zu den wichtigsten zählten die Staatsbank, die Mitropa, das Deutsche Rote Kreuz, die Post und der VEB Deutrans (Transportunternehmen).

Die gesetzlichen Voraussetzungen und wichtigsten Rechtsvorschriften für das Passieren der Staatsgrenze waren:

– die Verordnung zum Schutz der Staatsgrenze der DDR vom 19.3.1964 und die dazu erlassene Grenzordnung vom 15.6.1972;
– das Passgesetz der DDR vom 28.6.1979;
– die Anordnung über Pass- und Visaangelegenheiten vom 28.6.1979;
– die Weisungen der Bereiche Pass- und Meldewesen des Ministeriums des Innern (z. B. über die Ausgestaltung der Visa, Visaart, Festlegung des Grenzübergangs);
– die dienstlichen Bestimmungen des Konsularwesens des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) und schließlich
– die Passkontrollordnung (PKO) des MfS.

Die Passkontrolle an der Grenze zu Polen und zur ČSSR erfolgte gemeinsam mit den Grenzkontrollorganen dieser Länder. Grundlage waren entsprechende völkerrechtliche Verträge sowie ministerielle Vereinbarungen (siehe Kap. 4.3). Dagegen waren Kontakte zu den Grenzkontrollstellen zur Bundesrepublik und zu West-Berlin untersagt.

Ausgenommen von der Passkontrolle waren der Transit von Truppenpersonal der Alliierten zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin, der Grenzübertritt von Angehörigen der Alliierten zwischen Ost- und West-Berlin, von Angehörigen der Grenzkontrollorgane der ČSSR und Polens bei der gemeinsamen Grenzkontrolle sowie der Grenzbevollmächtigten beider Seiten. Davon befreit waren auch Personen, für die eine Ausnahmeentscheidung durch das MfS getroffen wurde.[29]

Neben der Passkontrolle waren die PKE in bestimmten Fällen, die in der Passkontrollordnung festgelegt waren, für die Erteilung von Visa und anderen Berechtigungen zum Grenzübertritt sowie für die Ausstellung von Identitätsbescheinigungen zuständig.

Die Melde- und Berichtsordnung (MBO)[30] bestimmte den Informationsbedarf, der aus Sicht des MfS erforderlich war für die Sicherung der Grenzübergangsstellen, für die reibungslose Abfertigung des Grenzverkehrs und die Verhinderung des Missbrauchs des Reise- und Güterverkehrs zur angeblich ideellen und materiellen Schädigung der DDR. Der Informationsbedarf gliederte sich in

1. Sofortinformationen
– zu geheimdienstlicher Tätigkeit, Lücken und begünstigenden Bedingungen im Kontrollablauf und den Regimeverhältnissen, die subversiv genutzt werden konnten;
– zu Ergebnissen der politisch-operativen Arbeit, die die Gesamtinteressen des MfS betrafen;

---

[28] 3. DB zur Dienstanweisung Nr. 10/81 v. 4.7.1981 über das politisch-operative Zusammenwirken mit den Kräften der Grenztruppen der DDR bzw. den Grenzsicherungskräften der Volksmarine, der Zollverwaltung der DDR und des MdI bei der Sicherung der Staatsgrenze und der Gewährleistung des grenzüberschreitenden Verkehrs an den Grenzübergangsstellen der DDR; BStU, MfS, BdL/Dok. 005500.

[29] Vgl. Avisierungsordnung Nr. 4/85 des Ministers v. 4.3.1985; BStU, MfS, BdL/Dok. 005090.

[30] Melde- und Berichtsordnung der Diensteinheiten der Linie VI (MBO) v. 1.12.1982; BStU, MfS, BdL/Dok. 007718.

– zu bestimmten Vorkommnissen und Handlungen in den Diensteinheiten der HA VI;
– zu schweren Verbrechen der allgemeinen Kriminalität und

2. Laufende Informationen
– zu Sachstands-, Zwischen- und Abschlussberichten zu Operativen Vorgängen (OV)[31] und operativen Ausgangsmaterialien;
– von inoffiziellen Mitarbeitern, insbesondere aus der Bundesrepublik und West-Berlin;
– zur Entwicklung des grenzüberschreitenden Verkehrs;
– zur materiellen Sicherstellung;
– zur Zusammenarbeit mit dem Zollkontrolleuren.

Meldungen über Vorkommnisse erfolgten an das Operative Leitzentrum im Bereich Fahndung (vgl. Pkt. 2.1.2.5) und von dort je nach Bedeutsamkeit weiter an den Leiter der HA VI oder seine Stellvertreter. Informationen, Einschätzungen und periodische Berichterstattungen, die einzelne Fachabteilungen der HA VI anforderten, wurden direkt an diese übersandt. Telefonische Vorausmeldungen hatten in akuten Gefahrensituationen oder bei bekannt gewordenen beabsichtigten Terror-, Diversions- und Provokationshandlungen zu erfolgen. Operative Meldungen sollten durch die Einleitung geeigneter Maßnahmen ergänzt werden.

Die in Verbindung mit der Passkontrolle durchzuführenden Fahndungen und die Filtrierung des grenzüberschreitenden Verkehrs unterlagen besonderen Regelungen.[32] Zusätzliche Handlungsrichtlinien – etwa über das Zusammenwirken mit den Zollkontrolleuren und den Informationsfluss – wurden in einschlägigen Anweisungen der HA VI gegeben.[33]

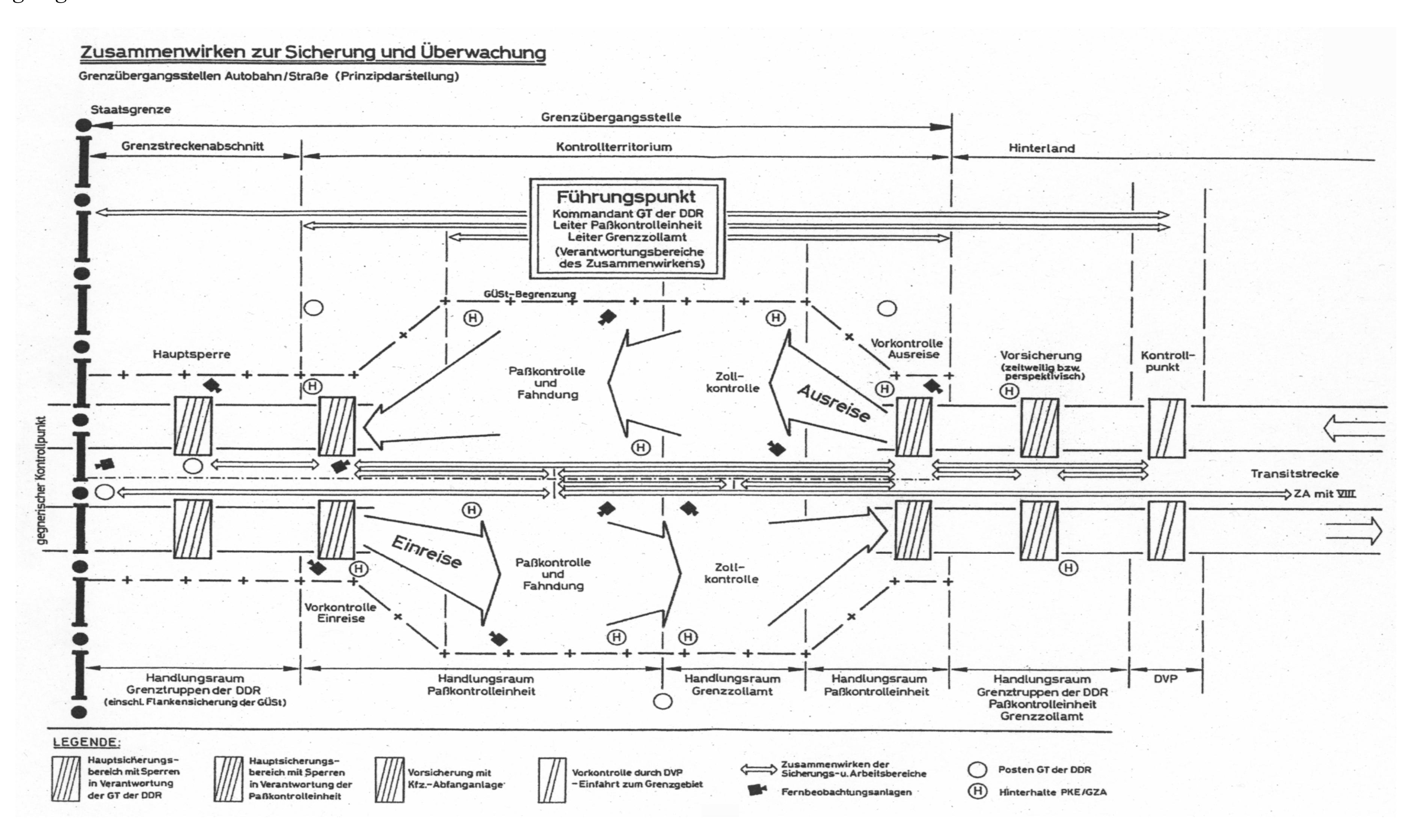
---

31 In Operativen Vorgängen sollte der Verdacht strafbarer Handlungen geklärt werden. Das betraf in der HA VI in der Regel Fluchthilfe, Spionage, Schmuggel und Terroraktionen. Schleuserorganisationen wurden arbeitsteilig von mehreren Diensteinheiten in Zentralen Operativen Vorgängen (ZOV) bearbeitet.

32 Vgl. Ordnung Nr. VI/I/81 zur Technologie der Kontrolle und Abfertigung und der Arbeitsorganisation an den Grenzübergangsstellen; BStU, MfS, HA VI 5277.

33 Vgl. Anweisung Nr. VI/7/85 des Leiters der HA VI v. 27.9.1985 über die politisch-operative Filtrierung des grenzüberschreitenden Verkehrs an den Grenzübergangsstellen der Hauptstadt der DDR, einschließlich Flughafen Berlin-Schönefeld und Rudower Chaussee, zur Gewinnung operativ bedeutsamer Informationen für die politisch-operative Arbeit des MfS; BStU, MfS, HA VI 65, Bl. 220–231.

Organigramm 2: Schema des Zusammenwirkens[34]



34 BStU, MfS, HA VI 4302, Bl. 2.

Die Abfertigung der Reisekategorien Transit zwischen Westdeutschland und West-Berlin, die Ein- und Ausreise in die bzw. aus der DDR sowie der Transit nach dritten Staaten waren räumlich und personell getrennt. Operative Mitarbeiter wirkten bei der Klärung von Sachverhalten mit, sie befragten Personen und traten bei Festnahmen in Erscheinung. Sie waren ausgebildete Fahnder und Passkontrolleure ohne Entscheidungsbefugnisse, arbeiteten nicht mit inoffiziellen Mitarbeitern zusammen und waren auch nicht in den unmittelbaren Abfertigungsprozess an den GÜST einbezogen. Bei operativ bedeutsamen Informationen konnten sie Fahndungsmaßnahmen gemäß Dienstanweisung Nr. 2/82[35] einleiten, Recherchen in den Reisedatenspeichern vornehmen und Ermittlungen zu Reisezielen und Kontaktpersonen durchführen.

Durch Informierung des diensthabenden Zugführers des Grenzzollamtes oder eine besondere Kennzeichnung der Grenzübertrittsdokumente[36] wurden im Bereich des Grenzzollamtes gezielte Kontrollen ausgelöst. Wenn vonseiten anderer Diensteinheiten an bestimmten Personen ein besonderes Interesse bestand, konnte der Filtrierungsoffizier über die auftraggebende Diensteinheit Ermittlungs- und Beobachtungsaufträge an die Linie VIII erteilen, Postkontrollen beantragen und weitere Personenspeicher nutzen.

Die Filtrierungsoffiziere waren direkt dem Stellvertreter Operativ des Leiters der PKE unterstellt, der bei Feststellungen zu Personen und Sachverhalten Erstmaßnahmen einleitete. Dazu gehörte die Informierung der Operativ-Dienststelle Berlin (OPD) bzw. der Abteilung 1 der HA VI sowie die Meldepflicht gegenüber dem Operativen Leitzentrum. Zu befragende Personen waren aus dem Reisestrom herauszulösen und vor der Gesprächsführung in den Fahndungsmitteln zu überprüfen. Die OPD und die Abteilung 1 sorgten für die unverzügliche Bearbeitung und Klärung der erhaltenen Informationen aus dem Filtrierungsprozess. Dabei handelte es sich in der Regel um

– Hinweise und Anhaltspunkte für Schleuser, Kuriere, Tester etc.,
– Befragung und Bearbeitung von Selbstanbietern,
– Direktvermittlung operativ bedeutsamer Personen aus dem grenzüberschreitenden Verkehr an andere Diensteinheiten des MfS,
– Bekanntwerden operativ relevanter Sachverhalte aus der Grenzpassage, die eine unverzügliche Klärung erforderten.

Die operativen Mitarbeiter bzw. Operativgruppen an den GÜST standen in ständiger Verbindung zur Abteilung VI der HV A (Operativer Reiseverkehr, Regimefragen), die einen Bereitschaftsdienst für den Fall der Vermittlung bestimmter Personen unterhielt. Dabei konnte es sich um Selbstanbieter handeln oder einfach um Personen, die sich bei der Grenzpassage mit persönlichen Anliegen oder Auskunftsersuchen an die Passkontrolleure wandten. Unter der Legende eines Mitarbeiters des fiktiven »Service/International« nahm sich dann ein HVA-Offizier dieser Person an.[37]

Der Informationsbedarf anderer Diensteinheiten wurde durch die Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG) der HA VI an die PKE übermittelt, die auch die erarbeite-

---

[35] Dienstanweisung Nr. 2/82 des Ministers v. 17.11.1982 über die Einleitung und Realisierung von Fahndungen im Reiseverkehr über die Staatsgrenze der DDR; BStU, MfS, BdL/Dok. 005030.

[36] Die Methoden der Signalisierung wechselten im Laufe der Zeit. Sie waren abhängig von der operativ-technischen Ausstattung der GÜST, den Vorgaben der jeweiligen »Filtrierungsordnung« und den Vereinbarungen zum Zusammenwirken mit den Zollkontrollkräften. Beispielsweise konnte der Passabfertiger Signaturen auf eine vorher vereinbarte Stelle des Grenzübertrittsdokuments auftragen. Bei der Visaausstellung wurde die Schreibfläche der Reisedokumenten-Transporttasche für Informationen genutzt.

[37] Vgl. HV A, Abt. VI: Leitungsdienst der Abt. VI außerhalb der regulären Dienstzeit zur Realisierung von Kontakthinweisen an der GÜST Bahnhof Friedrichstraße, 13.10.1982; BStU, MfS, HA VI 31, Bd. 3, Bl. 52 ff.

ten Informationen erhielt. Ausgenommen davon waren Hinweise zu Selbstanbietern, bevorrechteten Personen sowie Personen, die staatsfeindlicher Handlungen oder schwerer Straftaten der allgemeinen Kriminalität verdächtigt wurden – diese Informationen gingen direkt an die Operativ-Dienststelle Berlin bzw. an die Abteilung 1 oder die Abteilung Operative Sicherung der HA VI (siehe Kap. 2.1.3).

Eine enge Zusammenarbeit fand mit den Grenzzollämtern und den Operativgruppen Zollfahndung statt, die Hinweise an die PKE weiterleiteten. Weitere Kooperationspartner waren die Grenztruppen, die beispielsweise Beobachtungsfeststellungen im Vorfeld der Grenzübergangsstellen und aufgefundenes »Feindmaterial« (Flugblätter, westliche Presseerzeugnisse, Bücher u. Ä.) an die PKE unter Angabe der näheren Umstände des Fundes weitergaben, sowie die Transportpolizei und die Volkspolizei.

Zum Informationssystem in den Abfertigungsanlagen gehörte unter anderem die Fernsehfahndung, mit deren Hilfe der Identitätskontrolleur oder der Visaerteiler Personaldokumente, Kfz-Zulassungen und andere Dokumente auf Bildschirme in einem zentralen Fahndungsraum leitete. Bei »operativ-interessanten« Personen legten die Passkontrolleure eine Signalkarte mit der entsprechenden Zusatzinformation unter die Fahndungskamera. Bei relevanten Feststellungen – etwa der Zugehörigkeit zu einer überwachten Personenkategorie – wurden vorgeschriebene Folgemaßnahmen veranlasst bzw. der diensthabende operative Mitarbeiter verständigt. Stellte man zur Fahndung ausgeschriebene Personen oder Fahrzeuge fest, erging die Aufforderung an den Identitätskontrolleur oder Visaerteiler, alle noch nicht gefahndeten Dokumente der übrigen Insassen des betreffenden Fahrzeugs durchzugeben. Im Anschluss daran erfolgte entweder die Festnahme, wurden weitere Dokumentationen oder die Einleitung von Observierungsmaßnahmen veranlasst.

Verdachtskontrollen fanden in so genannten Sonderkontrollobjekten oder in Kontrollgaragen der Grenzzollämter statt, die über Räume zur Durchführung von Befragungen und Körperdurchsuchungen, Verwahrräume sowie Aufenthalts- und Arbeitsräume der Kontrolleure verfügten. Zur technischen Ausrüstung gehörten konspirative Bild- und Tontechnik, Dokumentationstechnik, Handfesseln, Führungsketten und Werkzeuge zum gewaltsamen Öffnen von Kfz.

Schmuggel und Spekulationshandlungen wurden durch das Grenzzollamt (GZA) bearbeitet, Flucht- und Schleusungsfälle sowohl durch die PKE als auch das Grenzzollamt, wobei die PKE für Festnahmen zuständig war.

2.1.2.2 Die *Abteilung Schulung und Ausbildung* hatte die politisch-operativen und fachlichen Schulungen zu organisieren und entsprechende Schulungs- und Ausbildungsmaterialien sowie Lehr- und Trainingsprogramme zu erarbeiten. Neben Grundlehrgängen und einer Fachschulausbildung führte die Abteilung auch militärische Ausbildung durch und leitete die Linie VI in den Bezirks- und Kreisverwaltungen an. In Wünsdorf befand sich ein Ausbildungsobjekt, in dem die Passkontrolleure eine Grundausbildung mit einer Dauer von drei Monaten erhielten. An einer Lehr- und Trainings-GÜST wurden die Handlungsabläufe im Kontrollprozess einschließlich Dokumentationstechnik, operativ-taktischem Verhalten bei Festnahme und Durchsuchung sowie Terrorabwehrvarianten praktisch geübt. Gelehrt wurden zudem geheimdienstliche Mittel und Methoden zur »operativen Durchdringung« der Kontrolle, Abfertigung und Sicherung des grenzüberschreitenden Verkehrs. Der Grundausbildung konnte sich ein 3-jähriges Fachschulfernstudium anschließen.

Leiter der Abteilung war Oberstleutnant Jochen Materny, sein Stellvertreter Oberstleutnant Hartmut Sänger.

2.1.2.3 Die *Arbeitsgruppe Sicherheit und Terrorabwehr* gab Anleitung für die Gestaltung der Abfertigungs- und Kontrollprozesse und sorgte für die einheitliche Durchsetzung der Festlegungen. Sie leitete Spezialistengruppen für Sicherheit und Terrorabwehr an, die innerhalb der Passkontrolleinheiten ab 1977 aufgebaut worden waren. Eine gemeinsame Ordnung regelte das Zusammenwirken der Grenztruppen, der Angehörigen des MfS und der Zollverwaltung der DDR sowie der Bereitschaftspolizei.[38] Daneben gab es spezielle Ordnungen des MfS zur Sicherung einschließlich Handlungsvarianten[39], die insbesondere für die Grenzübergangsstellen Flughafen Berlin-Schönefeld, Bahnhof Berlin-Friedrichstraße sowie die Seehäfen der DDR erarbeitet worden waren. Die beteiligten Diensteinheiten kamen aus den Hauptabteilungen VI, VII (Abwehrarbeit MdI/DVP), XVIII (Sicherung der Volkswirtschaft), XIX (Absicherung aller Bereiche des Verkehrswesens), XX (Abwehrarbeit Staatsapparat, Kunst, Kultur, »politischer Untergrund«) und XXII (Terrorabwehr) sowie den entsprechenden Abteilungen der MfS-Bezirks- und Kreisdienststellen.

Die charakteristischen Vorgehensweisen, mit denen die Kontrollkräfte an den Grenzübergangsstellen konfrontiert werden konnten, waren Geiselnahmen unter Anwendung von Waffen, Einsatz schwerer Technik, Einsatz von Pkw, Versuche, zu Fuß die GÜST zu passieren – bei Fahnenflucht unter Mitführung von Schusswaffen –, gewaltsame Handlungen bei Aufdeckung von Schleusungen sowie anonyme und pseudonyme Androhungen.

Die Arbeitsgruppe arbeitete eng mit dem Operativ-Technischen Sektor (OTS), der Abteilung Bewaffnung und Chemischer Dienst (BCD), der Spezialkommission der HA IX (Untersuchung) und der 1964 gegründeten Arbeitsgruppe des Ministers für Sicherheit (AGM/S) zusammen.[40] Die Angehörigen der Arbeitsgruppe führten für andere Mitarbeiter operativer Abteilungen Spezialistenlehrgänge in Wünsdorf durch, wo unter anderem in so genannten Komplexübungen in den Verkehrskategorien Straße, Flugverkehr und Schiene praxisnah Varianten bei besonderen Vorkommnissen trainiert wurden.[41]

Leiter der Arbeitsgruppe war seit 1979 Oberstleutnant Karl-Heinz Heine.[42]

2.1.2.4 Der *Bereich Fahndung* gliederte sich in die *Abteilung Fahndung*, das *Operative Leitzentrum (OLZ)* und die *Zentrale Avisierungsstelle (ZAS).*
Leiter des Bereiches war bis Frühjahr 1989 Oberst Horst Heyer.[43] An seine Stelle trat Oberstleutnant Peter Fiedler, zuvor Leiter der PKE Heinrich-Heine-Straße.

---

38 Aufgefunden wurde bisher nur das Bestätigungsblatt der Ordnung zur Sicherung der Grenzübergangsstelle gegen schwere Provokationen und Terrorverbrechen im Zusammenwirken der verantwortlichen Schutz- und Sicherheitsorgane vom Dezember 1975, unterzeichnet von den verantwortlichen Leitern; BStU, MfS, HA VI 124, Bl. 107.

39 Vgl. Ordnung zur politisch-operativen Sicherung des Bahnhofs Friedrichstraße gegen schwere Provokationen und Terrorverbrechen im Zusammenwirken der verantwortlichen Diensteinheiten des Ministeriums für Staatssicherheit, unterzeichnet von Generalleutnant Beater und Generalleutnant Schröder (o. D.); BStU, MfS, HA VI 1580, Bl. 77–93.

40 Vgl. Auerbach, Thomas: Einsatzkommandos an der unsichtbaren Front. Terror- und Sabotagevorbereitungen des MfS gegen die Bundesrepublik Deutschland. Hg. BStU. Berlin 2001.

41 Vgl. HA VI, AG Sicherheit und Terrorabwehr: Einschätzung zu den Ergebnissen der Spezialistenlehrgänge Sicherheit und Terrorabwehr 1985, 8.7.1985; BStU, MfS, HA VI 137, Bl. 69 f.

42 Karl-Heinz Heine, Jg. 1932, war seit 1951 in diversen MfS-Diensteinheiten tätig und wurde 1964 zur HPF versetzt. Er absolvierte einen 3-Jahres-Lehrgang an der JHS Potsdam/Eiche und arbeitete anschließend in der Abt. Schulung und Ausbildung der HA VI.

43 Horst Heyer, Jg. 1929, gehörte seit 1951 dem MfS an. 1971 promovierte er an der JHS Potsdam/Eiche, wo er mehrere Jahre auch als Lehrkraft tätig gewesen war. 1972 wurde er zum Leiter

Die *Abteilung Fahndung*[44] war speziell für die Grenzfahndung zuständig. Zu den wichtigsten Fahndungskategorien zählten

– Fahndungen zur vorläufigen Festnahme bzw. Verhaftung;
– Fahndungen zur Realisierung von Reisesperren;
– Fahndungen zur Durchführung operativer Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen[45];
– Sachfahndungen[46];
– Sonderfahndungen[47];
– Sofortfahndungen[48];
– Fahndungen nach Personen auf der Grundlage von Lichtbildern.[49]

Unterschieden wurde zwischen der offensiv-demonstrativen Durchsetzung angewiesener Maßnahmen (Festnahme, Zurückweisung) und konspirativer Realisierung (politisch-operative Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen). Die Grundprinzipien der Fahndungsarbeit waren in der Dienstanweisung Nr. 2/82 des Ministers[50] festgelegt. Die Anweisung VI/11/82 des Leiters der HA VI[51] schrieb die funktionellen Pflichten und Befugnisse der Mitarbeiter der PKE vor. Das betraf beispielsweise die Weiterleitung der Informationen, die Verständigung der Dienstvorgesetzten, die Herstellung der Verbindung zur Linie VIII (Observationen, Ermittlungen, Festnahmen) und das Zusammenwirken mit dem Grenzzollamt.

Die Abteilung Fahndung wurde zuletzt von Oberstleutnant Helmut Thoß geleitet.

Die Aufgaben des *Operativen Leitzentrums* lassen sich wie folgt zusammenfassen:

– Einleitung, Steuerung und Koordinierung von Kontroll- und Überwachungsprozessen im grenzüberschreitenden Verkehr;
– Vorbereitung und Durchsetzung von Leiterentscheidungen auf der Grundlage von Sofortmeldungen über besondere Vorkommnisse im Verantwortungsbereich der Linie VI, vor allem der Grenzpassage;

---

des Bereichs Fahndung der HA VI ernannt. Ab 1.4.1989 wechselte Heyer als Offizier für Sonderaufgaben zum Bereich Fahndungsentwicklung beim Leiter der HA VI.

44 Siehe Organigramm 6, S. 54.

45 Letztere dienten der Gewinnung von Informationen über die zu fahndende Person unter optimaler Nutzung der beim Grenzübertritt vorhandenen Möglichkeiten. Das betraf z. B. das Erkennen von Spionen, Schleusern, Terroristen, Schmugglern, Kontaktpersonen, Oppositionellen etc.

46 Sachfahndungen wurden vorwiegend zur Verhinderung von Schleusungen eingesetzt, z. B. achtete man auf gestohlene Reisepässe von Bundesbürgern, auf präparierte Fahrzeuge, Benutzer von Leihfahrzeugen etc.

47 Zu den elf Sonderfahndungsgruppen zählten z. B. Linksextremisten, Rechtsextremisten, Personen mit »negativen Persönlichkeitsmerkmalen«, die etwa bei politischen »Höhepunkten« störend auftreten könnten, Angehörige terroristischer Gruppierungen, Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit ausging, Angehörige von Menschenrechtsorganisationen. Siehe hierzu Anlage 1 zur Dienstanweisung Nr. 6/75 Einleitung und Realisierung von Fahndungen im Reiseverkehr über die Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik; BStU, MfS, BdL/Dok. 004622.

48 Sie betrafen z. B. Fahnenflüchtige und Personen, die Gewaltakte androhten oder sich der Strafverfolgung zu entziehen versuchten.

49 Hierbei handelte es sich um unbekannte Personen, zu denen Vergleichsbilder existierten, wie beispielsweise Nutzer von Personaldokumenten anderer Personen, Agenten mit neuer Identität, Terroristen aus der Bundesrepublik usf.

50 Vgl. Einleitung und Realisierung von Fahndungen im Reiseverkehr über die Staatsgrenze der DDR; BStU, MfS, BdL/Dok. 005030.

51 Über die Leitung, Organisierung und Gestaltung der Fahndung im Reiseverkehr über die Staatsgrenze der DDR; BStU, MfS, BdL/Dok. 008858.

– ständige Verarbeitung der Sofortmeldungen sowie aller anderen im OLZ auflaufenden Informationen zur aktuellen Lageeinschätzung, insbesondere im grenzüberschreitenden Verkehr, sowie Wahrnehmung der Sofortmeldepflicht gegenüber dem Zentralen Operativstab des MfS (ZOS);
– Verdichtung und Aufbereitung von Informationen zu aktuellen Schwerpunktproblemen des grenzüberschreitenden Verkehrs;
– Durchführung von Fahndungsaufgaben, insbesondere bei dringenden Fahndungseinleitungen, Steuerung zentraler Fahndungen und spezieller Avisierungen;
– Organisierung der Zusammenarbeit innerhalb der Linie VI, mit anderen Diensteinheiten des MfS sowie mit anderen Organen und deren Führungspunkten bzw. Stäben.

Innerhalb des OLZ gab es eine *Zentrale Avisierungsstelle*, deren Aufgaben in der Avisierungsordnung Nr. 4/85[52] geregelt waren. Neben den Daueravisierungen gab es die Signalavisierungen, das heißt Avisierungen auf Abruf. Das betraf beispielsweise Rückführungen aus dem Aufnahmeheim, Transporte freigekaufter Haftentlassener, Rückführungen ausländischer Arbeitskräfte oder die Sicherung von Transporten wertvoller Kulturgüter. Eine dritte Gruppe waren die Ausnahmeavisierungen. Sie wurden zum Beispiel erteilt bei Aufklärungsaufgaben einschließlich Schleusungen, Transaktionen, Geheimtreffen bzw. Treffen auf höchster politischer Ebene. Bei der bevorzugten Personenabfertigung unterschied man die drei Kategorien freie Fahrt (ohne Pass- und Zollkontrolle), ohne Zollkontrolle und bevorzugte Abfertigung.

Das OLZ wurde von Oberstleutnant Wolfgang Werner[53] geleitet.

Exkurs: Die Arbeitsabläufe im Operativen Leitzentrum und seine Rolle bei zentralen Aktionen und Sicherungseinsätzen

Bei eingehenden Meldungen[54] veranlasste das OLZ in der Regel die Überprüfung der Personalien in der Arbeitskartei des OLZ, in der Auskunftskartei der Fahndung zu Personen (AKP) und Verkehrsmitteln (AKV) und in der zentralen Auskunftsabteilung des MfS, der Abteilung XII.

Unter Umständen wurden weitere Speicher zur Überprüfung herangezogen, wie beispielsweise
– der Speicher der Abteilung Auswertung und Information der HA VI;
– die Karteien der HA VIII (Daten aus der Sicherung der Transitwege);
– die Speicher der OLZ der Abteilungen VI anderer Bezirksverwaltungen.

Nach Feststellung von »Fahndungsobjekten« wurde eine der folgenden Maßnahmen eingeleitet:
– Festnahme, Durchsuchung und Anfertigung des Festnahmeberichts durch die Gruppen- bzw. Zugführer;
– Zurückweisung von Personen mit Einreisesperre;
– Veranlassung einer Beobachtung während des Aufenthalts auf dem Gebiet der DDR durch das Operative Leitzentrum;
– Beobachtung zur Feststellung des Verhaltens bzw. der Handlungen nach erfolgter Ausreise durch den Offizier für operative Arbeit;

---

52 Avisierungsordnung Nr. 4/85 des Ministers v. 4.3.1985; BStU, MfS, BdL/Dok. 005090.

53 Wolfgang Werner, Jg. 1930, war seit 1952 Lehrer an der JHS Potsdam/Eiche. Ab 1963 war er bei der APF und der HPF in Berlin und Potsdam tätig. 1972 begann er als Auswerter im OLZ und wurde 1984 zum Leiter ernannt.

54 Die eingehenden Meldungen waren auf Formblatt OLZ – F 920/82 zu erfassen. Das betraf u. a. Angaben zum Sachverhalt, Erstmeldungen, Ergänzungen, Ergebnisse von Überprüfungen, eingeleitete Maßnahmen, Entscheidungen.

- Kontrollmaßnahmen im Zusammenwirken mit den Zollorganen;
- Erforderliche Maßnahmen bei avisierten Personen;
- Verständigung des OLZ zur Informierung der auftraggebenden Diensteinheit über die erfolgte Einreise des Fahndungsobjektes oder Informierung der Ausreise-Grenzübergangsstelle zur Einleitung von erforderlichen Maßnahmen.

Zu den Sondergruppen der Fahndung gehörten auch Bundes- und Landtagsabgeordnete aller Parteien der Bundesrepublik sowie Europaparlamentarier, politische Gruppierungen und kirchliche Würdenträger.[55] 1986 wies das Schlüsselverzeichnis für Fahndungen allein 56 Schleuserorganisationen aus.[56] Hinzu kamen Codenummern zur Spionageabwehr und zur Unterstützung von Aufklärungsaufgaben in der Bundesrepublik Deutschland durch kodifizierte Hinweise auf die Angehörigkeit von Grenzpassanten zum Staatsapparat, zu Nachrichtendiensten, militärischen Einrichtungen, Parteien, politischen Gruppierungen und angeblich DDR-feindlichen Institutionen und Einrichtungen.

Wurden bei Verdachtskontrollen »operativ-bedeutsame Informationen« zu Personen erarbeitet, die nicht in der Abteilung XII aktiv erfasst waren, legte das OLZ Handlungsakten zur »Vorverdichtung« der Ausgangsinformationen an, die die Einleitung von Fahndungsmaßnahmen in alle Verkehrsrichtungen – das heißt durchgängige Kontrolle und Überwachung nach Wiedereinreise – nach sich zogen. Nach drei Monaten wurden diese Handlungsakten in der Regel entweder gelöscht oder bei weiteren Anhaltspunkten an die zuständigen Diensteinheiten zur künftigen Bearbeitung weitergeleitet.

Während die Operativen Diensthabenden für die Klärung und Aufbereitung der gemeldeten Vorkommnisse und eine ständige aktuelle Lageeinschätzung verantwortlich waren, befassten sich die Auswerter mit der Speicherung, Verdichtung und Aufbereitung von bekannt gewordenen Informationen einschließlich der damit im Zusammenhang stehenden Personen. Sie führten die Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskartei und stellten den Informationsbedarf bei »Aktionen«, das heißt Großveranstaltungen, Staatsfeiertagen, Messen usf. auf der Grundlage des vom Leiter der Hauptabteilung bestätigten Maßnahmeplanes bzw. der erarbeiteten Weisungen sicher.

Grundlage der Zusammenarbeit mit den Passkontrolleinheiten war neben den Arbeitsordnungen des OLZ die Melde- und Berichtsordnung,[57] die die jeweilige Zuständigkeit und das Zusammenwirken mit diversen Führungspunkten bzw. Stäben regelte.

Zur Gewährleistung einer ständigen Übersicht über die aktuelle Tageslage führte das OLZ einen Lagefilm, der als Auskunftsdokument über eingegangene und weitergeleitete Meldungen diente. Die Fahndungsleitstelle im OLZ kontrollierte, steuerte und überwachte operativ bedeutsame Fahndungen und Avisierungen.[58]

Die HA VI war in ihrer Zuständigkeit für Grenzkontrollen und Absicherung des Reise- und Touristenverkehrs maßgeblich an der Durchführung von politisch-opera-

---

55 HA VI, Bereich Fahndung: Schlüsselverzeichnis der Gründe für Fahndungen zur vorläufigen Festnahme bzw. Verhaftung, zur Realisierung von Reisesperren, zur Durchführung operativer Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen sowie für Sonderfahndungen, 25.2.1986; BStU, MfS, HA VI 11788, Bl. 138 ff.

56 Ebenda, Bl. 138 f.

57 Melde- und Berichtsordnung der Diensteinheiten der Linie VI (MBO) v. 1.12.1982; BStU, MfS, BdL/Dok. 007718.

58 Angeschlossen an die Leitstelle waren zunächst die PKE Bornholmer Straße und Heinrich-Heine-Straße. Ab 1977 wurden zusätzliche Fahndungsleitstellen am Bahnhof Berlin-Friedrichstraße und Flughafen Berlin-Schönefeld eingerichtet. Sie übernahmen schrittweise die Steuerung der Fahndung an weiteren Grenzübergangsstellen. Vgl. HA VI, Bereich Fahndung: Die weitere Entwicklung der Fahndungsleitstelle im OLZ der HA VI, 23.4.1985; BStU, MfS, HA VI 1750, Bl. 74 ff.

tiven Sicherungseinsätzen und Aktionen beteiligt. Darunter fielen beispielsweise Staatsbesuche, die Leipziger Messe, alle Arten von Großveranstaltungen, aber auch Gedenktage und Jubiläen mit politischem Hintergrund, wie zum Beispiel der Tag des Mauerbaus, der 17. Juni 1953 und der 21. August 1968. Die Kooperation mit der Deutschen Volkspolizei und anderen Organen des Ministeriums des Innern anlässlich solcher Sicherungseinsätze war in der Dienstanweisung Nr. 2/79 des Ministers[59] festgelegt.

Innerhalb der HA VI erfolgte bei gegebenem Anlass die Bildung von zentralen Einsatzgruppen.[60] Die Aufgaben waren in entsprechenden Maßnahmeplänen definiert. Sie beinhalteten gewöhnlich – neben einer reibungslosen Abfertigung des Reiseverkehrs – die Verhinderung von Grenzzwischenfällen, von Fluchthilfe, die Beschlagnahme westlicher Literatur- und Presseerzeugnisse, die Absicherung der Einrichtungen des Reisebüros der DDR sowie der Interhotels und nicht zuletzt die übliche Informationsgewinnung.

Während des Aktionszeitraums wurde ein Operativer Einsatzstab (OES) gebildet, dem das Operative Leitzentrum der Hauptabteilung zur Verfügung stand. Dem OES gehörten gewöhnlich die Stellvertreter des Leiters sowie die Leiter des OLZ und der Abteilung Fahndung an. In den von der HA VI zu sichernden Interhotels durfte für den Aktionszeitraum nur überprüftes Hotelpersonal eingesetzt werden. Sämtliche Reisegruppen, die in diesem Zeitraum nach Ost-Berlin einreisten, waren an das OLZ zu melden. Beobachtungskräfte der Linie VIII übernahmen die Überwachung von »politisch-operativ interessanten Personen und Personengruppen«, denen die Einreise gestattet worden war. In Verbindung mit dem Reisebüro der DDR und Jugendtourist hatte der Leiter der Abteilung Objektsicherung und Tourismus der HA VI eine vorherige Übersicht über einreisende Touristen und Touristengruppen zu liefern. Bei der Einreise von prominenten Personen oblag ihm die Berichterstattung über die Stationen des Aufenthalts und die festgestellten Stimmungen und Meinungen während der zu sichernden Veranstaltungen. Ebenso hatten die Leiter der anderen operativen Diensteinheiten und der Passkontrolle der HA VI an das OLZ »alle operativ bedeutsamen Handlungen, Vorkommnisse und Erscheinungen zum Gegenstand der Aktion« zu melden.

Die Anweisung Nr. VI/7/86 des Leiters der HA VI[61] bestimmte die Aufgaben während der Leipziger Messe. Die Einsatzgruppe der HA VI wurde dem Messeeinsatzstab der MfS-Bezirksverwaltung Leipzig zugeordnet. Daneben hielten sich ein Einsatzstab der Leipziger Bezirksverwaltung des Zolls und eine Einsatzgruppe der Bezirksdirektion der Volkspolizei bereit, mit denen bestimmte Maßnahmen abzustimmen waren. Zu den Messereisenden waren Kontroll-, Überwachungs-, Fahndungs- und Filtrierungsmaßnahmen aufgrund eigener Feststellungen oder auf Anforderung anderer operativer Diensteinheiten durchzuführen. Gemäß der 2. Durchführungsbestimmung der Dienstanweisung Nr. 3/75 des Ministers[62] wurden Personen der

---

[59] Vgl. Pkt. 3.2 der Dienstanweisung Nr. 2/79 über das politisch-operative Zusammenwirken der Diensteinheiten des Ministeriums für Staatssicherheit mit der Deutschen Volkspolizei und den anderen Organen des Ministeriums des Innern und die dazu erforderlichen grundlegenden Voraussetzungen, 8.12.1979; BStU, MfS, BdL/Dok. 005523.

[60] Grundlage für die Planung und Durchführung bildete die Dienstanweisung Nr. 1/85 des Ministers über die politisch-operative Sicherung von Veranstaltungen; BStU, MfS, BdL/Dok. 007569.

[61] Anweisung Nr. VI/7/86 des Leiters der HA VI v. 1.11.1986 über die politisch-operative Sicherung der Leipziger Messe im Verantwortungsbereich der Diensteinheiten der Linie VI; BStU, MfS, HA VI 80, Bl. 28–38.

[62] Vgl. 2. DB zur Dienstanweisung Nr. 3/75 zur politisch-operativen Sicherung privater und touristischer Einreisen von Persönlichkeiten des politischen und gesellschaftlichen Lebens sowie touristi-

Öffentlichkeit und »politisch-operativ bedeutsame Reisegruppen« gemeinsam mit anderen beteiligten Diensteinheiten überwacht. Zu den Messebesuchern, die bei der Grenzpassage automatisch an das OLZ zu melden waren, zählten Journalisten, Reporter, Korrespondenten, Diplomaten, Militärangehörige westlicher Streitkräfte, Mitarbeiter von Reisebürounternehmen, Studenten, kirchliche Mitarbeiter, Waffenhändler, Selbstanbieter, Politiker, Parteifunktionäre, Justizangestellte sowie Beschäftigte in militärischen und anderen Forschungseinrichtungen der Hochtechnologie.

Dahinter standen einerseits Aufklärungsaufgaben und die Gewinnung von künftigen Informanten bzw. Abschöpfungsquellen, andererseits ging es um Abwehr im weitesten Sinne, das heißt die Verhinderung von Schleusungsversuchen, Westkontakten, Aufklärungsversuchen über das Kontroll- und Abfertigungssystem an der Grenze, von Demonstrativhandlungen u.a.m. Daneben fielen die üblichen Aufgaben wie Avisierungen und Erteilung von Messevisa an.

2.1.3 Stellvertreterbereich Abwehr und Reisen/Tourismus Ost

Der *Bereich Abwehr* – auch als Bereich Operativ bezeichnet – umfasste die *Abteilung 1*, die *Operativ-Dienststelle Berlin* (OPD) sowie die *Abteilungen Zoll-Abwehr* und *Operative Sicherung.* Die OPD wurde im April 1989 mit der Abteilung 1 vereinigt.

Der Leiter des Bereichs, Oberst Günter Herfurth[63], hatte für die Durchsetzung operativer Grundprozesse in der Arbeit mit inoffiziellen Mitarbeitern und in der so genannten Vorgangsarbeit[64] zu sorgen, die Schwerpunktrichtungen und die Organisierung der Arbeit in und nach der Bundesrepublik zu bestimmen, die Abwehrarbeit in zentralen Objekten der Zollverwaltung anzuleiten und grundsätzliche Maßnahmen mit anderen Linien des MfS sowie mit den verbündeten Sicherheitsdiensten abzustimmen und zu koordinieren.

2.1.3.1 Die *Abteilung 1* befasste sich vor allem mit der Verhinderung von Schleusungen und der Bekämpfung einschlägiger Organisationen, der Aufklärung spionageverdächtiger Personen aus der Bundesrepublik sowie von Personen, die Kontakte zu Oppositionellen in der DDR unterhielten. Daneben sicherte sie Sondereinsätze des Deutschen Roten Kreuzes der DDR und die Dienstleistungsbetriebe an den GÜST ab. Ein weiteres Aufgabenfeld war die Aufklärung der Westberliner Grenzkontrollstellen (Gkst), zu denen Übersichten und Dokumentationen geführt wurden. Ständig aktualisierte Analysen, die auf den Erkenntnissen inoffizieller Kräfte der HA VI, des Bereichs Aufklärung der HA I (Abwehrarbeit NVA und Grenztruppen) des MfS und westlichen Publikationen beruhten, enthielten detaillierte Angaben über die Westberliner Polizei, den Grenzzolldienst, die in West-Berlin stationierten Truppen der Alliierten USA, Großbritannien und Frankreich, das Bundeskriminalamt, den Bundesverfassungsschutz und das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen.

Die Abteilung 1 leistete Zuarbeit für die HV A zur Anwerbung von Agenten und lieferte an andere MfS-Diensteinheiten Informationen, die sie aus Filtrierungen, Fahn-

---

scher Einreisen politisch-operativ bedeutsamer Reisegruppen aus nichtsozialistischen Staaten und Westberlin in die DDR, 6.4.1987; BStU, MfS, BdL/Dok. 003774.

63 Günter Herfurth, Jg. 1939, war 1957 dem MfS beigetreten, wurde 1968 Referatsleiter in der HPF und nach Gründung der HA VI Abteilungsleiter für Passkontrolle. Er studierte Jura in Potsdam/Eiche und promovierte 1984. 1978 wechselte er als Leiter in den Bereich Abwehr und wurde fünf Jahre später zum Stellvertreter des Hauptabteilungsleiters ernannt.

64 In Operativen Vorgängen (OV) ging es um die Klärung des Verdachts strafbarer Handlungen.

dungen und der Abschöpfung von Reisenden bei der Grenzpassage gewonnen hatte.[65] Außerdem leitete sie die politisch-operative Sicherung der GÜST Flughafen Berlin-Schönefeld an.

Die *Operativ-Dienststelle Berlin (OPD)* unter Oberst Franz Mattern gliederte sich bis zur Zusammenlegung mit der Abteilung 1 in drei Referate mit je vier bis acht Mitarbeitern, angeleitet von Major Günter Kleeblatt, Major Klaus Fritsche und Major Peter Theil. Dem Leiter untergeordnet waren unter anderem zwei hauptamtliche inoffizielle Mitarbeiter (HIM), von denen einer als Offizier für Filtrierung fungierte und der andere weitere hauptamtliche IM und Inhaber konspirativer Wohnungen und Objekte anleitete.[66] Die Arbeitsgruppe Auswertung unter Major Gerhard Naumann beschäftigte vier Mitarbeiter. Stellvertretender Leiter der OPD war Oberstleutnant Hermann Kämpfe.

Nach dem Zusammenschluss der OPD mit der Abteilung 1 wurde Major Bernd Richter[67] zum Leiter und Oberstleutnant Jürgen Mikolajczak sowie Major Karl-Heinz Straube als seine beiden Stellvertreter ernannt. Die Abteilung 1 besaß danach vier Referate mit insgesamt 51 Planstellen, von denen das Referat 1 die Aufklärung westlicher Grenzkontroll- und Grenzaufsichtsstellen übernahm.

2.1.3.2 Die *Abteilung Zoll-Abwehr* war für die Aufklärung des Mitarbeiterbestandes der Zollverwaltung der DDR und der Fachschule der Zollverwaltung, die Einflussnahme auf die Besetzung von Führungspositionen und die Zusammenarbeit zwischen Zoll- und Passkontrollkräften zuständig. Die Abwehrarbeit fand in den Grenz-, Binnen-, Postzollämtern und in den Bezirksverwaltungen der Zollverwaltung statt. Schwerpunkte waren die Grenzzollämter an der Grenze zur Bundesrepublik und zu West-Berlin, wo die eingesetzten Kontrolleure relativ selbstständig und unbeobachtet in Kontakt mit Reisenden kamen.

Die Mitarbeiter der Zoll-Abwehr führten zu diesen Zwecken operative Personenkontrollen (OPK) und Sicherheitsüberprüfungen durch. Dabei ging es unter anderem um die Wahrung des Geheimnisschutzes, um Korruption, Spionageabwehr, das Feststellen von Westkontakten, von Anzeichen »politischer Aufweichung« und vor allem um Verhinderung von Republikflucht unter den Zollangehörigen.

Eine Rahmenvereinbarung zwischen der HA VI und der Zollverwaltung der DDR legte die Aufgabenverteilung fest. Das »politisch-operative Zusammenwirken« war außerdem in der 3. Durchführungsbestimmung zur Dienstanweisung Nr. 10/81 vom 4. Juli 1981[68] und in der Passkontrollordnung[69] geregelt. An jeder GÜST war zudem eine konkrete »Ordnung über das Zusammenwirken der PKE und der GZÄ« auszuar-

---

[65] Beispielsweise übergab das Referat 4 der Abt. 1 im Monat Oktober 1989 insgesamt 1 352 Informationen, darunter die größte Anzahl (405) an die HV A, gefolgt von der HA II (165) und der HA XX (164). Vgl. Statistik über weitergeleitete Informationen an andere Linien und Diensteinheiten, Monat Oktober 1989; BStU, MfS, HA VI 127, Bl. 13.

[66] Vgl. Vorläufiger Struktur- und Stellenplan der OPD, 1.6.1987; BStU, MfS, HA VI 65, Bl. 118 ff.

[67] Der promovierte Jurist war seit 1972 in der OPD tätig. Anfang 1986 wurde er Leiter der AG Operationsgebiet – vor 1975 die Abt. Äußere Abwehr – beim Stellvertreter Operativ.

[68] 3. DB zur Dienstanweisung Nr. 10/81 v. 4.7.1981 über das politisch-operative Zusammenwirken mit den Kräften der Grenztruppen der DDR bzw. den Grenzsicherungskräften der Volksmarine, der Zollverwaltung der DDR und des MdI bei der Sicherung der Staatsgrenze und der Gewährleistung des grenzüberschreitenden Verkehrs an den Grenzübergangsstellen der DDR; BStU, MfS, BdL/Dok. 005500. Siehe hierzu Kap. 2.1.2.1.

[69] HA VI, Leiter: Passkontrollordnung Teil I/3: Grundfragen des Zusammenwirkens der PKE mit anderen Organen an den GÜST – siehe hierzu Kap. 2.1.

beiten. Über die Abteilung Zoll-Abwehr hatte das MfS u. a. Zugriff auf die Zentralkartei der Zollverwaltung.[70]

Kontrollersuchen der PKE wurden in der Regel direkt vom Zugführer oder von Offizieren für Filtrierung an den Zugführer des Grenzzollamtes gestellt, der nach Abschluss der Überprüfung einen Kontrollbeleg übergab. Wenn der Beleg eine »operative Feststellung« zu einer Person oder zu einem Sachverhalt enthielt, wurde er an die Auswertungs- und Kontrollgruppe oder die Abteilung Fahndung weitergeleitet und das gewonnene Ausgangsmaterial einer operativen Diensteinheit zur Nutzung übergeben. In anderen Fällen – etwa beim Mitführen »staatsfeindlicher« Literatur – waren Rückweisungen und Sperrmaßnahmen die Folge.

Die Zollverwaltung verfügte über spezielle Diensteinheiten der Zollermittlung, die unter Leitung des Stellvertreters der Zollverwaltung für Fahndungswesen bzw. der Stellvertreter der Leiter der Bezirksverwaltungen Zoll für Fahndungswesen standen und eng mit den Diensteinheiten der Linie VI zusammenwirkten. Der Zollfahndungsdienst als Untersuchungsorgan war dazu ermächtigt, Untersuchungen und Ermittlungen in Zollstraftaten durchzuführen, wozu ihm alle strafprozessualen Möglichkeiten zur Verfügung standen. Die Passkontrolleinheiten des MfS wurden eingeschaltet, wenn politisch-operative Sofortmaßnahmen erforderlich waren, die in die Zuständigkeit des MfS fielen.

Das MfS unterstützte den Zoll bei der Bekämpfung von international organisierten Schmugglern und Spekulanten durch die operative Bearbeitung der Hintermänner. So erarbeitete beispielsweise die OPD Berlin inoffizielle Hinweise zu Verdächtigen und leitete sie an die OibE des Zollfahndungsdienstes weiter. Als Folge davon wurden in vielen Fällen Verdächtige durch Mitarbeiter der Abteilung Transitüberwachung festgenommen. In die Zuständigkeit der Zoll-Abwehr fiel unter anderem auch die operative Bearbeitung der karitativen Organisation »Hilfswerk der Helfenden Hände Hamburg e. V.«, die mit Paketen und Päckchen angeblich »feindlich negative Kräfte« in der DDR unterstützte und in Verbindung mit der »Vereinigung der Opfer des Stalinismus« und der »Gesellschaft für Menschenrechte e. V.« Frankfurt/Main stand. Zudem wurden ihr Querverbindungen zum BND nachgesagt.[71] Die Abteilung mit drei Referaten und 53 Planstellen (davon 27 OibE) wurde von Oberstleutnant Hermann Kämpfe[72] und seinem Stellvertreter Oberstleutnant Heinz Scholz geleitet.

2.1.3.3 Die *Abteilung Operative Sicherung* sollte Missbrauchshandlungen im Grenzverkehr verhindern helfen, beschäftigte sich jedoch in erster Linie mit der Durchführung und Koordinierung von Überwachungsmaßnahmen im Diplomaten- und Besatzerverkehr. Bei Einreisen von Militärinspektionsfahrzeugen nach Ost-Berlin hatte die PKE Friedrich-/Zimmerstraße umgehend die HA VIII (Observationen, Ermittlungen, Festnahmen) zu benachrichtigen, Filtrierungsergebnisse und »politisch relevante Feststellungen« zu dokumentieren und zur Auswertung an die Abteilung zu geben.[73] Diese sorgte für die Koordinierung von Maßnahmen und leitete gemäß einer »Aufberei-

70 Vgl. Ordnung Nr. 9/83 – Speichernutzungsordnung anderer Organe – 10.11.1983, Kennziffer H 07; BStU, MfS, BdL/Dok. 008051.

71 Vgl. HA VI, Abt. AuI: Einschätzung zu ausgewählten Problemen der Feindtätigkeit auf dem Gebiet des ungesetzlichen Verlassens der DDR und die Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit, 23.9.1977; BStU, MfS, ZKG 2017, Bl. 117 ff.

72 Hermann Kaempfe war seit 1961 beim MfS beschäftigt, begann 1976 in der Operativ-Dienststelle Berlin als Referatsleiter und wurde am 1.1.1988 zu ihrem Leiter ernannt, bevor er am 1.5.1989 zur Zoll-Abwehr versetzt wurde.

73 Vgl. HA VI, Leiter: Festlegungen zur Durchsetzung von Maßnahmen gemäß 2. DB zur Dienstanweisung Nr. 2/77 des Genossen Minister, 6.8.1986; BStU, MfS, HA VI 4272, Bl. 128–131.

tungsanweisung«, der Anweisung Nr. 5/77 des Leiters der HA VI,[74] Personalien und Kfz-Nummern, Reisegrund und Ziel u.a.m. an die Abteilung Speicherführung der HA VI weiter.

Bei der Verhinderung von Personenschleusungen im Militärtransitverkehr über die GÜST Drewitz und Marienborn/Autobahn kooperierte die Abteilung Operative Sicherung mit den Bezirksverwaltungen Potsdam und Magdeburg und sorgte für die Abstimmung von Maßnahmen sowie die Informationsbeziehungen zu den sowjetischen Dienststellen.[75] Die Abteilung bestand aus zwei Referaten, zuletzt angeleitet von Oberstleutnant Hans-Ulrich Jäkel und seinem Stellvertreter Oberstleutnant Adalbert Litschko.

Der Bereich *Reisen/Tourismus Ost* hatte die Aufgabe, DDR-Bürger während ihres Aufenthalts in anderen sozialistischen Staaten zu überwachen und die DDR-Auslandsvertretungen sowie die Repräsentanten des DDR-Reisebüros bzw. von Jugendtourist in diesen Ländern abzusichern.

2.1.3.4 Die *Abteilung 2* war für die ČSSR, Bulgarien und Ungarn und die dort stationierten MfS-Operativgruppen (OG) zuständig. Zum Leiterbereich gehörten neben dem *Referat Auswertung und Information* unter Oberstleutnant Schneider das *Hauptsachgebiet Kurierwesen und materiell-technische Sicherstellung* und die *Arbeitsgruppe Aufklärung* unter Oberst Liehr.[76] Letztere sollte die Art und Weise von Republikfluchten über andere Ostblockländer, insbesondere ČSSR, Ungarn und Bulgarien, auswerten und dabei vor allem mit den Diensteinheiten der Zentralen Koordinierungsgruppe[77] und der für Untersuchung zuständigen Hauptabteilung/Abteilungen IX des MfS zusammenarbeiten. Die gewonnenen Erkenntnisse, die auch aus Vernehmungen nach gescheiterten Fluchtversuchen stammten, wurden den Leitern der Operativgruppen und über diese den Sicherheitsorganen und Grenzkontrolleuren der betreffenden Länder zugeleitet. Auf diese Weise sollten noch vorhandene Lücken im Grenzsicherungssystem geschlossen werden.

Das *Referat 1* leitete die Operativgruppe (OG) in der ČSSR, das *Referat 2* die Operativgruppen in Ungarn und Bulgarien an.[78] Die politisch-operative Zuständigkeit der OG erstreckte sich auf alle DDR-Bürger, die sich in den betreffenden Ländern aufhielten. Da der Schwerpunkt der Tätigkeit des MfS in Bulgarien, Ungarn und der Tschechoslowakei auf der Verhinderung von Republikflucht, der Sicherung des Reise- und Touristenverkehrs der DDR und der Sicherung des Auslandspersonals des DDR-Reisebüros einschließlich Jugendtourist lag, war dort die HA VI die wichtigste, federführende Linie. Daneben war die Zentrale Koordinierungsgruppe mit je ein bis zwei Mitarbeitern vertreten. Die Spionageabwehr entsandte ab 1986 Verbindungsoffiziere, die sich in Zusammenarbeit mit den Hauptamtlichen Sicherungsbeauftragen (HSB) in den DDR-Auslandsvertretungen mit Abwehraufgaben befassten. Institutio-

---

[74] Vgl. Anweisung Nr. 5/77 über die Aufbereitung, Aufbewahrung und Weiterleitung der Grenzübertritts- und anderen im grenzüberschreitenden Reiseverkehr erforderlichen Dokumente im Bereich der Linie VI; BStU, MfS, HA VI 12504.

[75] Vgl. HA VI, Leiter: Anweisung Nr. VI/5/81 zur Durchsetzung des Befehls Nr. 14/81 des Genossen Minister, 19.10.1981; BStU, MfS, HA VI 80, Bl. 156–164.

[76] Vgl. HA VI: Vorstellungen und Vorschläge zur perspektivischen Entwicklung der Operativgruppen im Ausland, 18.3.1988; BStU, MfS, HA II/10 279, Bl. 66 ff.

[77] Siehe Eisenfeld, Bernd: Die Zentrale Koordinierungsgruppe. Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung (MfS-Handbuch, Teil III/17). Hg. BStU. Berlin 1995.

[78] Vgl. Funktion und Arbeitsweise der Abt. 2 der HA VI als Führungsabteilung für die Operativgruppen, Berlin, 18.3.1988; BStU, MfS, HA II/10 279, Bl. 68 ff.

nell waren die OG an die jeweiligen Innenministerien in Prag, Sofia und Budapest angebunden, die gleichzeitig Sitz der Staatssicherheit in diesen Ländern waren.

Arbeitsgrundlagen waren neben bi- und multilateralen Vereinbarungen und dazugehörigen Protokollen[79] die Dienstordnung der Operativgruppe und der jeweils bestätigte Plan der Zusammenarbeit. Bei regelmäßigen Konsultationen wurden die aktuellen Aufgabenstellungen festgelegt.

Ein fester Bestandteil der Arbeit der Operativgruppen war die Durchführung von Kontrollersuchen anderer MfS-Diensteinheiten zu Personen, die in ein anderes Ostblockland reisten und bereits in OPK oder OV vom MfS bearbeitet wurden. Beobachtet wurden vor allem auch Geheimnisträger, Angehörige der Nationalen Volksarmee (NVA), des MdI und des Zolls.

Bis November 1989 wurde die *Operativgruppe in der ČSSR* von Oberstleutnant Dietrich Krause und seinem Stellvertreter Major Bernd Rathefelder geleitet. Die ihnen unterstellten sieben Mitarbeiter saßen in Prag (4), Karlovy Vary (2) und Bratislava (1). Vertreten waren in der Gruppe jeweils ein Mitarbeiter der Spionageabwehr und der Zentralen Koordinierungsgruppe. Die im Auftrag des MfS arbeitenden Repräsentanten des staatlichen Reisebüros und von Jugendtourist[80], die von der Operativgruppe zur Überwachung und Sicherung ihres Personalbestandes im Ausland angeleitet wurden, hatten ihren Sitz in den Touristenzentren des Riesengebirges (Hotel Montana) und der Hohen Tatra (Grandhotel Stary Smokovec), in Karlovy Vary (Grandhotel Moskva) und in Prag.

Die *Operativgruppe in Ungarn* wurde bis November 1989 von Oberstleutnant Heinz Weller und seinem Stellvertreter Major Peter Langner geleitet, die sich – neben einem weiteren operativen Mitarbeiter und einer Sekretärin – ganzjährig in Ungarn aufhielten. Während der Sommersaison wurde die Gruppe durch jeweils einen Vertreter in Veszprem, Siofok und Hevis verstärkt. Die Spionageabwehr unterstand Oberst Herbert Heckerodt. Als Repräsentanten des DDR-Reisebüros, die von der Operativgruppe geführt wurden, fungierten der Direktor der Auslandsvertretung des Reisebüros, der Chefrepräsentant in Balatonfüred und der Leiter der Interflug.

Die *Operativgruppe in Bulgarien* unterstand bis November 1989 Major Lothar Stritzke und seinem Stellvertreter Major Wolfgang Buck. Von sechs weiteren Mitarbeitern hielten sich je zwei in Varna und Burgas auf. Für die Spionageabwehr war Oberstleutnant Günter Fiedler zuständig. Als Repräsentanten des DDR-Reisebüros im Auftrag des MfS fungierten der Direktor des Reisebüros in Sofia und drei Chefrepräsentanten in den Schwarzmeer-Kurorten Albena, Slatny Pjassazi und Slantschev Brjag. Die Abteilung 2 wurde von Oberstleutnant Horst Rückheim und seinem Stellvertreter Baldauf geleitet.

2.1.3.5 Die *Abteilung 3* hatte die vom Reisebüro der DDR, von Jugendtourist und dem Feriendienst des FDGB vermittelten Auslandsreisen für DDR-Bürger in die Sowjetunion, nach Polen, Rumänien, Jugoslawien, Vietnam, Nordkorea und Kuba abzusichern. Außerdem bearbeitete sie Touristenreisen einschließlich Hochseeschiffsreisen, die einem besonderen Bestätigungsverfahren unterlagen. Die gesetzliche Grundlage für die Auswahl und Bestätigung der Teilnehmer von organisierten Touristenreisen von DDR-Bürgern in westliche Länder bildete der Beschluss des Ministerrats der

[79] Vgl. Tantzscher, Monika: Die verlängerte Mauer. Die Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Verhinderung von »Republikflucht«. Hg. BStU. Berlin 1998, S. 43 ff.

[80] Der überwiegende Teil dieser Repräsentanten waren Offiziere im besonderen Einsatz (OibE). Vgl. hierzu Kap. 2.2.1.

DDR Nr. 02-93/6/74 vom 11.4.1974.[81] Die 2. Durchführungsbestimmung zur Dienstanweisung Nr. 4/85 vom 12.8.1985[82] schrieb die geforderten Sicherungsmaßnahmen der HA VI in Zusammenarbeit mit den Abteilungen VI der Bezirksverwaltungen und anderen operativen Diensteinheiten vor. Inbegriffen waren Besuche sportlicher und kultureller Veranstaltungen, bei denen die HA VI unter anderem das Passkontroll- und Zollregime festzulegen und für die Instruierung und den Einsatz geeigneter IM in den Reisegruppen zu sorgen hatte. Anlässlich »besonders bedeutsamer« Touristenreisen hatte die HA VI Maßnahmepläne zu erarbeiten und den Informationsbedarf festzulegen. Bei Verdacht der Republikflucht war der Reiseleiter angewiesen, die diplomatische Vertretung der DDR zu informieren und bis zur Entscheidung die betreffenden Personen unter Kontrolle zu halten. Die Abteilung mit zwei Referaten wurde von Oberstleutnant Hans Deutscher geleitet.

2.1.4 Stellvertreterbereich Reisen/Tourismus West

Der Bereich Reisen und Tourismus West verfügte innerhalb der HA VI über den größten Personalbestand. Das lag zum einen an dem hohen Sicherheitsrisiko, das sich aus Sicht des MfS aus den vielfältigen Kontaktmöglichkeiten westlicher Besucher mit DDR-Bürgern ergab. Eine andere Ursache waren die ständig wachsenden Reiseströme. Bereichsleiter war Oberst Erhard Wilke[83], verantwortlich für die Sicherung des aufnehmenden Tourismus aus westlichen Ländern einschließlich der touristischen Einrichtungen und Objekte, für die einheitliche Durchsetzung des Antrags- und Genehmigungsverfahrens und den Einsatz technischer Mittel zum Ausbau der Speichermöglichkeiten von Daten.

2.1.4.1 Die *Abteilung Objektsicherung und Tourismus* war zuständig für die Absicherung der Generaldirektionen des VEB Reisebüro der DDR, der Vereinigung Interhotel, das Reisebüro der FDJ Jugendtourist, die Hauptverwaltung für Auslandstouristik im Ministerium für Verkehrswesen (MfV), das Rationalisierungs- und Forschungszentrum für Gaststättenwesen (RFZ) und die Reiseagentur der Interhotels Travel-Service. Zur Vereinigung Interhotel zählten 1989 32 Hotelbetriebe, von denen in den Verantwortungsbereich der HA VI die Berliner Hotels Metropol, Palasthotel, Grand Hotel und Domhotel fielen. Die Sicherungsarbeit erstreckte sich auch auf die Intershops, die zum überwiegenden Teil Nebeneinrichtungen von Interhotels und Reisebürohotels waren. Zu den Aufgaben zählten neben der Überprüfung des Personals und der Einflussnahme auf die Besetzung von Leitungsposten die Verhinderung von

---

[81] Danach waren Anträge für organisierte Touristenreisen von den antragsberechtigten staatlichen Leitern beim VEB Reisebüro der DDR zu stellen. Die durch sie bestätigten Visafragebögen der Reiseteilnehmer wurden an das örtliche Reisebüro zur Buchung übergeben und anschließend an das MdI zum Bestätigungsverfahren eingereicht. Das MdI leitete Teil A des Fragebogens an das MfS weiter.

[82] Vgl. 2. DB zur Dienstanweisung Nr. 4/85 v. 12.8.1985 über die politisch-operative Sicherung des Reiseverkehrs von Bürgern der DDR nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin; BStU, MfS, BdL/Dok. 005291. Der Geltungsbereich der Dienstanweisung erstreckte sich auch auf Jugoslawien, Albanien, Vietnam, China und Kuba.

[83] Seit 1952 Mitarbeiter des MfS, hatte Wilke ab 1962 diverse Leitungspositionen in der HPF und ab 1970 in der HA VI inne. 1965 absolvierte er die JHS Potsdam/Eiche, wo er 1977 promovierte. 1976 wurde er zum Bereichsleiter ernannt. Zusätzlich zu den Abteilungen Objektsicherung und Tourismus, Datenerfassung, Recherche Reiseverkehr und Antrags- und Genehmigungsverfahren wurden Wilke nach der Umstrukturierung 1988/89 die Wirtschaftsressorts, die Abt. Operative Technik und das Referat Nachrichten/Chiffrierdienste unterstellt.

Betrugs- und Diebstahlshandlungen und die Beobachtung von Westkontakten. Die Abteilung veranlasste jährlich hunderte von Sicherheitsüberprüfungen zu Angestellten dieser Einrichtungen (1987 waren es 558)[84], bei denen Arbeitskollegen befragt und so genannte Wohngebietsermittlungen vorgenommen wurden. Sie widmete sich intensiv Ausreiseantragstellern (1986 verzeichnete man 160 Fälle), zu denen Handakten angelegt und in besonders hartnäckigen Fällen operative Personenkontrollen eingeleitet wurden.[85] Hinzu kamen ab 1986 die Sicherheitsüberprüfungen zu Westreisen in dringenden Familienangelegenheiten.

Der zweite Aufgabenkomplex bestand in der Überwachung des Gruppen- und Einzeltourismus vornehmlich aus der Bundesrepublik einschließlich West-Berlin. Mit der Entwicklung des aufnehmenden Tourismus nahm aus Sicht des MfS der Missbrauch im Sinne des so genannten Polittourismus zu. Von 1985 bis 1988 verdoppelte sich der Anteil der so eingestuften Gruppen. Als Hauptorganisatoren machte das MfS die systemtragenden Parteien der Bundesrepublik, die ihnen nahestehenden Stiftungen, die Landeszentralen für politische Bildung, kirchliche Einrichtungen, die verschiedensten Einrichtungen der Erwachsenenbildung, Ostforschungsinstitute und Akademien aus. Zu diesen Institutionen wurden im MfS so genannte Feindobjektakten zur »zielgerichteten operativen Bearbeitung« angelegt, von denen 1986 beispielsweise 21 durch die Linie VI geführt wurden.[86]

Dem Polittourismus zugeordnet wurden neben Persönlichkeiten des politischen und gesellschaftlichen Lebens Reisegruppen mit angeblichen Informationsbeschaffungs- und Forschungsaufträgen, die intensiv Kontakte zu DDR-Bürgern suchten.[87]

Die Abteilung mit vier Referaten und einer Arbeitsgruppe wurde von Oberst Manfred Redel geleitet. Seine Stellvertreter waren Oberstleutnant Martin Riemer und Major Hans-Jürgen Höhnel. Zu den 48 Mitarbeitern gehörten 15 Offiziere im besonderen Einsatz (OibE) und fünf hauptamtliche inoffizielle Mitarbeiter (HIM).

Exkurs: Die operative Absicherung des Reiseverkehrs aus westlichen Staaten

1975 hatte Mielke eine mehr als 50 Seiten umfassende Dienstanweisung zur Überwachung Einreisender aus nichtsozialistischen Staaten und West-Berlin erlassen.[88] Die darin genannten Aufgaben für die HA VI geben unter anderem Aufschluss über die Verfahrenspraxis bei der Grenzkontrolle. Informationen, die man aus dem Antrags- und Genehmigungsverfahren und bei der Grenzpassage gewann, wurden gespeichert und analytisch ausgewertet. Auf Anforderung übermittelte die Abteilung Speicherführung der HA VI an die anderen Diensteinheiten Informationen sowohl zu eingereisten Personen als auch zu DDR-Bürgern, die als Besuchsziel angegeben wurden. Einrei-

---

[84] HA VI, Abt. Objektsicherung und Tourismus: Berichterstattung zum Thema »Stand der politisch-operativen Abwehrarbeit in den Objekten des Verantwortungsbereiches«, 28.8.1987; BStU, MfS, HA VI 45, Bl. 301–311, hier 304.

[85] Ebenda, 3.11.1986; BStU, MfS, HA VI 45, Bl. 398–407, hier 404.

[86] Vgl. HA VI: Die politisch-operative Sicherung der Einreisen von Persönlichkeiten des politischen und gesellschaftlichen Lebens sowie von operativ-bedeutsamen Reisegruppen aus nichtsozialistischen Staaten und Westberlin, 22.9.1986; BStU, MfS, HA VI 45, Bl. 221–231, hier 224.

[87] 1985 schätzte das MfS 40 % aller Gruppenreisen aus Westdeutschland und West-Berlin als »politisch motiviert und institutionell organisiert« ein. Rund die Hälfte der einreisenden »Polittouristen« und ihrer Kontaktpartner bzw. Gastgeber in der DDR waren »aktiv erfasst«, das heißt, sie wurden vom MfS bearbeitet oder – im Ausnahmefall – zur Mitarbeit herangezogen.

[88] Vgl. Dienstanweisung Nr. 3/75 des Ministers v. 6.8.1975 zur politisch-operativen Sicherung privater und touristischer Einreisen von Persönlichkeiten des politischen und gesellschaftlichen Lebens sowie touristischer Einreisen politisch-operativ bedeutsamer Reisegruppen aus nichtsozialistischen Staaten und Westberlin in die DDR; BStU, MfS, BdL/Dok. 003756.

sende Personen, die zur Beobachtung ausgeschrieben waren, sollten von den Kontrolleuren an die Mitarbeiter der Linie VIII übergeben werden. Gleichzeitig wurde die auftraggebende Diensteinheit darüber informiert. Personen und Gruppen, bei denen ein »feindlich-negatives« Verhalten während ihres Aufenthalts in der DDR vermutet werden musste, waren an der Einreise zu hindern.

Die 1. Durchführungsbestimmung zur Dienstanweisung Nr. 3/75 bestimmte die Aufgaben der Arbeitsgruppe Antrags- und Genehmigungsverfahren (AGV) der HA VI sowie analoger Arbeitsgruppen auf Bezirks- und Kreisebene im Zusammenwirken mit den entsprechenden Abteilungen im Innenministerium.

Die 2. Durchführungsbestimmung regelte die Verfahrensweise bei privaten und touristischen Einreisen von Persönlichkeiten des politischen und gesellschaftlichen Lebens bzw. von »politisch-operativ bedeutsamen Reisegruppen« aus westlichen Staaten. So hatte die AGV dafür zu sorgen, dass die Büros für Besuchs- und Reiseangelegenheiten bzw. die VP-Meldestellen in Ost-Berlin über Personen des öffentlichen Lebens, die die Einreise in die DDR beantragt hatten, entsprechende Hinweise erhielten. Im Anschluss wurden das Operative Leitzentrum der HA VI und die zuständige Diensteinheit des MfS über die Antragstellung und die nachfolgenden Überprüfungsmaßnahmen in Kenntnis gesetzt. Die Einreichung der Anträge in der DDR erfolgte bei den Dienststellen des Pass- und Meldewesens der DVP oder den zuständigen Räten der Gemeinde und Städte. Ein Exemplar des Antrags wurde an das MfS übergeben, während das bei der VP verbleibende Exemplar zur Überprüfung in der Reise-Sperr-Kartei sowie zur Ausschreibung des Berechtigungsscheines genutzt wurde. Bei der Prüfung der Einreiseanträge sollte möglichst eine Vorauswahl von Personen getroffen werden, um gegebenenfalls rechtzeitig Überwachungsmaßnahmen einzuleiten. Die MfS-Dienststellen vor Ort nahmen vor allem die Gastgeber in der DDR ins Visier.

Beim Abschluss von Verträgen des VEB Reisebüro der DDR bzw. des Reisebüros der FDJ Jugendtourist mit westlichen Reiseunternehmen wurden die Anträge an die Zentrale Genehmigungsstelle beim Präsidium der DVP Berlin und an die HA VI weitergeleitet. Letztere informierte die für die Aufenthaltsorte verantwortlichen Diensteinheiten der VP bzw. des MfS und nahm die Überprüfung in der Reise-Sperr-Kartei bzw. in den operativen Fahndungsmitteln vor.

In der Abteilung Speicherführung der HA VI wurden sämtliche Passdokumentationen von Personen gespeichert, die mit Tagesvisum nach Ost-Berlin einreisten. Die Reisedatenspeicher enthielten ergänzende Personalien, Reisedaten früherer Grenzpassagen, Angaben zu Aufenthaltsorten und Reisezielen und über die benutzten Kraftfahrzeuge bzw. Binnenschiffe. Unter den Rubriken »Prominenz« und »Multiplikator« führte die HA VI eine zentrale Hinweiskartei zu Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und zu operativ-interessierenden Personen. Außerdem gab es über 800 zentral geführte Handakten zu Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (1986 waren es 820) und eine so genannte Kontaktkartei, in der die Abteilung Objektsicherung und Tourismus über 1 500 DDR-Bürger verzeichnete, die zu diesen Persönlichkeiten in irgendeiner Verbindung standen.[89]

Diese Personengruppen wurden gleichzeitig in die Fahndungsmittel der HA VI aufgenommen und alle Angaben zu ihrer Grenzpassage an den Zentralen Operativstab, die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe, die Hauptverwaltung Aufklärung und weitere zuständige Diensteinheiten des MfS weitergeleitet. Die HV A übermittelte ihrerseits an die HA VI aktuelle Personendaten sowie Erkenntnisse über

---

[89] Vgl. HA VI: Die politisch-operative Sicherung der Einreisen von Persönlichkeiten des politischen und gesellschaftlichen Lebens sowie von operativ-bedeutsamen Reisegruppen aus nichtsozialistischen Staaten und Westberlin, 22.9.1986; BStU, MfS, HA VI 45, Bl. 65.

diese Personen und über die entsendenden Institutionen und Einrichtungen, die in der DDR angeblich subversive Ziele verfolgten. Die Abteilung XII (Zentrale Auskunft/Speicher) überprüfte die Einreisenden in ihren Speichern und informierte die zuständigen Diensteinheiten bei einer aktiven Erfassung. Bei den aus Sicht des MfS erforderlichen »politisch-operativen Maßnahmen« hatte die HA VI die Koordinierung zu übernehmen.

Wichtigster Partner der HA VI war die für Observationen zuständige Linie VIII, die auch den Hauptanteil an der Feststellung und Identifizierung von DDR-Bürgern trug, die mit westlichen Touristen in Kontakt kamen. Nach Überprüfung der ermittelten Kontaktpartner wurde entschieden, ob sie weiterhin bearbeitet werden sollten. Bei »komplexen operativen Sicherungs- und Kontrollmaßnahmen« wurden außerdem Telefonkontrolle, Postkontrolle und gegebenenfalls Funkaufklärung veranlasst.[90] In den zu sichernden Hotels standen den Diensteinheiten des MfS ständig ein bis zwei Hotelzimmer zur Verfügung.

In jeder Bezirksdirektion des Reisebüros der DDR saß in den achtziger Jahren ein Offizier im besonderen Einsatz, der zu DDR-Reiseleitern von Westtouristen ständig Verbindung hielt, sie abschöpfte und Informationen an das MfS weitergab. Eine Zusammenarbeit fand außerdem mit dem Sektor Internationale Beziehungen beim Rat des Bezirkes statt.

Bei Ankunft von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens oder Reisegruppen, die dem Polittourismus zugeordnet wurden, verständigte das Operative Leitzentrum der zuständigen Abteilung VI die territorialen Diensteinheiten. Unter der Regie der Abteilung VI wurden dann die für notwendig erachteten operativen Maßnahmen einschließlich der Erarbeitung von Sicherheitskonzeptionen[91] für die Unterkünfte der Reisenden festgelegt, in die verschiedene Diensteinheiten des MfS, inoffizielle Mitarbeiter, Offiziere im besonderen Einsatz sowie andere staatliche und gesellschaftliche Institutionen einbezogen wurden. In der Nähe von Touristenobjekten sowie an Haltepunkten, wo es zu öffentlichkeitswirksamen Aktionen kommen konnte, wurden konspirative Wohnungen (KW) eingerichtet und in so genannten Hauptobjekten stationäre Nachrichtenverbindungen des MfS geschaltet, um von dort eine »stabsmäßige Führung« zu gewährleisten.

Die Berichte über den Aufenthalt im Verantwortungsbereich der jeweiligen Diensteinheiten der Linie VI waren bei Persönlichkeiten der »Kategorie I«[92] sofort, bei Persönlichkeiten der »Kategorie II« und bei »politisch-operativ bedeutsamen« Reisegruppen innerhalb von 5 Tagen nach Verlassen des territorialen Verantwortungsbereichs an die HA VI zu übersenden. Letztere hatte die zentrale Auswertung der Ergebnisse der Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen zu gewährleisten. Die Berichte wurden dem der HA VI übergeordneten 1. Stellvertreter des Ministers, Gerhard Neiber, dem Zentralen Operativstab (ZOS), der ZAIG und der HV A zugeleitet.

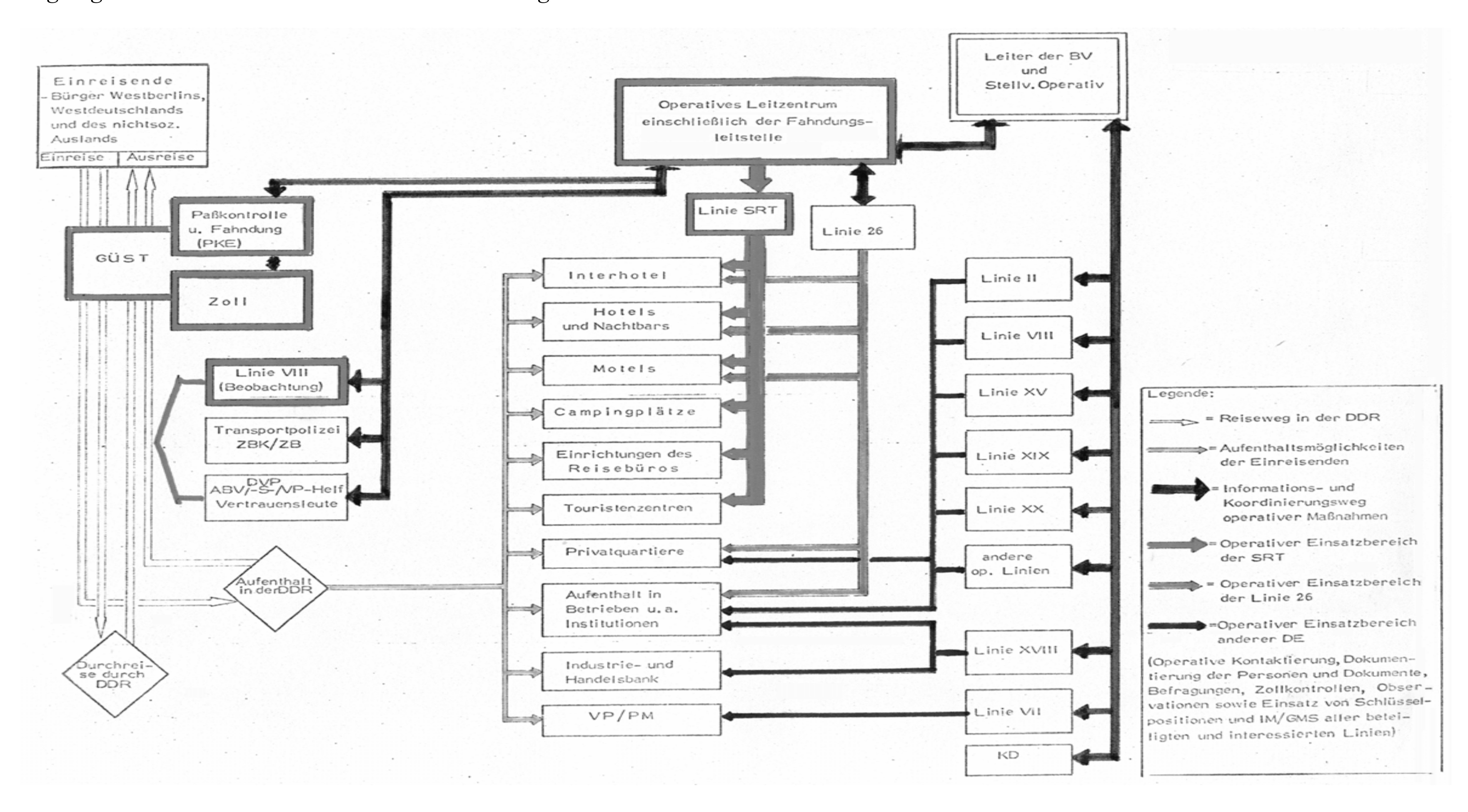
---

[90] Vgl. 2. DB zur Dienstanweisung Nr. 3/75, S. 21; BStU, MfS, BdL/Dok. 003756.

[91] Die Sicherheitskonzeptionen beinhalteten im Allgemeinen Havariesicherung, Terrorabwehr, »Schutz des Personalbestandes vor feindlichen Einflüssen«, Aufklärung unter den Gästen der Einrichtungen etc.

[92] Die Kategorien waren in der Anlage zur 2. DB der Dienstanweisung Nr. 3/75 definiert. Zur Kategorie I zählten z. B. der Bundespräsident, der Bundeskanzler, Minister der Bundesregierung, Parteivorsitzende, Fraktionsvorsitzende, Ministerpräsidenten der Länder, die Bürgermeister von West-Berlin, Bremen, Hamburg und die Senatoren.

Organigramm 3: Funktionsschema zur Überwachung des Reiseverkehrs aus westlichen Staaten[93]



93 BStU, MfS, HA VI 4302, Bl. 2.

2.1.4.2 Die *Abteilung Datenerfassung* hatte die Daten aus dem grenzüberschreitenden Reiseverkehr zu erfassen. Sie war in acht Referate mit jeweils etwa 20 Mitarbeitern aufgegliedert.[94] Leiter war Oberstleutnant Oskar Palme, sein Stellvertreter Major Margitta Turber.

2.1.4.3 Die *Abteilung Recherche Reiseverkehr* verwaltete die Datenbanken und war Ende der achtziger Jahre unter Führung der ZAIG und in Zusammenarbeit mit den Abteilungen XIII (Zentrales Rechenzentrum) und XII (Zentrale Auskunft/Speicher) mit dem Aufbau einer Reisedatenbank mit Anwenderprogrammen für Personenauskunft befasst, die auch Sonderrecherchen und Auskünfte zu Kfz einschlossen.[95]

Zu den Aufgaben der Abteilung Recherche Reiseverkehr zählten:

- Entgegennahme, Aufbereitung und Realisierung von Auskunftsersuchen operativer Diensteinheiten;
- Erarbeitung von »offiziellen Beweismitteln« auf höhere Weisung und Durchführung von Sonderrecherchen;
- Anfertigung von Passdokumentationen und Bildern für Vergleichs- und Nachweisführung;
- zugriffsfähige Aufbereitung der von den Passkontrolleinheiten zugeleiteten Dokumente;
- Absicherung von Aktionen und Einsätzen gemäß Anweisung Nr. VI/5/85[96] durch eine verstärkte durchgehende Besetzung der Auskunftsstelle und Einsatz zusätzlicher Bereitschaftsdienste;
- Beratung anderer MfS-Diensteinheiten zu Anforderungen und Möglichkeiten von Recherchen.

Die Abteilung mit acht Referaten war 1987 mit der Abteilung Speicherführung vereinigt worden. Leiter war Oberstleutnant Lutz Janik, seine Stellvertreter waren Oberstleutnant Hans Matejow und Oberstleutnant Walter Neumann.

2.1.4.4 Die *Abteilung Antrags- und Genehmigungsverfahren* hatte Reiseanträge anhand des zentralen Fahndungsspeichers und des zentralen Speichers der Abteilung XII des MfS zu prüfen. Unter Umständen wurde ein Abgleich mit weiteren Arbeitskarteien und Sonderspeichern vorgenommen, wie zum Beispiel mit den Speichern der Abteilung M (Postkontrolle), der Volkspolizei, der Zollverwaltung und der Staatsanwaltschaft.

Bei der Auswertung der Anträge ging es hauptsächlich um die Ermittlung von

- Kontakten zu DDR-Bürgern mit dem Ziel »subversiver Tätigkeit«,
- Hinweisen zur Organisierung von Schleusungen,
- Liebesbeziehungen mit dem Ziel der Übersiedlung.

Die in diesem Zusammenhang ermittelten Personen und Personengruppen wurden in der Signaldatei der AGV erfasst und im DDR-Speicher der Abteilung Speicherführung im Hinblick auf sonstige Verbindungen geprüft. Die Abteilung mit drei Referaten stand unter der Leitung von Oberstleutnant Helmut Schmalfuß und seinem Stellvertreter Major Ulrich Beyer.

---

[94] Vgl. Struktur- und Stellenplan v. 13.2.1989; BStU, MfS, HA VI 57, Bl. 176 ff.

[95] Vgl. HA VI, Abt. Recherche RV: Arbeitsplan der Abt. Recherche RV für das Jahr 1989, 31.12.1988; BStU, MfS, HA VI 56, Bl. 40 ff.

[96] Vgl. HA VI, Leiter: Anweisung Nr. VI/5/85 zur Vorbereitung und Durchführung von Aktionen und Einsätzen; BStU, MfS, HA VI 51, Bl. 237–246.

2.1.5 Stellvertreterbereich Materielle Sicherstellung

Dieser Bereich wurde erst 1988 gebildet. Er unterstand Oberstleutnant Jürgen Tauschke, bezeichnet als *Stellvertreter Allgemein*. Der Bereich vereinigte neben der Innenwache und dem Beauftragten für Neuererwesen die *Abteilungen Wirtschaft*, *Operative Technik*, *Kfz-Wesen* und die *Arbeitsgruppen Bau* und *Nachrichten*, die bis dahin entweder direkt dem Hauptabteilungsleiter oder seinem 1. Stellvertreter unterstanden.

Die *Abteilung Wirtschaft* unter Oberstleutnant Willy Jahnke war in die Referate Materialwirtschaft, Ferienwesen, Liegenschaften und Wohnungswesen, Ausbildungsobjekt Wünsdorf und Werterhaltung unterteilt. Die *Abteilung Operative Technik* unter Oberstleutnant Rolf Uhlig bestand aus den Referaten Feinmechanik/Optik, Elektrotechnik/Elektronik, Planung/Beschaffung und Operativer Anlagenbau.

2.2 Personalbestand und IM-System

2.2.1 Personalbestand

Von den insgesamt 91 015 hauptamtlichen Mitarbeitern des DDR-Staatssicherheitsdienstes im Jahre 1989 gehörten 7 667[97] der Linie VI an. Davon entfielen auf die HA VI im Oktober 1989 2 025 Mitarbeiter, von denen 910 an zwölf Berliner Grenzübergangsstellen im Einsatz waren.

Im Januar 1989 sah das Planstellennormativ für die HA VI 2 043 Stellen vor. Auf den Bereich des Leiters mit 113 Planstellen entfielen 101 für Berufsoffiziere bzw. Unteroffiziere, von denen zwölf OibE waren.[98] Zum Bereich des 1. Stellvertreters des Leiters für Passkontrolle und Fahndung, Generalmajor Karl-Heinz Vogel, gehörten 1 028 Stellen, davon 1 026 für Berufsoffiziere und zwei für Zivilbeschäftigte. Der Stellvertreterbereich Abwehr und Reisen/Tourismus West unter Oberst Erhard Wilke verzeichnete insgesamt 467 Mitarbeiter, davon 446 Berufsoffiziere sowie 15 OibE und sechs hauptamtliche IM aus der Abteilung Objektsicherung und Tourismus. Der Stellvertreterbereich Abwehr und Reisen/Tourismus Ost unter Oberst Günter Herfurth beschäftigte 217 Mitarbeiter, davon waren 169 Berufsunteroffiziere/Berufsoffiziere und 13 hauptamtliche IM. Der Stellvertreterbereich Materielle Sicherstellung verfügte über 196 Mitarbeiter, von denen fünf als Zivilbeschäftigte dem Objektkommandanten bzw. der Innenwache unterstanden.

Eine weitere Kategorie waren die Offiziere im besonderen Einsatz. Als Angehörige des MfS nahmen sie an Arbeitsberatungen, Absprachen, Schulungen und Zusammenkünften teil, waren offiziell aber in den von der HA VI zu sichernden Einrichtungen und Behörden in Leitungspositionen oder sicherheitsempfindlichen Bereichen tätig.[99] Die HA VI besaß in den achtziger Jahren fünf Diensteinheiten, die OibE führten. Das waren die Zoll-Abwehr, die Arbeitsgruppe des Leiters (AGL), die Abteilung Objektsicherung und Tourismus und die Abteilungen 2 und 3 (siehe Kap. 2.1.4). Von den im März 1988 bestehenden 59 Planstellen für Offiziere im besonderen Einsatz waren 56 besetzt.[100]

---

97 Siehe Tabelle 8 im Anhang.

98 Vgl. Vorschlag für Verteilung der der HA zur Verfügung stehenden Planstellen, 10.1.1989; BStU, MfS, HA VI 1461, Bl. 331–334.

99 Vgl. Müller-Enbergs, Helmut (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil 2. Berlin 1998, S. 90.

100 Vgl. zur Arbeit mit OibE/HIM der HA VI, Anlage 3 zum Lagebericht Mai 1988; BStU, MfS, HA KuSch 2500, Bl. 63 ff.

Die meisten OibE saßen im Bereich Zoll-Abwehr. An erster Stelle ist hier Gerhard Stauch zu nennen, Leiter der Hauptverwaltung der Zollverwaltung der DDR, zuletzt im Range eines Obersten.[101] Weitere OibE in der Zollverwaltung waren beispielsweise der Abteilungsleiter für Kader und Schulung, der Beauftragte der Arbeitsgruppe Zollfragen beim Ministerium für Außenhandel (MAH) sowie sein Stellvertreter und der Direktor des Instituts der Zollverwaltung. Am stärksten vertreten waren sie im Bereich Zollfahndung, wo bis zu 25 OibE tätig waren. Zur Arbeitsgruppe des Leiters der HA VI, die für die Einsatzplanung bzw. Mobilmachungsarbeit verantwortlich war, gehörten 1986 neun OibE der Zollverwaltung (vgl. Organigramm der AGL im Anhang).[102]

Die OibE der Abteilung 3 saßen in der Generaldirektion des Reisebüros der DDR. Sie waren unter anderem für den Einsatz von Betreuern, Fremdenführern und Dolmetschern für westliche Touristen und die Auswertung ihrer Berichte zuständig. Dazu zählten sechs Angestellte der Generaldirektion, ein Chefrepräsentant sowie ein weiterer Repräsentant des Reisebüros der DDR in Jugoslawien.[103] In der Generaldirektion »Interhotel DDR« fungierten der Leiter der Inspektion, der Leiter der Arbeitsgruppe Pass- und Visafragen, der EDV-Koordinator und die Sicherheitsbeauftragten des Palasthotels und des Hotels Metropol als OibE.[104]

Unter den 22 hauptamtlichen IM der HA VI befanden sich IME (IM im besonderen Einsatz), IMB (IM mit Feindverbindung) und IMK/KO (IM für die Sicherung der Konspiration und des Verbindungswesens). Laut der 2. Durchführungsbestimmung der IM-Richtlinie Nr. 1/79 wurden mit ihnen Vereinbarungen über einen langfristigen Einsatz mit einer festgesetzten monatlichen Vergütung abgeschlossen. Anfang 1989 waren in der Abteilung 1 beispielsweise sechs IM als Hauptamtliche eingestuft, darunter drei Objektverwalter, das heißt Verwalter von Häusern, die als konspirativer Treffpunkt dienten. Der Flughafen Berlin-Schönefeld führte einen und die Objektdienststelle Berlin zwei solcher Objektverwalter.[105]

---

[101] Gerhard Stauch gehörte seit 1951 dem MfS an. Ab 1953 leitete er die politische Arbeit bei der Transportpolizei, wurde danach Zollinspekteur und stieg zum Stellvertretenden Leiter des AZKW auf. 1963 avancierte er zum Zollchefinspekteur und Leiter der Zollverwaltung; BStU, MfS, HA KuSch, KS 9500/90, Bl. 35 ff.

[102] Vgl. Stellenplan der HA VI v. 22.5.1985; BStU, MfS, HA VI 1468, Bl. 18. Die personelle Betreuung der OibE erfolgte durch die Abt. Kader 2/Referat 1 unter dem Verantwortlichen Olt. Bliesener.

[103] Siehe HA KuSch, Abt. Kader 2: Übersicht über Angehörige der HA VI im ständigen und zeitweiligen Auslandseinsatz sowie dazu genutzte Planstellen, 10.3.1988; BStU, MfS, HA II/10 279, Bl. 169–172.

[104] Ebenda.

[105] Vgl. Hauptamtliche IM, Stand: 31.1.1989; BStU, MfS, HA VI 7, Bl. 65.

2.2.2 IM-System

Von den 1989 von der MfS-Zentrale geführten circa 38 500 inoffiziellen Mitarbeitern entfielen Ende September 1 052 auf die HA VI. Den überwiegenden Anteil stellten die 623 inoffiziellen Mitarbeiter für Sicherheit (IMS), gefolgt von Inhabern konspirativer Wohnungen (IMK). Etwa ein Drittel der IM waren Frauen, von denen die meisten für die Abteilung Objektsicherung und Tourismus arbeiteten, das heißt in Einrichtungen des Reisebüros und Jugendreisebüros der DDR, in Interhotels bzw. Hotels und in den Intershops.[106]

Tabelle 4: IM-Bestand (Stand 1. Halbjahr1989)[107]

IMS	IMB	IME	FIM	IMK	GMS	gesamt
623	37	56	29	249	58	1 052

Einer Übersicht von 1985 ist zu entnehmen, dass zu diesem Zeitpunkt 58 IM aus der Bundesrepublik ihren Wohnsitz in West-Berlin hatten und drei in Hamburg. Von ihnen führte die Operativ-Dienststelle Berlin 28 und die Abteilung 1 17 IM. Die restlichen 16 entfielen auf die Abteilung Objektsicherung und Tourismus und die Zoll-Abwehr.[108]

Durch die inoffiziellen Mitarbeiter der Hauptabteilung VI wurden in den achtziger Jahren monatlich etwa 1 300 relevante Informationen gewonnen. Laut einer Aufschlüsselung vom 3. Quartal 1989[109] betrafen diese Informationen vorwiegend

– Operative Vorgänge (63);
– Operative Personenkontrollen (87);
– vorbeugend zu sichernde Personen (702);
– die »politisch-ideologische Diversion«, Kontakte zu Bundesbürgern, bundesdeutschen Institutionen etc. (385);
– die Aufklärung von Angestellten der von der HA VI zu sichernden Einrichtungen sowie von IM/GMS (322);
– die Anlage/Verdichtung operativer Ausgangsmaterialien (250);
– operativ bedeutsame Handlungen/Vorkommnisse/Erscheinungen (238);
– so genannte feindlich-negative Personen (61).

IM-System Bereich Abwehr

Der Abwehrbereich führte im Verhältnis zu den übrigen Abteilungen der HA VI die mit Abstand größte Zahl von inoffiziellen Mitarbeitern.

[106] Vgl. HA VI/AKG: Übersicht zu weiblichen IM der HA VI; BStU, MfS, HA VI 7, Bl. 216–223.

[107] Zusammengestellt aus: BStU, MfS, HA VI 2486, HA VI 2500 und HA VI 11117. IM-Kategorien siehe Abkürzungsverzeichnis.

[108] Vgl. Leiter der HA VI an die Abt. XII, 7.6.1985; BStU, MfS, Abt. XII 889, Bl. 92–98.

[109] Vgl. HA VI/AKG: Information für den Leiter der HA, 10.10.1989; BStU, MfS, HA VI 11117, Bl. 156.

Tabelle 5: IM des Bereichs Abwehr (Stand 31.3.1989)[110]

	IMS	IMB	IME	FIM	IMK	GMS	gesamt
Abt. 1	67	21	22	1	70	3	184
OPD	52	15	13	k. A.	63	8	151
Zoll-Abwehr	140	2	13	20	45	9	229

Kennzeichnend für die Abteilung Zoll-Abwehr, die den höchsten Anteil an inoffiziellen Mitarbeitern aufwies, war die hohe Anzahl von so genannten Führungs-IM (FIM). Ihre Aufgabe bestand in der Absicherung des Personalbestands der Hauptverwaltung Zoll sowie der Grenzzollämter und in der Außensicherung der Grenzübergangsterritorien. Sie leiteten unter anderem auch die – 1988 mit 146 bezifferten – inoffiziellen Mitarbeiter für Sicherheit (IMS) innerhalb der Zollverwaltung an.[111] Jeder FIM führte in der Regel drei bis vier IM, konnte jedoch auch allein arbeiten oder im Höchstfall 18 IM anleiten. Er hatte gewöhnlich eine gehobene Position inne oder saß in einer Schlüsselposition – etwa als Objektverwalter oder als Wirtschaftsleiter. Mitte 1988 verfügte die Abteilung Zoll-Abwehr über 20 FIM-Netze[112] und im 3. Quartal 1989 noch über 18.[113]

Ein Teil der inoffiziellen Mitarbeiter wurde in der Bundesrepublik bzw. in West-Berlin angeworben oder dorthin entsandt. In den achtziger Jahren führte die HA VI zwischen 50 und 60 fast ausschließlich in West-Berlin wohnhafte Bundesbürger als inoffizielle Mitarbeiter.[114] Zu den Spitzenquellen zählte ein Polizeihauptmeister mit Decknamen »Walter«, der im Sicherheitsdienst und im Bereich Passkontrolle am Flughafen Tegel beschäftigt war. In den achtziger Jahren lieferte er an das MfS Informationen über die Struktur, Mannschaftsstärke und Aufgaben seiner Dienststelle, die Rufnamen sämtlicher Funkstreifen, Angaben zu aktuellen Personenfahndungen, Abläufe der Pass-, Personen- und Gepäckkontrollen, Vorgehensweisen deutscher und alliierter Abwehrdienste und Verfahren bei Freistellung von Kontrollen.[115]

Einige wenige IM aus der Bundesrepublik arbeiteten für die Abteilungen Zoll-Abwehr und Objektsicherung und Tourismus. Sie waren in der Regel selbst in den auszukundschaftenden »Zielobjekten« tätig oder hatten persönliche Verbindungen zu Mitarbeitern, die sie »abschöpfen« sollten. In der Peripherie der Beobachtungsobjekte Wohnende wurden zu Beobachtungs- und Ermittlungsaufgaben herangezogen.

Voraussetzungen für den Einsatz inoffizieller Mitarbeiter der HA VI aus der DDR im Westen waren beispielsweise persönliche Kontakte und Verbindungen zu den »Zielobjekten«, verbunden mit Reise- und Besuchsmöglichkeiten. Daneben gab es das etwas breitere Spektrum der für Westreisen zugelassenen DDR-Bürger wie Rentner, Invalidenrentner und Geschäftsreisende, die zu Beobachtungen und Ermittlungen eingesetzt wurden. Sie erhielten in der Regel so genannte Komplexaufträge, bei denen sie berichten sollten über:

– Regimefragen zur Grenzpassage auf der Westseite (Darstellung der Kontrollhandlungen, der technischen Hilfsmittel, Befragungen, Fahndungsmaßnahmen,

---

110 Vgl. Übersichten der AKG der HA VI v. 1.1.–31.3.1989; BStU, MfS, HA VI 2490, Bl. 1 ff.

111 Vgl. HA VI: Protokoll der Leiterberatung am 1.6.1988, 7.6.1988; BStU, MfS, HA VI 6, Bl. 27.

112 Die HA VI verfügte damals insgesamt über 32 FIM-Netze. Vgl. HA VI/AKG: Bemerkungen zur Berichterstattung des Leiters der Abteilung Zoll-Abwehr, 25.5.1988; BStU, MfS, HA VI 6, Bl. 45.

113 BStU, MfS, HA VI 11117, Bl. 265.

114 Eine Aufstellung von 1985 benennt 58 Westberliner und drei Hamburger; BStU, MfS, Abt. XII 889, Bl. 92–98.

115 StA b. d. KG Berlin: Anklage v. 21.10.1993 – 1 Ojs 32/93.

Bewertung des Sicherheitsregimes, personelle Besetzung, Verwendung von Formularen);
- Aufenthaltsregime (Anmeldung, Dokumentenbeantragung, erhaltene Gelder);
- Angaben zum Gastgeber und zu weiteren Kontakten;
- Hotel- und Übernachtungsregime;
- sonstige Fragen (Beschaffung von aktuellen Reiseführern, Stadtplänen, Hotelführern etc.).

Die Abteilung 1 setzte IME-Beobachtergruppen in West-Berlin zur Verhinderung von Schleusungen ein. Es handelte sich dabei um DDR-Bürger, die zuvor in Observationstätigkeit einschließlich konspirativer Fotografie geschult worden waren. Sie hatten die Wohn- und Aufenthaltsorte, die Gewohnheiten und den Umgangskreis verdächtiger Personen zu erkunden und Recherchen über staatliche Dienststellen in West-Berlin einschließlich der Grenzkontrollstellen durchzuführen.[116] Weitere IM wie Kuriere und Inhaber von konspirativen Wohnungen, Deckadressen und Decktelefonen wurden mit der Sicherstellung des konspirativen Verbindungswesens beauftragt.

Die westlichen Grenzpassagen und Raststätten an den Transitstrecken wurden häufig durch angeworbene Kraftfahrer im Transitverkehr aufgeklärt, die auch zur Aufdeckung von Schmuggel und Spekulation beitrugen. Andere IM kamen zur Informationsgewinnung für die von der HA VI angelegten Operativen Vorgänge und zur Kontrolle bestimmter Personen – etwa Fluchtverdächtiger, Mitglieder von Schleuserorganisationen und Oppositioneller aus der DDR – zum Einsatz.

Dieser IM-Bestand wies einen relativ konstanten Anteil von Ausländern aus.[117] Das waren beispielsweise Mitglieder kommunistischer Parteien, die mit der DDR sympathisierten, oder Menschen, die eine Verdienstquelle suchten. Andere wurden vom MfS erpresst, nachdem sie straffällig geworden waren. Darunter fielen Schmuggler, Rauschgifthändler oder Kuriere von Schleuserorganisationen, die vom MfS überführt und dann zur »Wiedergutmachung« als inoffizielle Mitarbeiter verpflichtet wurden. Ausländer wurden auch auf Angehörige ihrer Botschaften in Ost-Berlin angesetzt, um die Lage innerhalb der Botschaften auszukundschaften und um Angehörige des diplomatischen Dienstes aufzuspüren, die von Schleuserorganisationen angeworben worden waren oder unter Ausnutzung der Zollkontrollbefreiung bevorrechteter Personen Spekulationsgeschäfte betrieben. Die Werbung hatte häufig bei Personen Erfolg, die eine Liebesbeziehung zu einem DDR-Bürger unterhielten. Erpressung war auch sonst eine gängige Methode, wenn etwa eine geplante Flucht aufgedeckt wurde und die Delinquenten vor die Wahl gestellt wurden, eine Gefängnisstrafe zu verbüßen oder bei einer Verpflichtung als IM von der Haft verschont bzw. vorzeitig entlassen zu werden.[118] Laut einer MfS-Statistik waren im Jahre 1986 zum Beispiel 26 IM der HA VI Vorbestrafte, im darauf folgenden Jahr waren es 31.[119]

Die PKE des Flughafens Berlin-Schönefeld unterstand – trotz der Zugehörigkeit Schönefelds zum Bezirk Potsdam – ebenfalls dem Bereich Abwehr der HA VI. In den

---

[116] Vgl. Karl-Heinz Straube: Vorbereitung und Einsatz von IME, die als Beobachtergruppe im Operationsgebiet zur personen- und vorgangsbezogenen Arbeit entsprechend der Spezifik der Linie VI eingesetzt werden; BStU, MfS, VVS JHS o001-337/82.

[117] Vgl. Herbstritt, Georg: »Gastarbeiter« beim MfS – West-IM nichtdeutscher Herkunft. In: DA 37(2004)1, S. 79–89.

[118] Vgl. HA VI, Abt. AuI: Einschätzung über ausgewählte Probleme der politisch-operativen Arbeit zur Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung von Straftaten des ungesetzlichen Verlassens der DDR einschließlich des staatsfeindlichen Menschenhandels, 13.4.1976; BStU, MfS, HA VI 66, Bl. 1–20, hier 18.

[119] Vgl. HA VI/AKG: Information für den Leiter der HA, 24.11.1987; BStU, MfS, HA VI 11117, Bl. 68–87, hier 80.

achtziger Jahren wurden dort um die 80 IMS geführt, die hauptsächlich in den Bereichen Zoll, Betriebsfeuerwehr/VP und Mitropa zur Aufklärung des Personalbestandes und zur Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit eingesetzt waren.[120] Im Transitbereich, in der Mitropa, im Betriebsschutz-Amt, in der Flugwetterwarte des Flughafens, unter den Mitarbeitern des Deutschen Roten Kreuzes und im Grenzzollamt saßen zwischen neun und zwölf Führungs-IM der HA VI. Hinzu kamen etwa 24 IMK/KO, fünf GMS und ein IME.[121]

IM-System Bereich Reisen/Tourismus Ost

Die inoffiziellen Mitarbeiter des Bereichs wurden von den Abteilungen 2 und 3 der HA VI und in den jeweiligen Ländern durch die Operativgruppen sowie Führungs-IM angeleitet. Eine dritte Gruppe waren die »überörtlich« in den Reisegruppen und Touristenzentren eingesetzten IM.

Mit Stand vom 31. Juli 1989 führte die Abteilung 2 insgesamt 32 inoffizielle Mitarbeiter. Die Operativgruppe in der ČSSR steuerte 32 und die Operativgruppen in Ungarn und Bulgarien jeweils 23 inoffizielle Mitarbeiter für Sicherheit. Hinzu kamen die Gesellschaftlichen Mitarbeiter für Sicherheit und die Inhaber von konspirativen Wohnungen.[122] Ihre Haupteinsatzrichtung war die Absicherung von DDR-Bürgern in den jeweiligen Ländern. Ein kleinerer Teil der IM wurde gezielt für Teilaufgaben bei Kontrollersuchen, für die Sicherung von Repräsentanten der DDR und die Aufklärung von Westkontakten eingesetzt. Zu den 43 IMS in der Zuständigkeit der Abteilung 3 kamen noch zwei FIM, drei GMS sowie elf IMK hinzu.[123]

Die von den Operativgruppen geführten IM setzten sich in der Regel aus ständig oder zeitweise im Ausland lebenden DDR-Bürgern zusammen, die in den betreffenden Ländern entweder studierten oder in Institutionen und Betrieben, im Gaststätten- und Hotelgewerbe und als Vertreter der DDR-Reisebüros arbeiteten. Die typischen Berufsgruppen waren Angestellte bzw. Repräsentanten des DDR-Reisebüros und von Jugendtourist, Reiseleiter, Sprachmittler, Kraftfahrer, Angestellte im gastronomischen Bereich, Unterhaltungskünstler, freiberufliche Journalisten und Studenten. Ihre Zahl stieg bis 1987 auf 125 und war danach rückläufig.[124] In jenen sozialistischen Ländern, in denen keine MfS-Operativgruppen zur Überwachung des Reise- und Touristenverkehrs eingesetzt waren, übernahmen IM bzw. hauptamtliche IM diese Funktion.

Die »überörtlich« eingesetzten hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeiter stammten in der Regel aus anderen MfS-Diensteinheiten. Sie waren in Reise- und Touristengruppen unterwegs oder halfen touristische Schwerpunkte in den grenznahen Räumen zu westlichen Staaten abzusichern. Neben den als Reiseteilnehmer getarnten Informanten kamen vor allem Reiseleiter und Dolmetscher als IM zum Einsatz. Im Campingtourismus übernahmen häufig FDJ-Funktionäre und Studenten der Juristischen Hochschule Potsdam/Eiche diese Aufgaben. Sie wurden mit speziellen personengebundenen Aufträgen – etwa zu Personen, die in der DDR in Operativen Vorgängen und Operativen Personenkontrollen bearbeitet wurden[125] – oder mit Komplexauf-

---

[120] Vgl. HA VI/AKG: Übersicht zu wesentlichen Merkmalen des IM-Bestandes der Passkontrolleinheit Flughafen Schönefeld, 8.2.1985; BStU, MfS, HA VI 7, Bl. 216 ff.

[121] Vgl. Monatsbericht v. 30.6.1985; BStU, MfS, HA VI 2500, Bl. 163 ff.

[122] Zusammengestellt aus Übersichten der AKG der HA VI; BStU, MfS, HA VI 7.

[123] Ebenda, Bl. 170.

[124] Bericht über die Ergebnisse der politisch-operativen Arbeit der Operativgruppen und der Abt. 2 im Jahre 1988, 3.12.1988; BStU, MfS, HA VI 8, Bl. 13–22, hier 14.

[125] 1988 zählte die Abt. Auslandstourismus 71 realisierte Kontrollersuchen, an denen auch IM im überörtlichen Einsatz und inoffizielle Mitarbeiter der befreundeten Sicherheitsorgane beteiligt

trägen betraut. Letztere verpflichteten die IM zu Berichten über politisch-ideologische Diversion, Verdacht auf Spionage, über den Charakter der Westverbindungen von DDR-Bürgern, das Aufsuchen westlicher Vertretungen, Botschaften, Konsulate oder Wirtschaftsvertretungen und vor allem über Hinweise auf Republikflucht, verbunden mit der Aufforderung, in diesen Fällen sofort den ständigen Vertreter des Reisebüros der DDR, den Reiseleiter oder die Sicherheitsorgane des betreffenden Landes zu informieren.[126]

Laut einer Arbeitsbilanz des Jahres 1986[127] kamen zum Beispiel in der ČSSR, Ungarn und Bulgarien 54 (Vorjahr: 53) IM/GMS der Operativgruppen neben 105 (Vorjahr: 99) überörtlich eingesetzten IM und weiteren 58 (Vorjahr: 60) Hauptamtlichen – vorwiegend FDJ-Funktionäre und Studenten des MfS – zum Einsatz. Mit diesen Kräften waren 2 332 »operative Informationen« erarbeitet worden.

Als IM verpflichtet wurden gelegentlich auch Bundesbürger, die sowohl für die MfS-Operativgruppen als auch für die befreundeten Sicherheitsorgane bestimmte Informationen erarbeiteten, die zum Ausgangspunkt einer »aktiven Bearbeitung« durch die Sicherheitsorgane werden konnten.

In Abstimmung mit der Abteilung X des MfS (Internationale Beziehungen) durften auch Bürger des Gastlandes angeworben werden. Ebenso war eine zeitweilige Übergabe der inoffiziellen Quellen an andere Sicherheitsorgane möglich. Die Modalitäten waren zwischen den Ländern vertraglich geregelt.

IM-System Bereich Reisen/Tourismus West

Die Abteilung Objektsicherung und Tourismus hatte nach dem Bereich Abwehr die zweitgrößte Anzahl inoffizieller Mitarbeiter. Das lag an dem breiten Aufgabenspektrum der Abteilung, vor allem aber an dem erwähnten hohen Sicherheitsrisiko, das sich aus Sicht des MfS aus den vielfältigen Kontaktmöglichkeiten westlicher Besucher mit DDR-Bürgern ergab.

Die 2. Durchführungsbestimmung der Dienstanweisung Nr. 3/75 behandelte unter anderem den Einsatz operativer Kräfte und Mittel in diesem Arbeitsbereich.[128] Die inoffiziellen Mitarbeiter wurden hauptsächlich in die Sicherung von Hoteleinrichtungen und Objekten des Reisebüros bzw. Jugendreisebüros einbezogen.[129] In der Abteilung Antrags- und Genehmigungsverfahren (AGV) waren die inoffiziellen Mitarbeiter als Angehörige der Volkspolizei oder als Zivilbeschäftigte im Präsidium der Deutschen Volkspolizei (PdVP) tätig. Von den 17 IM im Jahre 1985 waren zwölf Frau-

---

gewesen waren. Vgl. HA VI, Abt. 2: Bericht über die Ergebnisse der politisch-operativen Arbeit der Operativgruppen und der Abt. 2 im Jahre 1988, 9.12.1988; ebenda, Bl. 18.

[126] Vgl. HA VI, Bereich Auslandstourismus: Komplexaufträge und Orientierungen für die Instruierung operativer Kräfte zur Sicherung des Tourismus von Bürgern der DDR nach anderen sozialistischen Staaten, April 1985; BStU, MfS, HA II/6 61, Bl. 154–185. Siehe auch Tätigkeit der Operativgruppe der HA XX/5 im Jahre 1970 in der Volksrepublik Bulgarien, 28.12.1970; BStU, MfS, ZKG Bdl. 1692, S. 1–16, hier 14.

[127] Vgl. HA VI, Bereich Auslandstourismus: Berichterstattung zur Leiterberatung am 17.12.1986, 3.12.1986; BStU, MfS, HA VI 45, Bl. 450–460, hier 455.

[128] 2. DB zur Dienstanweisung Nr. 3/75, S. 20; BStU, MfS, BdL/Dok. 003756.

[129] HA VI/AKG: Übersicht zu wesentlichen Merkmalen des IM-Bestandes der Abt. Objektsicherung und Tourismus, 28.11.1984; BStU, MfS, HA VI 7, Bl. 254–258, hier 257.

en.[130] Die Hauptkategorie waren IMS, deren Zahl bis 1988 auf 24 stieg. Hinzu kamen vier IME und einige wenige GMS.[131]

Tabelle 6: IM der Abteilung Objektsicherung und Tourismus (Stand 1989)[132]

IMS	IMB	IME	FIM	IMK	GMS	gesamt
217	1	10	10	48	30	316

3 Entwicklungsgeschichte bis zur Gründung der Hauptabteilung VI

3.1 Vorläufer in den fünfziger Jahren

Am 10. Juni 1950 hatte die UdSSR ihre Kontrollfunktionen an den Kontrollpassierpunkten zur Bundesrepublik Deutschland in die Zuständigkeit der Grenzpolizei (GP) der DDR übergeben. Die Absicht der DDR-Staatsführung, die Grenzpolizei nach sowjetischem Vorbild auch für militärische Aufgaben des Grenzschutzes gegenüber der Bundesrepublik heranzuziehen, kam in der Neugliederung im Dezember 1951 zum Ausdruck. Es entstanden vier Abteilungen mit Stäben in Schwerin, Magdeburg, Berlin und Weimar.

Nachdem die drei Westmächte USA, Großbritannien und Frankreich nicht auf den von Stalin im Frühjahr 1952 vorgeschlagenen Abschluss eines Friedensvertrages eingegangen waren und stattdessen zur Beendigung des Besatzungsstatus der Bundesrepublik Deutschland und Eingliederung in eine europäische Verteidigungsgemeinschaft den Deutschland- und EVG-Vertrag schlossen, wurde die DDR als »Bollwerk« gegen den Westen ausgebaut. Auf einer Beratung der Partei- und Staatsführungen der UdSSR und der DDR in Moskau vom 29. März bis zum 19. April 1952 forderte Stalin, ein verschärftes Grenzsicherungssystem an der Grenze zur Bundesrepublik aufzubauen.

Daraufhin beschloss das Politbüro der SED am 13. Mai 1952 Maßnahmen zur Errichtung eines »besonderen Regimes an der Demarkationslinie«.[133] Eine Verordnung des Ministerrats zur Verschärfung des Grenzregimes, unterzeichnet von Staatssicherheitsminister Wilhelm Zaisser, erging am 26. Mai 1952.[134] Direkt an der Grenzlinie wurde ein zehn Meter breiter Kontrollstreifen mit Drahtverhauen errichtet, dem ein ungefähr 500 Meter breiter Schutzstreifen und eine fünf Kilometer tiefe Sperrzone vorgelagert waren. Das Passieren war nur noch an besonderen Kontrollpassierpunkten mit einem Interzonenpass bzw. Passierschein möglich. Der »kleine Grenzverkehr« an der Grenze zur Bundesrepublik wurde unterbrochen. An der Ostseegrenze wurde eine Fünf-Kilometer-Schutzzone geschaffen. Westberliner benötigten ab 1. Juni 1952 für

---

130 HA VI/AKG: Übersicht zu wesentlichen Merkmalen des IM-Bestandes der Abt. Antrags- und Genehmigungsverfahren, 4.3.1985; ebenda, Bl. 211–214, hier 211.

131 Vgl. Übersicht der IM von Mitte 1988, angeleitet von Major Hubrig; BStU, MfS, HA VI 2484, Bl. 148 f.

132 Zusammengestellt aus: BStU, MfS, HA VI 2500.

133 Vorausgegangen waren Beratungen von Pieck, Grotewohl und Ulbricht im Politbüro der KPdSU im April 1952, wo die Weisung erging, die Demarkationslinie zur Bundesrepublik besonders zu sichern und die DDR militärisch zu stärken. Siehe auch Thoß, Hendrik: Gesichert in den Untergang. Die Geschichte der DDR-Westgrenze. Berlin 2004, S. 109 ff.

134 GBl. Nr. 65/52, S. 405 f.

Besuche in der DDR eine Aufenthaltsgenehmigung, die von Ostberliner Dienststellen nur noch in Ausnahmefällen erteilt wurde.

Mit Befehl Nr. G 1/52 des MdI und des MfS vom 12. Mai 1952 wurde die Grenzpolizei aus der Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei (HVDVP) im Ministerium des Innern herausgelöst und dem Minister für Staatssicherheit unterstellt. Ihr Chef wurde mit Wirkung vom 1. August 1952 MfS-Oberst Hermann Gartmann.[135] Der bisherige Leiter, Chefinspekteur Smolorz, wurde Stellvertreter des Chefs und zum Stabschef ernannt. Kommissarischer Stellvertreter für Politkultur war der MfS-Kommandeur Früholz.[136] Die in Hauptverwaltung Deutsche Grenzpolizei (HVDGP) umbenannte Behörde hatte ihren Sitz in der Heinrich-Mann-Straße 31 in Berlin-Niederschönhausen und ab Januar 1954 in Paetz bei Königs Wusterhausen. Der Einsatz sowjetischer Berater in den Grenzbereitschaften, Lehreinrichtungen bis hinauf in höhere Führungsstäbe trugen in Fragen der Grenztaktik, Gefechtsausbildung und politischen Erziehung dazu bei, das sowjetische Grenzsicherungsmodell durchzusetzen.

Zur Unterstützung der Grenzpolizei wurden die SED-Kreisleitungen dazu angehalten, Grenzhelfer zur Verfügung zu stellen, die laut Befehl Gartmanns Nr. 19/52 vom 9. August 1952 durch Streifen- und Beobachtungsdienst »zur besseren Sicherung der Grenzen der DDR gegen das Eindringen feindlicher Elemente« beizutragen hatten. Neben diesen Helfern sollten aus der ortsansässigen Bevölkerung »fortschrittliche Kräfte« zur Unterstützung herangezogen werden.[137] Am 9. Juni 1952 erweiterte die Regierung der DDR den Auftrag des MfS dahingehend, dass analoge Grenzsicherungsmaßnahmen an der Ostseeküste und am Ring um Berlin geschaffen wurden. In Berlin wurden entlang der Sektorengrenze Verbotsschilder aufgestellt, Straßensperren durch Gräben und Schlagbäume, hölzerne Beobachtungstürme und befestigte Unterstände für Grenzposten errichtet. Die MfS-Kreisdienststellen übernahmen ab 16. Juni 1952 die Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen für Personen aus Westdeutschland und West-Berlin, die mit Interzonenpass oder Passierschein in die DDR einreisen wollten.[138]

Zwischen Mai und September 1952 vergrößerte sich der Personalbestand der Grenzpolizei von 15 987 auf 20 396.[139] 1955 waren es bereits 38 304[140], von denen 23 465 an der Grenze zur Bundesrepublik und am Berliner Ring und die Übrigen an der Küste sowie an der Grenze zu Polen und zur ČSSR eingesetzt waren.[141]

Die Zusammenarbeit mit dem Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs (AZKW) sah laut MfS-Dienstanweisung Nr. 51/52 vor, dass »nach Filtrierung von der Deutschen Grenzpolizei festgestellte Personen und vorläufig sichergestellte Gegenstände [...] an die Dienststelle des AZKW zu übergeben sind«.[142] Bei Verstoß gegen die Regierungs-Verordnung vom 9. Juni 1952 hatte die Grenzpolizei Strafverfahren einzuleiten und die Delinquenten an die Kriminalpolizei zu übergeben.

Als Kommissarischer Leiter der Grenzaufklärung, die zur MfS-Abteilung VII/G gehörte, wurde zum 11. Februar 1953 Horst Hammermann, zuvor Leiter der Operativ-

---

[135] Diedrich, Torsten: Die Grenzpolizei der SBZ/DDR (1952–1956). In: Ders.; Ehlert, Hans; Wenzke, Rüdiger (Hg.): Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR. Berlin 1998, S. 207 ff.

[136] Kmd. der DGP, Befehle des Leiters der HVDGP 1952; Bundesarchiv-Zwischenarchiv, Dahlwitz-Hoppegarten (künftig: BA-ZA), Pt. 7031, o. Pag.

[137] Ebenda, Pt. 7032, S. 17 ff.

[138] Ebenda, Pt. 7014, S. 38 ff.

[139] Ebenda, Pt. 7401.

[140] Ebenda, Pt. 7179.

[141] Ebenda, Pt. 7402.

[142] Kmd. der GT; Befehle und Dienstanweisungen 1952–1956; BA-ZA, Pt. 7033, S. 53.

gruppe Halberstadt, ernannt. Kommandeur des Stabes der Aufklärungsabteilung wurde Rudolf Peschina. Gleichzeitig kamen auf Weisung Zaissers 43 weitere MfS-Mitarbeiter als Aufklärer in den insgesamt 18 Grenzpolizeibereitschaften zum Einsatz.[143]

Die Unterstellung der Grenzpolizei änderte sich mit der Umwandlung des MfS in ein Staatssekretariat beim MdI infolge der Ereignisse des 17. Juni 1953. Die HVDGP wurde als eine selbstständige Hauptverwaltung in das Innenministerium überführt. Mit Blick auf die mögliche Teilnahme der DDR an einer Militärkoalition des Ostblocks beschloss die Staats- und Parteiführung 1955 den Übergang zu militärisch strukturierten und funktionierenden Grenztruppen nach sowjetischem Vorbild und unterstellte die Grenzpolizei zum 1. April wieder der Staatssicherheit. Ihre Hauptaufgabe bestand jedoch in der Eindämmung des von Jahr zu Jahr anschwellenden Flüchtlingsstroms von Ost nach West. Generalmajor Gartmann wurde zum militärischen Berater im MfS und Stellvertreter des Staatssekretärs ernannt. Die Leitung der Grenzpolizei übernahm Oberst Heinrich Stock.

Nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages zwischen der DDR und der Sowjetunion am 20. September 1955 erhielt die DDR als souveräner Staat alle Aufgaben eines Grenzschutzorgans mit Ausnahme des Kontrollrechts der Alliierten. Nach einem entsprechenden Ministerratsbeschluss übernahm die DGP nach und nach auch die bisher von sowjetischen Truppen gesicherten Straßen und Eisenbahnüberführungen an der Grenze zu Polen. Von der Kontrolle ausgenommen waren die Truppen- und Gütertransporte der Sowjetarmee. Der grenzüberschreitende Warenverkehr wurde einheitlich für das gesamte Zollgebiet der DDR vom Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs kontrolliert.

Per Befehl Nr. 312/55 verfügte der damalige Staatssicherheitschef Ernst Wollweber im Oktober 1955 eine weitere Aufstockung des Personalbestandes der DGP. In jedem Grenzkommando sollten zudem zwei spezielle Beobachtungsposten an den Westgrenzen eingerichtet und die Zahl der Grenzpolizeihelfer erhöht werden. Außerdem wies er an, die »Arbeit unter der örtlichen Bevölkerung des Grenzgebiets zu verstärken« und die »sachlichen Kontakte mit den gesellschaftlichen Organisationen zur Erreichung einer aktiveren Unterstützung der Grenzpolizei zu festigen«.[144]

Die Zusammenarbeit mit den Stäben und Truppenteilen der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte sah laut Befehl Nr. 360/55 Wollwebers die Weitergabe von Beobachtungen über militärische Bewegungen, den Ausbau oder Neubau militärischer Anlagen, den Grenzverkehr durch Flugzeuge sowie alle Zwischenfälle und Übergriffe an der Grenze vor. Die Leiter der Passkontrollorgane sollten ständig Verbindung zu den sowjetischen Truppen halten, die an der Grenze ihren Dienst versahen und die sowjetischen Transporte sowie Bürger der UdSSR kontrollierten.[145]

Aufgrund der Unruhen in Ungarn und Polen im Krisenjahr 1956 beschloss die Sicherheitskommission des ZK der SED am 24. August 1956 die Bildung der Hauptverwaltung Innere Sicherheit (HVIS) im MfS unter Leitung Hermann Gartmanns. Laut Gründungsbefehl des Staatssicherheitschefs Nr. 368/56 vom 29. Oktober 1956 vereinte die Hauptverwaltung die Grenz-, Transport- und Bereitschaftspolizei unter einem Dach zwecks »Erreichung einer straffen Führung, verstärkten Anleitung und besseren Koordinierung der Arbeit sowie zur Verminderung des Verwaltungs- und

143 Abt. VII/G: Aufstellung der Mitarbeiter, die für folgende Dienststellen der Aufklärungsabteilung abzustellen sind, 11.2.1953; BStU, MfS, HA KuSch 1358, Bl. 65–68.

144 Kmd. der DGP: Befehle, Anordnungen und Anweisungen des Ministeriums des Innern und des Staatssekretariats für Staatssicherheit 1955; BA-ZA, Pt. 7020, S. 19 ff.

145 Ebenda, Pt. 7021, S. 89.

Stabspersonals«.[146] Mit Befehl Nr. 6/57 des Ministers des Innern und des Ministers für Staatssicherheit wurde ab Februar 1957 die erneute Eingliederung der Grenz-, Bereitschafts- und Transportpolizei in das Ministerium des Innern angeordnet.[147]

Während sich die Deutsche Grenzpolizei zunehmend zu einer militärischen Truppe entwickelte, die neben ihren polizeilichen Aufgaben auch die Sicherung und Verteidigung der Land- und Seegrenzen der DDR gewährleisten sollte, ging die Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs an der Staatsgrenze West an das AZKW über. Im August 1957 legte der Minister für Außenhandel im Befehl Nr. 5/57 und im Juli der Minister des Innern im Befehl Nr. 48/57 die Übernahme der Kontrollpassierpunkte und die Überführung grenzpolizeilicher Aufgaben an das AZKW fest.[148] Damit hatte es zusätzlich zu den bisherigen Aufgaben die Kontrolle der Personal- und Fahrzeugdokumente sowie die Fahndungsarbeit zu übernehmen. In den Kompetenzbereich des MfS fiel die Beobachtung westlicher Militärmissionen durch ihre Abteilung R, die 1961 über 71 Mitarbeiter verfügte.[149]

3.2 Das Grenzkontrollsystem nach dem Mauerbau

Am 11. August 1961 bestätigte das Politbüro der SED den Entwurf eines Beschlusses des Ministerrats, der vorsah, »eine solche Kontrolle an den Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich der Grenze zu den Westsektoren von Groß-Berlin einzuführen, wie sie an den Grenzen jedes souveränen Staates üblich« sei. Nach Schließung der innerdeutschen Grenze am 13. August 1961 erörterte das Politbüro am 22. August umfangreiche Maßnahmen zur weiteren Grenzsicherung und beauftragte den Minister des Innern in Zusammenarbeit mit dem Minister für Nationale Verteidigung und dem Minister für Staatssicherheit, dem Nationalen Verteidigungsrat bis zum 28. August 1961 einen entsprechenden Beschluss zur Bestätigung vorzulegen. Die Deutsche Grenzpolizei wurde der Nationalen Volksarmee angegliedert und ab dem 15. September 1961 dem Ministerium für Nationale Verteidigung (MfNV) unterstellt. Abteilungskommandeure hatten das Zusammenwirken zwischen den Kompanien an der Grenzlinie einschließlich der Reserven, den anderen bewaffneten Einheiten des Ministeriums des Innern sowie der NVA, den »Kampfgruppen der Arbeiterklasse« und den Kräften des MfS zu organisieren. Abteilungen der Grenztruppen übernahmen die Kontrolle und Abfertigung des Reise- und Touristenverkehrs, unterstützt durch das Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs.

In Berlin waren laut einer »Vorläufigen Instruktion über die Sicherung der Staatsgrenze Berlins« des Präsidiums der Volkspolizei Berlin vom 20. August 1961 zunächst die Volkspolizei einschließlich Bereitschaftspolizei für die Grenze zuständig. Am 13. August 1961 waren acht S- und vier U-Bahnlinien unterbrochen worden. Auf den S- und U-Bahnhöfen Friedrichstraße richtete man für den Intersektorenverkehr von Ausländern und Bürgern der Bundesrepublik Deutschland je einen Sonderbahnsteig ein. Der Verkehr der Fahrgastschiffe zwischen beiden Stadtteilen wurde eingestellt.

---

[146] Ebenda.

[147] Vgl. Mittmann, Wolfgang: Die Transportpolizei (1945–1990). In: Diedrich; Ehlert; Wenzke: Im Dienste der Partei (Anm. 135), S. 544.

[148] Vgl. Pohlmann, Gerhard: Zur Arbeit der DDR-Zollorgane bei der Durchsetzung der Zollbestimmungen im grenzüberschreitenden Verkehr. In: Vom Mauerbau zum Mauerfall – Der Zoll und die Passkontrolle im System der DDR-Grenzsicherung, Heft 7. Potsdam 1999, S. 5 ff.

[149] Vgl. Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. 4), Beilage.

Von den 81 Straßenübergangsstellen an der Sektorengrenze wurden 69 gesperrt. Die verbleibenden 12 Übergänge wurden wenig später auf 7 verringert. Davon wurden die Kontrollpassierpunkte[150] Chausseestraße, Invalidenstraße, Sonnenallee, Oberbaumbrücke für Westberliner bestimmt, die Bornholmer Straße und Heinrich-Heine-Straße für Bürger aus der Bundesrepublik und die Friedrich-/Ecke Zimmerstraße für Ausländer, Diplomaten und Angehörige der Westmächte. 1963 entstand mit der Aufnahme des Direktflugverkehrs zwischen Berlin-Schönefeld und Wien ein weiterer Grenzübergang an der Stadtgrenze von Neukölln (Rudower-/Waltersdorfer Chaussee), der aber nur für den Übergang zum Flughafen Schönefeld bestimmt war.[151]

Mitarbeiter des MfS wurden unmittelbar nach dem 13. August 1961 als »Fahndungsbevollmächtigte« zur HA VII (Sicherung des MdI einschließlich der DVP) kommandiert und traten an den Kontrollpassierpunkten in den Uniformen der Volkspolizei auf. Vom MfS übernommen wurden auch die Grenzaufklärer, die ebenfalls zunächst zur HA VII unter der Leitung von Oberst Jamin und seinem Stellvertreter, Hauptmann Rüdiger, gehörten. Die Mitarbeiter der Fahndungsgruppe sollten vor allem Fluchtversuche zu verhindern helfen, gemeinsam mit Angehörigen der Volkspolizei und des Zolls die am 12. August 1961 festgelegten KPP[152] nach West-Berlin sichern und andere operative Diensteinheiten des MfS wie die Hauptverwaltung Aufklärung unterstützen. Die Fahndungsbeauftragten arbeiteten zunächst mithilfe des Fahndungsbuches des Ministeriums des Innern und führten bald auch eigene Fahndungen auf der Grundlage eigener Karteien durch. In den ersten Jahren enthielten die Fahndungsmittel an den KPP ausschließlich Festnahmen. Mit den Jahren verlagerte sich der Schwerpunkt auf die Einleitung von Fahndungen zur Durchführung von Reisesperren sowie operativer Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen. Gleichzeitig wurden die Möglichkeiten der operativen Fahndung ausgebaut und die Fahndungsmaßnahmeschlüssel entsprechend erweitert.

Das Referat Fahndung unter Major Leinau verfügte anfangs über 30 Mitarbeiter, denen die Anleitung und Kontrolle der Fahndungsoffiziere an den KPP der Berliner Stadtgrenze oblag. Weitere Fahndungsstützpunkte entstanden in den Bezirksverwaltungen Potsdam, Magdeburg, Halle, Gera, Erfurt und Schwerin mit jeweils vier bis acht Mitarbeitern.[153] Zusätzlich richtete die MfS Bezirksverwaltung Groß-Berlin zehn Beobachtungsstützpunkte mit je zwei Mitarbeitern ein, die mit dem militärischen Stab des VP-Präsidiums Berlin verbunden waren, und setzte am Kontrollpunkt Friedrichstraße drei Fahrzeuge mit Beobachtergruppen der Abteilung VIII (Beobachtungen, Ermittlungen, Festnahmen) ein. Die Abteilung R (Westliche Militärverbindungsmissi-

---

150 Ab 1964/65 wurden die KPP an der Grenze nur noch als Grenzübergangsstellen (GÜST) bezeichnet. Daneben existierten weiterhin die KPP an den wichtigsten Ausfallstraßen Berlins zu den Bezirken Potsdam und Frankfurt/Oder (insgesamt 23, von denen 15 ständig besetzt waren), an denen die Volkspolizei das unberechtigte Passieren von Bürgern westlicher Staaten und Angehörigen der in West-Berlin stationierten Besatzungsmächte verhindern sollte.

151 Vgl. Kunze: Grenzerfahrung (Anm. 2), S. 68.

152 Es handelte sich anfangs um die Kontrollpassierpunkte Kopenhagener Straße, Wollankstraße, Bornholmer Straße, Brunnenstraße, Chausseestraße, Bahnhof Friedrichstraße, Brandenburger Tor, Friedrich-/Zimmerstraße, Heinrich-Heine-Straße, Oberbaumbrücke, Puschkinallee, Elsenstraße, Sonnenallee und Rudower Straße.

153 Vgl. Stellvertreter des Ministers, Generalmajor Beater: Bericht für das Kollegium des MfS über Maßnahmen, die sich aus der Übernahme von Sicherungsaufgaben an der Staatsgrenze Berlin infolge der Schaffung des antifaschistischen Schutzwalles für den Bereich der politisch-operativen Abwehr ergeben, Mitte Dezember 1961; BStU, MfS, SdM 1558, Bl. 159–189, hier 177 f.

onen) bildete einen neuen Arbeitszweig, der mit fünf Wagen und Besatzung die Militärfahrzeuge der Alliierten innerhalb Berlins observierte.[154]

Die ehemalige Abteilung Aufklärung bei der Deutschen Grenzpolizei wurde Ende 1961 Bestandteil der HA I des MfS (Abwehrarbeit in NVA und Grenztruppen), die somit Abwehr- und Aufklärungsaufgaben in einer Hand vereinigte. Im Zuge der Strukturveränderung trat das Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs die Passkontrolle an das MfS ab und 427 ausgesuchte Zöllner wechselten zur Staatssicherheit über.[155]

3.2.1 Gründung der Arbeitsgruppe Passkontrolle und Fahndung (APF)

Die SED-Führung nutzte die durch den Mauerbau geschaffene Lage zur Stärkung ihrer Position und erklärte den Ostsektor Berlins ohne die Einschränkungen durch den Vier-Mächte-Status zur Hauptstadt der DDR. 1962 löste Chruschtschow die sowjetische Kommandantur in Ost-Berlin auf und überantwortete die Zuständigkeit für den Transitverkehr von und nach West-Berlin dem ostdeutschen Staat. Staatssicherheitsminister Mielke reagierte darauf mit der Dienstanweisung Nr. 17/62[156], in der er die »zentrale Leitung der operativen Arbeit auf den für den Transitverkehr zugelassenen Straßen, Wasserwegen und Schienenwegen« auf die Arbeitsgruppe Passkontrolle und Fahndung übertrug. Offiziere im besonderen Einsatz (OibE) wurden als 1. Stellvertreter der neu gebildeten Einsatzstäbe in den Bezirksbehörden der VP und den Volkspolizeikreisämtern ernannt, um die Zusammenarbeit mit dem MfS zu sichern. Der grenzüberschreitende Reiseverkehr für DDR-Bürger wurde gesetzlich neu definiert.[157]

Mit Befehl Nr. 99/62 des Ministers für Nationale Verteidigung, Armeegeneral Hoffmann, wurde mit Wirkung vom 23. August 1962 die Stadtkommandantur Berlin eingerichtet und dem Ministerium für Nationale Verteidigung unterstellt. Oberst Helmut Poppe wurde zum Generalmajor und Stadtkommandanten ernannt. Ihm unterstanden die 1. und 2. Grenzbrigade mit insgesamt 11 000 Mann, die die Grenze des Stadtgebiets mit einer Länge von 43,8 Kilometer, unterteilt in sechs Abschnitte mit jeweils drei Unterabschnitten, zu sichern hatten. Den Grenzbrigaden waren eine unterschiedliche Anzahl Grenzregimenter und je ein Grenzausbildungsregiment unterstellt. Daneben waren in den Grenzkontrollamtsbereichen, die von der Bereitschaftspolizei abgesichert wurden, auch Angehörige des Volkspolizei-Präsidiums sowie des Pass- und Meldewesens eingesetzt.

Am 20. November 1962 beschloss das Politbüro »Grundsätze der politischen und militärischen Arbeit der Nationalen Volksarmee im Ausbildungsjahr 1963«, die zugleich als Grundlage für die Ausbildung der bewaffneten Kräfte im MdI und im MfS dienen sollten und in denen unter anderem die Aufgabe der Grenztruppen festgelegt wurde, »jegliche Grenzdurchbrüche« zu verhindern und die Maßnahmen zur »pioniermäßigen Verstärkung der Staatsgrenze« planmäßig fortzusetzen. Eine »Vereinbarung über die Zusammenarbeit und das Zusammenwirken der Organe des Ministeriums für Staatssicherheit und des Ministeriums für Nationale Verteidigung« vom

---

[154] Ebenda.

[155] Pohlmann: DDR-Zollorgane (Anm. 148), S. 5.

[156] Dienstanweisung Nr. 17/62 des Ministers v. 31.7.1962 über die Organisierung der politisch-operativen Arbeit an und auf den Verbindungsstrecken zwischen Westberlin und Westdeutschland; BStU, MfS, BdL/Dok. 001241.

[157] Anordnungen über Regelungen im Reiseverkehr von Bürgern der DDR v. 15.2.1962; GBl. I, Nr. 9, S. 187.

15. November 1963[158] bestimmte neben den Abwehr- und Aufklärungsaufgaben die Befehlshierarchie an den Kontrollpassierpunkten.

Die operative Fahndung (OPF) an den Grenzkontrollstellen übernahm die mit Befehl Nr. 446/62 des Ministers für Staatssicherheit vom 4. August 1962[159] gebildete *Arbeitsgruppe Passkontrolle und Fahndung* (APF).[160] Als Leiter wurde zum 1. Januar 1963 Oberst Eduard Switala[161] ernannt.

Bis Anfang 1964, als die APF zur Hauptabteilung (HPF) wurde, übernahm das MfS auch die meisten der an den Kontrollpassierpunkten eingesetzten Angehörigen der NVA, Kommando Grenze, und des Amts für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs.[162] Die Aufgaben und Kompetenzen waren in den Dienstanweisungen Nr. 15/62 (Einleitung von operativen Fahndungen)[163] und Nr. 16/62 (Durchführung der Passkontrolle)[164] des Ministers vom 30.7.1962 festgelegt.

Die drei Sonderreferate und sieben Abteilungen der APF, denen auch die Abteilung R (Westliche Militärverbindungsmissionen) mit 373 Mitarbeitern zugeordnet wurde, umfassten die Bereiche

Abteilung 1	Straßen, Wasserwege und Flughäfen
Abteilung 2	Staatsgrenze zu West-Berlin
Abteilung 3	Staatsgrenze zur Bundesrepublik
Abteilung 4	Staatsgrenze zu Polen und zur ČSSR
Abteilung 5	Staatsgrenze Nord
Abteilung 6	Eisenbahn Personenverkehr
Abteilung 7	Militärmissionen

Entsprechende Stützpunkte an den für den Transitverkehr zugelassenen Strecken wurden in Schwerin, Potsdam, Magdeburg, Halle, Erfurt und Gera geschaffen und jeweils dem Stellvertreter Operativ der Linien II (Spionageabwehr), V (Kernbereich der poli-

---

158 Vereinbarung über die Zusammenarbeit und das Zusammenwirken der Organe des Ministeriums für Staatssicherheit und des Ministeriums für Nationale Verteidigung v. 15.11.1963; MfS, SdM 423, S. 50–60.

159 Befehl Nr. 446/62 des Ministers v. 4.8.1962 über die Bildung der Arbeitsgruppe Passkontrolle und Fahndung; BStU, MfS, BdL/Dok. 000769; siehe auch Horst Meinzer; Wolfgang Lindner: Die Bildung der HPF als Ausdruck der Reaktion des MfS auf neue Sicherheitserfordernisse zu Beginn der sechziger Jahre; BStU, MfS JHS 001/1175/77.

160 Vgl. auch Dienstanweisung Nr. 15/62 des Ministers v. 30.7.1962 über die Einleitung von operativen Fahndungen durch das MfS an den KPP der Staatsgrenze der DDR einschließlich der Hauptstadt der DDR; BStU, MfS, BdL/Dok. 002188.

161 Eduard Switala, Jg. 1919, lebte von 1935 bis 1946 in sowjetischer Emigration und zählte nach kurzzeitigem Dienst bei der Volkspolizei in Schwerin zu den ersten MfS-Mitarbeitern.

162 Laut Behrendt wurden mehr als 1 000 Grenzer und Zöllner vom MfS übernommen. Vgl. Behrendt, Hans-Dieter: Die Grenzübergangsstellen im System der DDR-Grenzsicherung. In: Vom Mauerbau zum Mauerfall – Der Zoll und die Passkontrolle im System der DDR-Grenzsicherung, Heft 7. Potsdam 1999, S. 33. Aus dem Bestand der Zollverwaltung waren es 427 ausgesuchte Zöllner. Vgl. Pohlmann: DDR-Zollorgane (Anm. 148), S. 15

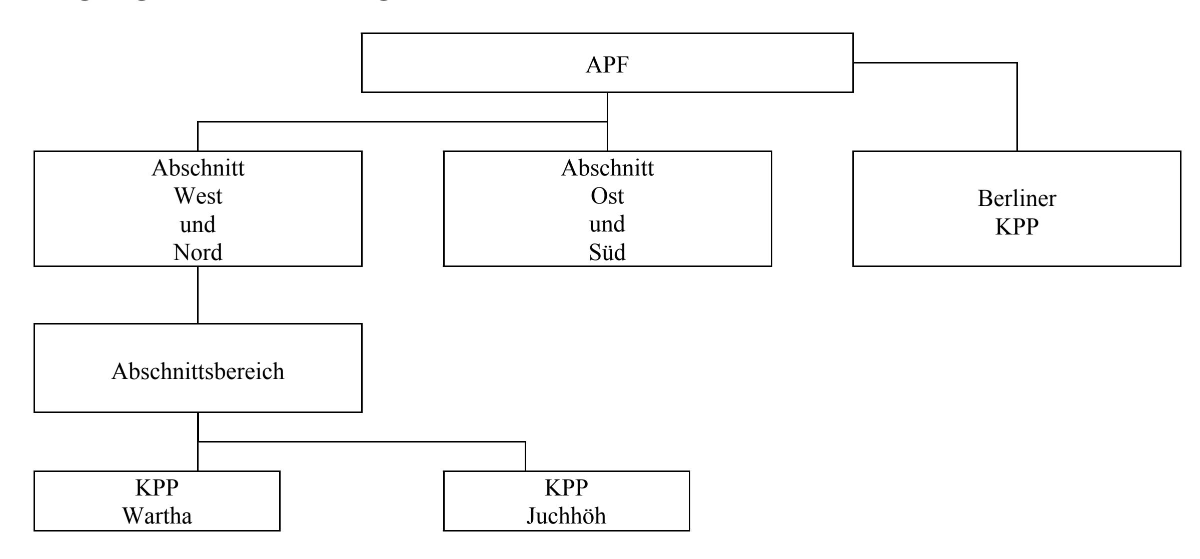
163 Dienstanweisung Nr. 15/62 des Ministers v. 30.7.1962 über die Einleitung von operativen Fahndungen; BStU, MfS, BdL/Dok. 002188. Die Dienstanweisung legte u. a. folgende Kategorien operativer Fahndungen fest: Festnahme, Feststellungen Ein- und Ausreise, Personenfeststellung und die Dokumentation der Reisepapiere, Körperdurchsuchung, Fahrzeugdurchsuchung, Ermittlung des Reiseziels und Zweck der Reise.

164 Dienstanweisung Nr. 16/62 des Ministers v. 30.7.1962 über die Durchführung der Passkontrolle; BStU, MfS, BdL/Dok. 002189.

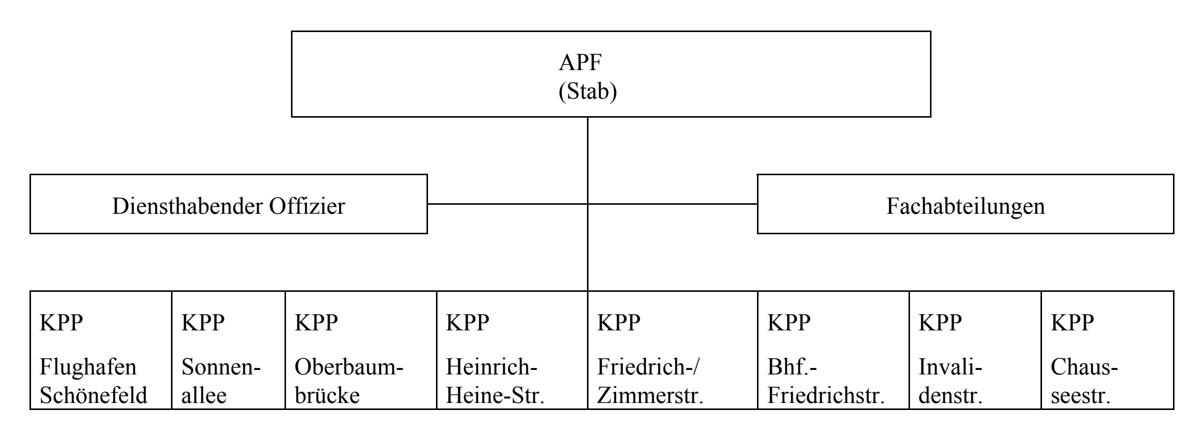
tischen Überwachung, ab 1964 Linie XX) und VII (Territoriale Volkspolizei) unterstellt.[165]

Zur Organisierung und Führung der Kontroll- und Fahndungsprozesse wurden die Abschnittsstäbe West/Nord für alle KPP der Grenze zur Bundesrepublik, zu West-Berlin und an der Küste sowie der Abschnittsstab Ost/Süd für die Grenze zu Polen und zur ČSSR geschaffen. Den Abschnittsstäben waren Abschnittsbereiche untergeordnet, die für drei bis vier KPP zuständig waren. Die Berliner KPP unterstanden ebenso wie der Flughafen Berlin-Schönefeld direkt dem Leiter der HPF.[166] Daneben existierte noch eine »Kontrollgruppe Flughäfen« mit Sitz in Görlitz, die für die Abfertigung von Charterfügen auf den Flughäfen Leipzig-Moskau, Dresden-Klotzsche, Erfurt-Bindersleben und Barth zuständig war.

Organigramm 4: Anleitungsbereiche der APF[167]



Organigramm 5: Unterstellungsverhältnis der Berliner KPP[168]



Einer der Arbeitsschwerpunkte der APF bestand laut Protokoll der Kollegiumssitzung vom 16.6.1962[169] in der »Organisierung der politisch-operativen Arbeit an den Ver-

---

165 Mit Befehl Nr. 28/67 des Ministers v. 1.8.1967 wurde die Abwehrarbeit auf den Transitwegen (Straße) im gesamten Gebiet der DDR der HA VIII übertragen und im August 1967 dazu eine entsprechende Diensteinheit gebildet; BStU, MfS, BdL/Dok. 001237.

166 Horst Meinzer; Wolfgang Lindner: Die Bildung der HPF als Ausdruck der Reaktion des MfS auf neue Sicherheitserfordernisse zu Beginn der sechziger Jahre; BStU, MfS JHS 001/1175/77.

167 Ebenda, S. 54.

168 Ebenda, S. 53.

bindungsstrecken Westdeutschland/West-Berlin«. In den Ortschaften, Raststätten und an den Transitstrecken sollte in Zusammenarbeit mit den örtlichen Organen des Partei- und Staatsapparates für den Einsatz »politisch zuverlässiger Bürger« gesorgt werden.[170] An den Kontrollpunkten und längs der Transitstrecken wurde ein Nachrichtensystem installiert, das eine schnelle Verbindung sowohl zwischen den MfS-Diensteinheiten als auch zur Volkspolizei, Zollverwaltung und weiteren maßgeblichen Einrichtungen, die in die Transitüberwachung einbezogen waren, sichern sollte.

Die Angehörigen der APF setzten sich anfänglich sowohl aus Mitarbeitern des MfS als auch der Grenzpolizei bzw. der Volkspolizei (an den Berliner KPP) zusammen. Die KPP in den Bezirken unterstanden direkt der APF und nicht den MfS-Bezirksverwaltungen.

Neben der Passkontrolle hatten die Grenzkontrolleure durch eine ständige Filtrierung der Passanten vor allem auf verdächtige Personen wie Tester, Schleuser, Kuriere zu achten, um das Ausschleusen von Personen zu verhindern. Der Diensthabende der AG Passkontrolle/Fahndung hatte unter anderem an den Operativen Diensthabenden der Stadtkommandantur Berlin Meldung zu erstatteten über Militärfahrzeuge sowie über Militärtransporte von der Autobahnabfahrt Drewitz in Richtung Bundesrepublik.

In Berlin errichtete man an den Grenzübergangsstellen Heinrich-Heine-Straße, Zimmer-/Ecke Friedrichstraße, Bahnhof Friedrichstraße, Sonnenallee und Bornholmer Straße Beobachtungspunkte.[171] Eine Dispatcherzentrale koordinierte den Einsatz der beobachtungsführenden Diensteinheiten.[172] Parallel dazu betrieb man den Aufbau einer Abteilung operative Beobachtung von Personen aus dem grenzüberschreitenden Verkehr, für die ab Januar 1963 zunächst 10 hauptamtliche inoffizielle Mitarbeiter eingesetzt wurden.

Mit Befehl Nr. 322/63 vom 17. Mai 1963[173] wurde die Abteilung R (Westliche Militärverbindungsmissionen) wieder aus der Arbeitsgruppe Passkontrolle und Fahndung ausgegliedert und der Spionageabwehr unterstellt.

In den Jahren 1963 und 1964 schloss die DDR mit der Tschechoslowakei, der Sowjetunion, Bulgarien, Ungarn und Rumänien vorbereitende Regierungsabkommen über die Aufhebung der Visapflicht im Reise- und Touristenverkehr ab. Zur einheitlichen Durchführung der Passkontrolle entstanden die Ordnungen 1–10 als Vorläufer der späteren Passkontrollordnung, die die gesetzlichen Regelungen für den grenzüberschreitenden Verkehr in konzentrierter Form zusammenfassten und Verfahrensfragen für die Visaerteilung und Gebührenerhebung sowie die Aus-, Ein- und Durchreise von Bürgern der DDR und Ausländern regelten. 1964 wurden die Grenztruppen von der Staatsgrenze Süd und Ost abgezogen, sodass den Kommandanten der GÜST an der Grenze zu Polen und zur ČSSR keine Sicherungseinheiten der NVA mehr zur Verfügung standen. Schwere Sperr- und Sicherungsanlagen gab es dort nicht. Schlagbäume und andere Vorrichtungen trugen den Charakter von Verkehrsleiteinrichtungen, die durch Kräfte der PKE bedient wurden. Zur besseren Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs unternahm das MfS erste Schritte zu einer ver-

---

169 Protokoll der Kollegiumssitzung v. 16.6.1962; BStU, MfS, SdM 1902, Bl. 175 ff.

170 Ebenda, Bl. 195.

171 Vgl. Lehrmaterial der HA VIII: Die Tätigkeit der Angehörigen der HA in diesen Organen; BStU, MfS, HA VIII 1934, Bl. 84 ff.

172 Ebenda, Bl. 87.

173 Befehl Nr. 322/63 des Ministers v. 17.5.1963 über die Eingliederung der Abt. 7 der APF als Abt. 6 der HA II; BStU, MfS, BdL/Dok. 000910.

traglich geregelten operativen Zusammenarbeit und einem regelmäßigen Erfahrungsaustausch mit den Passkontrollkräften der Nachbarländer.[174]

3.2.2 Sicherungs- und Kontrollaufgaben infolge der Passierscheinvereinbarungen

Um die nach dem Mauerbau vollendete physische Abriegelung West-Berlins vom Westen und die Isolierung vom Umland zu durchbrechen, bemühte sich der Westberliner Senat im Einvernehmen mit der Bundesrepublik um den Abschluss von Passierscheinabkommen. Auf der Grundlage von vier Passierscheinvereinbarungen über allgemeine Verwandtenbesuche zwischen 1963 und 1966 kam es während acht Zeiträumen zu insgesamt 5,4 Millionen Besuchen. Die in diesem Zusammenhang durchgeführten Sicherungsmaßnahmen, die unter den Bezeichnungen »Stern I«, »Stern II« und »Gast I«, »Gast II«, »Gast III« und »Gast IV« liefen, waren die bis dahin größten Aktionen des MfS. In West-Berlin wurden 12 Passierscheinstellen eröffnet, in denen DDR-Postangestellte arbeiteten. Per Ministerbefehl war am 17.12.1963[175] ein Zentraler Einsatzstab gebildet worden, angeleitet von Generalmajor Bruno Beater und dem Stellvertreter Oberst Eduard Switala, Leiter der Arbeitsgruppe Passkontrolle und Fahndung (APF). An der Spitze zweier weiterer Einsatzstäbe in der APF und in der Verwaltung Groß-Berlin des MfS standen Oberstleutnant Handrik und Oberst Wichert. Eine Einsatzgruppe des MfS beim Präsidium der Deutschen Volkspolizei sorgte dafür, dass die eingehenden Anträge auf Passierscheine nach bestimmten »feindlichen« Personengruppen und anhand der Fahndungskartei der APF überprüft wurden, nachdem die Zentrale Genehmigungsstelle sie bereits mit der Einwohnermeldekartei, der Sperr- und Hinweiskartei und der Fahndungskartei der VP abgeglichen hatte.

Die neuen Aufgabenstellungen führten unter anderem zum Ausbau der für die Grenzkontrollen zuständigen Diensteinheiten, die durch mehr als 1 000 Zöllner und Grenzsoldaten verstärkt wurden.[176] In der Berliner Straße in Potsdam richtete das MfS ein Schulungsobjekt ein, in dem bis Frühjahr 1966 über 500 Kräfte qualifiziert wurden.[177]

Zur Erfassung des grenzüberschreitenden Verkehrs zwischen West und Ost und zur Analyse der umfangreichen Personenbewegungen »unter politisch-operativen Aspekten« wurde 1964 die *Arbeitsgruppe Sicherung des Reiseverkehrs* (ASR) im MfS gebildet.[178] Zur Verstärkung wurden ihr etwa 150 Einsatzkräfte aus anderen MfS-Abteilungen zugeteilt[179] Leiter der Arbeitsgruppe war bis 1968 Kurt Opitz.[180] Sein

---

[174] Vgl. Leiter der HPF, Oberst Switala: Vorschlag zur Verbesserung der Abfertigung des grenzüberschreitenden Verkehrs an den GÜST DDR-ČSSR, April 1966; BStU, MfS, AS 155/74, Bd. 18, Bl. 130 ff.

[175] Vgl. Befehl Nr. 829/63 des Ministers v. 17.12.1963 zu Sicherungsmaßnahmen anlässlich des Besuchs Westberliner Bürger in der Hauptstadt der DDR v. 18.12.1963–4.1.1964; BStU, MfS, BdL/Dok. 000838.

[176] Vgl. Behrendt: Die Grenzübergangsstellen im System der DDR-Grenzsicherung (Anm. 162), S. 33.

[177] Ebenda.

[178] Vgl. Befehl Nr. 104/64 des Ministers v. 30.1.1964 zur Gewährleistung einer systematischen Analyse des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs nach politisch-operativen Gesichtspunkten; BStU, MfS, BdL/Dok. 000860.

[179] Vgl. Befehl Nr. 312/65 des Ministers v. 25.11.1965 zu Sicherungsmaßnahmen anlässlich des 3. Passierscheinabkommens für den Besuch Westberliner Bürger in der Hauptstadt der DDR vom 18.12.1965 bis 2.1.1966; BStU, MfS, BdL/Dok. 001012.

Stellvertreter wurde ab 1966 der Diplom-Jurist Manfred Thiele, der zuvor leitende Stellungen in der HA IX (Untersuchung) bekleidet hatte. 1969 wurde Thiele kommissarischer Leiter der ASR.

Der Arbeitsgruppe oblag die Erfassung der Transitanträge sowie der Ein- und Ausreisekarten für die in der DDR wohnhaften Ausländer westlicher Staaten und Staatenlose. Von den an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) eingereichten drei Antragskarten für Transitreisende gelangten zwei zur ASR. Ebenso wurden die Visaanträge beim MfS geprüft. Besucher aus dem Westen wurden auf Karteien erfasst, desgleichen die besuchten Verwandten im Osten. Auskünfte über Personen mit Berufen, die für das MfS von Interesse waren – beispielsweise Politiker, Journalisten, hohe Beamte –, gab man an die entsprechenden Diensteinheiten weiter. Zur Lösung »dringender Anfragen« wurden von der Hauptverwaltung Aufklärung, den Hauptabteilungen des MfS und der Verwaltung Groß-Berlin je zwei Verbindungsoffiziere ernannt, die persönlichen Kontakt zum Leiter der Arbeitsgruppe SR/Referat 4 mit Sitz in Johannisthal unterhielten.[181] Die Lageinformation an der Grenze umfasste Statistiken zum Reiseverkehr, über Zurückweisungen, Zuzüge, Rückkehrer und Asylsuchende. Ab 1968 wertete die ASR auch die eingeführten Zählkarten aus.

Innerhalb der Arbeitsgruppe Reiseverkehr wurde per Befehl Nr. 9/66 vom 10. Mai 1966[182] ein *Referat Reisen und Touristik (RT)* mit 13 Mitarbeitern gebildet, das »für die Koordinierung der politisch-operativen Maßnahmen« im Reiseverkehr zwischen Ost und West zuständig war. Ihm oblag zudem die »politisch-operative Absicherung« des Staatlichen Reisebüros der DDR und die »operative Ausnutzung der Möglichkeiten dieser Institutionen«. Analoge Referate entstanden in den Bezirksverwaltungen des MfS. Der Befehl definierte insbesondere auch die Aufgaben weiterer Linien des MfS im Zusammenhang mit dem Reise- und Touristenverkehr und machte die ASR und das neue Referat für das »komplexe Zusammenwirken« verantwortlich. Das betraf vor allem die Linie II, die für die operative Bearbeitung von Spionagehinweisen zuständig war, die Linie Auslandsaufklärung, die ihre IM in Einrichtungen des Reiseverkehrs platzierte, und die Linie XX, zuständig für die Verhinderung von Schleusungen und die Bekämpfung einschlägiger Organisationen.

3.2.3 Einbeziehung der Grenzübergangsstellen in das Gesamtsystem der Grenzsicherung

Am 19. März 1964 erließ die DDR die Verordnung zum Schutz der Staatsgrenze.[183] Mit dem Inkrafttreten der Befehle Nr. 3/64 des Ministers für Nationale Verteidigung, Nr. 40/64 des Ministers für Staatssicherheit[184] und Nr. 3/64 des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel wurden die Grenzübergangsstellen in das System der Grenzsicherung einbezogen und umfangreiche Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit und gleichzeitig Durchlassfähigkeit des grenzüberschreitenden Verkehrs ge-

180 Kurt Opitz, Jg. 1918, war seit 1954 zunächst in Dresden und danach in Cottbus für das MfS tätig, bevor er 1963 nach Berlin beordert wurde.

181 Vgl. Anweisung Nr. 3/65 des 1. Stellv. des Ministers v. 10.2.1965 über Auskunftserteilung an die DE des MfS durch die AG SR vor, während und nach den Besuchsperioden gemäß der Passierscheinübereinkünfte zwischen der Regierung der DDR und dem Senat von Westberlin; BStU, MfS, BdL/Dok. 002322.

182 Befehl Nr. 9/66 des Ministers v. 10.5.1966; BStU, MfS, BdL/Dok. 001205.

183 Vgl. GBl. II, Nr. 34/64, S. 255 ff.

184 Befehl Nr. 40/64 des Ministers v. 16.1.1964 zur Verbesserung der Zusammenarbeit und des Zusammenwirkens der an den Grenzübergangsstellen (KPP) eingesetzten Kräfte des MfS und des MfNV; BStU, MfS, BdL/Dok. 000852.

troffen. Eine wesentliche Aufgabe der bewaffneten Kräfte an den Grenzübergangsstellen bestand darin, Indikatoren zu entwickeln, aus denen der Übergang in ein Kriegsregime frühzeitig ablesbar war. Für die Feststellung und Übermittlung der angenommenen Atomkriegs-Indikatoren wurde eine eigene Struktur geschaffen; für einen denkbaren »Ernstfall« legte man Verbindungspläne fest, richtete Notquartiere ein und veranstaltete jährlich Übungen.[185] Die alljährlich neu erlassenen Befehle des Ministers für Nationale Verteidigung legten das Zusammenwirken der Sicherheits- und Kontrollorgane fest, die aus den Prinzipien des bewaffneten Kampfes abgeleitet waren. Die Koordinierung der Handlungen der beteiligten Kräfte (Grenztruppen, Volkspolizei, MfS, Zoll) erfolgte aufgrund der Aufgabenstellung für das jeweilige Ausbildungsjahr.[186] Das besondere Unterstellungsverhältnis und das Zusammenwirken der Kräfte an den GÜST nach Auslösung der Stufen Gefechtsbereitschaft bei Kriegsgefahr war in der Dienstvorschrift der Grenztruppen DV Nr. 30/13 von 1969 geregelt, die 1980 von der DV Nr. 018/0/005 abgelöst wurde.

Durch die Einrichtung stationärer Führungspunkte in den Grenzkompanien, den Einsatz von Kommandanten und Diensthabenden Offizieren der Grenztruppen, der Passkontrolleinheiten und Grenzzollämter wurden die Voraussetzungen für die einheitliche Führung aller an den GÜST eingesetzten Kräfte geschaffen. Ordnungen des Zusammenwirkens sowie Alarm- und Einsatzdokumente schrieben die gemeinsamen Handlungen der Kräfte vor. Die Diensthabenden Offiziere an den Kontrollpassierpunkten unterstanden – ebenso wie die Leiter der Passkontrollkräfte – dem Kommandanten des KPP. Im Falle der Schließung und Sperrung der KPP – etwa bei Grenzdurchbruchsversuchen, Terroranschlägen oder bei Kriegsgefahr – sollten die Pass- und Zollkontrollkräfte in unmittelbare Grenzsicherungsaufgaben einbezogen werden.

Gegenüber den Leitern und Diensthabenden Offizieren des Grenzzollamts sowie anderen Kontrollorganen waren die MfS-Mitarbeiter in Fragen der »Bekämpfung der Feindtätigkeit« und der Durchführung der Kontrollen weisungsberechtigt.[187] Auf Flugplätzen mit Auslandsverkehr nahm der Leiter der Passkontrollkräfte gleichzeitig die Befugnis eines Kommandanten des KPP wahr.

3.2.4 Aufwertung der APF zur Hauptabteilung

Angesichts der wachsenden Rolle der DDR als Handelspartner, Reise- und Transitland und der aus Sicht des MfS zunehmenden inneren Sicherheitsrisiken infolge der neuen Ostpolitik reichten Passkontrollen und notdürftige Registrierungen nicht mehr aus. »Staatsfeinde« aufzuklären, missbräuchliche Handlungen während der Grenzpassage zu verhindern und begünstigende Bedingungen zu erkennen, konnte nicht Aufgabe der Grenztruppen sein – hier bedurfte es der Kräfte, Mittel und Methoden eines Geheimdienstes. Per Ministerbefehl Nr. 40/64 vom 16.1.1964[188] waren alle Aufgaben

---

185 Vgl. Richter, Peter; Rösler, Klaus: Wolfs Westspione. Ein Insiderreport. Berlin 1992, S. 85.

186 Vgl. Baumgarten, Klaus-Dieter: Der Kalte Krieg und die deutsch-deutsche Grenze – Das DDR-Grenzregime, seine Blockfunktion und der militärische Charakter der Grenztruppen. In: Frotscher, Kurt; Krug, Wolfgang (Hg.): Im Namen des Volkes. Grenzer vor Gericht. Schkeuditz 2000, S. 45.

187 Vgl. hierzu Petzold, Frank: Der Einfluß des MfS auf das DDR-Grenzregime an der innerdeutschen Grenze. In: Mertens, Lothar; Voigt, Dieter (Hg.): Opfer und Täter im SED-Staat. Berlin 1998, S. 153 ff.

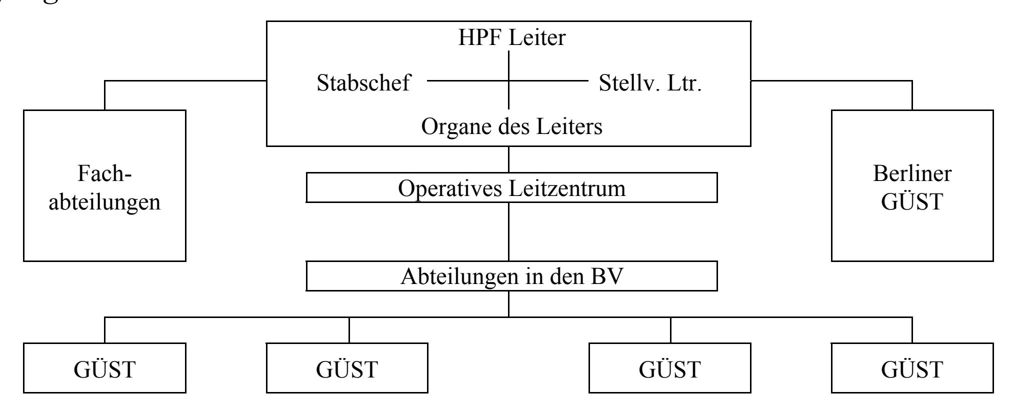
188 Im Befehl Nr. 40/64 des Ministers v. 16.1.1964 heißt es u. a.: »3. (1) Mit Wirkung vom 15. Januar 1964 werden alle Aufgaben der Passkontrolle und Fahndung an den KPP ausschließlich von Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit durchgeführt.

der Passkontrolle und Fahndung an den Kontrollpassierpunkten (KPP) ausschließlich den Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit übertragen worden. Die Arbeitsgruppe Passkontrolle und Fahndung unter Oberst Eduard Switala wurde zur Hauptabteilung (HPF) aufgewertet. Stellvertretender Leiter und Stabschef der HPF wurde Heinz Engelbrecht[189]. Mit dem Wechsel Switalas zur Arbeitsgruppe des Ministers rückte Engelbrecht 1968 zum Leiter auf.

Circa 280 Mitarbeiter kamen aus den Bezirksverwaltungen zur Verstärkung nach Berlin.[190] Zum gleichen Zeitpunkt wurden an den GÜST Kommandanten der NVA sowie Sicherungszüge der NVA/Grenze eingesetzt, die ausschließlich Sicherungsaufgaben wahrzunehmen hatten. An den Grenzübergangsstellen wurde eine zielgerichtete Fahndung eingeführt und ständig ausgebaut; eine neu gebildete Operativgruppe in der HPF untersuchte und wertete besondere Vorkommnisse aus.[191]

Ende 1964 hatte die HPF 706 Mitarbeiter und verfügte über die Bereiche *Passkontrollregime, Fahndung, Kontrolltechnik, Organisation und Planung, Schulung und Ausbildung, DHO-System* (Diensthabender Offizier). In den MfS-Bezirksverwaltungen entstanden entsprechende Abteilungen Passkontrolle und Fahndung, während die Abschnitte Mitte, West/Nord und Ost/Süd einschließlich ihrer Abschnittsstäbe aufgelöst wurden.

Organigramm 6: Grundstruktur der HPF[192]



Die Leitung der HPF, die zuvor ihren Sitz bei der HA VII in Berlin-Johannisthal hatte, zog im September 1964 in die Schnellerstraße in Berlin-Treptow, den späteren Hauptsitz der HA VI.[193]

---

(2) Zur ständigen Gewährleistung der Personen- und Passkontrolle werden auf Befehl des Ministers für Staatssicherheit außer dem Leiter der Passkontrollkräfte an allen KPP »Diensthabende Offiziere der Passkontrollkräfte« eingesetzt.

(3) Der Leiter und der Diensthabende Offizier der KPP sind gemäß des Befehls des Ministers für Staatssicherheit in Fragen der Bekämpfung der Feindtätigkeit und der Durchführung der Kontrollen gegenüber dem Leiter und den Diensthabenden Offizieren des Grenzzollamtes und den Leitern der anderen Kontrollorgane an den KPP weisungsberechtigt. [...]

(5) Für die Einhaltung der Festlegungen über das Betreten des KPP ist der Leiter der Passkontrolle zuständig und dem Kommandanten des KPP gegenüber verantwortlich.«

189 Heinz Engelbrecht, Jg. 1915, hatte in der Nachkriegszeit Karriere bei der Volkspolizei gemacht und war 1951 dem Staatssicherheitsdienst beigetreten.

190 Vgl. DB zum Befehl Nr. 40/64; BStU, MfS, BdL/Dok. 000852.

191 Wolfgang Klös; Horst Meinzer: Die Entwicklung der HA Passkontrolle und Fahndung/Hauptabteilung VI zu einem politisch-operativen Organ im MfS – ihre Verantwortung und Aufgaben bei der Abwehr subversiver gegnerischer Angriffe und unter Mißbrauch des Reise- und Touristenverkehrs; BStU, MfS, GVS JHS 001 Nr. 82/79, S. 12.

192 Horst Meinzer; Wolfgang Lindner: Die Bildung der HPF als Ausdruck der Reaktion des MfS auf neue Sicherheitserfordernisse zu Beginn der sechziger Jahre; BStU, MfS JHS 001/1175/77, S. 55.

Mitte der sechziger Jahre existierten in der DDR 11 Transitstrecken. Die Länge der Verkehrs- und Transitwege betrug für Autobahn und Straße 1 901 Kilometer, Wasserwege 722 Kilometer und Schienenwege 2 743 Kilometer.[194] Die Arbeitsschwerpunkte für das MfS bei der Absicherung der Transitwege bildeten – analog den Aufgaben an den Grenzübergängen – die Verhinderung von Personenschleusungen, die Spionageabwehr und allgemein die Verhinderung von Kontakten mit der DDR-Bevölkerung. Die Laufzettel für den Transitverkehr mit den Personalien des Reisenden wurden nach Seriennummern sortiert. Fehlte die Nummerierung, hatte das Kontroll- bzw. Überwachungsmaßnahmen zur Folge.

Die Passkontrolleure wandten sich verstärkt der »operativen Filtrierung« und Fahndung nach unbekannten Tätern und Methoden »subversiver Handlungen« zu und koordinierten die Arbeit mit anderen operativen Linien des MfS. Die Fahndungsmethoden wurden effektiver gestaltet. Zu Beginn der Grenzfahndung wurde noch mit der so genannten Flexidfahndung gearbeitet. Das waren Plastemappen, in die Pappstreifen eingeschoben wurden, auf denen die zur Fahndung ausgeschriebenen Personen zuvor mit Schreibmaschine aufgetragen werden mussten. Sie wurde nun durch die Karteifahndung ersetzt. Auf der Rückseite der Karteikarten waren die zu realisierenden Sofortmaßnahmen vermerkt. Bei Fahndungserfolg musste der Fahnder während des Abfertigungsprozesses mit der fahndungseinleitenden Diensteinheit Verbindung aufnehmen. Die GÜST Drewitz entwickelte später das so genannte Drefa-System, das ab 1968 an allen GÜST in Kraft gesetzt wurde. Auf den Fahndungsmitteln erschienen nur noch die kleinen Personalien und die Sofortmaßnahmen. Auf einer Karte konnten jetzt zehn bis zwölf Fahndungen aufgetragen werden. Der Fahnder brauchte nicht mehr mit der fahndungseinleitenden Diensteinheit Rücksprache nehmen.

Die mit Befehl Nr. 299/65[195] gegründete *Arbeitsgruppe Auswertung und Information* wurde von Hauptmann Erhard Wilke geleitet, der von 1962 bis 1963 als 1. Parteisekretär in der Abteilung Passkontrolle und Fahndung eingesetzt war.

1966 erließ Mielke die »Direktive über die Aufgaben der Organe des Ministeriums für Staatssicherheit im Bezirk zur Gewährleistung der staatlichen Sicherheit in Spannungsperioden und im Verteidigungszustand«.[196] Sie beruhte auf einer entsprechenden Direktive des Nationalen Verteidigungsrates der DDR vom 6.2.1966. Zu den drei aufgeführten Hauptaufgaben des MfS zählten die »Bekämpfung feindlicher Spionage- und Diversionszentralen« und »subversiver Handlungen des Gegners mit spezifischen Mitteln« sowie die »Verhinderung und Aufklärung von Staatsverbrechen und anderer Verbrechen, die auf die Lähmung der Verteidigungsfähigkeit der DDR gerichtet sind«. Ein weiterer Abschnitt behandelte die Mobilmachungsarbeit, das heißt die Einsatzplanung, die Einsatzdokumentationen und die Schulung der MfS-Mitarbeiter. Präzisiert wurde diese Präventivarbeit in der Direktive des Ministers Nr. 1/67, die einschließlich einer Reihe von Folgedokumenten und entsprechenden Befehlen und Weisungen der Arbeitsgruppe des Ministers (AGM) die Einsatz- und Mobilmachungsbereitschaft der Diensteinheiten des MfS gewährleisten sollte. Sie sah unter anderem die Bildung von speziellen Arbeitsgruppen in den Hauptverwaltungen,

---

193 Vgl. FDJ-Grundorganisation »Fritz Schmenkel«: Zur Geschichte der HA VI, Oktober 1978; BStU, MfS, HA VI 23, Bl. 160–254, hier 205.

194 Vgl. Anordnung über die Benutzung von Verkehrswegen im Durchreiseverkehr v. 16.12.1966; GBl. II, Nr. 156, S. 1217.

195 Vgl. Befehl Nr. 299/65 des Ministers v. 24.7.1965 über die Organisation eines einheitlichen Systems der politisch-operativen Auswertungs- und Informationstätigkeit im MfS; BStU, MfS, BdL/Dok. 3900.

196 Geheime Kommandosache Nr. 1/66; BStU, MfS, AGM 55, Bl. 1–24.

Haupt- und selbstständigen Abteilungen und Bezirksverwaltungen vor.[197] Eine entsprechende *Arbeitsgruppe des Leiters (AGL)* entstand 1966 in der HA VI in einer anfänglichen Stärke von vier Mitarbeitern.

Die politischen Rahmenbedingungen für die Ost- und Deutschlandpolitik wandelten sich, als in der Bundesrepublik Ende 1966 die SPD an einer Regierung der Großen Koalition aus Sozialdemokraten und Christdemokraten beteiligt wurde. In seiner Regierungserklärung betonte Bundeskanzler Kiesinger den Willen der Bundesregierung zur Herstellung diplomatischer Beziehungen mit den östlichen Nachbarn Deutschlands. Die Hallstein-Doktrin wurde praktisch aufgehoben, als die Bundesregierung Anfang 1967 diplomatische Beziehungen zu Rumänien und Anfang 1968 zu Jugoslawien aufnahm. Die Regierung Kiesinger nahm von der DDR erstmals offiziell Kenntnis und bot an, Vereinbarungen über den Reise- und Zahlungsverkehr, wirtschaftliche Kooperation, Transport und Handel sowie über Kulturaustausch abzuschließen. Da jedoch die DDR-Regierung von der Bundesrepublik die Aufgabe der »Alleinvertretungsanmaßung« und ihre völkerrechtliche Anerkennung zur Voraussetzung von Verhandlungen machte, während Westdeutschland nur über praktische Verbesserungen ohne formelle Anerkennung sprechen wollte, scheiterte der Versuch.[198]

Die Verschlechterung der Beziehungen fand unter anderem ihren Niederschlag im Beschluss des DDR-Ministerrats vom Juni 1968 über die Einführung der allgemeinen Pass- und Visapflicht im Reise- und Transitverkehr von und nach Westdeutschland und West-Berlin.[199] In diesem Zusammenhang erließ Minister Mielke den Befehl Nr. 20/68[200] einschließlich der 1. Durchführungsbestimmung seines 1. Stellvertreters, die verschiedene Aspekte des Grenzregimes neu festlegte und eine einheitliche Anwendung an allen GÜST regelte für

– Transitreisen von Bundesbürgern von und nach West-Berlin;
– Einreisen von Bundesbürgern in die DDR bzw. zum Tagesaufenthalt nach Ost-Berlin;
– Reisen von Bürgern sozialistischer Staaten mit Sitz in der DDR nach West-Berlin sowie;
– Reisen von DDR-Bürgern nach Westdeutschland und West-Berlin.

Damit ergaben sich für die HA Passkontrolle und Fahndung zusätzliche Aufgaben. Der Arbeitsgruppe Sicherung des Reiseverkehrs oblag die Erfassung der Transitanträge sowie der Ein- und Ausreisekarten für die in der DDR wohnhaften Ausländer westlicher Staaten und Staatenlosen. Am 25.9.1968 wurden laut 3. Durchführungsbestimmung des Befehls Nr. 20/68[201] die Aufgaben der Visabüros des Außenministeriums an den Grenzübergangsstellen (außer Saßnitz und Warnemünde) auf die Passkontrolleinheiten des MfS übertragen. Gleichzeitig übernahm das MfS 131 Mitarbeiter der Visabüros.

---

197 Vgl. Abschnitt 1.9. der Direktive Nr. 1/67 über Inhalt und Ziel der Mobilmachungsarbeit im Ministerium für Staatssicherheit, die Planung und Organisation der Mobilmachungsaufgaben und besondere Maßnahmen der Vorbereitung des Ministeriums für Staatssicherheit auf den Verteidigungszustand, Juli 1967; BStU, MfS, AGM 1838.

198 Vgl. Nawrocki, Joachim: Die Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland. Berlin 1986, S. 43 ff.

199 Vgl. Beschluss des Ministerrats der DDR über die Wahrnehmung der Visahoheit an der Staatsgrenze der DDR durch die Passkontrolleinheiten des MfS, B 7/17–7/68.

200 Vgl. Befehl Nr. 20/68 des Ministers v. 11.6.1968 über die Einführung der allgemeinen Pass- und Visapflicht im Reise- und Transitverkehr von und nach Westdeutschland und Westberlin; BStU, MfS, BdL/Dok. 001285.

201 3. Durchführungsbestimmung v. 14.10.1968 des Befehls Nr. 20/68; BStU, MfS, BdL/Dok. 001289.

In das Jahr 1968 fiel auch die zeitweilige Unterbrechung des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs zwischen der DDR und der ČSSR im Gefolge der Invasion der Warschauer-Pakt-Staaten in der ČSSR am 21. August 1968. Der visafreie Reiseverkehr wurde ausgesetzt und trat erst wieder im Januar 1972 in Kraft. Die HPF und die Arbeitsgruppe Sicherung des Reiseverkehrs hatten nach der Niederschlagung des »Prager Frühlings« dafür zu sorgen, dass in Zusammenarbeit mit den entsprechenden territorialen Diensteinheiten des MfS tschechoslowakische Touristengruppen und Einzelreisende in der DDR intensiver überwacht und umgekehrt DDR-Touristen in der ČSSR besser »abgesichert« wurden. Der grenzüberschreitende Personenverkehr zwischen der DDR und der ČSSR wurde unter »politisch-operativen Gesichtspunkten« stärker kontrolliert.[202]

Das Beharren beider deutscher Staaten auf ihren Rechtsstandpunkten trat schließlich hinter dem Wunsch nach einem geregelten Nebeneinander im Interesse der Menschen und der Bindungen im geteilten Land zurück. Die weitere Entwicklung der Ost- und Deutschlandpolitik während der sozialliberalen Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt, die den Prozess der Entspannung und damit eine zunehmende – wenn auch einseitige – Öffnung der Grenzen einleitete, zwang den DDR-Sicherheitsapparat zum Handeln. Die für Grenzkontrollen und Überwachung des Reiseverkehrs zuständigen Bereiche sollten in den Folgejahren in ungekanntem Ausmaß expandieren.

4 Gründung und Entwicklung der Hauptabteilung VI in den siebziger Jahren

4.1 Die Gründung der Hauptabteilung VI und ihre Aufgabengebiete

Am 15. Januar 1970 wurde mit Befehl Nr. 4/70 des Ministers[203] durch Zusammenführung der HA Passkontrolle und Fahndung, der Arbeitsgruppe Sicherung des Reiseverkehrs mit dem Referat A der HA VII/Zoll (Zoll-Abwehr) die HA VI geschaffen. Im Gründungsbefehl heißt es: »Bereits gegenwärtig übersteigt die Höhe des Ein-, Aus- und Durchreiseverkehrs unserer Republik und ihrer Hauptstadt Berlin zahlenmäßig stark die international vergleichbaren Werte. Eine weitere Steigerung, vor allem auf dem Gebiet des Tourismus mit den sozialistischen und nichtsozialistischen Staaten, ist für die nächsten Jahre absehbar.«

Laut einer Reisestatistik der ASR waren bereits für das Jahr 1968 8 775 129 Transitreisende, 5 421 455 Einreisen in die DDR und 3 337 655 Ausreisen gezählt worden.[204] Die Grenzübergangsstellen – so der Kommentar zum Befehl – seien besonders »den ständigen Angriffen des Feindes« ausgesetzt. Diesen gelte es zu begegnen durch ein einheitliches Sicherungssystem, das von den Grenzübergangsstellen über die Verkehrswege und Transitstrecken bis in die Aufenthaltsorte der Reisenden reiche.

In den Bezirksverwaltungen/Verwaltungen wurden die Abteilungen und Referate der genannten drei Sachgebiete zusammengelegt und entsprechende Abteilungen VI gebildet. In den Kreisdienststellen entstanden Sachgebiete VI.

---

[202] Vgl. Referat des Ministers auf der Dienstkonferenz 13./14.3.1969; BStU, MfS, ZAIG 4729, Bl. 240 f.

[203] Befehl Nr. 4/70 des Ministers v. 15.1.1970 zur Bildung der HA VI im MfS, der Abteilungen/Referate VI in den BV/V und der Sachgebiete VI in den Kreisdienststellen; BStU, MfS, BdL/Dok. 001519.

[204] BStU, MfS, JHS MfS 160, VVS 199/69, S. 115.

Leiter der HA VI wurde Oberst Heinz Fiedler. Zum 1. Stellvertreter und Leiter der Linie Passkontrolle und Fahndung wurde der vormalige Leiter der HPF Heinz Engelbrecht ernannt. Heinz Teschner, Jahrgang 1932, wurde zum 15.4.1970 sein Stellvertreter. Zum Leiter des Bereichs Sicherung Reise- und Touristenverkehr wurde Oberstleutnant Manfred Thiele berufen, zuvor stellvertretender und ab 1969 kommissarischer Leiter der AG Reiseverkehr. Sein Stellvertreter – bezeichnet als Stellvertreter Operativ – wurde Oberstleutnant Heinz Eichler. Leiter der Abteilung (zuvor Arbeitsgruppe) Auswertung und Information blieb Major Erhard Wilke. Der Sekretär der Parteiorganisation der HPF, Major Karl-Heinz Döhler, wurde ab Oktober 1970 zum 1. Sekretär der Parteiorganisation der HA VI ernannt. Er bekleidete diese Funktion bis zu seinem Tod 1982, zuletzt im Range eines Obersten.

Außerhalb des MfS unterhielt der Leiter der Hauptabteilung ständige Arbeitskontakte zum Chef des Kommandos der Grenztruppen, zum Stadtkommandanten von Ost-Berlin, zum Leiter der HA Pass- und Meldewesen im MdI, zum 1. Stellvertreter des Ministers für Verkehrswesen, zum Leiter der Konsularabteilung im MfAA und zum Leiter der Zollverwaltung der DDR.[205]

Die *Abteilung Passkontrolle und Fahndung*[206] war federführend für die politisch-operative Arbeit auf der gesamten Linie VI. Die neu geschaffenen *Fachreferate* leiteten die analogen Sachgebiete in den Bezirksverwaltungen und die vom Zoll eingesetzten Kräfte an. Zur Durchsetzung ihrer Aufgaben hielt die Abteilung ständig Verbindung zur HA IX (Untersuchung) des MfS, den Abteilungen IX in den Bezirksverwaltungen und zu entsprechenden Untersuchungsorganen der Volkspolizei, zu den operativen Linien XX/5 (Verhinderung von Republikflucht), II (Spionageabwehr), VIII (Beobachtungen, Ermittlungen, Festnahmen) und der Hauptverwaltung Aufklärung, zu den Angehörigen der Grenzzollämter, der Transportpolizei und des Wasserschutzes. In den Bezirksverwaltungen der Grenzregionen entstanden Operative Leitzentren zur Vorbereitung, Koordinierung, Steuerung und Kontrolle von politisch-operativen Sofortmaßnahmen.

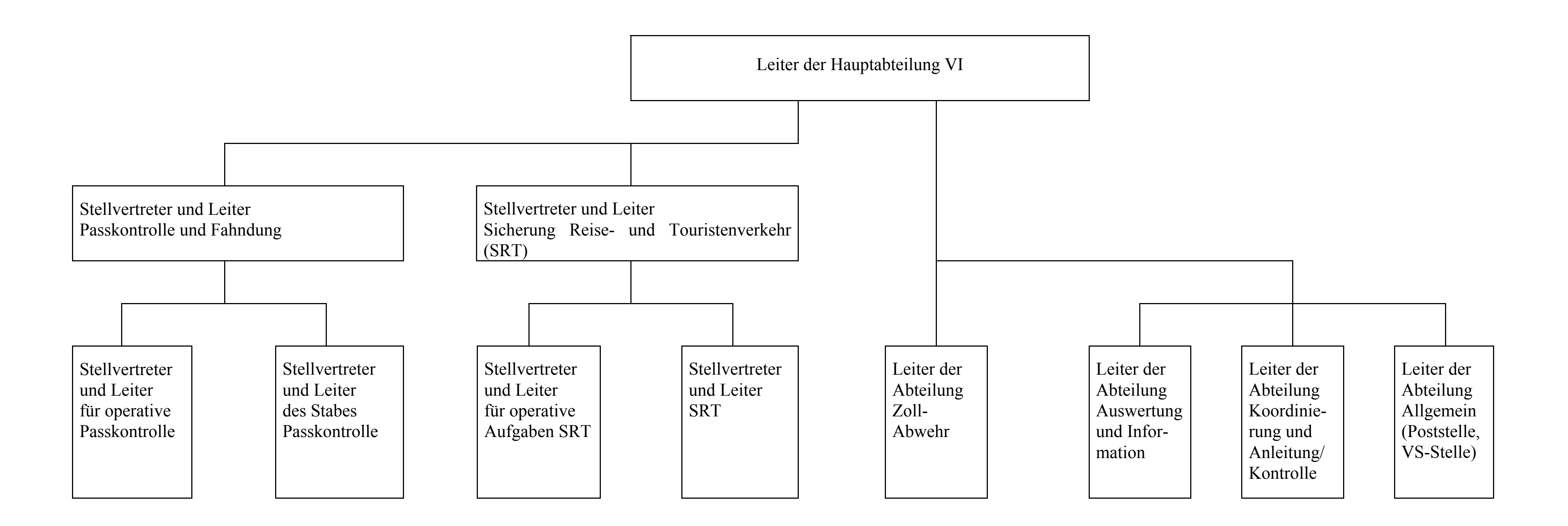
Im Unterschied zur allgemeinen Fahndung musste eine operative Fahndung organisiert und aufgebaut werden, die unter Ausnutzung der Erkenntnisse anderer Linien sowie eigener Erkenntnisse bestimmte Personen und Personengruppen unter Kontrolle halten sollte, die nicht zur Reisesperre standen und auch nicht anderweitig fahndungsmäßig erfasst waren. Dazu gehörten Mitarbeiter westlicher Geheimdienste und Mitarbeiter von Institutionen und Organisationen, die angeblich gegen gesellschaftliche Bereiche oder Entwicklungsprozesse in der DDR wirksam waren, Mitarbeiter politisch-operativ interessanter Einrichtungen und Institutionen der Bundesrepublik und schließlich Kriminelle. In der Sachfahndung galt das Hauptaugenmerk Fälschungsmerkmalen in Personaldokumenten, Arten und Formen von Containern für nachrichtendienstliche Zwecke, gestohlenen Dokumenten und präparierten Fahrzeugen.

---

[205] HA VI, Leiter: Festlegung zur Wahrnehmung ständiger offizieller Kontakte zu anderen Organen und Institutionen im Interesse der erfolgreichen Lösung der vor der HA stehenden Aufgaben, 18.6.1971; BStU, MfS, HA VI 11759, Bl. 25 f.

[206] Siehe Organigramm 17, S. 104.

Organigramm 7: Struktur der Leitungsebene der Hauptabteilung VI nach der Gründung 1970[207]



207 Anhang zum Gründungsbefehl der HA VI; BStU, MfS, HA VI 69, Bl. 276.

Ein neu gebildetes Sachgebiet beschäftigte sich mit der »operativen Filtrierung«, das heißt mit der zielgerichteten Suche und Auswahl sowie der Erarbeitung von Ersthinweisen zu Personen aus dem grenzüberschreitenden Verkehr unter Ausnutzung aller Möglichkeiten der Pass- und Zollkontrolle. Die Ergebnisse wurden in operativen Auskunftsberichten dokumentiert und ausgewertet.

Die 1970 gegründete *Operativdienststelle Berlin* (OPD) unter Major Franz Mattern sollte zunächst vor allem für die innere Sicherheit der Grenzübergangsstellen sorgen und die im operativen Bereich der PKE eingesetzten Mitarbeiter fachlich anleiten und politisch ausrichten. Nach einer Konsolidierungsphase wandte sich die OPD ihren eigentlichen Aufgaben zu. Das waren neben der weiteren Gewährleistung der inneren Sicherheit der Grenzpassage vor allem die zielgerichtete Aufklärung der westlichen Grenzkontrollstellen. Dazu gehörte neben der Vorfeldbeobachtung die Abschöpfung und Filtrierung des grenzüberschreitenden Verkehrs und der Einsatz von inoffiziellen Mitarbeitern. Die Speicher des MfS und anderer Organe und Institutionen wurden zwecks Feststellung von Verbindungen von DDR-Bürgern zu bundesdeutschen Bürgern genutzt, die an den Kontrollpunkten eingesetzt waren, des Weiteren zur Aufklärung von Bundesbürgern, die im Vorfeld auf westlicher Seite wohnten.[208] Zu den ständigen Spionageaufträgen gehörten ferner die Aufklärung des Fahndungssystems der Bundesrepublik, die Gewinnung von Informationen zur Ausschaltung des Überraschungsmoments gemäß Befehl Nr. 40/68 und die Aufklärung von westlichen Reiseveranstaltern, die angeblich Reisen für »feindliche Zwecke« nutzten. Hinzu kamen Aufgaben wie die Aufdeckung von Schleuserorganisationen und die Verhinderung von Republikflucht. Zu diesen Zwecken befasste sie sich mit der Aufklärung von Rückverbindungen ehemaliger DDR-Bürger. Zusammen mit der HA IX (Untersuchung) wertete sie die Schleusungsmethoden und begünstigenden Bedingungen im Bereich der Grenzpassage aus, sorgte für ein besseres Zusammenwirken mit den Grenzzollämtern und half Verbindungen häufig einreisender Westberliner zu Ostberlinern aufzuklären. Zu ihrer Unterstützung wurde Ende 1971 eine Gruppe von 24 Mitarbeitern zusammengestellt, die bei der Durchführung operativer Maßnahmen bei Kontaktaufnahmen zu Bürgern westlicher Staaten behilflich sein sollten.[209]

Die OPD leitete die der HA VI unterstellten PKE in operativen Fragen an und sorgte für die Informationsbeziehungen zu den wichtigsten Diensteinheiten der Verwaltung für Staatssicherheit Groß-Berlin. Sie arbeitete eng mit inoffiziellen Mitarbeitern zusammen, die beispielsweise gegen Verbindungsleute zu oppositionellen Gruppierungen in der DDR zum Einsatz kamen, und seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre auch gegen Organisationen und Einrichtungen wie den »Selbsthilfeverein ehemaliger DDR-Bürger« (gegründet 1979 in West-Berlin), die »Gesellschaft für Menschenrechte e. V.« Frankfurt/Main, die »Arbeitsgemeinschaft 13. August e. V.«, »Amnesty International«, den »Freundeskreis Gartenschläger«, das »Ministerium für innerdeutsche Beziehungen«, das »Notaufnahmelager Gießen« und das »Sozialistische Osteuropakomitee«. Die OPD versuchte, Verbindungskanäle dieser Organisationen in die DDR offen zu legen, was bei Erfolg die Festnahme von ermittelten DDR-Bürgern zur Folge haben konnte.

---

208 Vgl. HA VI – LPK, Stellvertreter Operativ: Einschätzung des Standes der Aufklärung der gegnerischen Grenzkontrollstellen, der Schwerpunkte der äußeren Abwehr und der Schaffung von Voraussetzungen zum schrittweisen Eindringen in die gegnerischen Grenzkontrollstellen oder dort vorhandene Einrichtungen, 8.11.1971; BStU, MfS, HA VI 1433, Bl. 80–99.

209 Vgl. HA VI – LPK, Stellvertreter Operativ: Einsatz von operativen Mitarbeitern zur Durchführung politisch-operativer Maßnahmen bei Kontaktaufnahmen und der Entwicklung von Kontakten zu Bürgern der BRD, Westberlins, des nichtsozialistischen Auslandes und Staatenlosen an den Grenzübergangsstellen Staatsgrenze Berlin, 25.10.1971; ebenda, Bl. 102.

Die *Abteilung 1* befasste sich – ebenso wie die OPD – mit der Aufklärung gegnerischer Grenzkontrollstellen am Westring Berlins und an der innerdeutschen Grenze sowie mit der Aufklärung der Transitstrecken und Raststätten. Dabei arbeitete sie eng mit den Stellvertretern Operativ der Linie Passkontrolle aus den Bezirksverwaltungen der Staatsgrenze West und Westring von Berlin zusammen.

Die Aufgaben der Linie *Sicherung des Reise- und Touristenverkehrs* (SRT)[210] waren im Befehl Nr. 9/66 des Ministers vorgegeben.[211] Laut 1. Durchführungsbestimmung zum Befehl Nr. 42/71[212] hatte die HA VI zur Absicherung von DDR-Touristen Überprüfungen in der zentralen Auskunftsabteilung XII des MfS vorzunehmen und auf der Grundlage der Ergebnisse eventuelle Kontrollmaßnahmen einzuleiten. So waren laut einer 1972 herausgegebenen Koordinierungsfestlegung[213] die vom Reisebüro abgeschlossenen Leistungsverträge, die Vormerkscheine für Jugendauslandstouristik, Visafragebögen, Anträge auf Einreise in und Ausreise aus der DDR, Transitanträge und andere Reisedokumente zur Überprüfung an die Abteilung XII zu übergeben. Die Auskünfte – etwa über Personen, die als inoffizielle Mitarbeiter oder in Operativen Vorgängen und Ähnlichem erfasst waren – wurden den Reisedokumenten beigefügt. Die Anordnung über Regelungen im Reiseverkehr von Bürgern der DDR vom 15.2.1962 wurde mit der Fassung vom 17.10.1972[214] aktualisiert.

Mit Bildung der HA VI übernahm die Abteilung auch den Aufgabenbereich Verhinderung von Republikflucht über andere Ostblockländer einschließlich der Bekämpfung von Schleuserorganisationen, der bisher von der HA XX/5 wahrgenommen wurde.

Die *Abteilung Zoll-Abwehr*[215] hatte dafür zu sorgen, dass die Zollverwaltung der DDR möglichst umfassend in die Sicherungs- und Aufklärungsaufgaben an den GÜST einbezogen wurde. Gleichzeitig hatte sie den Personalbestand in den Zolldienststellen abzusichern und Einfluss auf die Stellenbesetzung zu nehmen. Voraussetzung dafür war die Schaffung eines IM- und GMS-Systems und die Platzierung von Offizieren im besonderen Einsatz in bestimmten Leitungsfunktionen und sicherheitsempfindlichen Bereichen. Das Sachgebiet Innere Abwehr hatte neben der allgemeinen »operativen Abwehrarbeit« unter dem Personal der verschiedenen Zolldienststellen zu gewährleisten, dass in den Grenzzollämtern nur politisch zuverlässige Kader eingesetzt und unzuverlässige Mitarbeiter entweder entpflichtet oder in grenzferne Bereiche versetzt wurden. Das Sachgebiet Äußere Abwehr war für die offensive Arbeit in Richtung Bundesrepublik zuständig. Dazu gehörte die Aufklärung und »Bearbeitung« westlicher Zolldienststellen und Absenderorganisationen des Paket- und Päckchenversandes, die angeblich Ziele der »politisch-ideologischen Diversion« verfolgten. Insbesondere sollten mögliche Verbindungen zu westlichen Geheimdiensten oder anderen Organisationen herausgefunden werden, die in Richtung DDR wirksam waren. Anwerbungs- und Bestechungsversuche von westlicher Seite gegenüber Angehörigen des DDR-Zolls sollten aufgedeckt bzw. verhindert werden.

---

[210] Siehe Organigramm 18, S. 105.

[211] Befehl Nr. 9/66 des Ministers v. 10.5.1966 zur Operativen Kontrolle und Sicherung des Reiseverkehrs; BStU, MfS, BdL/Dok. 001205.

[212] Befehl Nr. 42/71 des Ministers v. 23.12.1971 zur politisch-operativen Sicherung des Reise- und Touristenverkehrs nach der VR Polen bzw. in andere sozialistische Staaten; BStU, MfS, BdL/Dok. 001612.

[213] Koordinierungsfestlegung zwischen der HA VI und der Abt. XII des Ministeriums für Staatssicherheit v. 29.2.1972; BStU, MfS, BdL/Dok. 001206.

[214] GBl. II, S. 654 ff.

[215] Siehe Organigramm 19, S. 106.

Eine besonders enge Zusammenarbeit strebte man mit der Zollfahndung an, die neben der Aufdeckung und Untersuchung von Straftaten im Waren- und Devisenverkehr weitergehende Sicherungs- und Aufklärungsaufgaben wahrzunehmen hatte wie die Aufklärung »feindlicher Organisationen« und deren Wirkungsweise, Straftaten auf dem Gebiet der Außenwirtschaft, Verhinderung der Einfuhr westlicher Druckerzeugnisse u.a.m.[216]

4.2 Die neue Ostpolitik und ihre Auswirkungen auf den Grenzverkehr

Als Folge der Entspannungspolitik unter der sozial-liberalen Regierung Willy Brandts kam es am 3. September 1971 zur Unterzeichnung des Moskauer Abkommens. In der Folge traten Bonn und Ost-Berlin in offizielle Verhandlungen über ein Transitabkommen ein, das am 17. Dezember 1971 wirksam wurde.[217] Eine solche Regelung wurde auch zwischen der DDR und dem Senat von West-Berlin über den Reise- und Besucherverkehr getroffen. Das Abkommen brachte für den Zugang nach West-Berlin grundsätzliche Verbesserungen mit sich. Personen sollten fortan Durchgangszüge und -busse benutzen können und sich lediglich ausweisen müssen. Reisende, die mit dem Pkw nur nach West-Berlin oder umgekehrt fahren wollten, mussten unverzüglich abgefertigt werden und durften weder durchsucht noch festgehalten werden. Außerdem sollten die Beziehungen von Berlin zu seinem Umland durch erweiterte Reise- und Besuchsmöglichkeiten der Westberliner im Ostteil der Stadt und in der DDR verbessert werden.

Die 1. und 2. Grenzbrigade wurden im März 1971 aus der Stadtkommandantur Berlin herausgelöst. Danach wurde aus dem Stab der Stadtkommandantur, den Verbänden, Truppenteilen und Einheiten das Grenzkommando Mitte gebildet. Das am 23. März 1971 formierte GÜST-Sicherungsregiment 26 sollte die Organisation, Führung und Sicherstellung der Grenzsicherung an der Stadtgrenze zu West-Berlin und im Sicherungsabschnitt Brandenburger Tor gewährleisten.[218]

Die Abwicklung des Reise- und Touristenverkehrs zwischen der DDR und Polen sowie weiteren sozialistischen Staaten wurde vereinfacht. Neue Grenzübergangsstellen wurden geschaffen, an den bestehenden wurden die Abfertigungsanlagen erweitert und die heranführenden Verkehrswege ausgebaut. Zu diesem Zeitpunkt existierten an den Staatsgrenzen der DDR 43 für den internationalen Verkehr zugelassene Grenzübergangsstellen, 15 Grenzübergangsstellen im Raum Berlin und Potsdam und 16 an der Grenze zu Polen und zur ČSSR. Hinzu kamen für den Güterverkehr 14 Straßen-, zwei Eisenbahn- sowie 17 Seehäfen- und Binnenwasserstraßen-GÜST.

Im Eisenbahntransit nach West-Berlin verkehrten Militärzüge der Amerikaner, Briten und Franzosen. Abfertigungspunkte waren die Bahnhöfe Potsdam und Marienborn. Sowjetischen Kontrolloffizieren wurden an der Grenze zur Bundesrepublik bzw. zu West-Berlin die Identitätspapiere der Passagiere und bei Frachttransporten die Liste der Güter vorgelegt. Im Autobahntransit durften die Westalliierten die Strecke Marienborn-Drewitz und im Eisenbahntransit über Helmstedt benutzen.

Über Ostern und Pfingsten 1972 traten die Reiseerleichterungen erstmals zeitweilig in Kraft. Die entsprechenden Aktionen des MfS liefen unter der Bezeichnung

216 Das koordinierte Zusammenwirken war in der Dienstanweisung Nr. 33/65 v. 19.6.1965 des Leiters der Zollverwaltung und der darauf basierenden Vereinbarung über die Zusammenarbeit der HA Passkontrolle und Fahndung und Zollverwaltung vom 24.6.1965 geregelt (nicht vorhanden).

217 GBl. II, Nr. 30/72, S. 349 ff.

218 1985 wurde das GÜST-Sicherungsregiment 26 aufgelöst und die Grenzübergangsstellen den Grenzregimentern unterstellt.

»Geste des guten Willens I« und »Geste des guten Willens II«. Zur Unterstützung wurden circa 500 MfS-Mitarbeiter anderer Bezirksverwaltungen nach Berlin beordert.[219] Eine dauerhafte Verstärkung der HA VI durch Mitarbeiter anderer Diensteinheiten erfolgte nach dem Inkrafttreten des Berlin-Abkommens am 3. Juni 1972, das zu einer erheblichen Zunahme des Reiseverkehrs führte.[220] 1973 schloss die Generaldirektion des Reisebüros der DDR Verträge mit dem DER-Berlin (West) und weiteren Reiseunternehmen der Bundesrepublik zur Regelung von Einreisen zu touristischen Zwecken. Einzeltouristen erhielten die Möglichkeit, ausgewählte Orte unter Nutzung von Interhotels zu besuchen.

Die Abteilung 1 übernahm die Sicherung und Überprüfung der vertraglich gebundenen Touristen-Einreisen aus West-Berlin. Sie nutzte dazu die inoffiziellen Mitarbeiter und Offiziere im besonderen Einsatz aus der Generaldirektion des Reisebüros der DDR und der Generaldirektion der Vereinigung Interhotel, die für den Einsatz von Betreuern, Fremdenführern und Dolmetschern für bundesdeutsche Touristen zuständig waren und die entsprechenden Berichte auswerteten.

Mit zunehmendem Einreiseverkehr ergaben sich vielfältige Möglichkeiten, Kontakte mit DDR-Bürgern herzustellen und sie unter anderem in die Vorbereitung von Schleusungen einzubeziehen. Durch die vereinfachte Abfertigung im Transitverkehr wurden die Kontrollmöglichkeiten eingeschränkt. Maßnahmen wie Durchsuchung von Transitreisenden, Beschlagnahme, Einziehung von Gegenständen, Zurückweisung, Ausschließung von Personen von der Benutzung der Transitwege waren nur noch bei Missbrauch oder hinreichendem Verdacht des Missbrauchs nach Artikel 16 des Transitabkommens möglich.

Nach der Einführung des pass- und visafreien Reiseverkehrs zwischen der DDR und Polen sowie der ČSSR im Januar 1972 stieg auch die Zahl der Versuche, insbesondere über die ČSSR in den Westen zu gelangen, sprunghaft an.[221]

Im Frühjahr 1972 erläuterte Mielke auf der alljährlich stattfindenden Dienstkonferenz die aktuellen Aufgabenstellungen für das MfS.[222] Unter der Verantwortung der HA VI sollte ein »neues Regime für die Abfertigung und Absicherung des Transitverkehrs« zwischen Westdeutschland und West-Berlin geschaffen werden, um unter den neuen Bedingungen »maximal den Sicherheitserfordernissen der DDR Rechnung zu tragen und die Erfüllung der politisch-operativen Aufgaben des MfS wirksam zu unterstützen«.

Die HA VIII sollte die Verantwortung für die Transitstrecken Straße und die HA XIX für die Transitstrecken Eisenbahn und Wasserstraßen übernehmen. Ziel sei es, »von der Einfahrt bis zur Ausfahrt aus der DDR eine möglichst lückenlose, ununterbrochene Kontrolle, Überwachung und Beobachtung der Transitreisenden und der Transportmittel zu gewährleisten«.[223]

Die HA VI reagierte auf die Herausforderungen mit Personalzuwachs und der Neubildung bzw. Umstrukturierung von Arbeitsbereichen. Ende 1971 hatte sich ihr Personalbestand auf circa 1 400 hauptamtliche Mitarbeiter erhöht, während dieser Bereich in den Bezirks- und Kreisdienststellen über etwa 2 400 Beschäftigte verfüg-

---

219 Vgl. Wolfgang Klös; Horst Meinzer: Die Entwicklung der HA Passkontrolle und Fahndung/Hauptabteilung VI zu einem politisch-operativen Organ im MfS – ihre Verantwortung und Aufgaben bei der Abwehr subversiver gegnerischer Angriffe und unter Mißbrauch des Reise- und Touristenverkehrs; BStU, MfS, GVS JHS 001 Nr. 82/79, S. 67.

220 Vgl. Nawrocki, Joachim: Im Ganzen bewährt. Das Berlin-Abkommen nach zweieinhalb Jahren Praxis. In: DA 8(1975)1, S. 22–32, hier 26 f.

221 Vgl. Tantzscher: Die verlängerte Mauer (Anm. 79), S. 10.

222 Vgl. Referat auf der Dienstkonferenz am 10.3.1972; BStU, MfS, ZAIG 4760, Bl. 49.

223 Ebenda, Bl. 50.

te.[224] Die operativen Abteilungen der HA VI steuerten insgesamt 325 inoffizielle Mitarbeiter.[225] 1972 wurden die *Abteilung 1* und die *Operativdienststelle Berlin* mit der *Zoll-Abwehr* im *Stellvertreterbereich Abwehr* zusammengefasst. An den innerstädtischen Grenzübergangsstellen Berlins kamen Mitarbeiter zum Einsatz, die unter Ausschöpfung der Möglichkeiten der Pass- und Zollkontrolle operative Aufklärungs- und Abwehrarbeit durchführten, angeleitet durch die OPD in Berlin bzw. durch die Abteilung 1 am Flughafen Berlin-Schönefeld. Zu ihren Aufgaben gehörten neben der Spionageabwehr das Erkennen von Lücken im Kontrollsystem, das Verhindern von Personen- und Sachschleusungen und die systematische Filtrierung des grenzüberschreitenden Verkehrs zur Unterstützung der anderen Diensteinheiten des MfS – etwa der HV A, der Terror- und der Spionageabwehr.[226] Für die Passkontrolleure wurden zwei Fahndungskomplexe erarbeitet, die Codenummern für bestimmte Personen aus der Bundesrepublik bzw. dem westlichen Ausland enthielten. Der »Fahndungskomplex 400.000« erfasste »besonders aktive bzw. gefährliche Kräfte operativ relevanter Organisationen und Gruppen«, nach denen bei der Einreise permanent zu fahnden war.[227] Die Personen des zweiten Komplexes »600.000« waren abrufbereit gespeichert und wurden je nach »politisch-operativer Erfordernis« in den aktiven Fahndungskomplex einbezogen.

Es entstanden drei Arbeitsgruppen zur Anleitung der Bezirksverwaltungen, der Passkontrolleinheiten mit großem Transitverkehr sowie auf der Linie Sicherheit und Terrorabwehr.

In der Zollverwaltung der DDR waren die Schlüsselpositionen auf den entscheidenden Führungsebenen zu diesem Zeitpunkt mit fünf Offizieren im besonderen Einsatz (OibE)[228] und zahlreichen weiteren IM und GMS besetzt. Zur Absicherung des Personalbestandes von 780 Mitarbeitern führte die Abteilung Zoll-Abwehr 146 IM bzw. GMS, darunter 15 FIM und einen OibE.[229]

Die *Abteilung 3* (Aufklärung/Äußere Abwehr) unter der Leitung von Major Schreppel bestand aus zwei Sachgebieten, von denen das *Referat I* für die Aufklärung der westlichen Grenzübergangsstellen einschließlich der Flughäfen Tempelhof und Tegel zuständig war. Darin inbegriffen waren die Erkundung der Regimeverhältnisse sowie der Kontroll- und Abfertigungsmethoden, die Aufklärung der dort eingesetzten Kontrollkräfte einschließlich der übergeordneten Dienststellen sowie der Mitarbeiter westlicher Geheimdienste. Unterstützt wurde das Referat durch die Abteilung 1 der HA VI und die OPD. Das *Referat II* hatte in Abstimmung mit dem Bereich Sicherung der Auslandstouristik und im Zusammenwirken mit dem Bereich Abwehr westdeutsche und Westberliner Reiseunternehmen aufzuklären, die verstärkt Tourismus in die

---

224 Vgl. HA KuSch: Vorschlag zur Bildung eines Kaderreferats für den Bereich der HA VI, 24.11.1971; BStU, MfS, HA KuSch, Bdl. 210/1 (o. Pag.).

225 Übersicht über den Stand der inoffiziellen Arbeit im Bereich der HA VI. Ausgewiesen wurde der Durchschnitt des 1. Quartals 1971; BStU, MfS, HA VI 13709, Bl. 121.

226 Vgl. hierzu die am 18.12.1973 erlassene Anordnung des Ministers an alle MfS-Diensteinheiten über die Verstärkung der politisch-operativen Arbeit zur Verhinderung jeglicher Provokationen mit Anwendung von Gewalt, Terror und rücksichtsloser Gefährdung von Leben und Gesundheit und zur rechtzeitigen Aufklärung und Verhinderung des staatsfeindlichen Menschenhandels und des ungesetzlichen Verlassens der DDR; BStU, MfS, BdL/Dok. 004646.

227 Maßnahmeplan zu den Fahndungskomplexen 400.000/600.000; BStU, MfS, HA VI 1587, Bl. 6 ff.

228 Siehe HA VI, Stellvertreter Operativ: Stand und Entwicklung der politisch-operativen Arbeit mit OibE und IM in Schlüsselpositionen der im Verantwortungsbereich liegenden zu sichernden Objekte, 30.10.1973; BStU, MfS, HA VI 46, Bl. 109–112.

229 Vgl. HA VI, Abt. Zoll (Abwehr): Einschätzung der Wirksamkeit des operativen Wertes sowie der Qualität der erarbeiteten inoffiziellen Informationen des IM/GMS-Systems der Diensteinheit (Pkt. 3.1.3. des Jahresarbeitsplanes), 13.3.1974; BStU, MfS, HA VI 46, Bl. 150–156.

DDR und in weitere Ostblockländer betrieben und ständige Vertretungen in diesen Ländern unterhielten.[230]

Neu hinzu kamen der *Stellvertreterbereich Auswertung, Information und Speicher* und die *Arbeitsgruppe Antrags- und Genehmigungsverfahren* (AGV). Letztere war für die Speicherung und Selektierung aller Anträge zur Einreise von Bürgern westlicher Länder verantwortlich. Sie erfasste die Reiserouten mit dem Ziel, Hinweise über bestehende und sich entwickelnde »operativ-bedeutsame« Kontakte zu DDR-Bürgern zu erarbeiten, Einreisen in die Umgebung von militärischen Objekten oder häufig Einreisende ohne Verwandtschaftsverhältnis zu DDR-Bürgern festzustellen.

Ab 1972 wurde in der HA VI eine Datenerfassungsstation aufgebaut.[231] Sie gliederte sich in die Bereiche Arbeitsvor- und -nachbereitung und Datenerfassung. Erfasst wurden die Primärdaten zu den EDV-Projekten Einreise auf Visum zum Tagesaufenthalt nach Ost-Berlin und Auskunftsersuchen zu Personen und Kfz. Dafür standen ihr 40 Arbeitsplätze zur Verfügung. Durch die zentrale Bearbeitung der Einreiseanträge sollte vor allem die Effizienz der Prüfungs-, Fahndungs- und Auswertungsprozesse erhöht werden.

Ab 1. Oktober 1972 erfolgte in der *Abteilung Sicherung des Auslandstourismus* die Bildung des *Bereichs Koordinierung* mit folgenden Aufgabenstellungen:[232]

Referat 1	Überprüfung und Vorbereitung der zentralgeleiteten Touristik durch Einflussnahme auf die Generaldirektion, die Bezirksdirektionen und Außenstellen des Reisebüros der DDR
Referat 2	Einleitung von Personenkontrollen und Einsatz von Reiseleitern
Referat 3	Suche, Auswahl und Einsatz von IM zur Unterstützung der Arbeit der Operativgruppen und zur Sicherung internationaler Großveranstaltungen im sozialistischen Ausland
Referat 4	Bearbeitung von Operativ-Vorgängen und Operativ-Vorlaufakten
Referat 5	Erfassung und Auswertung von Hinweisen, Meldungen, Berichten über versuchte und gelungene Schleusungen Rückführung von festgenommenen Personen in Verbindung mit der HA IX (Untersuchung)
Referat 6	Pass- und Visabeschaffung

So genannte Länderoffiziere kümmerten sich um die Belange der Operativgruppen und die Bearbeitung von Anfragen der Partnerdienste. Eine für den Bereich sozialistisches Ausland zuständige *Auswertungs- und Informationsgruppe* mit den drei Sachgebieten Erfassung, Auswertung/Information und Analytik speicherte die erlangten Informationen in einer Sachverhalts- und Personenkartei (Kerblochkartei).[233] Der Einsatz der Reiseleiter erfolgte in Zusammenarbeit mit der OibE-Gruppe in der General-

---

[230] Dazu zählten beispielsweise die Reiseveranstalter »NUR«, »TUI«, die Deutsche Zentrale für Fremdenverkehr, das »Ostkontor für Tourismus« und das Verkehrsamt Berlin.

[231] Auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen dem Minister für Staatssicherheit und dem Minister des Innern v. 21.4.1972 sollte im Zeitraum 1976/77 nach zentraler Entscheidung mit der schrittweisen Einführung der 2. Ausbaustufe der EDV begonnen werden. Vgl. Oskar Palme: Grundfragen der zweckmäßigen Gestaltung des Prozesses der Primärdatenerfassung in der Datenerfassungsstation der HA VI; BStU, MfS, VVS JHS 001 Nr. 232/75.

[232] HA VI, Abt. Koordinierung, Planung und Kontrolle: Kontrollbericht über den Auslastungsgrad der Abt. Koordinierung des Sicherungsbereiches Auslandstourismus, 17.1.1974; BStU, MfS, HA VI 4385, Bl. 36–41.

[233] Dabei handelte es sich um die Delikte-Kartei, eine Personenkartei DDR, eine Personenkartei West und um eine Indexkartei (alphabetische Kartei zur Überprüfung, ob über Personen Material vorhanden ist). Sie bildeten u. a. die Grundlage für Jahresanalysen, Problemanalysen und die Einschätzung operativer Schwerpunkte. Vgl. HA VI: Aufgabenstellung, funktionelle Pflichten und die sich daraus ergebende Struktur der Auswertungsgruppe, 17.6.1972; BStU, MfS, HA VI 6056, Bl. 20–43.

direktion des Reisebüros und nach Gründung des Reisebüros der FDJ Jugendtourist im Jahre 1975 mit den entsprechenden Kräften. Bei internationalen Großveranstaltungen waren Operationspläne zu erarbeiten. Die Operativgruppen wurden personell verstärkt und IME kamen zusätzlich zum Einsatz.

Das Arbeitsgebiet Rückführung von Festgenommenen kooperierte mit dem Außenministerium, der HA IX (Untersuchung) und der Abteilung XIV (Transportabteilung) des MfS. Es war für die tägliche Lageinformation des OLZ der HA VI, die Informierung der MfS-Bezirksverwaltungen, die diese Personen zu übernehmen hatten, und die Auswertung der Untersuchungsergebnisse für die politisch-operative Arbeit zuständig.

Im September 1973 bildete die HA VI einen weiteren Stellvertreterbereich mit den Abteilungen Fahndung, Operative Technik, Schulung und Ausbildung sowie Operatives Leitzentrum. Neu hinzu kam die Arbeitsgruppe Sicherheit und Terrorabwehr, deren Gründung auch im Zusammenhang mit der weltweiten Zunahme extremistischer Gewalttaten zu sehen ist.[234] Angesichts des erheblich ansteigenden internationalen Reise- und Besucherverkehrs musste auch die DDR damit rechnen, künftig stärker mit diesem Trend konfrontiert zu werden.[235] Die HA VI stand somit vor der Aufgabe, die Kontrolle und Überwachung aller verdächtigen und bekannten Terroristen, Extremisten, Anarchisten u. Ä. zu verschärfen. Gewalthandlungen waren jedoch in erster Linie im Zusammenhang mit Fluchtversuchen und bei Protestaktionen gegen die Grenzanlagen zu erwarten.[236] Dazu zählten auch zahlreiche Entführungsversuche von Luftfahrzeugen, die jedoch in den wenigsten Fällen gelangen. So wurden ab 1962 bis einschließlich 1972 vom MfS 58 Fälle mit 110 Personen bearbeitet, von denen nur vier Flugzeugentführungen gelangen.[237]

1972 wurden an sämtlichen Grenzübergangsstellen lediglich fünf Fälle von Terrorhandlungen registriert. Im Folgejahr stieg die Zahl bereits auf 15 und 1974 auf 38.[238]

Drei Jahre nach ihrer Gründung hatte sich die HA VI folgendermaßen formiert:

---

234 Vgl. Wunschik, Tobias: Die Hauptabteilung XXII: »Terrorabwehr« (MfS-Handbuch, Teil III/16). Hg. BStU. Berlin 1995.

235 HA VI, Abt. AuI, 14.5.1974: Einschätzung des Standes und der Wirksamkeit der eingeleiteten Sicherungsmaßnahmen zur Verhinderung und Bekämpfung von terroristischen Handlungen sowie der ungesetzlichen Ein- und Durchfuhr von Schusswaffen, Munition, Sprengmitteln und Giften; BStU, MfS, HA VI 66, Bl. 22–48.

236 So heißt es in einer Einschätzung der HA VI aus dem Jahre 1985: »Der größte Teil der Täter von Terror- und anderen operativ bedeutsamen Gewaltakten in der DDR (ca. 90 %) richtete sich mit seinen Angriffen gegen die Staatsgrenze, insbesondere die Grenzübergangsstellen.« Vgl. Erkenntnisse über Erscheinungsformen des Terrorismus und die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen, Vortragsmanuskript (kein Autor genannt); BStU, MfS, HA VI 1580, Bl. 31–73, hier 52.

237 HA VI: Einschätzung über geplante, versuchte und gelungene Anschläge auf den zivilen Luftverkehr unter Beteiligung von Bürgern der DDR bzw. unter Einbeziehung von Luftfahrzeugen sowie des Territoriums der DDR und der dabei verfolgten Zielsetzung sowie der angewandten Mittel, 12.2.1973; BStU, MfS, HA VI 1432, Bl. 190–245, hier 190.

238 Darunter fielen 1 Geiselnahme, 7 gewaltsame Grenzdurchbrüche, 6 Brandstiftungen und Sprengstoffanschläge, 9 Beschädigungen von Grenzsicherungsanlagen, 5 Morddrohungen, 8 anonyme Drohungen und 2 weitere terroristische Handlungen. Vgl. HA VI, Abt. AuI: Einschätzung zur Lage und den Entwicklungstendenzen auf dem Gebiet des Terrors im internationalen Maßstab sowie zu diesbezüglichen Erscheinungen im Verantwortungsbereich der Linie VI und sich daraus ergebende Schlussfolgerungen, 2.5.1975; BStU, MfS, HA VI 1495, Bl. 35–53.

Organigramm 8: Grundstruktur der Hauptabteilung VI (Stand Anfang 1973)[239]

Leitung der Hauptabteilung VI
Oberst Heinz Fiedler

Funktionalorgane
Abt. Planung, Koordinierung u. Kontrolle
Abt. Grundsatzfragen, Recht; Büro des Leiters; AG des Leiters (einschl. Waffen, chem. Dienst); Abt. Schulung; Kaderoffizier, Kaderwerbung

Parteiorganisation VI
Karl-Heinz Döhler

Stellv. – Bereich Passkontrolle
Leitung Oberst Heinz Engelbrecht
Abt. 8: Passkontrollfragen Berlin
Abt. 9: PK-Regime u. Kontrolltechnik
Abt. 10: PK-Arbeitsorganisation u. Arbeitstechnik
Referat Nachrichten
Referat Passauskunft u. Untersuchung
Ausbildungseinheit

Stellv. Operativ – Bereich innere u. äußere Abwehr
Leitung OSL Manfred Thiele
Abt. 1: Aufklärung westl. Grenzkontrollstellen, Touristik aus westl. Ländern
Abt. 2: Touristik v. DDR-Bürgern in andere Ostblockstaaten
Abt. 3: Bekämpfung staatsfeindlicher Kräfte
Operativ-Dienststelle Berlin: Bekämpfung von Schleuserorg., Zoll-Abwehr u. a.
Abt. 4: Op. Fahndung u. Voucher-Einreisen
Abt. 5: Fahndungstechnik
Operatives Leitzentrum

Stellv. Operativ – Bereich Sicherung Auslandstourismus
Leitung N.N.
Bereich Koordinierung soz. Ausland
Abt. 6 Anleitung der Operativ-Gruppen in ČSSR, Bulgarien, Ungarn
Abt. 7 Absicherung Generaldirektion Reisebüro der DDR
AG Visastelle

Stellv. – Bereich Auswertung, Information u. Speicher
Leitung N.N.
Abt. 11: Auswertung u. Information
Abt. 12: Karteispeicher, Auskunft u. Auswertung
Abt. 13: Elektronische Datenverarbeitung
AG Antrags- u. Genehmigungsverfahren

Bereich Materielle Sicherstellung
Leitung u. Büro für Neuererwesen N.N.
Abt. 14: Versorgung
Fahrbereitschaft
Wacheinheit der HA VI
Referat Bau

PKE

Georgenplatz	Bornholmer Straße
Rudower Chaussee	Invalidenstraße
Bhf. Friedrichstraße	Chausseestraße
Friedr./Zimmerstr.	Sonnenallee
H.-Heine-Straße	Oberbaumbrücke
Flugh. Schönefeld	Marschallbrücke

239 Zusammengestellt aus verschiedenen Unterlagen, u. a. aus einer Übersicht über »Tägliche Stärkemeldung«; BStU, MfS, HA VI 6056, Bl. 123 u. 125.

4.3 Kooperationsbeziehungen mit anderen Ostblockstaaten

Bis zur Gründung der HA VI im Jahre 1970 war die Linie XX (Abwehrarbeit Staatsapparat, Kunst, Kultur, »politischer Untergrund«), speziell die Abteilung XX/5, federführend für die Bekämpfung von Republikflucht bzw. von Schleusungen auch über andere Ostblockländer und damit für die ersten MfS-Operativgruppen in den Partnerländern zuständig.[240] Sie arbeitete dabei mit den Linien I (Absicherung NVA und Grenztruppen), VII (Absicherung MdI und Volkspolizei), IX (Untersuchung) sowie den Vorläufern der HA VI, der Arbeitsgruppe Sicherung des Reiseverkehrs und der HA Passkontrolle und Fahndung, zusammen.[241]

Ab 1970 ging die Überwachung des Auslandstourismus einschließlich der damit befassten MfS-Operativgruppen und der inoffiziellen Mitarbeiter vollständig in die Kompetenz der HA VI über. Während die Anleitung der Operativgruppen in der ČSSR, Bulgarien und Ungarn im Bereich Sicherung des Auslandstourismus erfolgte, kümmerte sich der Stellvertreterbereich für innere und äußere Abwehr um Westkontakte im weitesten Sinne. Zum einen wurden die Kontakte von DDR-Bürgern zu Bürgern der Bundesrepublik und anderer westlicher Staaten als ein ursächlicher Ausgangspunkt für die Planung von Republikflucht einschließlich Schleusungen gesehen, zum anderen sollten Bürger westlicher Staaten, darunter Vertreter westlicher Reiseunternehmen, zwecks Abschöpfung oder späterer Zusammenarbeit mit dem MfS ausgespäht werden. Hier lag auch der Schwerpunkt der Zusammenarbeit mit den einheimischen Sicherheitsdiensten. Die letztgenannte Aufgabe gehörte zum Verantwortungsbereich der *Abteilung 2* unter Hauptmann Kirst, die unter dem Personal der Auslandsvertretungen des VEB Reisebüro der DDR und von Jugendtourist zwei FIM-Netze anleitete. Eine spezielle Arbeitsgruppe half den befreundeten Sicherheitsorganen, Schwachstellen im Grenzsicherungs- und Grenzabfertigungssystem zu erkennen und zu beseitigen.

Die anwachsende Fluchtbewegung über das sozialistische Ausland – im zweiten Halbjahr 1970 gingen bereits 47 % aller vollendeten Fluchtfälle von dort aus[242] – und die Verlagerung der Aktivitäten von Schleuserorganisationen auf diese Länder machten neben einer verstärkten Präventivarbeit den Ausbau der Kooperationsbeziehungen zu den Grenzkontrollorganen und den Sicherheitsdiensten der Partnerländer unumgänglich. Im Januar 1970 fand eine Beratung der Sicherheitsdienste der DDR, der ČSSR und Polens statt, bei der es vor allem um die Unterstützung der Nachbarstaaten bei der Verhinderung von Republikflucht ging.[243] Am 21. Dezember 1970 schlossen die DDR und die ČSSR einen entsprechenden Kooperationsvertrag[244], der am 5. August 1971 in Kraft trat und die Voraussetzung für weitere Ressortvereinbarungen bildete. Anfang Mai 1971 fanden in Prag Verhandlungen zur Aufgabenstellung der Si-

[240] Vgl. Befehl Nr. 373/64 des Ministers v. 6.5.1964 zur Unterbindung von Menschenhandel und Personenschleusungen über das sozialistische Ausland; BStU, MfS, BdL/Dok. 000887. Siehe auch die Ministerbefehle Nr. 9/66 und Nr. 10/66.

[241] Vgl. HA Passkontrolle und Fahndung, AIG: Analyse über Formen und Methoden des Menschenhandels über die Grenzübergangsstellen der Staatsgrenze zur ČSSR, der Volksrepublik Polen sowie des Flughafens Berlin-Schönefeld und die Suche nach vorhandenen begünstigenden Bedingungen und Umständen, 12.1.1967; BStU, MfS, HA VI 1431, Bl. 11–27.

[242] Vgl. Zentrales Führungsseminar v. 1.3.1971, Bd. 5, S. 334; BStU, MfS, BdL/Dok. 005670.

[243] Vgl. Protokoll der HA VI über eine Beratung mit dem Brigadegeneral Dostojewski vom Bruderorgan aus der VR Polen, 21.5.1970; BStU, MfS, Abt. X 306.

[244] Vertrag über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Verkehrs und der Pass-, Zoll- und sonstigen Kontrolle beim Überschreiten der Staatsgrenze; GBl. I, Nr. 7/71, S. 150.

cherheitsdienste bei der Überwachung des Reise- und Touristenverkehrs statt.[245] Die Zusammenarbeit der Passkontrolleure sollte unter anderem die gegenseitige Übermittlung der zahlenmäßigen Besetzung der Verkehrsmittel Eisenbahn, Kraftfahrzeuge und Luftfahrzeuge mit Bürgern Westdeutschlands und West-Berlins sowie anderer westlicher Staaten beinhalten, um durch Vergleichsarbeit Fluchtvorhaben zu verhindern. Die Muster der im Gebrauch befindlichen Visa-Anlagen und Passkontrollstempel sollten zwecks Echtheitsüberprüfung gegenseitig ausgetauscht werden.

Im Juni 1971 folgten Konsultationen von Expertengruppen zur Einführung eines Informationssystems zwischen den Passkontrollkräften der Flughäfen Berlin-Schönefeld und Prag-Ruzyne.[246] Die HA VI entwickelte ein Codesystem zur Verhinderung von Fluchtvorhaben im internationalen Luftverkehr, das sie 1972 auf einer multilateralen Konferenz der Passkontrollorgane präsentierte. Die Übermittlung der personellen Zusammensetzung der für das jeweilige Luftfahrzeug abgefertigten Passagiere an die Zielflughäfen ermöglichte es nun, Passabtausch als Methode der heimlichen »Umwandlung« von Bürgern der Ostblockländer in Bürger westlicher Staaten zu erkennen.[247]

Im Juli 1971 schlossen das MfS und das MdI der ČSSR eine Vereinbarung über die Sicherung des Reise- und Touristenverkehrs und über die Zusammenarbeit der Passkontrollorgane beider Seiten ab.[248] Das dazugehörige Protokoll regelte unter anderem die Stationierung der MfS-Operativgruppe in der ČSSR einschließlich der konspirativen Arbeitsmöglichkeiten und des Informationsaustauschs und legte die Modalitäten für Ermittlungen und Kontrollen von Personen an den Grenzübergangsstellen und im Inland fest.[249] Ein weiteres Abkommen auf Regierungsebene über die gemeinsame Kontrolle im grenzüberschreitenden Verkehr wurde am 16. Februar 1973 unterzeichnet.[250] Es bildete die Grundlage für eine Reihe von Folgevereinbarungen.[251]

245 Vgl. HA VI, Leiter: Bericht über die Verhandlungen mit Vertretern der Staatssicherheitsorgane des MdI der ČSSR in der Zeit vom 3. bis 6. Mai 1971, Mai 1971; BStU, MfS, ZKG Bdl. 1692, S. 1–6.

246 Vgl. Protokoll über die Verhandlungen einer Arbeitsgruppe des Föderalen Ministeriums des Innern der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und einer Arbeitsgruppe des Ministeriums für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik (o. D.); BStU, MfS, Abt. X 1632.

247 Unter den innerdienstlichen Regelungen des MfS ist in diesem Zusammenhang die 2. DB zur Dienstanweisung Nr. 6/75 über die Durchsetzung von Maßnahmen im zivilen Luftverkehr nach sozialistischen Staaten sowie im pass- und visafreien Reiseverkehr über die Staatsgrenze der DDR zur VR Polen und zur ČSSR zu nennen; BStU, MfS, BdL/Dok. 004622.

248 Vgl. HA VI: Bericht über die Verhandlungen mit Vertretern der Staatssicherheitsorgane des Ministeriums des Innern der ČSSR in der Zeit vom 30.6. bis 3.7.1971 in Berlin, 5.7.1971; BStU, MfS, Abt. X, Bdl. 108/2, S. 1 f.

249 Protokoll der Beratungen zwischen den Delegationen des Ministeriums für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium des Innern der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, bestätigt am 15.7.1971 von Beater; BStU, MfS, Abt. X 1632.

250 GBl. II, Nr. 11/72, S. 117.

251 Vgl. Abkommen zwischen der Regierung der DDR und der Regierung der ČSSR über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Tourismus vom 30.4.1975; BStU, MfS, HA XX, Bdl. 643; Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Zusammenarbeit an der gemeinsamen Staatsgrenze und die gegenseitige Hilfe in Grenzangelegenheiten v. 8.9.1976; GBl. II, Nr. 16/77, S. 314; Gemeinsame Anweisung über die Zusammenarbeit bei ungesetzlichen Grenzübertritten an der Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik zur Volksrepublik Polen und zur Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik v. 10.2.1977; BStU, MfS, BdL/Dok. 006235; Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über den visafreien Reiseverkehr vom 30.3.1978; Vereinbarung über die Prinzipien für die Durchführung der gemeinsamen Pass- und Zollkontrolle an den Grenzübergangsstellen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik v.

Das Zusammenwirken der Passkontrollkräfte der DDR und Polens war im Protokoll vom 19. November 1970 geregelt, unterzeichnet von Minister Mielke und dem polnischen Innenminister.[252] Angesichts der bevorstehenden Einführung des visafreien Reiseverkehrs befürchtete man, dass DDR-Bürger in Polen zunehmend die Gelegenheit nutzen würden, mit Bürgern der Bundesrepublik, darunter Organisatoren von Schleusungen, zusammenzutreffen und Fluchtabsichten zu realisieren. Daher erwog man den Einsatz von MfS-Operativgruppen in touristischen Ballungszentren wie den Ostseebädern, der Masurischen Seenplatte und in Zakopane; außerdem sollten die grenznahen MfS-Bezirksverwaltungen verstärkt in Überwachungsmaßnahmen einbezogen werden.

Nach Einführung des visafreien Reiseverkehrs im Januar 1972 regte Mielke auf der alljährlich im Frühjahr stattfindenden Dienstkonferenz »ein unmittelbares Zusammenwirken« der Grenzbezirksverwaltungen des MfS – das betraf Karl-Marx-Stadt, Dresden, Cottbus, Frankfurt (Oder), Neubrandenburg und später auch Rostock – mit den polnischen Staatssicherheitsorganen der angrenzenden Bezirke an. Unter verstärkte Kontrolle sollten »Personenkreise wie Künstler, Kulturschaffende, revisionistische Kräfte« genommen werden, da die neue Freizügigkeit »größere Möglichkeiten bietet, sich ›international‹ zu verbünden, das Vorgehen zu koordinieren und die Verbindungen zu derartigen Kräften im sozialistischen als auch nichtsozialistischen Ausland auszubauen«.[253]

Ein weiteres Problem im Grenzverkehr mit Polen bildete der Schmuggel mit Waren und Zahlungsmitteln.[254] Die Rechtsbeziehungen und gegenseitige Hilfe in Grenzangelegenheiten zwischen beiden Ländern waren in der Regierungsvereinbarung vom 28. Oktober 1969[255] festgeschrieben worden. Darauf fußend erfolgten im Juni 1970 in Warschau bilaterale Gespräche zwischen Vertretern der Grenzkontrollbehörden, die im November 1970 fortgesetzt wurden. Dabei ging es unter anderem um Maßnahmen zur Vorbeugung von Flugzeugentführungen und zur Sicherung von Seeschiffen der DDR vor Flüchtlingen in polnischen Häfen sowie um Verfahrensfragen bei der Transitvisaerteilung an Bürger West-Berlins. Die am 27. Juni 1970 verabschiedete Arbeitsvereinbarung, unterzeichnet von Erich Mielke und dem polnischen Innenminister, sah einen laufenden Informationsaustausch der Grenzkontrollkräfte über die Reiseströme an den Eisenbahnübergängen, den Straßen-Grenzübergängen und zwischen den Flughäfen Warschau-Okecie und Berlin-Schönefeld zur Verhinderung von Perso-

---

5.1.1979; BStU, MfS; BdL/Dok. 006813; Protokoll vom November 1980 über das Zusammenwirken und die Zusammenarbeit zwischen der HA VI des MfS der DDR und der Nachrichtendienstlichen Verwaltung der Hauptverwaltung Grenzwache und Schutz der Staatsgrenze des FMdI der ČSSR bei der politisch-operativen Sicherung des grenzüberschreitenden Verkehrs zwischen beiden Staaten sowie bei der Verhinderung von ungesetzlichen Grenzübertritten nach nichtsozialistischen Staaten und anderen subversiven Handlungen. Das Protokoll wurde 1987 bis zum 31.12.1990 verlängert. Vgl. Vereinbarung über Grundsätze der Richtungskontrolle an den Grenzübergangsstellen der DDR und der ČSSR; BStU, MfS, Abt. X 1489.

[252] Vgl. HA VI: Stand der Zusammenarbeit zwischen der HA VI des MfS der DDR und der Verwaltung Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs des Ministeriums des Innern der VR Polen, 12.8.1971; BStU, MfS, Abt. X 1632.

[253] Vgl. Entwurf eines Referats für Minister Mielke auf einer Dienstkonferenz 1972; BStU, MfS, ZAIG 7693 b, Bl. 226 ff.

[254] Ebenda, Bl. 244. Allein im Zeitraum von Juni 1970 bis Juli 1971 waren an der Grenze 950 Fälle von Schmuggel aufgedeckt worden.

[255] GBl. I, Nr. 17/70, S. 219.

nenschleusungen in Verstecken und durch Dokumententausch vor.[256] Ein Regierungsabkommen über den grenzüberschreitenden Verkehr wurde am 16. Juni 1971 unterzeichnet und am 25. November 1971 in Warschau ratifiziert.[257] Ein zweites Abkommen regelte die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der gemeinsamen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs.[258] Der darin enthaltene Artikel 6, Absatz 2, bildete die Grundlage für die sieben Jahre später getroffene Vereinbarung zwischen dem MfS und dem polnischen Ministerium des Innern über die detaillierten Prinzipien der gemeinsamen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs, unterzeichnet am 14. Juni 1978 vom 1. Stellvertreter des Ministers, Bruno Beater, und dem polnischen Stellvertretenden Minister des Innern, Stachura.[259] Darauf basierten die örtlichen Protokolle bzw. Arbeitsvereinbarungen zwischen den Leitern der PKE des MfS und den Kommandeuren der Grenzkontrolleinheiten der polnischen Grenzschutztruppen über die Details der gemeinsamen Kontrolle.

Laut einer am 16. Mai 1974 unterzeichneten Vereinbarung zwischen den beiden Sicherheitsdiensten[260] war unter anderem die Einrichtung von Residenturen beider Seiten zur »abwehrmäßigen Sicherung ihrer auf dem Territorium des jeweils anderen Staates befindlichen Staatsbürger sowie zur Durchführung entsprechender konkreter Maßnahmen« gestattet.

Trotz dieser vertraglichen Vereinbarungen gestaltete sich die Kooperation der Passkontrolleure an der gemeinsamen Grenze und auf den Flughäfen schwierig. So weigerte sich Polen trotz einer Vereinbarung zwischen sechs Ostblockstaaten zur Bekämpfung von Personenschleusungen im internationalen Flugverkehr als einziges Land, das vom MfS entwickelte einheitliche Kontrollsystem zu erproben und benutzte stattdessen ein eigenes System.[261]

Auch mit Ungarn und Bulgarien führte das MfS zu Beginn der siebziger Jahre Verhandlungen zur Verhinderung von »ungesetzlichen Grenzübertritten« über den zivilen Luftverkehr, die inhaltlich mit den einschlägigen Vereinbarungen des MfS mit der ČSSR und mit Polen übereinstimmten.[262] In Folgekonferenzen wurden weitere Festlegungen der Passkontrollorgane der Flughäfen-Grenzübergangsstellen der DDR, der Sowjetunion, Bulgariens, Ungarns, Polens und der Tschechoslowakei getroffen, die unter anderem die gegenseitige Informierung der Vertragspartner über Schmuggler, Terroristen, Besitzer von gefährlichen Gegenständen, über die Ein- und Ausfuhr »nichtlizenzierter« Literatur sowie über gemeinsame Reisen von Bürgern sozialistischer und westlicher Staaten einschlossen. Daneben wurden »operativ bedeutsame Personen« unter den Angestellten der Fluggesellschaften, Reisebüros und anderen an den Flughäfen tätigen Institutionen und Einrichtungen aufgeklärt.

---

[256] Vgl. HA VI: Stand der Zusammenarbeit zwischen der Hauptabteilung VI des MfS der DDR und der Verwaltung Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs des Ministeriums des Innern der VR Polen, 12.8.1971; BStU, MfS, Abt. X 1632.

[257] GBl. II, Nr. 28/71, S. 325.

[258] GBl. II, Nr. 9/72, S. 94.

[259] BStU, MfS, HA IX 762.

[260] Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Innere Angelegenheiten der Volksrepublik Polen; BStU, MfS, ZAIG 5627 a, Bl. 19 ff.

[261] Vgl. Hinweise für das Gespräch des Genossen Minister mit dem Minister des Innern der VR Polen (Mai 1974); BStU, MfS, ZAIG 5437, Bl. 2 ff.

[262] Vgl. HA VI, Linie Passkontrolle: Bericht über die Verhandlungen mit Vertretern der Staatssicherheits- und Passkontrollorgane des MdI der Ungarischen Volksrepublik in der Zeit vom 1. bis 3.6.1971 in Budapest, 7.6.1971; BStU, MfS, ZKG, Bdl. 1692.

Zur Absicherung von DDR-Touristen in Bulgarien wurde seit 1970 das Modell »Nessebar« praktiziert. Das bedeutete, dass das Reisebüro der DDR statt Reiseleiter so genannte Repräsentantenkollektive bzw. FIM-Netze (Führungs-IM) vor Ort einsetzte, die als Basis für die Abdeckung der Arbeit der MfS-Operativgruppe dienten und den Aufbau eines abgestimmten Sicherungssystems erlaubten. Durch ihre ständige Anwesenheit ergaben sich auch Kontakte zu Vertretern von bundesrepublikanischen Reisebüros, die auf diese Weise abgeschöpft wurden.[263] Im Jahre 1974 bestanden im Verantwortungsbereich der Abteilung Auslandstourismus sechs solcher FIM-Netze, weitere sechs befanden sich im Aufbau.[264] Im blockfreien Jugoslawien, wo das MfS über einen Vertreter in Belgrad Kontakte pflegte, jedoch keine regulären Arbeitsbeziehungen zum ansässigen Sicherheitsdienst unterhielt, wurde 1975 erstmals der organisierte Tourismus ohne Reiseleiter durchgeführt. Die Betreuung und Überwachung der DDR-Touristen erfolgte durch ein FIM-Netz, das identisch war mit der Repräsentantengruppe.

4.4 Ausweitung der Aufgabengebiete in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre

Ab Mitte der siebziger Jahre verringerte sich die Zahl der Ausschleusungen fluchtwilliger DDR-Bürger über andere Ostblockstaaten im Vergleich zu den Vorjahren zunächst merklich. Nach der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki durch die Teilnehmer der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) im August 1975 hatte sich auch die DDR zur Wahrung der Menschenrechte, darunter des Rechts auf Freizügigkeit, verpflichtet, auf die sich nun eine wachsende Anzahl ihrer Bürger berief. Viele von ihnen nutzten die Gelegenheit, während ihres Aufenthalts in einem anderen Ostblockland, wo sie keine Briefkontrollen vermuteten, an Verwandte, Bekannte oder an westliche Institutionen und Behörden zu schreiben, um ihrem Vorhaben einer Übersiedlung Nachdruck zu verleihen und um Unterstützung zu ersuchen.

Der Bereich Auslandstourismus stand vor der Aufgabe, diese Aktivitäten im Zusammenwirken mit den Partnerdiensten aufzuklären und zu dokumentieren. Einschlägige Briefsendungen von DDR-Bürgern wurden nach Möglichkeit beschlagnahmt. So übermittelte beispielsweise der tschechoslowakische Sicherheitsdienst Briefe von DDR-Bürgern an das MfS, die an die UNO, das Komitee für Menschenrechte in Genf, an »Amnesty International«, an das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen und die bundesdeutsche Botschaft in Prag gerichtet waren.[265] Allein zwischen Januar und Oktober 1978 leiteten die Sicherheitsorgane der ČSSR, Ungarns und Bulgariens 2 100 konfiszierte Briefe und 559 Informationen zu Treffs und Kontakten von DDR-Urlaubern mit Bürgern westlicher Länder, bei denen es sich überwiegend um ehemalige übergesiedelte DDR-Bürger handelte, an die Operativgruppen der HA VI weiter.[266]

---

[263] HA VI: Auszug aus dem Abschlussbericht über die Ergebnisse der Tätigkeit der OG der HA VI in der VR Bulgarien und in der Ungarischen VR im Zeitraum von Mitte Mai bis Oktober 1971, S. 1–33; BStU, MfS, BdL/Dok. 001616.

[264] Vgl. HA VI, Abt. Auslandstourismus: Bericht über den Stand der Vorbereitung der Aufgaben und Maßnahmen zur Sicherung des Tourismus der DDR in das sozialistische Ausland, 18.2.1975; BStU, MfS, HA VI 40, Bd. 1, Bl. 1–9.

[265] Vgl. HA VI, Bereich Auslandstourismus: Stand der Durchsetzung des Befehls Nr. 6/77 des Ministers und der Aufgabenstellung des 1. Stellvertreters des Ministers v. 4.1.1977, 24.10.1978; BStU, MfS, HA VI 32, Bd. 2, Bl. 411–417, hier 412.

[266] Ebenda, Bl. 412.

Mit Gründung der Zentralen Koordinierungsgruppe (ZKG)[267] schuf das MfS Spezialeinheiten, deren Tätigkeitsgrundlage der 180 Seiten umfassende Befehl Nr. 1/75 zur Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und der Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels vom 15. Dezember 1975[268] bildete. An der innerdeutschen Grenze traten detaillierte Handlungsanweisungen für die »Kräfte des Zusammenwirkens« in Kraft.[269] Zwei leitende Mitarbeiter der HA VI, der inzwischen zum Oberst beförderte Heinz Eichler und der Leiter der Arbeitsgruppe Koordinierung, Rudolf Dorfmeister, wechselten zur ZKG, wo sie ihre Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit den Sicherheitsdiensten anderer Ostblockstaaten zur Verhinderung von Republikflucht und der Bekämpfung von Schleuserorganisationen einbrachten.

Anfang 1975 wurde in der HA VI eine Kommission eingesetzt, um weitere Möglichkeiten für die Erarbeitung von Ersthinweisen zu Fluchtvorhaben zu erschließen. Die Hauptabteilung übernahm zudem die federführende Bearbeitung von neun Schleuserorganisationen. Die Abteilung 1, die Operativ-Dienststelle Berlin und in Einzelfällen die Abteilungen Zoll-Abwehr und Objektsicherung und Tourismus führten entsprechende Operativvorgänge (OV) bzw. Zentrale Operativvorgänge (ZOV), bei denen insbesondere auch auf dem Gebiet der Bundesrepublik inoffizielle Mitarbeiter zum Einsatz kamen. Ausgangspunkt waren häufig verhinderte Schleusungen, in deren Folge das MfS die bekannt gewordenen Personen näher ins Visier nahm.[270] Bei der Liquidierung besonders »effizienter« Fluchthilfeunternehmen schreckte das MfS auch vor Mord nicht zurück. So mischte ein inoffizieller Mitarbeiter dem Fluchthelfer Wolfgang Welsch sowie seiner Frau und Tochter Thalium ins Essen.[271] Der Leiter der HA VI, Heinz Fiedler, der diese Aktion vermutlich maßgeblich zu verantworten hatte, wurde deswegen nach der Wiedervereinigung strafrechtlich verfolgt.

4.4.1 Ausbau der Kontrolltechnik und der Datenerfassungssysteme

Kennzeichnend für die zweite Hälfte der siebziger Jahre war unter anderem der forcierte Ausbau der Kontroll- und Sicherheitstechnik an den Grenzübergangsstellen. Zu den spektakulärsten Methoden der Überprüfung von Kraftfahrzeugen auf Flüchtlinge

[267] Siehe Eisenfeld, Bernd: Die Zentrale Koordinierungsgruppe. Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung (MfS-Handbuch, Teil III/17). Hg. BStU. Berlin 1995.

[268] Befehl Nr. 1/75 des Ministers v. 15.12.1975 zur Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und der Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels; BStU, MfS, BdL/Dok. 004806.

[269] Vereinbarung über die Verantwortlichkeit und das Zusammenwirken der Kräfte der Grenztruppen der DDR, der Grenzsicherungskräfte der Volksmarine, der Kräfte des Ministeriums für Staatssicherheit, der Zollverwaltung der DDR und des Ministeriums des Innern bei der Sicherung der Staatsgrenze und der Gewährleistung des grenzüberschreitenden Verkehrs der DDR v. 1.8.1975; GVS-Nr. A 299679.

[270] Ende 1977 bearbeitete die Abt. 1 beispielsweise drei ZOV mit insgesamt 32 Personen und sechs OV mit 30 Personen, die OPD drei ZOV mit 30 Personen, die Abt. Zoll-Abwehr einen OV mit zwei Personen und die Abt. Objektsicherung und Tourismus einen OV mit einer Person. Dadurch wurden 1977 angeblich 13 Schleusungen verhindert und 29 Personen festgenommen. Vgl. HA VI, Abt. AuI: Einschätzung zu ausgewählten Problemen der Feindtätigkeit auf dem Gebiet des ungesetzlichen Verlassens der DDR und die Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit, 23.9.1977; BStU, MfS, HA VI 66, Bl. 117 ff.

[271] Vgl. Welsch, Wolfgang: Ich war Staatsfeind Nr. 1. Frankfurt/M. 2001.

zählte die Verwendung radioaktiver Strahlen.[272] Unter dem Decknamen »Technik V« legte der Operativ-Technische Sektor (OTS) des MfS 1974 eine Röntgenbildmethode zur Aufdeckung von Personenschleusungen in größeren Fahrzeugen vor, die nach einer zweijährigen Testphase an der Grenzübergangsstelle Marienborn in Dauerbetrieb ging. Die Fahrzeuge auf der Kontrollfahrbahn wurden dabei mit Gammastrahlen aus Cäsium 137-Quellen bestrahlt. Die Atomstrahlenanlage wurde in der Folgezeit an den GÜST Staaken (1980), Drewitz (1980), Zarrentin (1984), Stolpe (1987) und Hirschberg (1988) montiert. Eine weitere Methode der Flüchtlingssuche war der Einsatz eines Gerätes unter der Tarnbezeichnung »Technik VII«, das feinste Schwingungen, die beispielsweise durch Herzschlag und Atmung einer versteckten Person auf das Fahrzeug übertragen wurden, anzeigte.[273]

Innerhalb der Passkontrolleinheiten wurden ab 1977 Spezialistengruppen für Sicherheit und Terrorabwehr aufgebaut. Für die Grenzübergangsstellen Flughafen Schönefeld, Bahnhof Friedrichstraße sowie die Seehäfen der DDR erarbeitete man Ordnungen zur Sicherung einschließlich Handlungsvarianten der Grenztruppen.[274] Die Koordinierung der Maßnahmen oblag der *Arbeitsgruppe Sicherheit und Terrorabwehr* der HA VI[275] bzw. den Abteilungen VI der Bezirksverwaltungen. In den Abfertigungstrakten der wichtigsten Grenzübergangsstellen wie Marienborn/Autobahn, Drewitz und Hirschberg entstanden »örtliche Führungspunkte«. Rollsperren dienten dem Abfangen von Kraftfahrzeugen aller Art, Passagensperrtore hinderten Pkw an der Durchfahrt, desgleichen Seilsperren, die vornehmlich an den Berliner GÜST installiert waren. Hinzu kamen Flächensperren (»Reifentöter«-Anlagen) und Sperrschlagbäume.

Ab 1971 stattete man die Flughäfen Berlin-Schönefeld, Dresden, Leipzig und Erfurt mit Metallspürgeräten (MSG) und Röntgentechnik aus. Seit 1979 wurden an 21 weiteren innerdeutschen Grenzübergangsstellen batteriebetriebene Hand-MSG eingesetzt, während an den innerstädtischen Berliner Grenzübergangsstellen MSG-Fußmatten verwendet wurden.[276] Zu den Präventivmaßnahmen gehörte auch die Errichtung von Fußgängerschleusen an den Berliner GÜST, die Sicherung von Räumen durch klinkenlose Gestaltung der Türen, der Einsatz von Vergitterungen, Alarm-, Warn- und Raumschutzanlagen und die schusssichere Gestaltung von Postenhäusern.

Die Alarm- und Nachrichtensysteme wurden ständig vervollkommnet. Gedeckte Nachrichtenanlagen zwischen dem Postenbereich der Passkontrollkräfte und ihrem Führungsbereich mit Möglichkeiten der Aufzeichnung bzw. Speicherung wurden eingerichtet, Ton- und Fernsehtechnik installiert. Verdächtige Fahrzeuge untersuchte man mithilfe von Spiegelblitzlichttechnik (Maxiflash). Speziell ausgebildete Mitarbeiter fertigten fotografische Dokumentationen zwecks Fahndungsrealisierung und Do-

---

[272] Vgl. Halter, Hans: Es gibt kein Entrinnen. In: Der Spiegel 51/1994, S. 176 ff. Siehe auch Eisenfeld, Bernd u. a.: Bericht zum Projekt »Einsatz von Röntgenstrahlen und radioaktiven Stoffen durch das MfS gegen Oppositionelle – Fiktion oder Realität?«. Hg. BStU. Berlin 2002, S. 25 ff.

[273] Vgl. Beschreibung des Gerätes zur Überprüfung von Kraftfahrzeugen auf versteckte Personen (ohne Autor und Datum, aus dem Kontext geht das Jahr 1978 hervor); BStU, MfS, HA VI 124, Bl. 181 f.

[274] Vgl. Ordnung zur politisch-operativen Sicherung des Bahnhofs Friedrichstraße gegen schwere Provokationen und Terrorverbrechen im Zusammenwirken der verantwortlichen Diensteinheiten des Ministeriums für Staatssicherheit (o. D.); BStU, MfS, HA VI 1580, Bl. 77–93.

[275] Die Arbeitsgruppe beschäftigte 1978 neben dem Leiter und seinem Stellvertreter vier Offiziere für Sonderaufgaben, die für bestimmte Grenzbereiche zuständig waren. Vgl. HA VI: Aufgabenstellung der AG Sicherheit und Terrorabwehr, 30.1.1978; BStU, MfS, HA VI 1426, Bl. 24–28.

[276] HA VI, AG Sicherheit und Terrorabwehr: Plan zur Ausrüstung von Grenzübergangsstellen mit Metallspürgeräten, 14.3.1979; BStU, MfS, HA VI 39, Bd. 2, Bl. 28–31.

kumentenuntersuchung an, die im Bedarfsfall als Beweismittel bei strafprozessualen und politisch-operativen Maßnahmen dienten. An den Transitstrecken wurden Filmkameras installiert. 1977 kamen erstmals an den GÜST Friedrichstraße, Heinrich-Heine-Straße und Drewitz Videoaufzeichnungsgeräte zum Einsatz.[277] Auf den Flughäfen, den innerstädtischen Berliner GÜST sowie den Straßen-GÜST zu Polen und der ČSSR wurden Fernbeobachtungsanlagen eingerichtet.

Mit Einführung der Fernsehfahndung Ende der siebziger Jahre war es möglich, über einen Bildschreiber ein Fahndungsangebot von mehreren Abfertigungsstellen entgegenzunehmen. Die Fahndungsdurchführung erfolgte nicht wie bisher unmittelbar in der Abfertigungsstelle durch den Visaerteiler, sondern durch spezielle Mitarbeiter in einem gesonderten Fahndungsraum (vgl. Kap. 2.1.2.1). Der Fahndungsmaßnahmeschlüssel,[278] der hunderte von Codenummern enthielt, spiegelte das breit gefächerte Aufgabengebiet der Passkontrolleinheiten des MfS, das über die normal üblichen Grenzkontrollen weit hinausreichte. Neben dem Deliktschlüssel mit strafrechtlichen Tatbeständen wurden Hinweise auf bereits vorliegende operativ relevante Informationen signalisiert und zugleich die entsprechenden Maßnahmen und operativen Bearbeitungsformen vorgeschrieben wie: Festnahme, Durchsuchung, Kontroll- und Überwachungshandlungen, Einreise-, Ausreise- und Transitsperren. Das Schlüsselverzeichnis wurde in Abhängigkeit von aktuellen Erfordernissen fortlaufend um neue Kategorien und Personengruppen wie Links- und Rechtsextremisten, Schleuser, Terroristen, Aktivisten der polnischen Solidarnosc-Bewegung usf. erweitert.

Die im MfS entwickelte Grenzkontrolltechnik stieß bei den Kooperationspartnern im sozialistischen Ausland auf großes Interesse. So bestellte der KfS-Vorsitzende Juri Andropow 1978 das Gerät »Technik V« zur Überprüfung von Kraftfahrzeugen auf versteckte Personen.[279] Die HA VI montierte vier Abfertigungstrakte für den neuen Flughafen Moskau-Scheremetjewo und rüstete sie komplett mit operativer Technik aus.[280] Sie installierte Fernsehfahndungsanlagen und diverse Sicherheitstechnik in der Sowjetunion, in Polen und der ČSSR. In den achtziger Jahren dehnte sie ihre spezifische Art der Entwicklungshilfe auf Länder der Dritten Welt wie Mocambique, Kuba, Nikaragua und Angola aus.[281]

Auf dem Gebiet der Speicherführung machte sich die HA VI die elektronische Datenverarbeitung zunutze, um möglichst den gesamten Ein-, Ausreise- und Transitverkehr unter Kontrolle zu bringen. Mit Befehl Nr. 21/69 vom 25.6.1969[282] hatte Erich Mielke den Startschuss für die Einsatzvorbereitung und Nutzung der elektronischen Datenverarbeitung in allen Diensteinheiten des MfS gegeben. Während die ZAIG für die Durchsetzung der entsprechenden zentralen Festlegungen sowie die Kontrolle der Einhaltung verantwortlich gemacht wurde, war die spätere Abtei-

---

277 BStU, MfS, HA VI 38, Bl. 123.

278 HA VI: Schlüsselverzeichnis der Gründe für Fahndungen und Sperren für die Einspeicherung in die Signaldatei sowie die Auswertung der eingespeicherten Daten, 4.6.1973; BStU, MfS, HA VI 3893, Bl. 1–78.

279 Vgl. Schreiben an den Vorsitzenden des KfS der UdSSR, J. W. Andropow, v. 14.12.1978 über die Lieferung eines Gerätes zur Pkw-Überprüfung auf versteckte Personen; BStU, MfS, Abt. X 310, Bl. 265–270.

280 HA VI, Abt. Operative Technik: Durchführung von operativ-technischen Aufgaben, 10.8.1978; BStU, MfS, HA VI 32 Bd. 2, Bl. 136–138.

281 Vgl. HA VI, Abt. Operative Technik: Berichterstattung, Stand der operativen und sicherheitstechnischen Ausrüstung der Grenzübergangsstellen und sich abzeichnende Schwerpunkte und Probleme für den Zeitraum bis 1995, 7.9.1988; BStU, MfS, HA VI 45, Bl. 131–150, hier 138.

282 Befehl Nr. 21/69 des Ministers v. 25.6.1969 über die Bildung der AG XIII – Einsatz EDV im MfS; BStU, MfS, BdL/Dok. 001348 (Bildung der AG XIII).

lung XIII für die Planung und Beschaffung der Datenverarbeitungstechnik und Bereitstellung der Fachkräfte zuständig. Ursprünglich plante man ein Projekt namens »Zentrales Informationserfassungs-, Verarbeitungs- und Auskunftssystem zu operativ interessanten Personen und operativ relevanten Sachverhalten« (ZEVAS), das in mehrere Teilvorhaben untergliedert werden sollte. An erster Stelle stand die Schaffung einer einheitlichen zentralen Personendatenbank (ZPDB)[283], gefolgt von einer Reisedatenbank und einer Datenbank der Linie Post und Postzollfahndung (M/PZF).

Die zunächst entwickelte Datenbank Antrags- und Genehmigungsverfahren zur Einreise von Personen westlicher Staaten einschließlich Bürger mit ständigem Wohnsitz in West-Berlin (AGV) speicherte ab 1972 die in den Meldestellen Ost-Berlins und in den Büros für Besuchs- und Reiseangelegenheiten in West-Berlin gestellten Anträge zur Einreise.[284] Für den Überprüfungsprozess der gestellten Einreiseanträge wurde eine Signaldatei mit allen Einreisesperren, operativen Fahndungsmaßnahmen und anderen operativen Hinweisen zu Personen aufgebaut.[285] Die Einreiseanträge wurden mit den in der Signaldatei gespeicherten Daten abgeglichen. Führte der Vergleich zur Identität von Personen, erfolgte die Benachrichtigung des Ministeriums des Innern (MdI) oder der betreffenden Diensteinheit des MfS zur Einleitung der vorgesehenen Maßnahmen. Die in der AGV gespeicherten Daten standen darüber hinaus für weitere Auswertungen entsprechend den operativen Bedürfnissen des MfS zur Verfügung.

Die Erfassung und Speicherung des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs Westdeutscher bzw. Westberliner nach Ost-Berlin mit Tagesvisa erfolgte seit 1966 auf Magnetbändern. Die Recherchen gestalteten sich jedoch sehr zeitaufwändig. Das ab 1976 entwickelte komplexe Auskunftssystem Reiseverkehr (ASRV), in dem antrags- und genehmigungspflichtige Einreisen aus dem nichtsozialistischen Ausland erfasst wurden, arbeitete zunächst teils auf manueller (Karteispeicher) und teils auf maschineller (EDV-Speicher) Basis.

Parallel dazu begann man mit der Aufbereitung von elektronischen Daten über Festnahmefahndungen, Reisesperren und operative Hinweise. Ein weiteres Projekt war die Datenbank Ungesetzlicher Grenzübertritt (DUG). In ihr wurden alle Informationen zu Personen- und Sachverhalten über ungesetzliche Grenzübertritte einschließlich Schleusungen erfasst. Das betraf alle Ersthinweise und operativ relevanten Handlungen, angefangen von der Entschlussfassung und Vorbereitung bis hin zum Versuch bzw. zur Vollendung des illegalen Grenzübertritts. Später kamen auch so genannte widerrechtliche Ersuchen auf Übersiedlung in den Westen hinzu, sofern es dabei Hinweise auf Flucht- bzw. Schleusungsabsichten gab. Die HA VI war hier für Sachverhalte des ungesetzlichen Grenzübertritts über die Grenzübergangsstellen und über die Staatsgrenzen sozialistischer Staaten federführend.

---

283 Die ZPDB wurde ab 1974 entwickelt und erst ab 1981 in die Phase der Erfassung, Einspeicherung und zunehmenden Nutzung übergeleitet. Vgl. Vortrag des Leiters des Bereiches EDV der ZAIG zu Grundsatzfragen der Arbeit mit der Zentralen Personendatenbank des MfS (ZPDB), der Personendatenbank der DDR (PDB) sowie der Nutzung des Sonderspeichers 11/79 (o. D.), S. 1–62; BStU, MfS, ZAIG 7052.

284 1972 wurde eine entsprechende Arbeitsgruppe Antrags- und Genehmigungsverfahren gebildet.

285 1973 umfasste die Signal-Datei ca. 16 000 Personendatensätze. 1980 waren es bereits 80 000 einschließlich 750 Datensätze zu in Fahndung stehenden Kfz-Kennzeichen. Vgl. HA VI, Abt. EDV: Einschätzung des Nutzeffektes des Einsatzes der EDV bei der Realisierung des Antrags- und Genehmigungsverfahrens auf der Grundlage einiger messbarer Faktoren, 28.5.1980; BStU, MfS, HA VI 37, Bd. 3, Bl. 8.

Im Zusammenhang mit der Arbeit der HA VI sei noch das Projekt Leipziger Messe genannt, das Daten zu westlichen Besuchern sowie zu Leipziger Quartiergebern einschließlich »operativ-bedeutsamer« Informationen zu diesem Personenkreis erfasste.

Ab Ende der siebziger Jahre plante man den Aufbau eines einheitlichen zentralen Kfz-Hinweisspeichers und eines Sonderspeichers für die im Transit zu erfassenden Personen. Konzipiert wurde außerdem der Aufbau eines Hinweisspeichers für Adressen in West-Berlin (Straßenspeicher) und für Passdokumentennummern.

Schwerpunkte der Auswertung der gewonnenen Daten waren zum einen die »innere Abwehr«, das heißt Klärung des Verdachts der Republikflucht, der Spionage sowie Feststellung von Kontakten zu Bürgern westlicher Staaten bei Anhaltspunkten für »politisch-ideologische Diversion« und »politische Untergrundtätigkeit«, und zum anderen die Prüfung von Möglichkeiten zur Gewinnung von inoffiziellen Mitarbeitern, wenn es beispielsweise bei Bürgern westlicher Staaten Hinweise zu interessanten Berufen oder operativ relevanten Verbindungen gab. Ersthinweise wurden dann an andere Diensteinheiten, vornehmlich die Spionageabwehr und die Auslandsaufklärung, weitergeleitet.

1977 hatten die Sicherheitsdienste der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, der DDR, Ungarns, Polens, Bulgariens, Kubas und der Mongolei ein Abkommen über das System der vereinigten Erfassung von Daten über den Gegner (SOUD) geschlossen.[286] Aufgeschlüsselt nach zunächst zehn Personenkategorien wurden im SOUD Grunddaten zu Mitarbeitern westlicher geheimer Nachrichtendienste, zu Terroristen, so genannten Staatsverbrechern, zu aus politischen Gründen des Landes verwiesenen Bürgern der Teilnehmerstaaten und zu Personen gespeichert, die angeblich »politisch-ideologische Diversion« oder »subversive Tätigkeiten gegen die Staaten der sozialistischen Gemeinschaft« betrieben.[287] Laut Minister-Befehl Nr. 11/79 hatten sämtliche MfS-Bereiche rückwirkend Informationen zu diesen Personenkreisen aufzubereiten und zu erfassen und daneben kontinuierlich neu gewonnene Informationen für das SOUD einzuspeichern. In der Regel waren die Auswertungs- und Kontrollgruppen (AKG) der operativen Diensteinheiten dafür verantwortlich, wie auch im Falle der HA VI, die damit ein großes Arbeitspensum zu bewältigen hatte.[288] Gleichzeitig konnten die Diensteinheiten des MfS Auskunftsersuchen zu Personen an den Zentralspeicher von SOUD in Moskau stellen.

Mit der Dienstanweisung Nr. 1/80 des Ministers[289] wurde den MfS-Mitarbeitern ein Rahmenkatalog in die Hand gegeben, in dem die Informationsflüsse geregelt bzw. angewiesen wurden. In einer Dienstanweisung des Leiters der HA VI[290] wurde die

---

[286] BStU, MfS, SdM 425, Bl. 135–143. Vgl. Wegmann, Bodo; Tantzscher, Monika: SOUD. Das geheimdienstliche Datennetz des östlichen Bündnissystems. Hg. BStU. Berlin 1996.

[287] Vgl. Ordnung über die Zusammenarbeit der ZAIG mit der HV A, den operativen Hauptabteilungen/selbstständigen Abteilungen und den Bezirksverwaltungen/Verwaltung zur Gewährleistung der Aufbereitung und Erfassung von Informationen im »System der vereinigten Erfassung von Informationen über den Gegner (SOUD)« sowie zur Nutzung von im System gespeicherten Informationen, 7.6.1979; BStU, MfS, BdL/Dok. 004942.

[288] Vgl. HA VI, Leiter: Anweisung Nr. VI/5/83 über die Durchsetzung der Aufgabenstellung des Befehls Nr. 11/79 des Ministers, 14.6.1983; BStU, MfS, HA VI 65, Bl. 185–192.

[289] Grundsätze der Aufbereitung, Erfassung und Speicherung operativ bedeutsamer Informationen durch die operativen Diensteinheiten des MfS, 20.5.1980; BStU, MfS, BdL/Dok. 005221.

[290] HA VI: Dienstanweisung zur Organisation, Bereitstellung, Aufbereitung, Indexierung, Erfassung, Speicherung und Aktualisierung operativ bedeutsamer Informationen zu Personen, Sachverhalten, Hinweisen und Merkmalen für die Zentrale Personendatenbank des MfS (ZPDB) und für die Informationsspeicher der operativen Diensteinheiten der HA VI, 5.8.1980; BStU, MfS, HA VI 61, Bl. 1–21.

entsprechende Primärorganisation für die HA VI festgelegt. Grundlage für die Nutzung der Reisedatenspeicher war die Ordnung Nr. 4/80.[291] EDV-Standard- und Sonderrecherchen lieferten auf Anforderung Anschriften, Tätigkeitsbezeichnungen, Angaben zu Arbeitsstellen, Aufenthaltsorten u.a.m. Die Modalitäten waren in der 3. Durchführungsbestimmung zur Dienstanweisung Nr. 3/75 vom 19.3.1980[292] sowie in einer Auskunftsordnung vom 12.9.1975[293] festgelegt. Einreisen von Persönlichkeiten des politischen und gesellschaftlichen Lebens aus Westdeutschland und West-Berlin wurden an das Operative Leitzentrum der HA VI signalisiert, während die Abteilung Objektsicherung und Tourismus der HA VI und die territorialen Diensteinheiten vorab über Gruppenreisen westlicher Touristen informiert wurden.[294]

Ab 1. April 1980 wurden die Sperrkarteien in den Volkspolizeikreisämtern, im Außenministerium/HA Konsularische Angelegenheiten und im Büro für Pass- und Ausländerangelegenheiten des MdI eingestellt, da bis zu diesem Zeitpunkt die Einreiseanträge nach Sperren bzw. Festnahmefahndungen zentral erfasst worden waren. Das MfS hatte dabei für die »lückenlose Realisierung der bestehenden Einreisesperren«, für Festnahmefahndungen und die Verhinderung von Einreisen wegen geltend gemachter Einsprüche durch die territorialen Diensteinheiten des MfS zu sorgen.[295]

Auch die Speicherung von Reisen von DDR-Bürgern in das sozialistische Ausland wurde zentralisiert. Mit Inkrafttreten der Auskunftsordnung vom 15. April 1980 wurde die Auskunftsbereitschaft auf zumeist fernschriftliche Anfragen gewährleistet.

Ab 1978 verfügte die HA VI über Personenspeicher zu Reisen und Verbindungen von Bundesbürgern, von Bürgern anderer westlicher Staaten, von DDR-Bürgern und von Diplomaten. Daneben existierten Speicher nach Kfz-Kennzeichen westlicher Staaten, nach Zollkennzeichen der DDR, nach Schiffsnamen und Registrier-Nummern.

4.4.2 Neugliederung der HA VI

Mit der Entwicklung touristischer Einreisen aus Westdeutschland nahm aus Sicht des MfS der Missbrauch im Sinne des so genannten Polittourismus zu.[296] Die Absicherung des Tourismus aus westlichen Ländern übernahm ab 1975 die neu gebildete *Abteilung Objektsicherung und Tourismus.* Damit war der erste Schritt für die ein Jahr später vollzogene Trennung der Arbeitsbereiche aufnehmender und entsendender Tourismus vollzogen.

---

291 Ordnung Nr. 4/80 über die Erteilung von Auskünften zur grenzüberschreitenden Reisetätigkeit von Personen und dabei benutzten Kraftfahrzeugen und Binnenschiffen aus den Reisedatenspeichern der HA VI, Abt. Speicherführung; BStU, MfS, BdL/Dok. 007200.

292 3. DB zur Dienstanweisung Nr. 3/75 v. 19.3.1980; BStU, MfS, BdL/Dok. 003756.

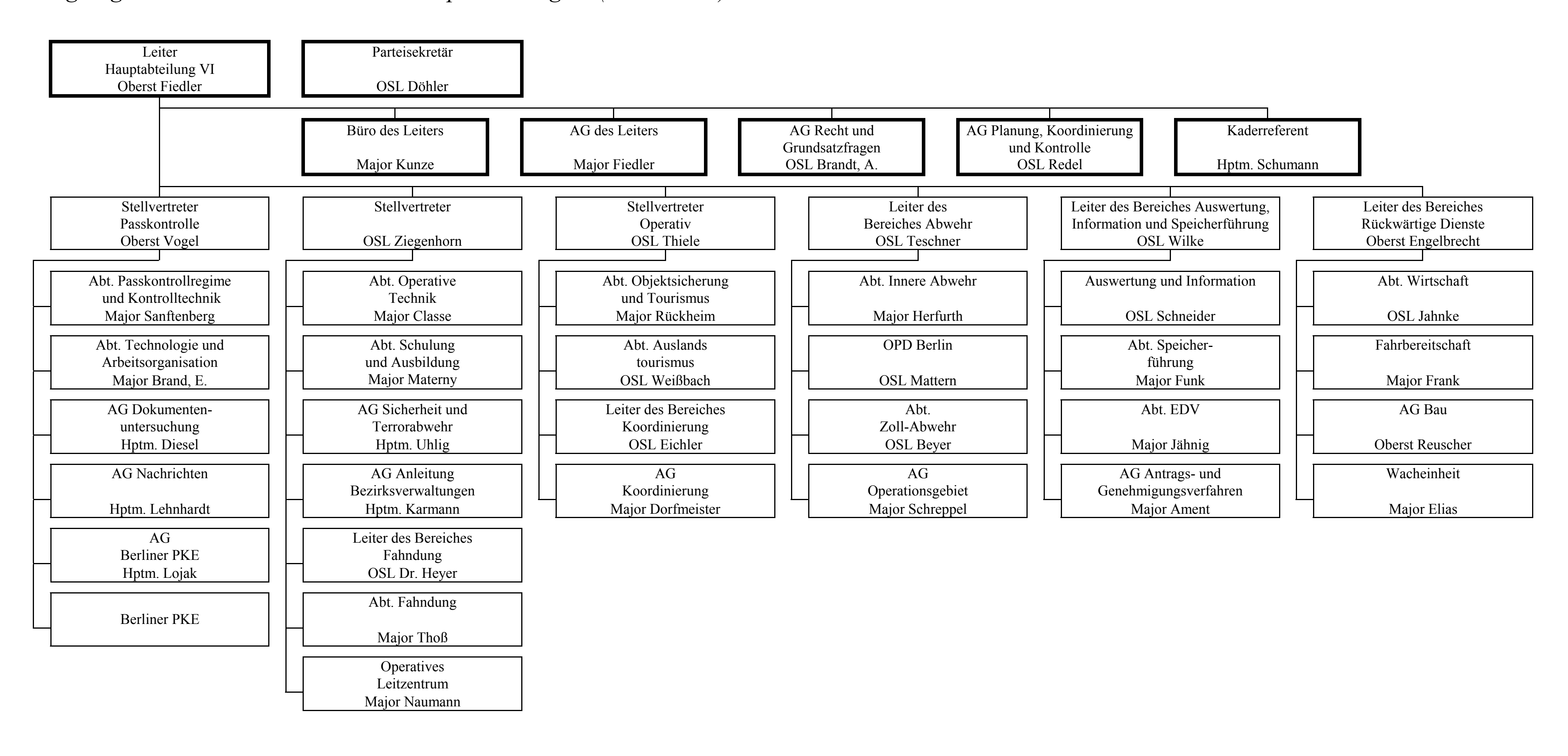
293 Ordnung des 1. Stellvertreters des Ministers v. 12.9.1975 über die Erteilung von Auskünften zur Reisetätigkeit von Personen und Kfz aus den zentralen Informationsspeichern der HA VI sowie die Auswertung dieser Speicher nach politisch-operativen Merkmalen (Auskunftsordnung); BStU, MfS, BdL/Dok. 004602.

294 So wurden durch die Auswertung der Reisedatenspeicher in den Jahren 1979 und 1980 insgesamt 3 500 operative Ersthinweise und 560 verdichtete operative Ausgangshinweise erarbeitet und an die interessierten operativen Diensteinheiten weitergeleitet.

295 HA VI: Berichterstattung Stand der weiteren Qualifizierung der Speicherprozesse unter Einbeziehung der EDV, 7.5.1980; BStU, MfS, HA VI 35, Bd. 2, Bl. 126 ff.

296 Die 2. DB der Dienstanweisung Nr. 3/75 regelte die Verfahrensweise bei einschlägigen Einreisen. Vgl. Kap. 2.1.5.2.

Organigramm 9: Grundstruktur der Hauptabteilung VI (Stand 1975)[297]



297 BStU, MfS, HA VI 13866, Bl. 28.

1976 und 1977 verschärfte das MfS die Grenzkontrollen aus Richtung Bundesrepublik.[298] Während bis Ende Oktober 1976 für 10 720 Personen aus der Bundesrepublik Einreisesperren verhängt wurden, waren es im Folgejahr 18 000.[299] Hinzu kamen circa 4 000 Reisesperren im Transitverkehr und weitere 8 316 Zurückweisungen von Bundesbürgern an den Grenzübergangsstellen der DDR.[300] Zu Personen der Öffentlichkeit aus der Bundesrepublik und Mitarbeitern westlicher Medien wurden hunderte von Fahndungen zur Kontrolle und Überwachung eingeleitet.[301] An der Grenze zu Polen und zur ČSSR, wo bis dahin Fahndungen nur in begrenztem Umfang durchgeführt wurden, ergänzte man die Fahndungskartei Drefa OS (Ost/Süd) durch die Drefa F.

Einen Anlass für verstärkte Kontrollen lieferte das Urteil des III. Zivilsenats des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe vom 27.9.1977 zu Fluchthelferverträgen, die trotz des Verstoßes gegen DDR-Gesetze für rechtlich gültig erklärt worden waren. Daraufhin erfolgten allein von Oktober 1977 bis Januar 1978 2 590 Verdachtskontrollen, die die Aufdeckung von 28 angeblich geplanten Schleusungen zur Folge hatten.[302] Mit dieser Bilanz sollte vor allem Druck auf die Bundesrepublik zur Einhaltung des Artikels 17 des Transitabkommens erzeugt werden. Im Juni 1979 untermauerte die DDR das Grenzkontrollsystem mit einem neuen Passgesetz[303] und einer Pass- und Visaordnung.[304]

Seit 1974 waren die meisten Leitungsposten innerhalb der HA VI umbesetzt worden. Der 1. Stellvertreter des Leiters, Oberst Heinz Engelbrecht, zuständig für Passkontrolle und Fahndung, wurde durch Karl-Heinz Vogel abgelöst. An die Stelle von Oberst Heinz Teschner, der seit 1974 den Bereich Abwehr geleitet hatte, trat ab 1.11.1978 Oberstleutnant Günter Herfurth. 1980 wurde Herfurth zum Oberst und ab 1.7.1983 zum Stellvertreter Operativ des Leiters der HA VI ernannt. Der Leiter des Bereichs Auswertung, Information und Speicherführung, Erhard Wilke, wurde im Juni 1976 zum Stellvertreter des Leiters im Range eines Obersten ernannt. Leiter des Bereichs Auslandstourismus wurde Werner Ott. Gleichzeitig entband man Oberst Manfred Thiele von seiner Funktion. Ab Juli 1974 wurde Heinz Eichler, zuvor Stellvertreter Operativ des Bereichs SRT, Bereichsleiter der Abteilung Koordinierung der Auslandstouristik.

Zwischen 1972 und 1982 stieg der gesamte Personalbestand der Linie VI von 5 745 auf 7 123 hauptamtliche Mitarbeiter.[305] Der Mitarbeiterbestand der HA VI vergrößerte sich von 1 299 im Jahre 1970 auf 2 176 im Jahre 1980.[306] Der Bestand an

---

298 Vgl. Kunze: Grenzerfahrungen (Anm. 2), S. 291 ff.

299 Das betraf vor allem auch die ehemaligen DDR-Bürger, deren Ausreise bewilligt und gegen die 1977 eine generelle Einreisesperre verhängt worden war.

300 HA VI, Bereich Fahndung, Leiter, 27.12.1977: Vorlage zur Berichterstattung beim Leiter der HA VI am 4.1.1978; BStU, MfS, HA VI 32, Bd. 1, Bl. 17.

301 Vgl. HA VI, Bereich Fahndung: Vorlage zur Berichterstattung beim Leiter der HA VI am 13.9.1978, 30.8.1978; BStU, MfS, HA VI 32, Bd. 2, Bl. 193 ff.

302 Vgl. HA VI, Stellvertreter Passkontrolle: Bericht zum Stand der Realisierung von Aufgaben zur Unterbindung des Missbrauchs des Transitverkehrs, insbesondere zwischen der BRD und Westberlin, 5.7.1978; BStU, MfS, HA VI 36, Bd. 3, Bl. 95–107, hier 97.

303 Passgesetz der DDR vom 28.6.1979; GBl. I, Nr. 17, S. 148 ff.

304 Anordnung über Pass- und Visaangelegenheiten – Pass- und Visaordnung v. 28.6.1979; ebenda, S. 151 ff.

305 Vgl. Personalbestand ausgewählter Linien 1972 und 1982. In: Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90. Hg. BStU. Berlin 2000, S. 319.

306 Vgl. Ders.: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. 4), Beilage.

inoffiziellen Mitarbeitern der HA VI zwischen 1971[307] und 1980 hatte sich von 468 auf 876 erhöht.

Tabelle 7: IM-System der Hauptabteilung VI (Stand vom 31.12.1980)[308]

	Abt. 1 (Westarbeit)	Flughafen Schönefeld	OPD Berlin	Abt. Zoll-Abwehr	Objektsicherung und Tourismus	Antrags- u. Genehmigungsverfahren	Abt. 2 (Reiseverkehr ČSSR Bulgarien Ungarn)	Abt. 3 (Reiseverkehr andere soz. Staaten)
IMS	75	66	58	95	70	14	62	28
IMB	11	–	9	–	3	–	–	–
IME	13	1	11	4	6	–	–	–
FIM	–	8	2	19	9	–	–	2
IMK	64	17	41	39	25	9	27	20
GMS	3	5	5	3	35	4	12	–
gesamt	166	97	127	160	148	27	101	50

5 Die Hauptabteilung VI in den achtziger Jahren

5.1 Rückwirkungen der Systemkrise des Ostblocks und der innerdeutschen Beziehungen auf die Hauptabteilung VI

Die zunehmende Verhärtung der Außenpolitik der DDR, ausgelöst durch neue Spannungen zwischen West und Ost im Gefolge der sowjetischen Intervention in Afghanistan im Dezember 1979 und den NATO-Doppelbeschluss als Reaktion auf die sowjetische Militärpolitik, schlug sich unter anderem in der ab 13. Oktober 1980 verfügten Erhöhung des Zwangsumtauschs für Besucher der DDR und Ost-Berlins nieder. Im November 1980 sanken die Besucherzahlen im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat um 24 % bei Reisen in die DDR, um 30 % im grenznahen Verkehr und um 60 % bei Reisen von Westberlinern in den Ostteil der Stadt und in die DDR.[309]

Der Ausbruch der Polenkrise 1980/81 verstärkte das Abgrenzungsbedürfnis der SED und veranlasste das MfS – wie schon bei der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968/69 – zu grenzübergreifenden Aktionen bei gleichzeitig verstärkter Überwachung und Repression nach innen.[310] Ab 30. Oktober 1980 traten auf einseitigen Beschluss der DDR Einschränkungen des pass- und visafreien Reiseverkehrs in Kraft.

Unmittelbar nach Gründung der MfS-Operativgruppe Warschau am 8. September 1980 kam es zu einer Übereinkunft mit einem Beauftragten der polnischen Staatssicherheit zur Erkennung und Dokumentierung von Mitarbeitern westlicher Massen-

---

[307] Vgl. Übersicht über den Stand der inoffiziellen Arbeit im Bereich der HA VI. Ausgewiesen wurde der Durchschnitt des 1. Quartals 1971; BStU, MfS, HA VI 13709, Bl. 121.

[308] BStU, MfS, HA VI 2486, Bl. 367.

[309] Vgl. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1980–1986. Eine Dokumentation des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen. Bonn 1986, S. 8.

[310] Vgl. Tantzscher, Monika: Was in Polen geschieht, ist für die DDR eine Lebensfrage! Das MfS und die polnische Krise 1980/81. In: Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland, Bd. V/1. Frankfurt/M. 1995, S. 2601–2760; siehe auch Dies.: Die Feinde des Sozialismus haben alle auf einem Sofa Platz. Die geheimdienstlichen Beziehungen der DDR zur Volksrepublik Polen. In: DA 34(2001)2.

medien, die aus skandinavischen und westeuropäischen Ländern in Polen einreisten und an den DDR-Grenzübergangsstellen besonders gründlich kontrolliert wurden.[311] Im Gegenzug verpflichtete sich der polnische Partnerdienst, über polnische Bürger bei der Einreise zu informieren, die »im Verdacht feindlich-negativer Handlungen und Aktivitäten stehen«. Ab Oktober 1981 erweiterte die HA VI das Schlüsselverzeichnis der Gründe für Fahndungen und Sperren an den Grenzen um sechs Kategorien.[312] Darunter fielen Funktionäre und Mitglieder von 14 »antisozialistischen Organisationen und Gruppierungen«, bekannt gewordene Leiter und führende Mitglieder von Streikkomitees sowie Funktionäre der »Solidarnosc«. Von den zwischen August 1980 bis 30. April 1982 durchgeführten 1 651 »operativen Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen« an der Grenze zu Polen entfielen allein auf die HA VI 1 258, die 229 Reisesperren zur Folge hatten.[313] Nach Ausrufung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 blieb das MfS in Polen weiter aktiv und gewährte dem polnischen Staatssicherheitsdienst in der Konsolidierungsphase nachhaltige Unterstützung.

Eine leichte Entspannung im Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten trat nach dem Besuch von Bundeskanzler Helmut Schmidt am Werbellinsee im Dezember 1981 ein. Der touristische Reiseverkehr in die DDR stieg 1982 wieder an. Tagesaufenthalte von Westberlinern in Ost-Berlin und der DDR wurden verlängert. Antragsfähige Reiseanlässe in dringenden Familienangelegenheiten erfuhren im Februar 1982 eine Erweiterung. Am 20.11.1982 wurde die Autobahn Berlin-Hamburg eröffnet. Die Transitautobahn Berlin-Hirschberg wurde teilweise grunderneuert.

1980 gab es in der DDR 91 Grenzübergangsstellen mit 900 Abfertigungsstellen. Drei Jahre später hatte sich die Anzahl der GÜST auf 95 erhöht; davon waren 41 Straßen-GÜST. 20 GÜST lagen an der Staatsgrenze West und 25 um West-Berlin. In Richtung Polen existierten 27 und in Richtung ČSSR 13 GÜST.

Bis 1983 hatte sich die HA VI folgendermaßen formiert:

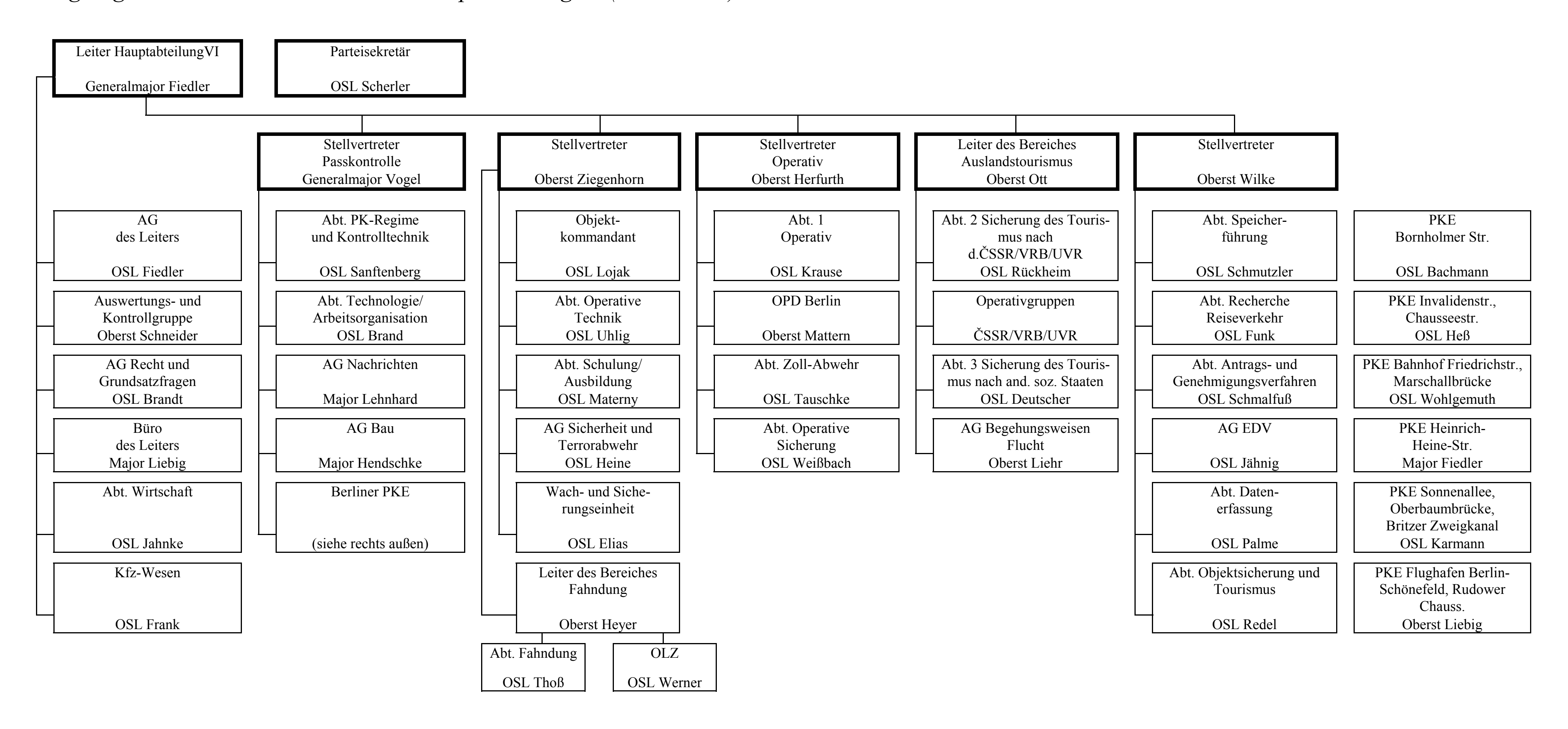
---

311 Vgl. HA VI, Leiter: Plan der Aufgaben und Maßnahmen der HA VI und der Zollverwaltung der DDR im grenzüberschreitenden Verkehr zur Unterstützung des polnischen Bruderorgans bei der Lösung spezieller politisch-operativer Aufgaben, 11.9.1980; BStU, MfS, HA VI 1462, Bl. 18.

312 Vgl. Abt. Fahndung: Kriterien/Kategorien für Fahndungseinleitungen/Reisesperren in der VR Polen – Zuordnungszahl 138, 20.10.1981; BStU, MfS, HA VI 3893, Bl. 46 u. 77.

313 Anlage zur Berichterstattung der HA VI zum Befehl Nr. 18/81 des Ministers v. 18.5.1982; BStU, HA VI 34, Bd. 2, S. 78.

Organigramm 10: Grundstruktur der Hauptabteilung VI (Stand 1983)[314]



314 Vgl. Übersicht HA VI/Linie VI; BStU, MfS, HA VI 277, Bl. 6 ff.

Als Reaktion auf die Bürgschaft der Bundesregierung für einen der DDR gewährten Fünf-Jahres-Kredit über eine Milliarde DM erfolgte im September 1983 eine teilweise Korrektur des Mindestumtauschs. Gleichzeitig begann man nach einer entsprechenden Zusage der DDR-Regierung mit dem Abbau der 54 000 Selbstschussanlagen und Bodenminen an der Grenze. Zu einem weiteren Interessenausgleich kam es 1984, als die Bundesregierung eine zweite Kreditgarantie übernahm und die DDR wiederum Erleichterungen im innerdeutschen Reiseverkehr veranlasste. Der Verkehr in West-Ost-Richtung nahm deutlich zu: Zwischen 1981 und 1985 stieg die Zahl der Reisenden aus dem Bundesgebiet in und durch die DDR von circa 2,1 auf 2,6 Millionen.[315] 1984 waren circa 172 000 Personen im organisierten Tourismus aus der Bundesrepublik einschließlich West-Berlin eingereist (1983: ca. 142 000).[316] Darunter befanden sich 1 301 Personen der Öffentlichkeit, zu denen das MfS in 89 Fällen (betroffen waren dabei 288 Einreisende) Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen veranlasst hatte. Eine zentral gebildete Arbeitsgruppe befasste sich mit der Klassifizierung von angeblich politisch motivierten Reisegruppen und legte 16 einschlägige Institutionen und Einrichtungen der Bundesrepublik als Entsender fest.

1984 hatte die HA VI 32,2 Millionen Transitreisende zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin gezählt. Wie aus einer Gesprächskonzeption für Mielke anlässlich seines Besuchs beim KfS-Vorsitzenden Tschebrikow in Moskau hervorgeht, habe es dabei 190 000 »Missbrauchshandlungen« und weitere Verletzungen des Transitabkommens, darunter 12 000 Fälle der Verbreitung bzw. Übergabe und Übernahme von unerlaubten Materialien und 68 000 Verstöße gegen Zollvorschriften der DDR, gegeben.[317]

Auch in Ost-West-Richtung verstärkte sich der Reiseverkehr, insbesondere bei Reisen in dringenden Familienangelegenheiten. 1984 erhielten zudem 35 000 DDR-Bürger die endgültige Ausreiseerlaubnis, im Folgejahr waren es 18 000. Die HA VI war in der Folge mit der Einleitung von Einreisesperren insbesondere zu diesem Personenkreis befasst.

Neben der Reiseflucht über andere Ostblockländer stieg die Asylflucht über die Botschaften westlicher Staaten sprunghaft an.[318] Der HA VI fiel die Aufgabe zu, Fahndungen nach DDR-Bürgern zur Unterbindung von Botschaftsbesetzungen in die Wege zu leiten. Der Schwerpunkt der Fluchtbewegung hatte sich ab Ende der siebziger Jahre auf die Nicht-Rückkehrer von dienstlichen Aufenthalten oder Reisen in dringenden Familienangelegenheiten verlagert. Für die HA VI war dies insofern von Belang, als sie in das System der Sicherheitsüberprüfungen der Antragsteller eingebunden war.

Nach wie vor war die HA VI maßgeblich mit der Bekämpfung von Fluchthilfeunternehmen befasst – 1983 wurden von der OPD Berlin und der Abteilung 1 acht dieser Organisationen in Zentralen Operativvorgängen bearbeitet, während die Abteilung Operative Sicherung einen ZOV wegen Fluchthilfe durch bevorrechtete Personen und

---

315 Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1980–1986. Eine Dokumentation des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen. Bonn 1986, S. 13.

316 Vgl. HA VI: Berichterstattung zum Thema: Stand der politisch-operativen Sicherung des aufnehmenden Tourismus, insbesondere des Polittourismus (1985); BStU, MfS, HA 42, Bl. 121–199.

317 Vgl. Notiz über die Gespräche des Genossen Minister mit dem Vorsitzenden des KfS der UdSSR, Genossen Armeegeneral V. M. Tschebrikow, am 1. u. 2.4.1985 in Moskau; BStU, MfS, ZAIG 5385, Bl. 3.

318 Vgl. HA VI, Bereich Auslandtourismus: Berichterstattung – Leitungsberatung 19.12.1984; BStU, MfS, HA VI 18, Bl. 205–212.

die Abteilung Zoll-Abwehr einen ZOV zum »Hilfswerk der Helfenden Hände Hamburg e. V.« führte.[319]

Der Touristenverkehr aus der Bundesrepublik nahm in den Folgejahren weiter zu.[320] Dabei vermerkten die Sicherheitsorgane eine weiterhin steigende Tendenz des angeblichen Missbrauchs im Sinne des »Polittourismus«.[321]

Als ein Ergebnis des Staatsbesuchs von Erich Honecker in der Bundesrepublik im September 1987 erfolgte der forcierte Ausbau von Grenzübergängen. Das betraf Erweiterungsbauten der GÜST Marienborn/Autobahn, Hirschberg und Staaken, den teilweisen Neubau der Autobahn Berlin-Hamburg einschließlich der GÜST Stolpe und Zarrentin, die Eröffnung des Teltow-Kanals für den Güterverkehr sowie der GÜST Salzwedel, Worbis, Meiningen und Eisfeld. Die Flughäfen Dresden, Leipzig und Erfurt wurden erweitert.[322]

Exkurs: Die Reisedatenspeicher der Hauptabteilung VI

In den achtziger Jahren verfügte die HA VI über folgende Reisedatenspeicher: Namenspeicher Bürger der DDR, Bürger der Bundesrepublik einschließlich West-Berlins, Bürger nichtsozialistischer Staaten, Bürger der Volksrepublik Polen, Speicher nach Registrier-Nummern von Binnenschiffen, Sonderspeicher des Privilegierten Reiseverkehrs (Diplomaten) und Sonderspeicher Identitätsbescheinigungen.[323]

Daneben gab es EDV-Speicher der Linie VIII (Observationen, Ermittlungen, Festnahmen), in denen Reisen mit Tagesvisa und im Transitverkehr erfasst wurden, und die EDV-Speicher der Abteilung AGV, in denen Personalien und Kraftfahrzeuge zu allen antragspflichtigen Einreisen von Bürgern westlicher Staaten registriert wurden.

Mithilfe der Reisedatenspeicher konnten das Reise- und Besuchsziel, das benutzte Kraftfahrzeug, die mitreisenden Personen sowie Passdokumentationen (letztere existierten zu allen Personen, die mit Tagesvisum in Berlin eingereist waren) beauskunftet werden.

1983 wurde mit der Umstellung der Lochstreifentechnik auf das mikrorechnergesteuerte Datensammelsystem A 5220 aus dem Kombinat Robotron begonnen.[324] Insgesamt circa vier Millionen Datensätze wurden dem seit 1976 im Aufbau befindlichen komplexen Auskunftssystem Reiseverkehr (ASRV), das antrags- und genehmigungspflichtige Einreisen aus dem nichtsozialistischen Ausland erfasste, zugeführt. Das Rechenzentrum der Abteilung XIII des MfS unter Oberst Hartling begann Mitte 1983 mit der Speicherung der Antragsdaten, die in der Zentralstelle für die Bearbeitung von Reiseanträgen (ZBRA) des MdI erfasst und aufbereitet wurden.[325] Ebenfalls einbezogen wurden die Reisedaten aus dem Transitverkehr nach Drittstaaten aller Verkehrs-

---

319 Vgl. Übersicht HA VI/Linie VI; BStU, MfS, Arbeitsbereich Neiber 277, Bl. 77 f.

320 1987, im 750. Gründungsjahr Berlins, reisten laut MfS-Statistik rund 189 000 Personen über das Reisebüro der DDR und 35 800 Touristen über das Reisebüro der FDJ Jugendtourist in die DDR ein. Siehe auch Zahlenspiegel Bundesrepublik Deutschland/Deutsche Demokratische Republik. Ein Vergleich. Hg. v. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Bonn 1988, S. 128.

321 HA VI: Berichterstattung zum Thema Stand der Wirksamkeit der Sicherung von Gruppen des Polittourismus unter Einsatz des vorhandenen IM-Netzes, 14.11.1988; BStU, MfS, HA VI 8, Bl. 49–57, hier 49. Der Gesamtanteil von Polittouristen wurde 1986 mit etwa 35 % beziffert.

322 Vgl. Pohlmann: DDR-Zollorgane (Anm. 148), S. 20.

323 Vgl. Übersicht über die vorhandenen Reisedatenspeicher der HA VI; BStU, MfS, Arbeitsbereich Neiber 277, Bl. 56–58.

324 Vgl: HA VI: Berichterstattung zur Leiterberatung am 19.10.1983, 5.10.1983; BStU, MfS, HA VI 18, Bl. 513–522.

325 Ebenda.

träger. Dadurch konnten die Karteispeicher um circa 1,6 Millionen Dokumente pro Jahr entlastet werden. Das betraf auch den Reiseverkehr von ausländischen Diplomaten, wodurch jährlich circa 600 000 Karteikarten sowie weitere manuelle Prozesse entfielen.[326]

Am 1. Juli 1984 unterzeichneten das MfS und das MdI eine Rahmenvereinbarung über die Nutzung der EDV zur vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung des subversiven Missbrauchs des Ein- und Ausreiseverkehrs. Mit Beginn 1984 sollte die Erfassung von Reisedaten auf der Grundlage der Zählkarten erfolgen, die im Antrags-, Prüfungs- und Entscheidungsverfahren mittels EDV ausgedruckt wurden. Gleichzeitig suchte man nach Lösungswegen für die Einspeisung der Daten aller übrigen antragspflichtigen Einreisen, um sämtliche Einreisen aus dem nichtsozialistischen Ausland einschließlich West-Berlin im EDV-Projekt ASRV zu speichern. Reisedaten, die nicht dem aktuellen Speicherzeitraum entsprachen, sollten auf Mikrofilme abgesetzt werden. Außerdem sollte die Einbeziehung der Daten von DDR-Bürgern zu Ausreisen in das westliche Ausland einschließlich West-Berlin in die EDV-Speicher vorbereitet werden. Ziel war es, ein geschlossenes Informationssystem zum grenzüberschreitenden Reiseverkehr von und nach westlichen Staaten zu schaffen.[327]

Ebenfalls 1984 begann man gemeinsam mit dem Innenministerium, eine neue Personen- und Sachfahndungsdatenbank aufzubauen, die so genannte DVP-Fahndung[328], und die Siemens-Technik durch ESER-Technik[329] zu ersetzen. Die Umstellung auf allen Grenzübergangsstellen der DDR erfolgte im November 1986. Die Datenfernübertragung wurde wirksam.[330] Bis Ende 1987 wurden über 5,8 Millionen Datensätze aus den Datenträgern VTA (Voucher/Visum für einen Tagesaufenthalt), AE (Auskunftsersuchen zu Ausreise/Einreise), Diplomatenreiseverkehr, Militärtransit, Besatzerreiseverkehr und Kfz-Hinweise erfasst. In Arbeit waren das Zählkartenprojekt (Einreisen aus westlichen Staaten) und der Transit über Dritt-Staaten.[331] Im MdI wurde damit begonnen, das Informationssystem Reiseverkehr (ISR) durch Personalcomputer zu nutzen.

Am Bahnhof Berlin-Friedrichstraße plante man ab 1987 erstmals die Einführung einer rechnergestützten operativen Fahndung, die die manuelle Karteifahndung ablösen sollte.[332] Darin eingeschlossen waren die Antragstellung auf Einreise/Ausreise und Prüfung der Antragsdaten, die Kontrolle und Abfertigung einschließlich Fahndung und Filtrierung an der Grenzübergangsstelle sowie die Speicherung und Auswertung der Reisedaten. Durch eine ständige Aktualisierung der erforderlichen Dateien sollten die zur Fahndung ausgeschriebenen Grenzpassanten erkannt und festgelegte Maßnahmen signalisiert werden. Die Fahndungsergebnisse sollten erfasst und ein

---

[326] Vgl. Berichterstattung über die im Jahre 1983 erreichten Ergebnisse der Intensivierung und Rationalisierung der Arbeits- und Leitungsprozesse in der HA VI und auf Linie; BStU, MfS, HA VI 27, Bl. 135–141.

[327] Zur Umsetzung dieser Pläne siehe Jahresarbeitsplan der Abt. AGV für das Planjahr 1989; BStU, MfS, HA VI 63, Bl. 1 ff.

[328] Vgl. HA VI, Abt. XIII: Beschreibung der DVP F, 15.1.1988; ebenda, Bl. 168 ff.

[329] ESER: Einheitliches System Elektronischer Rechentechnik – von den Ostblockstaaten gemeinsam entwickeltes System, welches weitgehend kompatibel zu IBM-Großrechnersystemen war.

[330] Vgl. HA VI, Bereich Fahndung: Zuarbeit zur Kaderanalyse, 26.3.1987; HA VI 1337, S. 74 f.

[331] Vgl. HA VI, Abt. Datenerfassung: Zu einigen Fragen der Entwicklung der Datenerfassung 1987; BStU, MfS, HA VI 9, Bl. 64 ff., hier 77.

[332] Vgl. HA VI, Bereich Fahndung: Grundanforderungen an die Pilotlösung rechnergestützte operative Fahndung auf der Grenzübergangsstelle Bahnhof Friedrichstraße unter Beachtung der Komplexität des Gesamtprozesses der Kontrolle, Abfertigung und Fahndung des grenzüberschreitenden Verkehrs, 17.6.1987; BStU, MfS, HA VI 11788, Bl. 148–155.

Fahndungslagefilm geführt werden. Die fahndungsersuchende Diensteinheit des MfS konnte dann über das Fahndungsergebnis informiert werden. In einem zweiten Schritt sollten die übrigen Berliner Grenzübergangsstellen an dieses System angeschlossen werden.

Zur Ironie der Geschichte gehört, dass unmittelbar vor dem Fall der Mauer erstmals moderne Rechentechnik im Passkontrollprozess zum Einsatz kommen sollte. Das betraf die Funktionen Fahndungsrecherche, Visaausstellung, Statistik und Reisedatenerfassung mithilfe von Personalcomputern vom Typ EC 1834 und daran angeschlossene Schalterdrucker K 6316. Mit Wirkung vom 30.10.1989 sollten zunächst am Grenzübergang Drewitz acht der rechnergestützten Arbeitplätze eingerichtet werden.[333] Zwischen 1987 und 1990 plante man die Stilllegung der Rechenstation in der Rathausstraße in Berlin-Mitte und die Stationierung der EDV-Technik der HA VI und der Datenerfassungsstation in der Ferdinand-Schultze-Straße.

5.2 Die Hauptabteilung VI vor dem Mauerfall

Im Laufe des Jahres 1988 bis zum Frühjahr 1989 wurde die HA VI strukturell gestrafft und neu gegliedert, was mit einem partiellen Wechsel des Leitungspersonals einherging. Der Stellvertreterbereich unter Oberst Ziegenhorn wurde aufgelöst und seine Fachabteilungen anderen Bereichen zugeschlagen. Die Abteilungen Passkontrollregime/Kontrolltechnik und Technologie/Arbeitsorganisation wurden Ende 1988 in der Abteilung Passkontrolle vereinigt. Im Zuge der Umstrukturierung wurden diesem Stellvertreterbereich zusätzlich die Abteilung Schulung und Ausbildung, die Arbeitsgruppe Sicherheit und Terrorabwehr und der Bereich Fahndung unterstellt.

Das Gebiet Auslandstourismus kam mit dem Ausscheiden seines langjährigen Leiters Werner Ott[334] zum Abwehrbereich unter Günter Herfurth. Im April 1989 wurden die Operativ-Dienststelle Berlin (OPD) und die Abteilung 1 zusammengeführt und dem promovierten Juristen Bernd Richter unterstellt. Der bisherige Leiter der OPD, Hermann Kämpfe, wurde zum Leiter der Zoll-Abwehr ernannt. Ein neu geschaffener Stellvertreterbereich unter Jürgen Tauschke – bis dahin Leiter der Abteilung Zoll-Abwehr – fasste Aufgaben der materiellen Sicherstellung zusammen.

Die Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter der HA VI hatte sich in den achtziger Jahren trotz der zunehmenden Aufgabenstellungen für die Grenzkontrolleure nicht erhöht. Mit 2 232 im Jahre 1979 war der Höchststand erreicht worden. Mit einigen Schwankungen sank die Zahl bis Anfang 1989 auf 2 025. Hingegen stieg der IM-Bestand der HA VI in diesem Zeitraum von 568 auf 745.[335]

Die Überalterung des Leitungspersonals erleichterte es, frei werdende Stellen einzusparen. Hintergrund der Rationalisierungsbestrebungen war vermutlich auch das Bemühen, die zunehmenden Belastungen für die Linie VI infolge der ständig wachsenden Reise- und Touristenströme zu bewältigen, ohne dass dies zwangsläufig zu einer weiteren Personalaufstockung und Kostenexplosion führte. Einen Lösungsweg sah man in der künftigen Einführung einer rechnergestützten Passkontrolle, bei der die operative Fahndung mit entsprechender Fernsehfahndungstechnik und Datenfernübertragung zwischen den Fahndungsleitstellen und den Kontroll- und Abfertigungsberei-

---

333 BStU, MfS, HA VI 1679, Bl. 54.

334 Werner Ott, Jg. 1926, war seit 1953 im Bezirk Dresden in verschiedenen Funktionen beim Staatssicherheitsdienst tätig, bevor er 1970 nach Berlin kam. 1976 wurde er Leiter des Bereichs Auslandstourismus.

335 Zusammengestellt aus BStU, MfS, HA VI 2486, HA VI 2500 und HA VI 11117. Zahlen jeweils zum 31.12. des Jahres mit Ausnahme 1989 (Stichtag: 30.9.1989).

chen Grundlage und Ausgangspunkt sein sollte.[336] Parallel dazu war vorgesehen, die Aufzeichnungs- und Dokumentationstechnik sowie die Informationsspeicherung und -wiedergabe mithilfe der elektronischen Datenverarbeitung auf den neuesten technischen Stand zu bringen.

Die zunehmende Öffnung nach dem Westen, insbesondere durch die neuen Reisebestimmungen für DDR-Bürger in dringenden Familienangelegenheiten, verursachte eine Mehrbelastung jener Abteilungen, die in die Sicherheitsüberprüfungen der Antragsteller involviert waren. Im Zeitraum vom 1. Januar 1989 bis 30. September 1989 verzeichnete die HA VI 2,2 Millionen Privatreisen ins westliche Ausland. Für DDR-Bürger wurden insgesamt 3 756 769 Genehmigungen für Reisen nach dem westlichen Ausland und in andere Ostblockländer erteilt. Davon waren 192 963 Dienstreisen, 563 077 Touristenreisen und 3 000 729 Privatreisen.[337] Hinzu kamen 160 785 Anträge auf ständige Ausreise.[338]

Die Passkontrollkräfte bekamen als die letzten Außenposten besonders drastisch den zunehmend explosiven Druck im Innern der DDR in Form von gewaltsamen Grenzdurchbrüchen und verbalen Konfrontationen zu spüren. Abgelehnte Ausreiseantragsteller erschienen am Grenzübergang und verlangten Durchlass, sodass schließlich Sondereinheiten zum Abtransport der vorübergehend Festgenommenen gebildet werden mussten.[339] Nach dem Tod von Chris Gueffroy am 5. Februar 1989 wurde der Schießbefehl ausgesetzt und faktisch aufgehoben. Die mündliche Weisung des Chefs der Grenztruppen, Generaloberst Baumgarten, war am 3. April 1989 ergangen,[340] wurde allerdings erst zehn Tage später den PK-Leitern verbindlich übermittelt.[341]

Die MfS-Operativgruppen der HA VI in den anderen Ostblockländern standen dem dramatischen Ansteigen der Fluchtbewegung hilflos gegenüber.[342] Die Operativgruppenleiter hatten zunehmend Schwierigkeiten, die Partnerdienste »bei der Stange zu halten« und sie von der existenziellen Bedeutung der Fluchtproblematik für den ostdeutschen Staat zu überzeugen.[343]

Daneben wandte sich das MfS verstärkt anderen Aufgabenstellungen in diesen Ländern zu. Bereits 1988 hatte es Überlegungen gegeben, angesichts der »qualitativen Veränderungen der politisch-operativen Situation« die HA II (Spionageabwehr) zur federführenden Diensteinheit der Operativgruppen in der ČSSR, Ungarn und Bulgarien zu bestimmen.[344] Der Schwerpunkt der Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste verlagerte sich zunehmend auf die kooperative Bearbeitung spionageverdächtiger Personen aus dem westlichen Ausland, die Aufklärung von Geheimdienstagenturen in

---

336 Monatlich wurden im Jahre 1988 ca. 42 000 Fahndungen durchgeführt, von denen zwei Drittel auf die Berliner GÜST entfielen. Vgl. HA VI: Strategie der technischen und operativ-technischen Sicherstellung 2000, 2.9.1988, Entwurf; BStU, MfS, HA VI 1479, Bl. 2–12, hier 3.

337 Information über die Entwicklung und Lage auf dem Gebiet des Reiseverkehrs, der ständigen Ausreisen und des ungesetzlichen Verlassens der DDR (o. D.); BStU, MfS, ZAIG 7438, Bl. 77–88, hier 77.

338 Ebenda, Bl. 78.

339 Hertle, Hans-Hermann: Der Tag, an dem die Mauer fiel. In: DA 32(1999)5, S. 743–755, hier 753.

340 Vgl. Süß, Walter: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern. Hg. BStU. Berlin 1999, S. 148.

341 HA VI: Vermerk über eine Beratung mit den Stellvertretern Passkontrolle der Abteilungen VI der BV mit Staatsgrenze zur BRD und Westberlin, 13.4.1989; BStU, MfS, HA VI 137, Bl. 66 f.

342 Vgl. Tantzscher, Monika: Die letzten Grenzopfer. In: DA 32(1999)5, S. 729–743.

343 HA VI: Protokoll der Leiterberatung am 23.3.1988, 28.3.1988; BStU, MfS, HA VI 9, Bl. 207–220, hier 211.

344 Siehe Abt. X, Leiter: Vorschläge zur Überarbeitung der für den Einsatz und die Tätigkeit von Operativgruppen des Ministeriums für Staatssicherheit bei den Bruderorganen geltenden Richtlinien und Grundsätze, 1988; BStU, MfS, Abt. X 1415.

den westlichen Auslandsvertretungen und nicht zuletzt auch die Verhinderung von Asylflucht von DDR-Bürgern über diese Vertretungen.[345] Anfang 1989 wurde im MfS eine entsprechende Grundsatzentscheidung vorbereitet und am 14. Juli als Ministerbefehl herausgegeben.[346]

Die veränderten internationalen Rahmenbedingungen infolge der sowjetischen Reformpolitik eröffneten für die Ostblockländer einen wachsenden Freiraum und setzten einen unumkehrbaren Prozess der Liberalisierung in Gang, der auch die Gewährung von Freizügigkeit einschloss. Nach dem Beitritt Ungarns zur UNO-Flüchtlingskonvention im März 1989 legte die ungarische Seite der in Budapest agierenden Operativgruppe nahe, »nach Hause zu gehen«, da man nicht wisse, was wird.[347] Die Ersuchen des MfS um die Durchführung operativer Maßnahmen wurden von der Leitung des ungarischen Innenministeriums »mit wachsendem Ärgernis« aufgenommen.[348] Demgegenüber versicherte der ungarische Stellvertreter des Chefs der Grenze, Oberst Czugor, dem Stellvertreter der Konsularabteilung der DDR in Budapest, dass die ungarischen Grenzorgane weiterhin »vertragsgemäß illegale Grenzübertritte verhindern und gestellte Personen den zuständigen Organen der DDR überstellen werden«.[349] Obwohl am 2. Mai ungarische Grenzsoldaten damit begonnen hatten, mit Drahtscheren erste Löcher in den Grenzzaun zu Österreich zu schneiden, belegen die überlieferten Zahlenangaben der ersten MfS-Halbjahresbilanz 1989 über die Fluchtbewegung via Ostblockländer, dass die Grenzsicherungssysteme überwiegend noch funktionierten.[350]

Indes mehrten sich die Fälle von Asylflucht über westliche Botschaften.[351] Eine Änderung des Strafgesetzbuches der ČSSR, die im Mai 1989 durch die Nationalversammlung beschlossen werden sollte, sah eine Neudefinition des Tatbestands des illegalen Grenzübertritts vor. Zudem kündigte die ČSSR ihre Teilnahme am multilateralen Sicherungssystem im internationalen Zivilluftverkehr auf (vgl. Kap. 4.3), sodass die MfS-Operativgruppe der Passkontrolleinheit am Prager Flughafen ihre Arbeit einstellen musste.

Anfang August 1989 traten für Westberliner Erleichterungen im Reise- und Besucherverkehr mit Ost-Berlin und der DDR in Kraft. Inhaber von Mehrfachberechtigungsscheinen für Tagesbesuche erhielten die Einreiseerlaubnis direkt an den GÜST. Damit entfiel der Umweg über ein Besucherbüro in West-Berlin.

---

345 Vgl. HA VI, Leiter: Bericht über die Beratung mit dem Stellvertreter des Ministers des Innern der Volksrepublik Bulgarien und Leiter der II. Hauptverwaltung, Genossen Generalleutnant Anatschkow, vom 8. bis 11.4.1985, 15.4.1985; BStU, MfS, Abt. X 213, Bl. 433–444.

346 Vgl. Befehl Nr. 13/89 des Ministers v. 14.7.1989 über den Einsatz, die Führung und Leitung der Operativgruppen/Verbindungsoffiziere des Ministeriums für Staatssicherheit bei befreundeten ausländischen Sicherheitsorganen; BStU, MfS, BdL/Dok. 00783.

347 Schreiben der OPG des MfS in der UVR vom 20.3.1989 an den Stellvertreter Operativ der HA VI, Oberst Herfurth; BStU, MfS, Abt. X 61, Bl. 29–31.

348 Ebenda.

349 Botschaft der DDR, Konsularabteilung: Vermerk über ein Gespräch mit dem Leiter der HA Konsularische Angelegenheiten im MfAA der UVR, Sztankovics, am 21.3.1989; BStU, MfS, Abt. X 9, Bl. 156–160, hier 160.

350 Danach war in den ersten sechs Monaten zwar 203 Personen die Flucht gelungen – darunter 152 über Ungarn und 35 über die ČSSR –, jedoch 677 Fluchtwillige gerieten in die Fänge der »befreundeten Sicherheitsorgane« mit anschließender Auslieferung an das MfS. Vgl. Information über die Lage und Entwicklungstendenzen der ständigen Ausreise von Bürgern der DDR nach der BRD und Westberlin sowie des ungesetzlichen Verlassens der DDR in der Zeit vom 1.1. bis 30.6.1989, Juli 1989; BStU, MfS, ZAIG 5773.

351 298 DDR-Bürger hatten zwischen Januar und Mai versucht, die Ausreise über die bundesdeutsche Botschaft in Prag zu erzwingen.

Am 16. August 1989 fand in der Abteilung für Sicherheitsfragen beim ZK der SED eine Beratung über Veränderungen im System des Antrags-, Prüfungs- und Entscheidungsverfahrens (APEV) für Privatreisen von DDR-Bürgern nach sozialistischen und westlichen Staaten statt.[352] Ziel war die Reduzierung des administrativen Aufwands bei der Erteilung von Reisegenehmigungen. Außerdem sollten unter Zugrundelegung der Festlegungen der KSZE-Folgekonferenz in Wien Varianten über die Erweiterung des Reiseverkehrs erarbeitet werden. Unter der Federführung des Ministers des Innern wurden Arbeitsgruppen aus Mitarbeitern des MdI und des MfS gebildet, die dem Politbüro bis zum 27. Oktober 1989 den Entwurf eines neuen Reisegesetzes vorlegen sollten. Das schloss auch eine Neufassung des § 213 StGB (ungesetzlicher Grenzübertritt) ein.[353]

Am 10. September 1989 erfolgte die Öffnung der Grenzen durch Ungarn, das damit den Anstoß zum Zerfall der einstigen sozialistischen Staatengemeinschaft gab. Auf einer Sitzung in der Grenzstadt Sopron beschloss der ungarische Verteidigungsausschuss des Parlaments am 1. Oktober 1989 den Abbau des elektronischen Grenzzauns. Gleichzeitig billigte das Parlament den Beschluss der Regierung über die Ausreise der DDR-Bürger, die zu Tausenden auf eine Gelegenheit warteten, in den Westen zu fliehen, und setzte damit die Artikel 6 und 8 des bilateralen Abkommens zwischen der DDR und Ungarn über den visafreien Reiseverkehr vom 20. Juni 1969 außer Kraft.

Am 25. Oktober 1989 meldete Oberst Rudi Ziegenhorn, seit Juli 1. Stellvertreter des Leiters der HA VI und Leiter der Passkontrolle, einen zusätzlichen Kräftebedarf für die ihm unterstehenden GÜST an.[354] Angesichts des stetig ansteigenden Verkehrsaufkommens, der vorgesehenen Zulassung der Grenzübergangsstellen für alle Verkehrskategorien und vor allem der Konsequenzen, die sich aus dem geplanten Reisegesetz ergeben würden, beantragte er zusätzlich 450 Mitarbeiter. Sie sollten von anderen MfS-Diensteinheiten, denen entsprechende Auflagen erteilt wurden, abkommandiert werden.

Der neue Reisegesetzentwurf wurde am 6. November in der Presse veröffentlicht, stieß aber wiederum auf die Ablehnung der Bevölkerung.[355] Am 7. November trat die Regierung der DDR geschlossen zurück.

Zu diesem Zeitpunkt befasste sich der Leiter der HA II, Günther Kratsch, mit der Neubesetzung der Leitungspositionen in den Operativgruppen durch Offiziere der Spionageabwehr. Ab 15. November 1989 sollte in der ČSSR Oberstleutnant Dietrich Krause durch Hans Gottschling abgelöst werden, während in Ungarn Günter Fiedler die Stelle von Major Lothar Stritzke und in Bulgarien Oberst Herbert Heckerodt die Stelle von Heinz Weller einnehmen sollten.[356] Die bislang von der Linie VI wahrgenommenen Funktionen in den Operativgruppen sollten sich alsbald mit dem Fall der Berliner Mauer erübrigen.

---

352 ZAIG: Vermerk, 17.8.1989; BStU, MfS, ZAIG 7438, Bl. 1–3.

353 Vgl. Entwurf Vorlage für das Politbüro des ZK der SED (o. D.); BStU, MfS, ZAIG 7438, Bl. 73–76; siehe auch Süß: Staatssicherheit am Ende (Anm. 340), S. 418 ff.

354 HA VI, 1. Stellvertreter des Leiters: Kräftebedarf der Passkontrolleinheiten an den Grenzübergangsstellen der Staatsgrenze Berlin, 25.10.1989; BStU, MfS, HA VI 1676, Bl. 1.

355 Vgl. Süß: Staatssicherheit am Ende (Anm. 340), S. 414 ff.

356 HA II, Leiter: Neubesetzung der Leiter der Operativgruppen des MfS, 7.11.1989; BStU, MfS, Abt. X 1416.

5.3 Grenzöffnung und Wandlungsprozesse in der Hauptabteilung VI bis zur Auflösung

Aufgrund der zentralen Rolle einzelner Akteure der HA VI bei der Grenzöffnung ist eine etwas detailliertere Darlegung der Umstände unumgänglich. Am 9. November legten die mit der Ausarbeitung einer Ausreiseverordnung beauftragten vier Obristen des MfS und des MdI einen Entwurf vor, der gleichzeitig mit der Ausreise auch Privatreisen regelte. Politbüro, Ministerrat und Zentralkomitee stimmten dem Entwurf zu.[357] Gerhard Niebling, seit 1983 Leiter der ZKG zur Koordinierung des Umgangs mit Übersiedlungen und Bekämpfung von Republikflucht, setzte sich umgehend mit dem Leiter der HA VI in Verbindung, um eine entsprechende Dienstanweisung in die Wege zu leiten, die jedoch nach dem Auftritt des Politbüromitglieds Günter Schabowski auf der abendlichen Pressekonferenz und den anschließenden westlichen Nachrichtensendungen gegenstandslos wurde. Tausende Berliner brachen spontan in Richtung Grenzübergangsstellen auf. Die dramatischen Lagemeldungen der Grenzkontrolleure blieben bekanntlich ohne Resonanz, da die Spitze der Führungspyramide bis hin zum Ministerium für Nationale Verteidigung nicht erreichbar war bzw. sich als handlungsunfähig erwies.

Um 19.30 Uhr war in der HA VI Alarm ausgelöst worden. Während sich die Lage an den Grenzübergangsstellen zuspitzte, berief Fiedler seine Stellvertreter und die Leiter der Passkontrolleinheiten zu 21 Uhr in den Dienstsitz Berlin Treptow/Schnellerstraße zu einer Besprechung ein.[358] Doch die Beratung endete, ohne dass konkrete Weisungen oder Befehle erteilt wurden. Die Grenztruppen verharrten in der gleichen Ungewissheit. So fiel die Entscheidung über die Öffnung des ersten Grenzübergangs in die Verantwortung untergeordneter Führungsebenen.[359] Kurz nach Mitternacht waren alle Grenzübergänge in der Innenstadt und bis 1.00 Uhr auch am Außenring sowie an der Grenze zur Bundesrepublik geöffnet. Die Passkontrolleinheiten erhielten die Genehmigung, bis zum 10. November 8.00 Uhr Bürger der DDR nur mit Personalausweis die Grenze zu West-Berlin passieren zu lassen.

Seit Mitternacht galt erhöhte Gefechtsbereitschaft für das Grenzkommando Mitte, und am Mittag des 10. November wurden die 1. Motorisierte Schützendivision und das Luftsturmregiment-40 in erhöhte Gefechtsbereitschaft versetzt.[360] Um die Kontrolle über die Grenze zurückzugewinnen, wurden am Morgen des 10. November zivile Maßnahmen wie die Erteilung von Reisevisa direkt an den GÜST beschlossen; auch wurde die Öffnung neuer GÜST vorbereitet, um die Reiseströme auseinander zu ziehen. Am 10. November öffneten die GÜST Glienicker Brücke und Mahlow, tags darauf drei weitere: die GÜST Eberswalder Straße, U-Bahnhof Jannowitzbrücke und Puschkinallee. Am 12. November wurde die GÜST Potsdamer Platz eingeweiht, gefolgt von der Eröffnung der GÜST Wollankstraße und Stubenrauchstraße.

Am 10. November war Erich Mielke aus dem ZK der SED ausgeschlossen worden. Zwei Tage später gab er seine »Schlussvorstellung«, als er vor der Volkskammer

---

357 Vgl. Hertle, Hans-Hermann: Der Fall der Mauer aus der Sicht der NVA und der Grenztruppen der DDR. In: Berliner Arbeitshefte und Berichte zur Sozialwissenschaftlichen Forschung Nr. 99, FU Berlin, S. 5 ff.

358 Vgl. Ders.: Der Tag, an dem die Mauer fiel (Anm. 339), S. 750.

359 Vgl. Ders.: Schabowskis Zettel. Zur politischen Chronologie des Mauerfalls. In: Der Fall der Mauer. Das ungeklärte Mysterium. Potsdam 1997, S. 24 f.; siehe auch 9. November 1989. Nachbetrachtung zur Grenzöffnung. Hg. v. Brandenburger Verein für politische Bildung »Rosa Luxemburg«. Potsdam 1994, S. 14.

360 Vgl. Ders.: Der Tag, an dem die Mauer fiel (Anm. 339), S. 8.

das erste Mal Rede und Antwort stehen musste. Im Zuge der am gleichen Tage erfolgten Regierungsumbildung kündigte der neue Ministerpräsident Modrow die Abschaffung des MfS an. Das Kollegium des MfS schlug daraufhin am 15. November vor, das Ministerium in ein Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) umzuwandeln. Modrow griff den Vorschlag auf und teilte am 17. November 1989 vor der DDR-Volkskammer den Beschluss mit.

Der Kräftebedarf an den innerstädtischen GÜST stieg inzwischen mit jedem neu eröffneten Übergang und wurde von der HA VI schließlich mit 2 700 Mitarbeitern veranschlagt.[361] Täglich passierten um die 100 000 Personen die GÜST Bahnhof Friedrichstraße, 75 000 Personen die GÜST Bornholmer Straße und 70 000 Personen die GÜST Oberbaumbrücke.[362] Auf der Grundlage der von der Volkspolizei erteilten Visa hatten bis zum 20. November 1989 insgesamt 10 299 107 DDR-Bürger als Privatreisende die Grenze überquert.[363] Bis Mitte Dezember standen in Berlin 13 innerstädtische Grenzübergänge für den Personenverkehr offen, neun weitere waren um den Berliner Ring geöffnet.

Währenddessen versuchten auch die übrigen Arbeitsbereiche der Linie VI sich den neuen Gegebenheiten anzupassen. Um die drei »Säulen« Antrags- und Genehmigungsverfahren – Passkontrolle – Reisedatenbank zusammenzuführen, wurde in einem Arbeitspapier vom 27. November 1989 der Vorschlag unterbreitet, im Bereich Passkontrolle ein eigenständiges Rechenzentrum zu schaffen.[364] Trotz der veränderten Lagebedingungen sollten die Prüfung bestimmter Einreiseersuchen – insbesondere aus NATO-Staaten –, die Grenzfahndung und die Speicherung ausgewählter Reisedaten beibehalten werden. Die Operativgruppen in Ungarn, der ČSSR und Bulgarien wurden von der HA II (Spionageabwehr) übernommen.

Am 21. November führte Modrow Generalleutnant Schwanitz in sein neues Amt als Leiter des AfNS ein.[365] Bei dieser Gelegenheit bedankte Schwanitz sich für die schnelle Bereitstellung von Mitarbeitern für die Linie VI durch andere Diensteinheiten des MfS und stellte eine weitere Verstärkung in Aussicht. Eine Woche später berichteten der Leiter der Zollverwaltung, Chefinspekteur Gerhard Stauch, und der Chef der Grenztruppen, Generaloberst Klaus-Dieter Baumgarten, vor dem Verteidigungsausschuss der Volkskammer über ihre Tätigkeitsfelder und beantragten eine personelle Aufstockung. Besprochen wurde dabei auch die Notwendigkeit einer durchgehenden Devisen- und Zollkontrolle im Interesse der DDR-Wirtschaft. Die Grenztruppen erhöhten die Anzahl der Kontrollkräfte. Die bisherige Praxis bei der Abfertigung des Transitverkehrs von und nach Berlin wurde beibehalten, ebenso wie die bestehenden Kontrollordnungen zur Aufrechterhaltung der Pass- und Visahoheit der DDR. Einreisesperren sollten jedoch nur noch nach streng eingegrenzten Kriterien erteilt werden. Fahndungen zur Durchführung von Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen waren beispielsweise durchzuführen, wenn der begründete Verdacht vorlag auf

»– Angriffe auf die verfassungsmäßigen Grundlagen der DDR;
– die Vorbereitung und Durchführung terroristischer Gewaltakte;

---

361 Vgl. Übersicht zum Kräftebedarf an den Grenzübergangsstellen; BStU, MfS, HA VI 1676, Bl. 8.

362 Geschke, Heinz: Die Entwicklung der Lage im Bereich des Grenzkommandos Mitte. In: Der Fall der Mauer – das ungeklärte Mysterium. Hg. v. Brandenburger Verein für politische Bildung »Rosa Luxemburg«. Potsdam 1997, S. 52.

363 Vgl. 9. November (Anm. 359), S. 29.

364 HA VI, Referat EP: EDV im künftigen Arbeitsbereich Passkontrolle, 27.11.1989; BStU, MfS, HA VI 1479, Bl. 52 f.

365 Vgl. Dienstbesprechung v. 21.11.1989; BStU, MfS, ZAIG 4886, Bl. 1–68.

- die Inspirierung und Organisierung neofaschistischer bzw. antisemitischer oder anderer ausländerfeindlicher Aktivitäten;
- die Begehung von Straftaten, insbesondere gegen das Leben und die Gesundheit der Bürger, einschließlich des organisierten Suchtmittelhandels;
- Straftaten gegen die Volkswirtschaft und den Außenhandel sowie des banden mäßigen Schmuggels und der Spekulation.«[366]

Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen bei Persönlichkeiten der Öffentlichkeit aus westlichen Ländern einschließlich West-Berlin sollten nur noch in begründeten Ausnahmefällen durchgeführt und Sonderfahndungen generell gelöscht werden.

Eine vorläufige Melde- und Berichtsordnung (MBO)[367] sowie eine vorläufige Grenzfahndungsordnung[368] wurden erarbeitet, die Anfang Januar 1990 in Kraft treten sollten. Die MBO regelte an erster Stelle Sofortmeldungen an das Lagezentrum des Arbeitsbereichs Passkontrolle und Fahndung im Falle von Terror- und anderen bedeutsamen Gewaltakten, bei Ein- und Ausreisen von Persönlichkeiten des politischen und öffentlichen Lebens sowie Vorkommnissen mit Diplomaten. In der »Vorläufigen Ordnung für die Leitung, Ordnung und Durchführung der Fahndung im grenzüberschreitenden Reiseverkehr« hatte der Schwerpunkt künftig auf der »Bekämpfung krimineller Delikte, des Schmuggels und der Spekulation« zu liegen.[369] Die Erfassung von Mindestangaben über den grenzüberschreitenden Personen- und Kfz-Verkehr sollte lediglich den Informationsbedarf der PKE zur Kräfteeinsatzplanung decken und die Grundlage für »zentrale Aussagen« bilden.

Mit dem Rücktritt des Kollegiums des MfS als der Kerngruppe der alten Generalität[370] wurde mit Wirkung vom 6. Dezember auch Generalleutnant Gerhard Neiber, Stellvertreter des Leiters des AfNS und ehemals auch für die HA VI zuständig, aus dem aktiven Dienst beurlaubt.[371] Am 14. Dezember 1989 fasste die Regierung Modrow den Beschluss, das AfNS aufzulösen und dafür ein Verfassungsschutzorgan und einen Nachrichtendienst zu bilden. Als Endtermin wurde der 20. Juni 1990 bestimmt. Ebenfalls am 14. Dezember erging der Beschluss, die Aufgaben der Passkontrolle und Fahndung mit Wirkung vom 1. Januar 1990 auf die Grenztruppen zu übertragen.[372] Mit Befehl Nr. 144/89 des Ministers für Nationale Verteidigung wurde die HA VI aufgelöst. Ihre Dienstobjekte übernahm das MfNV. Per Anordnung Nr. 01/90 des Chefs der Grenztruppen wurde eine Kommission gebildet, die die Übernahme und die Bildung neuer Strukturen der Passkontrolle unter Kontrolle der örtlichen Bürgerkomitees anleitete.

Noch am 12. Dezember war die Abteilung Wirtschaft der HA VI von der Versorgung von circa 3 500 Angehörigen der Passkontrolle und 3 000 Angehörigen der Zollverwaltung im Berliner Raum ausgegangen.[373] Im Hinblick auf die Übernahme durch die Grenztruppen entwickelten die Bereiche Passkontrolle/Operative Technik, Recherche Reiseverkehr, Datenerfassung und Antrags- und Genehmigungsverfahren

---

366 Ministerrat der DDR, AfNS: Anweisung von Generalleutnant Schwanitz an die Leiter der Diensteinheiten (o. D.); BStU, MfS, HA VI 1478, Bl. 174–176.

367 BStU, MfS, HA VI 1670, Bl. 1–6.

368 Ebenda, Bl. 7–16.

369 Ebenda, Bl. 8 ff.

370 Vgl. Süß: Staatssicherheit am Ende (Anm. 340), S. 637.

371 Befehl K 4896/89 v. 6.12.1989, BdL/349/89; BStU, MfS, BdL/Dok. 009033.

372 Siehe hierzu Gill, David; Schröter, Ulrich: Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums. Berlin 1991, S. 177 ff.

373 HA VI, Abt. Wirtschaft, 12.12.1989; BStU, MfS, HA VI 1673, Bl. 1–3.

perspektivische Aufgabenstellungen und Strukturvorschläge für ihre künftige Tätigkeit.[374]

Bei einem Treffen von Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Modrow am 19. Dezember 1989 einigte man sich darauf, dass eine Vertragsgemeinschaft beider deutscher Staaten angestrebt werden sollte. Dazu gehörte, ab 24. Dezember 1989 mit dem visafreien Verkehr in die DDR für Bundesbürger zu beginnen.

Mit Auflösung der HA VI schied auch ihr langjähriger Leiter Günter Fiedler ab Januar 1990 aus dem Dienst. Knapp vier Jahre später, am 1. Dezember 1993, wurde er wegen des Verdachts der gemeinschaftlichen Anstiftung zum Mord verhaftet und beging später Selbstmord in der Untersuchungshaft.

Bis zum 31. Dezember 1989 hatte sich die Anzahl der Grenzkontrolleure durch Ergänzungen aus dem AfNS und den Bezirksverwaltungen auf 11 901 Mitarbeiter erhöht, die an nunmehr 176 Grenzübergangsstellen ihren Dienst versahen.[375] Die Mitarbeiter der Passkontrolleinheiten wurden etappenweise entlassen und zum überwiegenden Teil bei den Grenztruppen wieder eingestellt.[376] Da die Grenztruppen erst allmählich eigene Kräfte für die Erfüllung der spezifischen Aufgaben an den Grenzübergangsstellen, Flughäfen und Seehäfen vorbereiten konnten, standen – laut MfS-Unterlagen – am 1. März 1990 noch 6 566 ehemalige Mitarbeiter des AfNS in einem Dienstverhältnis der Grenztruppen, davon 2 394 Offiziere, 3 041 Fähnriche und 1 131 Berufsunteroffiziere.[377] Allerdings bekleideten sie keine leitenden Funktionen und waren auch nicht als geschlossene Struktureinheiten übernommen worden.

Am 11. Januar 1990 wurde ein neues Reisegesetz verabschiedet, das allen Bürgern Reisefreiheit zusicherte. Zwei Tage später entschied der Ministerrat über die endgültige Auflösung des DDR-Staatssicherheitsdienstes, nachdem alle Versuche gescheitert waren, die geplanten Nachfolgeeinrichtungen des MfS/AfNS zu retten. Die Entlassung aller Mitarbeiter aus dem Dienstverhältnis erfolgte bis zum 31. März. Jedoch wurden die Angehörigen der PKE ab 1. April 1990 als Passkontrolleure reaktiviert und am 20. April gemeinsam mit den Angehörigen der Grenztruppen per Befehl des Ministers für Abrüstung und Verteidigung neu vereidigt.

Am 1. Juni 1990 unterzeichneten Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und DDR-Innenminister Peter Michael Diestel ein Abkommen über die Aufhebung der Personenkontrollen an der innerdeutschen Grenze, das gleichzeitig die Zusammenarbeit der Polizeivollzugs- und Zollbeamten und die Zusammenarbeit bei der Fahndung regelte.[378] Mit dem Inkrafttreten des Staatsvertrages zwischen der DDR und der Bundesrepublik und der Herstellung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion am 30. Juni 1990 entfiel endgültig jede Art von innerdeutscher Grenzkontrolle. Die inzwischen 53 Grenzübergänge im Raum Berlin wurden geschlossen.

---

374 Arbeitsbereich Passkontrolle, Abt. Operative Technik: Aufgabenstellungen auf operativ-technischem Gebiet für den Arbeitsbereich Passkontrolle, 14.12.1989, und Perspektivische Aufgabenstellungen der Abt. Recherche RV, Datenerfassung und AGV für die Speicherung und Auswertung von Daten des grenzüberschreitenden Verkehrs, 15.12.1989; BStU, MfS, HA VI 1673, Bl. 4–7 u. 8–14.

375 Vgl. Gill; Schröter: Das Ministerium für Staatssicherheit (Anm. 372), S. 215.

376 Vgl. Arbeitsbereich Passkontrolle: Maßnahmen zur finanztechnischen Überführung der Angehörigen des Arbeitsbereichs Passkontrolle zu den Grenztruppen der DDR, 26.1.1990; BStU, MfS, HA VI 1426, Bl. 243 f.

377 Vgl. Gill; Schröter: Das Ministerium für Staatssicherheit (Anm. 372), S. 215.

378 Vgl. Walter, Bernd: Zwischen Vergangenheitsbewältigung und historischer Notwendigkeit. Der Aufbau des Bundesgrenzschutzes Ost. In: DA (2000)6, S. 961 ff.

Nach Auflösung der Grenztruppen per Befehl Nr. 49/90 des Ministers für Abrüstung und Verteidigung vom 21.9.1990[379] gliederte der Bundesminister des Innern die ehemalige Grenzschutzorganisation der DDR am 3. Oktober 1990 in den Bundesgrenzschutz ein. Alle vor der Vereinigung getroffenen Personalentscheidungen wurden auf Veranlassung des Bundesministers des Innern einer Überprüfung unterzogen, in deren Ergebnis bis Jahresende 1991 etwa zwei Drittel der übernommenen Mitarbeiter der früheren Passkontrolleinheiten fristlos gekündigt wurden.

[379] Vgl. Baumgarten, Klaus-Dieter: Die Entwicklung der Grenzsicherung und der Grenztruppen an der Staatsgrenze zur BRD und zu Berlin (West) 1961–1990. In: Ders.; Freitag, Peter (Hg.): Die Grenzen der DDR. Berlin 2004, S. 268.

Anhang

Verzeichnis der Strukturschemata

Tabellenverzeichnis

Tabelle 8: Hauptamtliche Mitarbeiter der Linie VI 1970 bis 1989[380]

Jahr	Linie VI insgesamt	MA der HA	MA der BV	proz. Anteil der BV
1970	k. A.	1 299	k. A.	k. A.
1971	k. A.	1 349	k. A.	k. A.
1972	5 717	1 720	3 997	70
1973	6 367	1 909	4 458	70
1974	6 498	1 953	4 545	70
1975	6 710	1 982	4 728	70
1976	7 023	2 105	4 918	70
1977	6 994	2 153	4 841	69
1978	7 029	2 171	4 858	69
1979	7 137	2 232	4 905	69
1980	7 145	2 176	4 969	70
1981	7 199	2 113	5 086	71
1982	7 305	2 074	5 231	72
1983	7 319	2 074	5 245	72
1984	7 274	2 070	5 204	72
1985	7 304	2 077	5 227	72
1986	7 503	2 134	5 369	72
1987	7 625	2 155	5 470	72
1988	7 739	2 158	5 581	72
1989	7 667	2 025	5 642	74

Tabelle 9: Dienstobjekte der Hauptabteilung VI und von ihr genutzte Einrichtungen in Ost-Berlin[381]

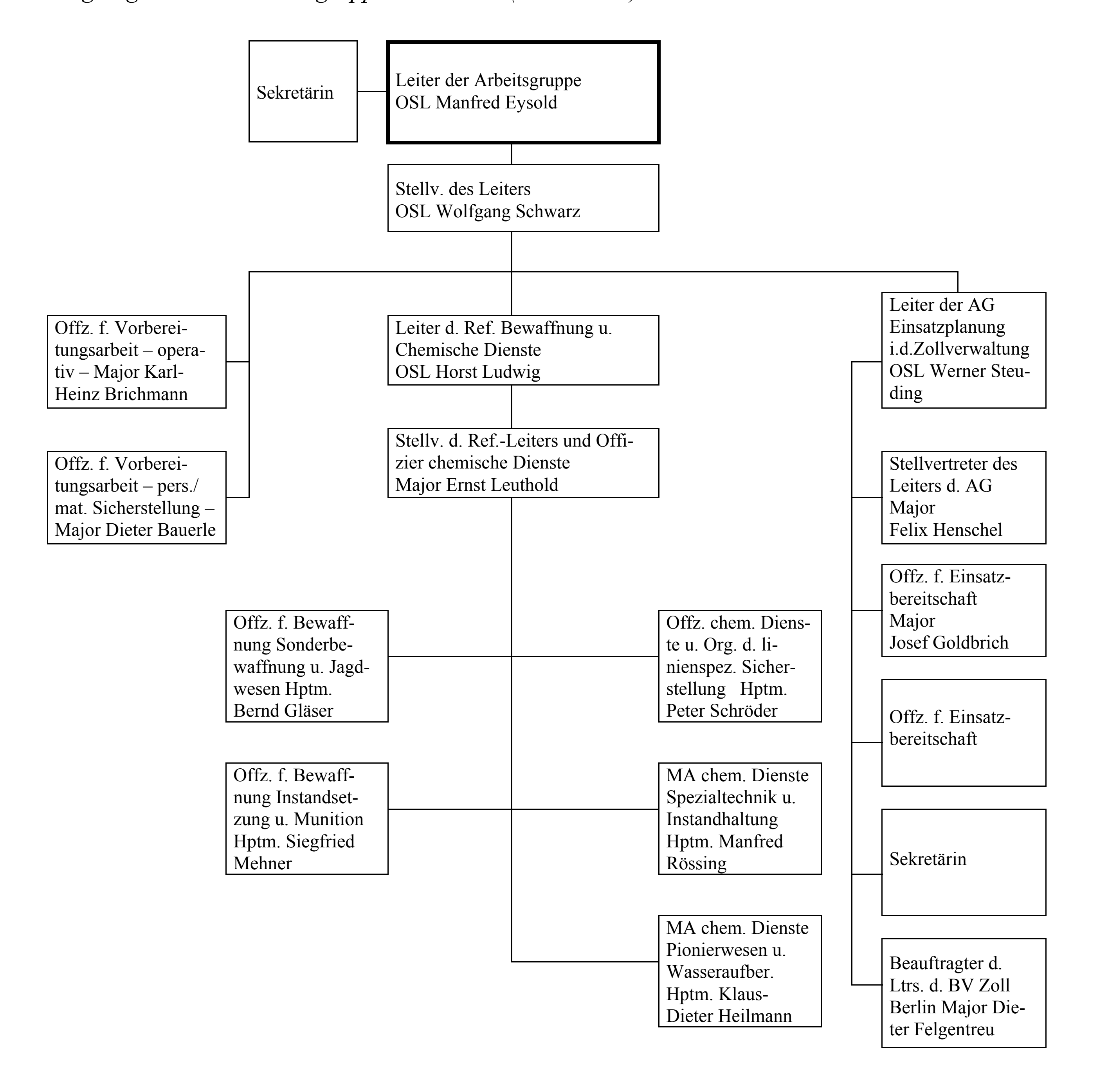
1. Schnellerstraße: Leiter der Hauptabteilung, Sekretär der Parteiorganisation der HA VI, Diensteinheiten der HA VI
2. Weidendamm: Operativ-Dienststelle Berlin (OPD), Abteilung Operative Technik
3. Ferdinand-Schultze-Straße: Stellvertreter des Leiters, Abteilung Objektsicherung und Tourismus, Abteilung Speicherführung, Abteilung Schulung und Ausbildung, Wach- und Sicherungseinheit, Diensträume der Abteilung Passkontrollregime und Kontrolltechnik
4. Dresdener Straße: Diensträume der Abteilung Operative Technik
5. Grellstraße/Hauptverwaltung der Zollverwaltung der DDR – 6. Etage: Abteilung Zoll-Abwehr
6. Rathausstraße, Hochhaus/Ministerium für Gesundheitswesen – 13. und 14. Etage: Abteilung Antrags- und Genehmigungsverfahren, Abteilung Elektronische Datenverarbeitung (EDV)
7. Siegfriedstraße/Staatliche Plankommission – 5. Etage: Diensträume der Abteilung EDV

---

380 Berechnet nach den Kaderbestandsmeldungen der Bezirksverwaltungen 1972 bis 1989; BStU, MfS, HA KuSch, Abt. Plg. 9 (unerschlossenes Material); die Mitarbeiter der Hauptabteilung nach Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. 4), Beilage.

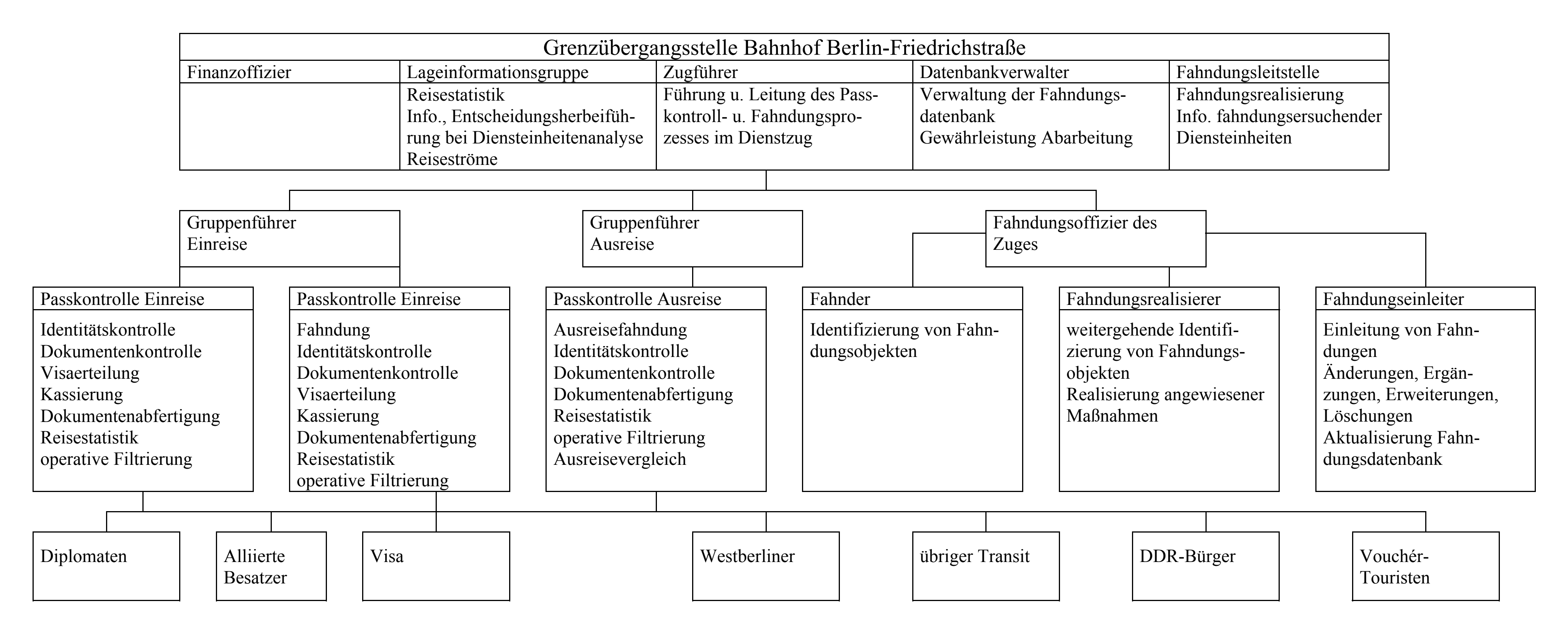
381 Aus Übersicht HA VI/Linie VI; BStU, MfS, Arbeitsbereich Neiber 277, Bl. 102.

Organigramm 11: Arbeitsgruppe des Leiters (Stand 1988)[382]



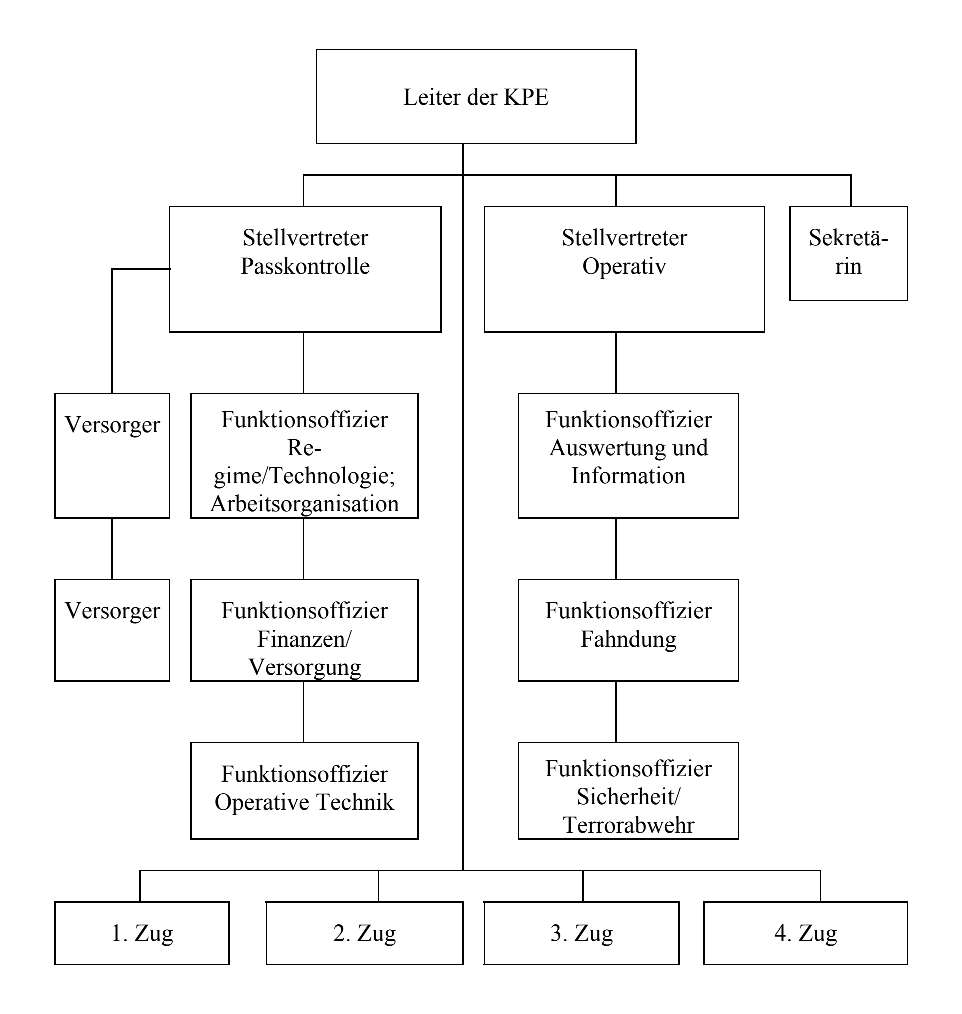
[382] BStU, MfS, HA VI 1468, Bl. 29.

Organigramm 12: Aufgaben und Funktionen der PKE am Beispiel der GÜST Bahnhof Berlin-Friedrichstraße[383]



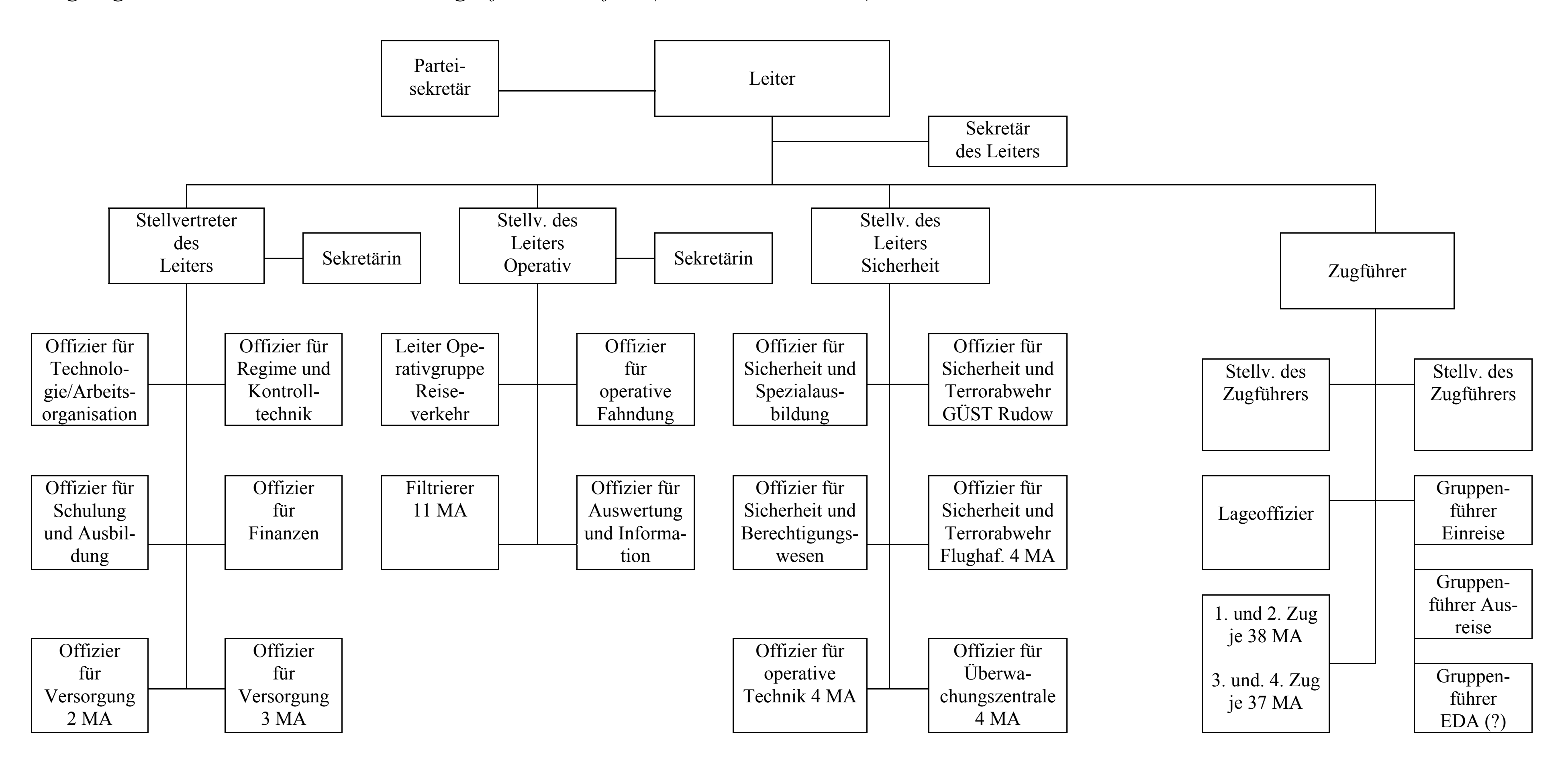
383 BStU, MfS, HA VI 1679, Bl. 37.

Organigramm 13: Struktur der PKE Friedrich-/Zimmerstraße[384]



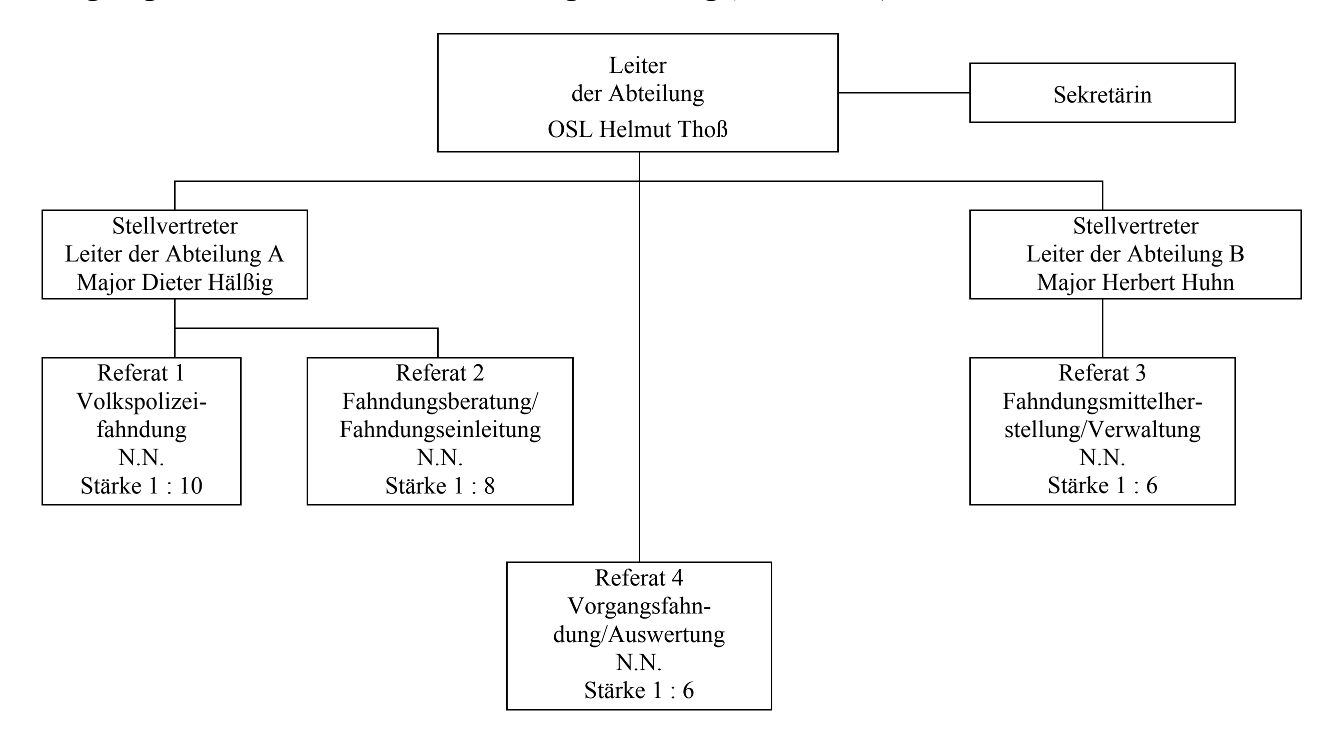
[384] BStU, MfS, HA VI 57, Bl. 57.

Organigramm 14: Struktur der PKE Flughafen Schönefeld (Stand Februar 1989)[385]

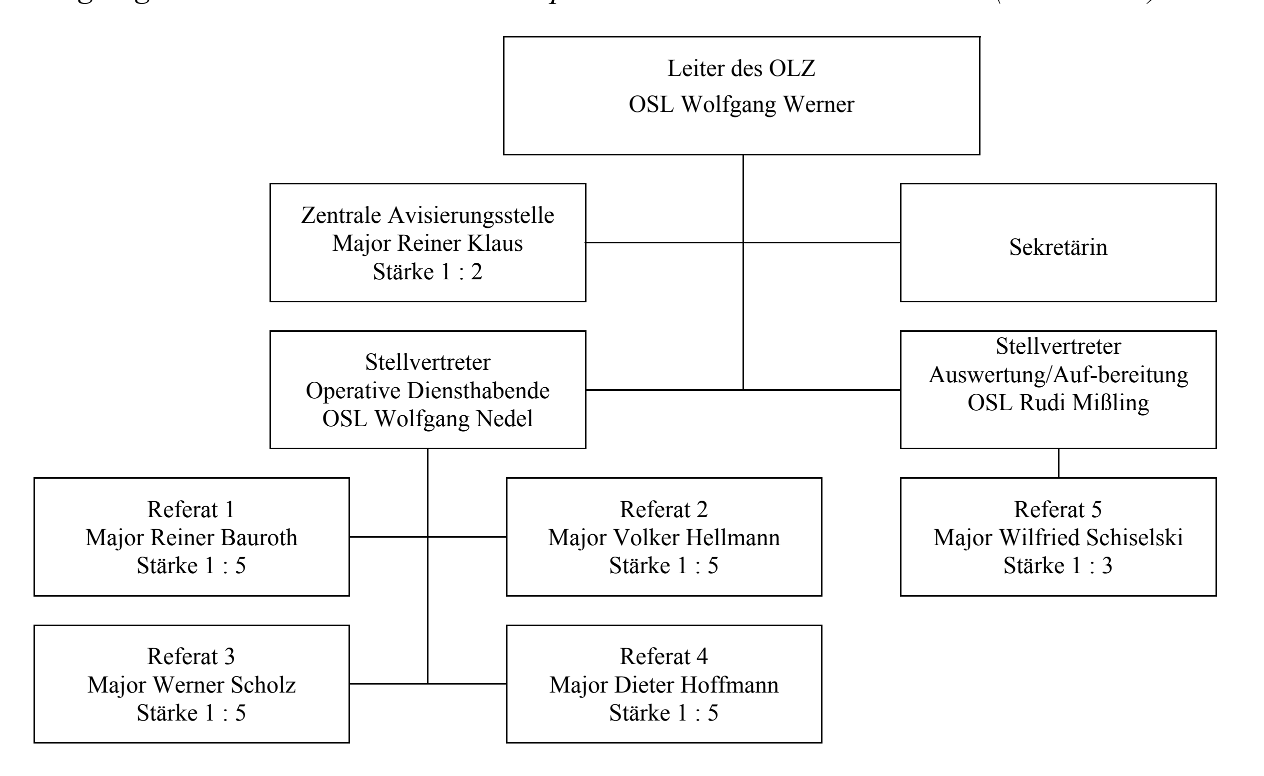


385 BStU, MfS, HA VI 57, Bl. 135.

Organigramm 15: Struktur der Abteilung Fahndung (Stand 1989)[386]

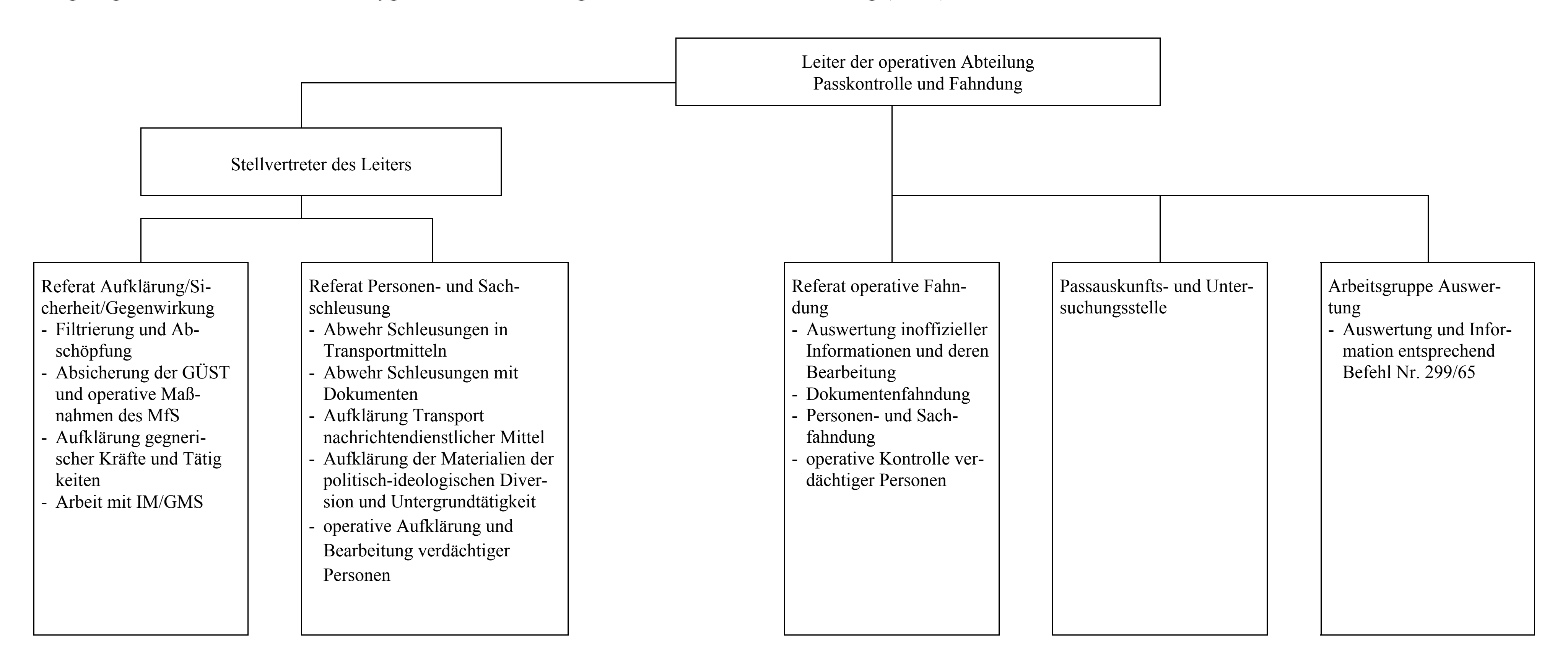


Organigramm 16: Grundstruktur des Operativen Leitzentrums der HA VI (Stand 1989)[387]



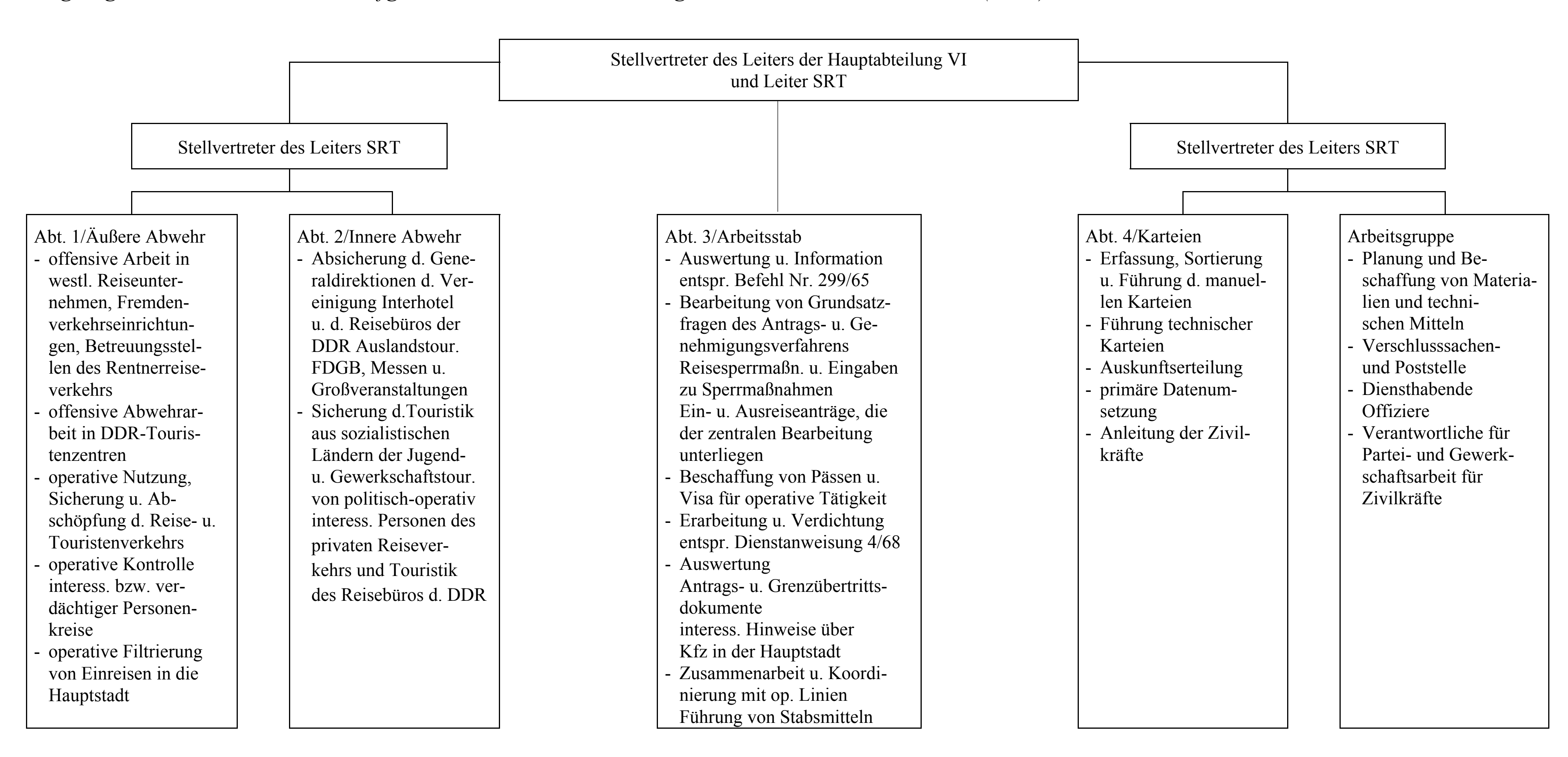
386 BStU, MfS, HA VI 11559, Bl. 37; Personal aus verschiedenen Quellen.
387 Ebenda, Bl. 52; Personal aus verschiedenen Quellen.

Organigramm 17: Struktur und Aufgaben der Abteilung Passkontrolle und Fahndung (1970)[388]



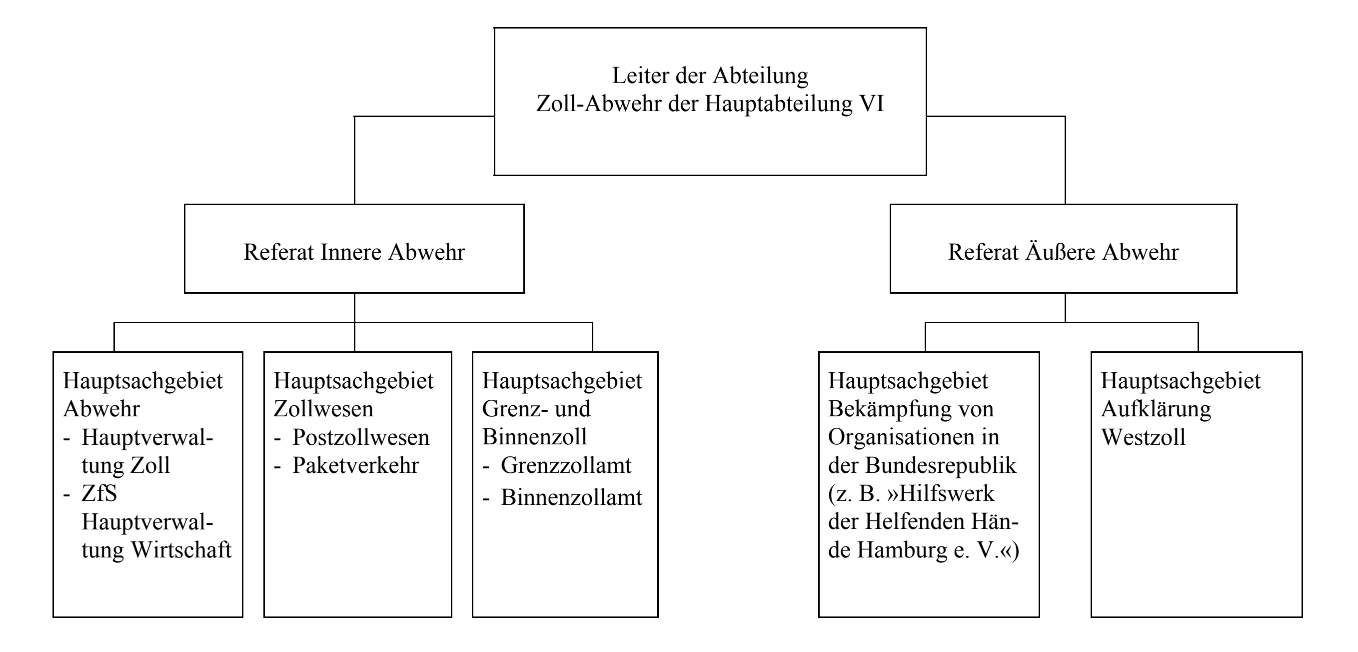
[388] Anhang zum Gründungsbefehl der HA VI; BStU, MfS, HA VI 69, Bl. 278.

Organigramm 18: Struktur und Aufgaben des Bereichs Sicherung Reise- und Touristenverkehr (1970)[389]



[389] Anhang zum Gründungsbefehl der HA VI; BStU, MfS, HA VI 69, Bl. 281.

Organigramm 19: Struktur des Bereichs Zoll-Abwehr (1970)[390]



[390] Anhang zum Gründungsbefehl der HA VI; BStU, MfS, HA VI 69, Bl. 282.

Abkürzungen

ABV	Abschnittsbevollmächtigter (Volkspolizist, der für ein Wohngebiet zuständig war)
AE	Auskunftsersuchen
AfNS	Amt für Nationale Sicherheit
AG OPG	Arbeitsgruppe Operationsgebiet
AGL	Arbeitsgruppe des Leiters
AGM/S	Arbeitsgruppe des Ministers für Sicherheit
AGV	Antrags- und Genehmigungsverfahren
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe
AKP	Auskunftskartei der Fahndung zu Personen
AKV	Auskunftskartei der Fahndung zu Verkehrsmitteln
APEV	Antrags-, Prüfungs- und Entscheidungsverfahren
APF	Arbeitsgruppe Passkontrolle und Fahndung
ASR	Arbeitsgruppe Sicherung des Reiseverkehrs
ASRV	Auskunftssystem Reiseverkehr
AZKW	Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs
BCD	Bewaffnung und Chemischer Dienst
BdL	Büro der Leitung
BKG	Bezirkskoordinierungsgruppe
BND	Bundesnachrichtendienst
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BV	Bezirksverwaltung
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DA	Deutschland Archiv
DB	Durchführungsbestimmung
DER	Deutsches Reisebüro
DGP	Deutsche Grenzpolizei
DREFA	Drewitzer Fahndung (1967 in der BV Potsdam entwickelte Fahndungskartei mit hoher Aufnahmefähigkeit und einfacher Aktualisierung)
DUG	Datenbank Ungesetzlicher Grenzübertritt
DV	Dienstvorschrift
DVP	Deutsche Volkspolizei
EA	Einreiseverkehr (antragspflichtig)
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FIM	Führungs-IM
FMdI	Föderatives Ministerium des Innern der ČSSR
GBl	Gesetzblatt
Gkst	Grenzkontrollstelle
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit
GP	Grenzpolizei
GÜST	Grenzübergangsstelle
GVS	Geheime Verschlusssache
GZA	Grenzzollamt
HA	Hauptabteilung
HIM	Hauptamtlicher Inoffizieller Mitarbeiter
HIM/E	Hauptamtliche Inoffizielle Mitarbeiter im bzw. für einen besonderen Einsatz
HPF	Hauptabteilung Passkontrolle und Fahndung
HSB	Hauptamtlicher Sicherungsbeauftragter
HV A	Hauptverwaltung Aufklärung

HVDGP	Hauptverwaltung Deutsche Grenzpolizei
HVDVP	Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei
HVIS	Hauptverwaltung Innere Sicherheit
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IMB	Inoffizieller Mitarbeiter mit Feindverbindung
IME	Inoffizieller Mitarbeiter im besonderen Einsatz
IMK/DA	Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung der Konspiration des Verbindungswesens/Deckadresse
IMK/DT	Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung der Konspiration des Verbindungswesens/Decktelefon
IMK/KO	Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung der Konspiration des Verbindungswesens/Konspiratives Objekt
IMS	Inoffizieller Mitarbeiter für Sicherheit
ISR	Informationssystem Reiseverkehr
IT	Innere Truppen
JHS	Juristische Hochschule (des MfS)
k. A.	keine Angabe
KD	Kreisdienststelle
KfS	Komitee für Staatssicherheit
KPP	Kontrollpassierpunkt
KW	Konspirative Wohnung
LPK	Leiter Passkontrolle
MA	Mitarbeiter
MAH	Ministerium für Außenhandel
MBO	Melde- und Berichtsordnung
MdI	Ministerium des Innern
MfAA	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
MfNV	Ministerium für Nationale Verteidigung
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MfV	Ministerium für Verkehrswesen
M/PZF	Datenbank der Linie Post und Postzollfahndung
MSG	Metallspürgeräte
NATO	North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantikpakt)
NVA	Nationale Volksarmee
OD	Objekt-Dienststelle
OES	Operativer Einsatzstab
OG	Operativgruppe
OibE	Offizier im besonderen Einsatz
OKE	Operativer Kontrollermittler
OLZ	Operatives Leitzentrum
OPD	Operativdienststelle Berlin
OPF	Operative Fahndung
OPK	Operative Personenkontrolle
OPS	Operative Sicherung (Referat an den GÜST)
OSL	Oberstleutnant
OTA	Ordnung für Technologie und Arbeitsordnung
OTS	Operativ-technischer Sektor
OUT	Objektsicherung und Tourismus
OV	Operativer Vorgang
PdVP	Präsidium der Deutschen Volkspolizei
PFZ	Postzollfahndung
PKE	Passkontrolleinheit
PKO	Passkontrollordnung

PM	Pass- und Meldewesen
Pt.	Polizeitruppen
PVF	Identifizierungskartei Kfz pass- und visafreier Reiseverkehr
RFZ	Rationalisierungs- und Forschungszentrum
RT	Referat Reisen und Touristik
RV	Reiseverkehr
SdM	Sekretariat des Ministers
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SOUD	System der vereinigten Erfassung von Daten über den Gegner
SRT	Sicherung Reise- und Touristenverkehr
StGB	Strafgesetzbuch
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
VEB	Volkseigener Betrieb
VP	Volkspolizei
VR	Volksrepublik
VSH	Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskartei
VTA	Visum für Tagesaufenthalt
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZAS	Zentrale Archivierungsstelle
ZB	Zugbegleitung
ZBK	Zugbegleitkommando
ZBRA	Zentralstelle für die Bearbeitung von Reiseanträgen (MdI)
ZEVAS	Zentrales Informationserfassungs-, Verarbeitungs- und Auskunftssystem
ZK	Zentralkomitee
ZKG	Zentrale Koordinierungsgruppe
ZOS	Zentraler Operativstab
ZOV	Zentraler Operativvorgang
ZPDB	Zentrale Personendatenbank

Die Bundesbeauftragte
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
Abteilung Bildung und Forschung

Lieferbare Titel aus den Publikationsreihen:

Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur, Methoden (MfS-Handbuch)

Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989, Teil V/1, 403 S., Berlin 1995, Schutzgebühr € 10,00

Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil IV/1, 107 S., 2. Aufl., Berlin 1996, Schutzgebühr € 5,00

Bernd Eisenfeld: Die Zentrale Koordinierungsgruppe. Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung, Teil III/17, 52 S., 2. Aufl., Berlin 1996, Schutzgebühr € 5,00

Tobias Wunschik: Die Hauptabteilung XXII: »Terrorabwehr«, Teil III/16, 56 S., 2. Aufl., Berlin 1995, Schutzgebühr € 2,50

Günter Förster: Die Juristische Hochschule des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil III/6, 42 S., Berlin 1996, Schutzgebühr € 2,50

Maria Haendcke-Hoppe-Arndt: Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft, Teil III/10, 130 S., Berlin 1997, Schutzgebühr € 5,00

Hanna Labrenz-Weiß: Die Hauptabteilung II: Spionageabwehr, Teil III/7, 81 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2001, Schutzgebühr € 5,00

Silke Schumann: Die Parteiorganisation der SED im MfS, Teil III/20, 89 S., 3. Aufl., Berlin 2002, Schutzgebühr € 5,00

Jens Gieseke (Hg.): Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit. Kurzbiographien des MfS-Leitungspersonals 1950 bis 1989, Teil V/4, 84 S., Berlin 1998, Schutzgebühr € 5,00

Reinhard Buthmann: Die Objektdienststellen des MfS, Teil II/3, 25 S., Berlin 1999, Schutzgebühr € 2,50

Hubertus Knabe: Die Rechtsstelle des MfS, Teil III/4, 21 S., Berlin 1999, Schutzgebühr € 2,50

Reinhard Buthmann: Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung (AG BKK), Teil III/11, 66 S., 2. Aufl., Berlin 2004, Schutzgebühr € 5,00

Roger Engelmann und Frank Joestel: Grundsatzdokumente des MfS, Teil V/5, 508 S., Berlin 2004, Schutzgebühr € 10,00

Johannes Beleites: Abteilung XIV: Haftvollzug, Teil III/9, 65 S., Berlin 2004, Schutzgebühr € 5,00

Stephan Wolf: Hauptabteilung I: NVA und Grenztruppen, Teil III/13, 102 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2005, Schutzgebühr € 5,00

Hanna Labrenz-Weiß: Abteilung M, Teil III/19, 48 S., Berlin 2005, Schutzgebühr € 2,50

Monika Tantzscher: Hauptabteilung VI: Grenzkontrollen, Reise- und Touristenverkehr, Teil III/14, 109 S., Berlin 2005, Schutzgebühr € 5,00

Dokumente (Reihe A)

Günter Förster: Die Dissertationen an der »Juristischen Hochschule« des MfS. Eine annotierte Bibliographie, 143 S., 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr € 5,00

Silke Schumann: Vernichten oder Offenlegen? Zur Entstehung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Dokumentation der öffentlichen Debatte 1990/1991, 349 S., 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr € 5,00

Günter Förster: Bibliographie der Diplomarbeiten und Abschlußarbeiten an der Hochschule des MfS, 577 S., Berlin 1998, Schutzgebühr € 10,00

Frank Joestel (Hg.): Strafrechtliche Verfolgung politischer Gegner durch die Staatssicherheit im Jahre 1988. Der letzte Jahresbericht der MfS-Hauptabteilung Untersuchung, 128 S., 2. Aufl., Berlin 2004, Schutzgebühr € 5,00

Analysen und Berichte (Reihe B)

Thomas Auerbach unter Mitarbeit von Wolf-Dieter Sailer: Vorbereitung auf den Tag X. Die geplanten Isolierungslager des MfS, 154 S., 3., durchges. Aufl., Berlin 2000, Schutzgebühr € 5,00

Bodo Wegmann und Monika Tantzscher: SOUD. Das geheimdienstliche Datennetz des östlichen Bündnissystems, 104 S., Berlin 1996, Schutzgebühr € 5,00

Walter Süß: Zu Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS, 106 S., 3. Aufl., Berlin 2000, Schutzgebühr € 5,00

Monika Tantzscher: Maßnahme »Donau« und Einsatz »Genesung«. Die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968/69 im Spiegel der MfS-Akten, 145 S., 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr € 5,00

Monika Tantzscher: Die verlängerte Mauer. Die Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Verhinderung von »Republikflucht«, 161 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2001, Schutzgebühr € 5,00

Tobias Hollitzer: »Wir leben jedenfalls von Montag zu Montag«. Zur Auflösung der Staatssicherheit in Leipzig. Erste Erkenntnisse und Schlußfolgerungen, 321 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2000, Schutzgebühr € 5,00

Reinhard Buthmann: Hochtechnologien und Staatssicherheit. Die strukturelle Verankerung des MfS in Wissenschaft und Forschung der DDR, 311 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2000, Schutzgebühr € 5,00

Aus der Veranstaltungsreihe der Bundesbeauftragten:

Ausreisen oder dableiben? Regulierungsstrategien der Staatssicherheit (öffentliche Veranstaltung am 26. Oktober 1995), 129 S., 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr € 5,00

BF informiert

Roger Engelmann: Zu Struktur, Charakter und Bedeutung der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, 63 S., (3/1994), Schutzgebühr € 2,50

Walter Süß: Entmachtung und Verfall der Staatssicherheit. Ein Kapitel aus dem Spätherbst 1989, 75 S., (5/1994), Schutzgebühr € 2,50

Roger Engelmann und Silke Schumann: Kurs auf die entwickelte Diktatur. Walter Ulbricht, die Entmachtung Ernst Wollwebers und die Neuausrichtung des Staatssicherheitsdienstes 1956/57, 81 S., (1/1995), Schutzgebühr € 5,00

Andreas Niemann und Walter Süß: »Gegen das Volk kann nichts mehr entschieden werden«. MfS und SED im Bezirk Neubrandenburg 1989. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 1), 71 S., (12/1996), 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr € 2,50

Hans-Peter Löhn: »Unsere Nerven lagen allmählich blank«. MfS und SED im Bezirk Halle. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 2), 62 S., (13/1996), 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr € 2,50

Stephan Fingerle und Jens Gieseke: Partisanen des Kalten Krieges. Die Untergrundtruppe der Nationalen Volksarmee 1957 bis 1962 und ihre Übernahme durch die Staatssicherheit, 70 S., (14/1996), Schutzgebühr € 2,50

Bibliographie zum Staatssicherheitsdienst der DDR, zusammengestellt von Hildegard von Zastrow, 124 S., (15/1996), 2., erw. Aufl., Schutzgebühr € 2,50

Clemens Vollnhals: Die kirchenpolitische Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit, 43 S., (16/1997), 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr € 2,50

Walter Süß: Das Verhältnis von SED und Staatssicherheit. Eine Skizze seiner Entwicklung, 36 S., (17/1997), 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr € 2,50

Tobias Wunschik: Die maoistische KPD/ML und die Zerschlagung ihrer »Sektion DDR« durch das MfS, 45 S., (18/1997), 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr € 2,50

Holger Horsch: »Hat nicht wenigstens die Stasi die Stimmung im Lande gekannt?« MfS und SED im Bezirk Karl-Marx-Stadt. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 3), 59 S., (19/1997), 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr € 2,50

Volker Höffer: »Der Gegner hat Kraft«. MfS und SED im Bezirk Rostock. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 4), 63 S., (20/1997), Schutzgebühr € 2,50

Eberhard Stein: »Sorgt dafür, daß sie die Mehrheit nicht hinter sich kriegen«. MfS und SED im Bezirk Erfurt. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 5), 57 S., (22/1999), Schutzgebühr € 2,50

Andrzej Paczkowski: Terror und Überwachung. Die Funktion des Sicherheitsdienstes im kommunistischen System in Polen von 1944–1956, 37 S., (23/1999), Schutzgebühr € 2,50

Joachim Lampe: Juristische Aufarbeitung von Westspionage, 35 S., (24/1999), 3., durchges. Aufl., Berlin 2002, Schutzgebühr € 2,50

Gudrun Weber: Stille Post. Neue Wege der Westarbeit in der Vertriebsorganisation des Ministeriums für Staatssicherheit in den sechziger Jahren, 65 S., (25/2005), Berlin 2005, Schutzgebühr € 2,50

Arno Polzin: Der Wandel Robert Havemanns vom Inoffiziellen Mitarbeiter zum Dissidenten im Spiegel der MfS-Akten, 59 S., (26/2005), Berlin 2005, Schutzgebühr € 2,50

Einzelpublikationen
(eigene und in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen)

Abkürzungsverzeichnis. Häufig verwendete Abkürzungen und Begriffe des Ministeriums für Staatssicherheit, 125 S., 7. Aufl., Berlin 2004

Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz – StUG), 44 S., Berlin 2004

Siebenter Tätigkeitsbericht der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, 150 S., Berlin 2005

Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR: Zehn Jahre Stasi-Unterlagen-Gesetz. Zehn Jahre Aufarbeitung, 75 S., Berlin 2001

Bernd Eisenfeld und Roger Engelmann: 13. August 1961: Mauerbau, Fluchtbewegung und Machtsicherung, 120 S., Berlin 2001, Schutzgebühr € 5,00;

sowie dazu die Buchhandelsausgabe des Verlages Edition Temmen: € 13,00, ISBN 3-86108-790-1

Ilko-Sascha Kowalczuk: 17. Juni 1953. Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen, 312 S., Audio-CD, Bremen 2003, Schutzgebühr € 10,00,

sowie dazu die Buchhandelsausgabe des Verlages Edition Temmen: € 19,90, ISBN 3-86108-385-X

Petra Saar und Marion Wagner: Stasi-Stücke. Szenische Umsetzungen von Fällen aus MfS-Akten zum Lesen und Nachspielen für Schüler, 76 S., Erfurt 2004, Schutzgebühr € 2,00

* * *

Bundeszentrale für politische Bildung in Zusammenarbeit mit der BStU

Jens Gieseke unter Mitarbeit von Doris Hubert: Die DDR-Staatssicherheit, Schild und Schwert der Partei, 120 S., Bonn 2001, Bearbeitungsgebühr € 1,50

Jens Gieseke (with Doris Hubert): The GDR State Security. Shield and Sword of the Party, translated by Mary Carlene Forszt, 120 S., Berlin 2004, Bearbeitungsgebühr € 1,50, Versand von Einzelexemplaren ins Ausland kostenlos

Landesbeauftragter für Mecklenburg-Vorpommern in Zusammenarbeit mit der BStU

Johannes Beleites: Schwerin, Demmlerplatz. Die Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit, 239 S., Schwerin 2001, Schutzgebühr € 5,00

Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (THILLM Bad Berka) in Zusammenarbeit mit der BStU

Fluchtgeschichten, Materialien zur Aufarbeitung der Geschichte, Heft 51, 70 S., Bad Berka 2001, Schutzgebühr € 4,00

Mut zum Widerstand, Materialien zur Aufarbeitung der Geschichte, Heft 69, 42 S., Bad Berka 2002, Schutzgebühr € 4,00

Bestellungen sind zu richten an:

Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
Abteilung Bildung und Forschung
Postfach 218
10106 Berlin

e-mail: publikation@bstu.bund.de
Tel.: 030 2324-8821
01888 665-8821
Fax: 030 2324-8809
01888 665-8809

Über den Buchhandel zu beziehen:

Analysen und Dokumente
Wissenschaftliche Reihe der Bundesbeauftragten

– im Ch. Links Verlag, Berlin –

Band 1: Klaus-Dietmar Henke und Roger Engelmann (Hg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, 244 S., 2. Aufl., Berlin 1996, € 15,50, ISBN 3-86153-098-8

Band 2: Karl Wilhelm Fricke: Akten-Einsicht. Rekonstruktion einer politischen Verfolgung. Mit einem Vorwort von Joachim Gauck, 264 S., 4., akt. Aufl., Berlin 1996, € 17,50, ISBN 3-86153-099-6

Band 3: Helmut Müller-Enbergs (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Richtlinien und Durchführungsbestimmungen, 544 S., 3., durchges. Aufl., Berlin 2001, € 20,50, ISBN 3-86153-101-1

Band 4: Matthias Braun: Drama um eine Komödie. Das Ensemble von SED und Staatssicherheit, FDJ und Kulturministerium gegen Heiner Müllers »Die Umsiedlerin oder Das Leben auf dem Lande« im Oktober 1961, 165 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 1996, € 12,00, ISBN 3-86153-102-X

Band 5: Siegfried Suckut (Hg.): Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur »politisch-operativen Arbeit«, 472 S., 3. Aufl., Berlin 2001, € 20,50, ISBN 3-86153-111-9

Band 6: Joachim Walther: Sicherungsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik, 888 S., Berlin 1996, € 34,80, ISBN 3-86153-121-6

Band 7: Clemens Vollnhals (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, 464 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 1997, € 24,50, ISBN 3-86153-122-4

Band 8: Siegfried Suckut und Walter Süß (Hg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS, 351 S., Berlin 1997, € 19,50, ISBN 3-896153-131-3

Band 9: Silke Schumann: Parteierziehung in der Geheimpolizei. Zur Rolle der SED im MfS der fünfziger Jahre, 218 S., Berlin 1997, € 10,00, ISBN 3-86153-146-1

Band 10: Helmut Müller-Enbergs (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Anleitungen für Agenten, Kundschafter und Spione im »Operationsgebiet« West, 1118 S., 2. Aufl., Berlin 1998, € 34,80, ISBN 3-86153-145-3

Band 11: Karl Wilhelm Fricke und Roger Engelmann: »Konzentrierte Schläge«. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956, 359 S., Berlin 1998, € 19,50, ISBN 3-86153-147-X

Band 12: Reinhard Buthmann: Kadersicherung im Kombinat VEB Carl Zeiss Jena. Die Staatssicherheit und das Scheitern des Mikroelektronikprogramms. Mit einem Vorwort von Walter Süß, 256 S., Berlin 1997, € 12,50, ISBN 3-86153-153-4

Band 13: Clemens Vollnhals: Der Fall Havemann. Ein Lehrstück politischer Justiz, 312 S., 2., akt. Aufl., Berlin 1998, € 15,50, ISBN 3-86153-215-8

Band 14: Sonja Süß: Politisch mißbraucht? Psychiatrie und Staatssicherheit in der DDR, 773 S., 2. Aufl., Berlin 1998, € 29,50, ISBN 3-86153-173-9

Band 15: Walter Süß: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern, 816 S., 2. Aufl., Berlin 1999, € 29,50, ISBN 3-86153-181-X

Band 16: Roger Engelmann und Clemens Vollnhals (Hg.): Justiz im Dienste der Parteiherrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR, 574 S., Berlin 1999, € 24,50, ISBN 3-86153-184-4

Band 17: Thomas Auerbach: Einsatzkommandos an der unsichtbaren Front. Terror- und Sabotagevorbereitungen des MfS gegen die Bundesrepublik Deutschland. Mit einem Vorwort von Ehrhart Neubert, 192 S., 5. Aufl., Berlin 2004, € 10,00, ISBN 3-86153-183-6

Band 18: Hubertus Knabe: West-Arbeit des MfS. Das Zusammenspiel von »Aufklärung« und »Abwehr«, 597 S., 2. Aufl., Berlin 1999, € 24,50, ISBN 3-86153-182-8

Band 19: Wolfgang Buschfort: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP, 260 S., Berlin 2000, € 15,50, ISBN 3-86153-226-3

Band 20: Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90, 615 S., Berlin 2000, € 24,50, ISBN 3-86153-227-1

– im Verlag Edition Temmen, Bremen –

Band 21: Ehrhart Neubert und Bernd Eisenfeld (Hg.): Macht – Ohnmacht – Gegenmacht. Grundfragen zur politischen Gegnerschaft in der DDR, 457 S., Bremen 2001, € 24,90, ISBN 3-86108-792-8

Band 22: Hans-Peter Löhn: Spitzbart, Bauch und Brille – sind nicht des Volkes Wille! Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Halle an der Saale, 212 S., Bremen 2003, € 10,90, ISBN 3-86108-373-6

Band 23: Georg Herbstritt und Helmut Müller-Enbergs (Hg.): Das Gesicht dem Westen zu ... DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland, 458 S., Bremen 2003, € 22,90, ISBN 3-86108-388-4

Band 24: Karl Wilhelm Fricke und Roger Engelmann: »Der Tag X« und die Staatssicherheit. 17. Juni 1953 – Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat, 347 S., Bremen 2003, € 17,90, ISBN 3-86108-386-8

Band 25: Bernd Eisenfeld, Ilko-Sascha Kowalczuk und Ehrhart Neubert: Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte, 847 S., zahlr. Abb., Bremen 2004, € 29,90, ISBN 3-86108-387-6

Band 26: Matthias Braun: Die Literaturzeitschrift »Sinn und Form«. Ein ungeliebtes Aushängeschild der SED-Kulturpolitik, 230 S., Bremen 2004, € 11,90, ISBN 3-86108-398-1

– im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen –

Band 27: Roger Engelmann und Ilko-Sascha Kowalczuk (Hg.): Volkserhebung gegen den SED-Staat. Eine Bestandsaufnahme zum 17. Juni 1953, 478 S., Göttingen 2005, € 32,90, ISBN 3-525-35004-X

Band 28: Henry Leide: NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR, 448 S., Göttingen 2005, € 29,90, ISBN 3-525-35018-X

Unterreihe: Biografische Quellen

– im Verlag Edition Temmen, Bremen –

Band 1: Peter Eisenfeld: »… rausschmeißen …«. Zwanzig Jahre politische Gegnerschaft in der DDR, 504 S., zahlr. Abb., Bremen 2002, € 24,90, ISBN 3-86108-342-6

Band 2: Wolfgang Schollwer: »Gesamtdeutschland ist uns Verpflichtung«. Aufzeichnungen aus dem FDP-Ostbüro 1951–57, 298 S., Bremen 2004, € 15,90, ISBN 3-86108-043-5

– im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen –

Band 3: Dietmar Riemann: Laufzettel. Tagebuch einer Ausreise, 512 S., Göttingen 2005, € 29,90, ISBN 3-525-35800-8

Veröffentlichungen in der Reihe »Archiv zur DDR-Staatssicherheit« im LIT Verlag, Münster

Band 1: Dagmar Unverhau: Das »NS-Archiv« des Ministeriums für Staatssicherheit. Stationen einer Entwicklung, 258 S., 2., durchges. Aufl., Münster 2004, € 19,90, ISBN 3-8258-3512-X

Band 2: Dagmar Unverhau (Hg.): Das Stasi-Unterlagen-Gesetz im Lichte von Datenschutz und Archivgesetzgebung, 312 S., 2., durchges. Aufl., Münster 2003, € 20,90, ISBN 3-8258-3924-9

Band 3: Dagmar Unverhau (Hg.) unter Mitarbeit von Roland Lucht: Lustration, Akteöffnung, demokratischer Umbruch in Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn, 408 S., Münster 1999, € 19,90, ISBN 3-8258-4515-X

Band 4: Abteilung Archivbestände der BStU: Findbuch zum »Archivbestand 2: Allgemeine Sachablage« des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, 328 S., Münster 2001, € 12,90, ISBN 3-8258-5543-0

Band 5: Dagmar Unverhau (Hg.): Kartenverfälschung als Folge übergroßer Geheimhaltung? Eine Annäherung an das Thema Einflußnahme der Staatssicherheit auf das Kartenwesen der DDR, 304 S., 2., durchges. Aufl., Münster 2003, € 19,90, ISBN 3-8258-5964-9

Band 6: Dagmar Unverhau (Hg.): Hatte »Janus« eine Chance? Das Ende der DDR und die Sicherung einer Zukunft der Vergangenheit, 448 S., Münster 2003, € 19,90, ISBN 3-8258-7120-7

Einzelpublikation:

Staatsgründung auf Raten? Auswirkungen des Volksaufstandes 1953 und des Mauerbaus 1961 auf Staat, Militär und Gesellschaft der DDR. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes und der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR herausgegeben von Torsten Diedrich und Ilko-Sascha Kowalczuk, 435 S., Berlin 2005, € 29,90, ISBN 3-86153-380-4